Stand: 06.10.2026 11:09:10

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/22033

"Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2017/2018 (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2018 - 2. NHG 2018)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/22033 vom 18.05.2018
2. Plenarprotokoll Nr. 133 vom 06.06.2018
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/22777 des HA vom 12.06.2018
4. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/23063 des HA vom 28.06.2018
5. Beschluss des Plenums 17/23276 vom 11.07.2018
6. Beschluss des Plenums 17/23277 vom 11.07.2018
7. Plenarprotokoll Nr. 137 vom 11.07.2018
8. Gesetz- und Verordnungsblatt vom 31.07.2018

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 18.05.2018 **Drucksache 17/22033**

Gesetzentwurf

der Staatsregierung

Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2017/2018 (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2018 – 2. NHG 2018)

Die Entwürfe für das 2. Nachtragshaushaltsgesetz 2018 und den 2. Nachtragshaushaltsplan 2018 sind als pdf-Dokument hier abrufbar.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet
Staatsminister Albert Füracker
Abg. Markus Rinderspacher
Dritter Vizepräsident Peter Meyer
Abg. Peter Winter
Abg. Bernhard Pohl
Abg. Ludwig Hartmann
Abg. Hans Herold
Abg. Florian von Brunn

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1 d** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2017/2018
(2. Nachtragshaushaltsgesetz 2018 - 2. NHG 2018) (Drs. 17/22033)
- Erste Lesung -

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort zunächst Herrn Staatsminister Albert Füracker. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen, Landesentwicklung und Heimat): Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die neue Staatsregierung packt an: Am 18. April hat Ministerpräsident Dr. Söder hier im Landtag in seiner Regierungserklärung dargelegt, wie die Pläne aussehen, und hat dort bereits zugesagt, dass wir sofort, ohne zu warten, in die Umsetzung eintreten. Das haben wir getan: Wir haben für alle Vorhaben, die angekündigt wurden, schon den Startschuss geben können, und wir haben heute den Haushalt des Worthaltens und der Tatkraft vorgelegt. Wir haben praktisch kaum zwei Monate daran gearbeitet, um hier einen Regierungsentwurf ordentlich einbringen zu können – den zweiten Nachtragshaushalt im Jahr 2018.

Er ist ein verantwortungsvolles Paket für Bayerns Bürgerinnen und Bürger, und er gibt Antwort auf die großen gesellschaftlichen Herausforderungen, und darauf kommt es an. Wir haben nicht irgendwelche Einzel- oder Partikularinteressen in den Vordergrund gestellt, sondern nach unserem Leitmotiv "Das Beste für Bayern" überlegt, in welcher Weise wir ein Angebot der Unterstützung in verschiedener Hinsicht im Hinblick auf die großen gesellschaftlichen Herausforderungen geben können. Ich denke, wir haben großen Konsens in der bayerischen Bevölkerung.

Ein solcher Haushalt muss im Bereich Investition und Infrastruktur Zeichen setzen. Es geht aber auch darum, konsequentes Verwaltungshandeln zu organisieren, staatliches Handeln dort zu verstärken, wo es notwendig ist, und die soziale Balance zu bewah-

ren – und das alles unter dem Aspekt einer klugen finanzpolitischen Wirtschaftsweise. Wir haben das in Bayern seit Jahren vorgemacht. Warum können wir das? – Wir können das machen, weil in Bayern Großartiges geleistet wird, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Die Bevölkerung lebt nach dem Motto "Erst die Leistung, der Einsatz, der wirtschaftliche Erfolg". Danach kann man sich überlegen, wie und in welcher Weise man den wirtschaftlichen Erfolg heranzieht, um das Land voranzubringen. Das Fundament des bayerischen Erfolges ist die Bürgerschaft, das Ehrenamt, sind die Menschen, die investieren, die Unternehmerschaft sowie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Außerdem – das möchte ich bewusst hier nennen – haben wir in Bayern verdammt gute Verwaltungen, meine sehr verehrten Damen und Herren, und hier wird Großes geleistet.

(Beifall bei der CSU)

Wir als politisch Verantwortliche können die Dinge nur auf den Weg bringen; für die Umsetzung brauchen wir auf allen Ebenen aber starke Verwaltungsstrukturen, die wir – Gott sei Dank – haben.

Dieser Nachtragshaushalt setzt einen klaren Akzent. Er setzt einen Akzent für die einheimische Bevölkerung – für diejenigen, die in Bayern dafür sorgen, dass es überhaupt etwas zu verteilen gibt, für diejenigen, die das Geld erarbeitet haben. Wir setzen diese bayerische Erfolgsgeschichte mit solidem Haushaltshandeln fort, obwohl wir in Bayern in den letzten Jahren in besonderer Weise große Herausforderungen zu stemmen hatten; ich erinnere zum Beispiel an die Situation im Bereich der Flüchtlinge.

Die erste Voraussetzung ist also der Fleiß und der Erfolg der Menschen, die zweite Voraussetzung eine solide Haushaltsführung der vergangenen Jahre und auch jetzt.

Wir betreiben eine kluge Haushaltspolitik. Lieber Peter Winter, wir haben in den letzten Jahren nicht auf andere gehört, die immer wieder versucht haben, uns im Haushaltsausschuss einzureden, wir müssten insgesamt da noch mehr Geld ausgeben, hier noch mehr Geld ausgeben und auch noch dort.

(Zurufe der Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) und Markus Rinderspacher (SPD))

Weil wir genau das nicht getan haben, haben wir heute 6 Milliarden Euro Rücklagen.

(Beifall bei der CSU)

Außerdem haben wir in dieser Zeit nicht nur 6 Milliarden Euro Rücklagen schaffen können, sondern wir haben auch 5,6 Milliarden Euro alte Schulden abbauen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden auch am Ende des Jahres 2018 – vielleicht nicht mehr ganz, aber doch circa – 6 Milliarden Euro Rücklagen haben.Wir befinden uns nämlich Gott sei Dank in einer Zeit, in der die für das Jahr 2018 prognostizierten Steuerzahlen besser ausfallen als die Zahlen, die wir bei der Haushaltsplanung zugrunde legen mussten. Wir haben in den vergangenen Jahren nicht einfach Geld für irgendetwas ausgegeben. In der nächsten Zeit haben wir deshalb die Chance, den Haushalt stabil zu gestalten. Ich bin froh, dass wir folglich knapp eine Milliarde Euro von dem Geld, das wir nicht ausgegeben haben, verwenden können. Wir können also eine knappe Milliarde verwenden, um zu investieren, beispielsweise in die steuerzahlende bayerische Wirtschaft. Außerdem können wir Bürgerinnen und Bürgern in besonderen Lebenssituationen damit helfen. Das muss immer zusammenpassen: die Wirtschaft unterstützen, investieren, die soziale Balance bewahren. Darauf kommt es an. Ich bitte deshalb darum, die ritualisierten Vorgehensweisen, die wir hier immer wieder erleben, heute vielleicht einmal in anderer Weise auszuleben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die Rituale kennen wir von Ihnen!)

Ich weiß doch, wie es ist. Wenn wir 6 Milliarden Euro sparen, weil wir das Geld nicht ausgegeben haben, und wenn wir davon dann eine knappe Milliarde herausnehmen, lieber Peter Winter, dann sagen die einen: Die Rücklagen des Staatshaushaltes werden geplündert. – Die anderen werden heute erklären: Ihr schlagt ja schöne Dinge vor, aber das alles ist doch viel zu wenig.

(Markus Rinderspacher (SPD): Weder das eine noch das andere! Warten Sie es ab!)

Meine Damen und Herren, in der Tat ist doch entscheidend, dass wir Finanzierbarkeit und Solidität unseres Haushalts zusammenführen. Deswegen machen wir eine ausgewogene Haushaltspolitik. Ausgewogen heißt, und das sage ich noch einmal: Im Jahr 2017/2018 haben wir 2 Milliarden alte Schulden getilgt. Die Rücklage, die Ende des Jahres 2016 bei 6,3 Milliarden Euro war, wird Ende des Jahres 2018 – ich habe es angesprochen –, wenn sich die Haushaltsschätzung bewahrheitet, kaum unter 6 Milliarden Euro liegen. Ich möchte deshalb betonen, dass wir auch im zweiten Nachtragshaushalt 2018 eine solide Haushaltsführung haben. Darauf legen wir allergrößten Wert.

(Beifall bei der CSU)

Ganz entscheidend ist noch ein Zweites. Da wird immer wieder die Frage gestellt, was mit all dem geschieht, was bisher schon beschlossen ist. Ich kann Ihnen sagen, die Festlegungen des ersten Nachtragshaushalts gelten unverändert weiter. Das heißt auch, dass es bei Rekordzuweisungen an die Kommunen bleibt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, das kann man gar nicht oft genug wiederholen, zum Ersten, weil es gut ist, zum Zweiten aber, weil es stimmt. Die bayerischen Kommunen haben noch nie so viel Geld vom Freistaat Bayern erhalten wie in den letzten Jahren.

(Hans Herold (CSU): Stimmt!)

So wird es auch in diesem und im kommenden Jahr sein.

(Beifall bei der CSU)

Im Jahr 2014 hatten wir einen kommunalen Finanzausgleich von 8 Milliarden Euro. 2015 hatten wir 8,3 Milliarden Euro. 2016 waren es 8,56 Milliarden Euro und 2017 8,9 Milliarden Euro. 2018 fließen 9,53 Milliarden Euro in den kommunalen Finanzausgleich. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte ein anderes Bundesland sehen, das in vergleichbarer Weise die Kommunen unterstützen kann, wie das der Freistaat Bayern seit Jahren schafft. Wir tun das nicht nur im regulären Finanzausgleich, sondern auch darüber hinaus. Wir sind in der Lage, die besonderen Herausforderungen der Kommunen durch Sonderprogramme vor Ort abzufedern. Ich erinnere beispielsweise an das Breitbandförderprogramm in Bayern. Es ist manchmal schon skurril, was ich über Menschen höre, die Gutes tun. Der Freistaat tut hier zusammen mit den Kommunen unglaublich viel Gutes. In der Tat könnten doch die Kommunen sagen: Sind wir jetzt auch noch für den Breitbandausbau zuständig? Das sind wir doch gar nicht. – Als bayerischer Finanzminister könnte ich darauf ganz locker antworten: Ich auch nicht. – Nirgendwo in der Bayerischen Verfassung oder in irgendeinem Gesetz des Freistaates Bayern steht geschrieben, dass wir, Staat und Kommunen, für den Breitbandausbau zuständig sind. Dennoch haben wir es übernommen, gemeinsam mit den Kommunen, und zwar in großartiger Weise in der Form, wie es die Kommunen wünschen. Dafür haben wir bis zu 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, und zwar neben dem kommunalen Finanzausgleich in Höhe von 9,53 Milliarden Euro. Es gibt also nur Rekorde, was den Umgang mit den Kommunen anbelangt, und zwar positive.

(Beifall bei der CSU)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir tun das, obwohl die Steuereinnahmen nicht nur beim Staat steigen, sondern auch bei den Kommunen. Bei den Kommunen sind sie in den letzten Jahren sogar stärker gestiegen als beim Staat selbst. Trotzdem unterstützen wir die Kommunen weiterhin. Es gibt dann wieder neue Themen, und politische Gruppierungen ziehen durch Bayern, sammeln Unterschriften und fordern,

Staat und Bürger sollten beispielweise künftig die Straßenausbaubeiträge aus Steuergeldern zahlen. In der Sache will ich darauf gar nicht eingehen, eines aber will ich sagen: In den letzten sieben Jahren haben die bayerischen Kommunen im Durchschnitt weniger als 65 Millionen Euro an Straßenausbaubeiträgen eingezogen. Wir geben dafür ab dem nächsten Jahr vereinbarungsgemäß 100 Millionen Euro an die Kommunen. Auch hier muss ich sagen: Wenn die kommunale Familie der Auffassung ist, das sei zu wenig und künftig sollen 100 Millionen Euro nicht reichen, dann frage ich mich, warum in den letzten sieben Jahren 65 Millionen Euro gereicht haben. – Wir halten Wort. Wir unterstützen die Kommunen in großartigster Weise, meine Damen und Herren. Da brauchen wir keine Belehrungen.

(Beifall bei der CSU)

Jeder vierte Euro geht an die Kommunen. Die Eckpunkte des zweiten Nachtragshaushalts 2018 werden dazu führen, dass wir im Gesamten etwa 61 Milliarden Euro ausgeben. Die Zinsausgabenquote liegt dennoch bei 1,1 %, sie ist historisch niedrig. Die Investitionsquote ist im Vergleich zum ersten Nachtragshaushalt 2018 noch einmal angestiegen, und zwar auf 12,4 % im Plan. Wir sehen in unserem Nachtragshaushalt nämlich viele investive Maßnahmen vor. Im Übrigen hat Bayern die höchste Investitionsquote aller westdeutschen Flächenländer. Das Ganze ist also ein einziges Zukunftsprogramm für Bayern.

Meine Damen und Herren, zum staatlichen Handeln: Wir haben das Kabinett neu aufgestellt, den Ressortzuschnitt geändert, wir haben sinnvolle Dinge getan. Das gilt beispielsweise für den Bereich des Bauens. Darauf komme ich noch zu sprechen. Wir haben neue Themenschwerpunkte auch durch Beauftragte der Staatsregierung abgebildet. Aus der Erfahrung der bisherigen Beauftragten kann ich sagen: Sie sind entscheidende Impulsgeber in ihren jeweiligen Bereichen. Durch die Arbeit unserer Beauftragten haben wir mehr Bürgernähe. Das gilt für das Ehrenamt ebenso wie für das jüdische Leben und vieles mehr. Hier ist das staatliche Handeln ganz nah am Bürger selbst.

Zum Bereich der Bildung: Die digitale Bildung wird oftmals angemahnt. Wir setzen Zeichen. Wir haben 50.000 digitale Klassenzimmer, die durch den Freistaat Bayern unterstützt werden. Bei den Investitionen für die Privatschulen unterstützen wir die Abfinanzierung mit zusätzlichen 10 Millionen Euro. Wir schaffen neue Stellen. Erneut schaffen wir mehr Lehrerstellen in Bayern. An dieser Stelle möchte ich den Lehrerinnen und Lehrern auch Danke sagen. Sie werden von mancher Seite gescholten, aber wir wissen: Sie haben in der bayerischen Bildung Großartiges geleistet. Zwar wird stets behauptet, in bildungspolitischer Hinsicht seien die Bayern benachteiligt, doch alle Länderrankings zeigen, dass Bildung nirgendwo so gut organisiert und vermittelt wird wie in Bayern. Danke an unsere Lehrerschaft.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, neben den Lehrerstellen möchte ich bei der Bildung auch den Bereich "Schule öffnet sich" anführen. Wir finanzieren Sozialpädagogen und Schulpsychologen; auch das möchte ich hier erwähnen.

Ein weiterer Bereich des staatlichen Handelns ist die Sicherheit. Bayern ist das sicherste Bundesland. Wir fordern nicht nur, dass es so bleibt, sondern wir tun auch etwas dafür. 2015 darf sich nicht wiederholen. Das ist Konsens. Wir müssen wissen, wer zu uns ins Land kommt. Gestern haben wir im Kabinett den bayerischen Asylplan vorgelegt. Im Haushalt haben wir die Grenzkontrollen und die Schleierfahndung abgebildet. Wir werden die Grenzpolizeidirektion Passau gründen. Die Ausbildungskapazitäten der Polizei werden noch einmal signifikant erhöht. Nie gab es so viele Menschen, die bei der Polizei Dienst taten. Wir stocken aber noch einmal auf. Auch hier gilt: Wenn jemand als Polizist Dienst tun möchte, dann braucht er eine ordentliche Ausbildung. Wir investieren deshalb kräftig in die Ausbildung der Polizei. Wir schaffen auch neue Kapazitäten bei den Ausbildungseinrichtungen. Wir können deshalb so viele junge Menschen wie noch nie ausbilden.

Wir stärken den Rechtsstaat. Wir werden beim Vollzug die Verfahren beschleunigen und die Entscheidungsgeschwindigkeit erhöhen. Bei Fragen von Asyl und Integration wird rasch entschieden werden, wer bei uns bleiben darf und wer nicht.

Wir werden ein Landesamt für Asyl situieren.

Wir werden außerdem die Verwaltungsgerichte stärken. Wir haben dafür 100 zusätzliche Stellen vorgesehen, Herr Justizminister. Sie kommen zu den 82 Stellen aus dem ersten Nachtragshaushalt hinzu.

Wir tun noch etwas: Ich selbst weiß, was es bedeutet, dass die Themenbereiche der Landwirtschaft in den letzten Jahren im Verwaltungshandeln der Regierungen nicht direkt präsent waren. Deswegen kehren die Beamtinnen und Beamten der Landwirtschaftsverwaltung mit 30 neuen Stellen in die Regierungen zurück. Auch das zeigt, dass wir es im Bereich der Agrarpolitik und der ländlichen Entwicklung ernst meinen, und zwar auch im Hinblick auf das staatliche Verwaltungshandeln.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, der zweite Komplex umfasst Investitionen in die Infrastruktur im Bereich Verkehr. Ja, der ÖPNV wird in Stadt und Land gestärkt werden. 100 Millionen Euro zusätzlich sind vorgesehen. Die zuständige Ministerin hat angekündigt, Nutzungsbarrieren abbauen zu wollen, Tarifstrukturen zu vereinheitlichen, die Nutzungsgrenzen der Verkehrsverbünde aufzubrechen, den ÖPNV in der Fläche zu verbessern und den Bürgerbus bzw. nachfrageorientierte Verkehrssysteme zu installieren. Das werden wir machen. 100 Millionen Euro sind dafür vorgesehen.

Allerdings ist Bayern ein Flächenland. Die Annahme, dass wir uns in Bayern in den nächsten Jahren quasi schon nicht mehr mit Autoverkehr zu beschäftigen haben, ist natürlich eine unglaubliche Illusion. Die Straßen werden unsere Lebensadern in Bayern bleiben. Sie werden gerade in den ländlichen Räumen neben den Schienen weiter ertüchtigt und dort, wo es notwendig ist, ausgebaut werden. Wir haben 20 Millionen

Euro mehr an Staatsstraßenmitteln vorgesehen. Wenn Sie achtgeben, registrieren Sie die Zahl von 352 Millionen Euro. Diesen Betrag sehen wir in Bayern an Bau- und Planungsmitteln für den Staatsstraßenbau vor. Dieses Geld muss erst einmal verbaut werden.

In Bayern gibt es auch Politiker, die herumfahren und irgendwo kaputte Straßen fotografieren, um damit zu beweisen, dass in Bayern noch Straßen repariert werden müssen. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, das weiß ich auch; sonst hätten wir nicht 352 Millionen im Haushalt für die Staatsstraßen vorgesehen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Viel zu wenig! Schönrednerei!)

Nur gilt auch hier: Man kann nicht alle Straßen gleichzeitig sanieren. Nach meiner Wahrnehmung sind die Staatsstraßen nicht in einem Zustand, der dazu führen würde, dass man jeden Tag nur auf furchtbaren Straßen unterwegs wäre. Wir haben jedenfalls vorgesehen, dass auch in diesem Jahr in rekordverdächtiger Weise Straßenbau in Bayern stattfinden kann. Das ist auch richtig so.

Im Übrigen möchte ich auch einmal sagen: Wir lassen uns den Automobilstandort Bayern nicht kaputtideologisieren, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Bravo!)

Es ist geradezu grotesk, was wir bei Beratungen über Haushaltspolitik hören, wenn wir auch darüber reden, wo das Geld eigentlich herkommt, welches wir im Landtag verteilen können. Einige von uns verteilen es ja nicht und stimmen meistens dagegen. Sie sagen dann aber immer vor Ort, wir hätten es im Landtag beschlossen; das scheint zum Ritual zu gehören. Fakt ist: Wir brauchen eine starke Wirtschaft, die das Geld auch erwirtschaftet, und die Automobilwirtschaft ist mehr als nur ein Rückgrat der bayerischen Wirtschaft. Deswegen lehnen wir es ab, dass die Automobilwirtschaft ständig schlecht- und kaputtgeredet wird.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, wir fördern die Innerortsentwicklung unserer Heimat. Die Kommunen unterstützen wir auch dabei. Wir wollen mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen. Natürlich brauchen wir die Innerortsentwicklung vor der Außenentwicklung.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

In der Verantwortung der Kommunen wird auch darüber zu entscheiden sein. Ich brauche den Kommunen nicht von München aus Ratschläge zu geben, wo sie sich zu entwickeln haben. Ich setze auf den Sachverstand der Kommunalpolitiker und der Menschen vor Ort. Wir haben also die richtigen Instrumente.

(Beifall bei der CSU)

Dennoch setzen auch wir darauf, den Flächenverbrauch zu reduzieren. Auch darüber brauche ich keine Belehrungen. Ich habe von Berufs wegen schon verstanden, wie wertvoll es ist, Ackerland auch als Ackerland zu verwenden. Ich weiß aber auch, dass wir mit einer grünen Verbots- und Regelungspolitik, die der Planungshoheit der Kommunen zuwiderläuft, das Problem nicht lösen.

(Widerspruch des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Wir setzen Anreize für unsere Kommunen. Manche sind der Meinung, wir bräuchten nichts mehr zu bauen, und erzählen gleichzeitig, wir bräuchten Wohnraum. Auch sie müssen verstehen: Wenn wir Wohnraum schaffen wollen, brauchen wir auch Flächen, die wir bebauen können.

Deswegen bieten wir ein Anreizsystem für unsere Kommunen: Revitalisierung von Ortskernen und Entsiegelung als zusätzliche Unterstützung zu bestehenden Programmen im Bereich der Städtebauförderung und der Dorferneuerung. Diese zwei freiwilligen Maßnahmen bieten wir an. Wir verfolgen eine mit 100 Millionen Euro ausgestattete Entsiegelungsstrategie genauso wie eine Innerortsentwicklungsstrategie. Sie sind im Nachtragshaushalt 2018 zu unterstützen.

Meine Damen und Herren, wir setzen Anreize für den wirtschaftlichen Erfolg und gleichzeitig dafür, dass die Lebensgrundlagen unter kommunaler Selbstverantwortung und unter kommunaler Selbstverwaltung bewahrt werden. Dafür ist dieser Bereich vorgesehen. Wir bieten diese Investitionsunterstützung an und betreiben bewusst eine Anreizpolitik. Ich bin mir ganz sicher: Dorferneuerung und Städtebauförderung werden in den Kommunen auch in diesen Bereichen weiter segensreich wirken.

Wir unterstützen den Wohnungsbau. Bayern prosperiert überall. Meine Damen und Herren, die Heimatstrategie greift Raum. Wir verlagern Behörden in die ländlichen Räume. Wir stärken die ländlichen Räume, wie sie schon lange niemand mehr gestärkt hat. Ich habe erst vor Kurzem etwas erlebt; es dürfte in Kronach gewesen sein. Ich habe gehört, wie versucht wurde, den Menschen einzureden, dass sie in ganz furchtbaren Verhältnisse leben müssten. Ein hochrangiger Vertreter der Landtagsopposition war da und hat mit jedem Redebeitrag versucht, den Menschen zu sagen, wie sie darben müssen und wie schlecht es um ihre Heimat bestellt ist. Er hat dann auch noch erklärt, Edmund Stoiber habe das ganze Geld in die Städte gesteckt und deswegen gehe es den Menschen in Kronach schlecht.

Wissen Sie, was ich dort erlebt habe? – Es war nicht so, wie Sie denken. Edmund Stoiber hat in den ländlichen Bereichen Hochschulen gegründet. Es war die klügste strukturpolitische Entscheidung der letzten 30 Jahre, Fachhochschulen in den ländlichen Räumen zu situieren.

(Beifall bei der CSU – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Transrapid!)

Was habe ich dort erlebt? – Einer hat den Menschen gesagt: Ihr müsst doch jetzt jammern; ihr müsst doch jetzt sagen, dass es euch schlecht geht. – Aber die Menschen haben gesagt: Wir wollen nicht dauernd von euch hören, dass es uns schlecht geht. Wir strengen uns an; ihr unterstützt uns; und gemeinsam schaffen wir es, dass wir in unserer Heimat vorankommen. – Die Arbeitslosenquoten in ganz Bayern differieren fast nicht mehr. Wir haben in den schwächeren Regierungsbezirken eine nur um einen

Prozentpunkt höhere Arbeitslosigkeit zu verzeichnen als in den stärkeren, und zwar nicht deswegen, weil es in den schwächeren Regierungsbezirken kaum noch Menschen gäbe. Vielmehr ist überall die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze gestiegen, und zwar signifikant. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CSU)

Obwohl das so ist, werden wir uns auch mit dem Anliegen beschäftigen müssen, dass unsere Ballungsräume nicht an Attraktivität verlieren. Deswegen bleibt es eine Gemeinschaftsaufgabe aller Ebenen, Wohnungen zu schaffen. Die Privatwirtschaft, die Kommunen, der Staat und unser Regierungsprogramm sehen hierfür umfassende und ganzheitliche Möglichkeiten vor. Sie betreffen nicht nur den sozialen Wohnungsbau, sondern gerade auch die Schaffung von Eigenheimen für junge Familien. Wir verfügen über ein effektives Maßnahmenbündel und über ein neues Ministerium. Damit unterstreichen wir die Ernsthaftigkeit dieser Bemühungen. Wir stärken nicht nur das Ministerium, sondern auch die nachgelagerten Behörden, unsere Bauämter, mit weiteren Stellen.

Wir haben für die Bildung von Wohneigentum für junge Familien einiges auf den Weg gebracht. Die Bayerische Eigenheimzulage ist beschlossen und wird angeboten. Das Bayerische Baukindergeld ist als Ergänzung zum Baukindergeld des Bundes beschlossen und wird angeboten. Wir haben für die Eigenheimzulage 150 Millionen Euro vorgesehen, für das Baukindergeld 37 Millionen, und zwar allein in diesem Jahr.

Eine Wohnungsbaugesellschaft wird gegründet. Wir wollen insbesondere für untere und mittlere Einkommensgruppen Wohnungen schaffen. Unser Ziel ist es, bis 2025 10.000 Wohnungen zu bauen.

Manche sagen dazu wieder: Es ist zu wenig. – Alle diejenigen, die sagen, es ist zu wenig, sollen selbst tätig werden. Dagegen hat doch niemand etwas. Es ist eine kommunale Aufgabe, Wohnungen zu bauen. Ich habe mal gehört, bei 10.000 Wohnungen kämen nur vier Wohnungen auf eine Gemeinde. Das mag sein; es können auch fünf

sein. Wenn die Gemeinde selber zusätzlich fünf baut, sind es schon zehn. Meine Damen und Herren, immer so zu tun, als wäre all das, was getan wird, zu wenig, und dann, wenn man selber nichts tut, zu sagen, es wird nichts getan: Das ist in der Tat skurril. Solche Diskussionen laufen immer wieder gleich ab.

Wir sind bereit, den Grundstock für die Wohnbauförderung, für unser "Bayernheim", zu legen. Dafür sind 500 Millionen Euro vorgesehen. Im Haushalt ist ebenfalls eine Ermächtigung für den Verkauf der E.on-Aktien vorgesehen. Das ist kein Problem, weil wir mit unseren Anteilen von rund 1,39 % kein Großaktionär sind und die Unternehmenspolitik nicht steuern können. Deshalb gilt auch in diesem Bereich: Lieber investieren statt spekulieren. Deshalb haben wir vorgesehen, die E.on-Aktien, wenn es sein muss, in diesen Grundstock einzubringen.

Außerdem erhöhen wir den Bewilligungsrahmen der Wohnraumförderung. Wenn man alle Maßnahmen für die Wohnraumförderung für das Jahr 2018 addiert, haben wir einen Rekord zu vermelden. Wir haben 885 Millionen Euro im Angebot. Das sind 43 % mehr als im Jahr zuvor. Meine Damen und Herren, an dieser Stelle können wir uns wirklich sehen lassen. Wir können in den Bereichen Wohnungsbau und Investitionen erfolgreich wirken.

Der dritte große Bereich ist die soziale Balance. Unser Land hat gegenüber Menschen, die bei uns Hilfe und Unterkunft suchen, große Solidarität gezeigt – und tut es noch. Asylbewerberinnen und Asylbewerbern, die in Bayern ankommen, geht es besser als Asylbewerberinnen und Asylbewerbern, die sich in Mecklenburg-Vorpommern befinden. Deswegen haben wir im zweiten Nachtragshaushalt noch einmal eine leichte Erhöhung vorgesehen. Im Jahr 2018 werden wir 2,2 Milliarden Euro für diesen Zweck ausgeben. Das sind 2,2 Milliarden Euro für die Solidarität mit Menschen, die in unserem Land der Hilfe bedürfen. Wir tun das, weil wir ein solidarisches Land sind.

Darüber hinaus müssen wir aber auch an die Menschen in unserem Land denken, die der besonderen Unterstützung bedürfen. Das sage ich deswegen, weil von den 61 Mil-

liarden Euro planmäßig wieder 6,3 Milliarden Euro an andere Bundesländer überwiesen werden müssen. An dieser Stelle sind wir auch immer sehr solidarisch. Mich fragt jedoch niemand, ob ein Länderfinanzausgleich in dieser Höhe den Haushalt auf Dauer gefährdet. Deshalb habe ich überhaupt kein schlechtes Gewissen, wenn wir im Rahmen des zweiten Nachtragshaushalts einen sozialen Block für die einheimische Bevölkerung vorsehen. Der wirtschaftliche Erfolg Bayerns darf auch bei allen Menschen in Bayern in schwierigen Lebenssituationen ankommen.

Deswegen gibt es das Landespflegegeld. Dabei geht es um die Selbstbestimmung Pflegebedürftiger. Wir haben eine skurrile Situation: Alle sagen, dass im Bereich der Pflege etwas getan werden müsse. Schließlich haben wir etwas in Bayern gemacht, das uns viel Geld gekostet hat. Dafür haben wir 400 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt. Dann höre ich: Na ja, das ist schon ein bisschen wenig. Meine Damen und Herren, wenn jede Ebene ihre Möglichkeiten im Bereich der Pflege nach der jeweiligen Leistungsfähigkeit nutzt, kommen wir auch einen Schritt voran. Unsere Ebene hat entschieden, jedem Pflegebedürftigen 1.000 Euro zur Verfügung zu stellen. Das kommt direkt bei den Menschen an, die es brauchen. Deswegen machen wir das auch.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Herr Pflegebeauftragter, wir werden in den folgenden Jahren die Koordination der Pflege durch ein eigenes Landesamt gewährleisten. Dieses soll alle geplanten Maßnahmen koordinieren und umsetzen. Wir haben nicht nur über das Landesamt gesprochen und es angekündigt, sondern es auch in Amberg gegründet. Zum Start haben wir 60 Stellen zur Verfügung gestellt. Ich bin froh, dass wir nicht nur reden, sondern konsequent in die Umsetzung gehen können.

Wir setzen auch das Bayerische Familiengeld um. Meine Damen und Herren, wir organisieren echte Wahlfreiheit für junge Familien. Der Staat weiß nicht am besten, wie junge Familien ihr Familienleben organisieren sollen. Das wissen die Familien vor Ort

am besten. Deswegen geben wir jungen Menschen die Möglichkeit der Wahlfreiheit. Mit unserem Bayerischen Familiengeld legen wir bekanntermaßen das Erziehungsgeld und das Betreuungsgeld zusammen. Wir werden jungen Familien die Unterstützung geben können, die sie brauchen. Von dem Familiengeld kann die Kita genauso wie die Tagesmutter bezahlt, können Anschaffungen für das Kind gemacht werden. Damit wird die Familie gestärkt. Gott sei Dank befindet sich Bayern in der Situation, dies tun zu können. Wenn man über Familie spricht, sind alle der Meinung, dass mehr für Familien getan werden müsse. Macht man etwas, darf man sich anhören, dass es zu wenig sei oder die Rücklagen geplündert würden. Beides ist nicht nötig. Unser Familiengeld in Bayern ist ausgewogen.

Ich könnte noch über den Hebammenbonus sprechen. Auch das ist eine neue Leistung für eine Berufsgruppe, die wir dringend benötigen, wenn wir auch in Zukunft unsere Kindergärten und Schulen füllen wollen. Wir denken auch an die totalen Schattenseiten des Lebens und gründen ein Kinderhospiz. Alle diese Maßnahmen werden klugem staatlichen Handeln gerecht.

Vergessen wir bei all dem nicht die Kultur; denken wir beispielsweise an das Staatstheater in Augsburg. Meine Damen und Herren, auch die Tourismusförderung spielt in Bayern eine große Rolle. Nach Bayern kommen Millionen Menschen, weil es hier so schön ist, wir etwas zu zeigen haben und über einen organisierten Tourismus verfügen. In allen Regierungsbezirken kümmern sich unsere Verbände darum und bringen ihre Ideen ein. Für die Tourismusförderung wird ein Betrag in Höhe von 15 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Damit zeigen wir, dass wir es in Bayern im Jahr 2018 und in der Zukunft ernst mit der Unterstützung des Tourismus meinen.

Zu allen Maßnahmen besteht ein hoher gesellschaftlicher Konsens. Wenn ich frage, ob man die Pflege, Familien, den Tourismus, Investitionen und Infrastruktur unterstützen sollte, ist mir noch nie widersprochen worden. Deshalb glaube ich, dass unsere Maßnahmen abgewogen und ausgewogen sind. Wir helfen den Menschen. Wir initiieren Konzepte und Ideen. Kreative Ideen werden unterstützt, Anreize geschaffen. Ei-

gentlich müsste über diesen zweiten Nachtragshaushalt ein großer Konsens in diesem Hause bestehen.

Ich bitte um eine gute gemeinsame Gestaltung der Debatte im Ausschuss, lieber Peter Winter. Vieles wird diskutiert werden. Ich freue mich auf weitere Beratungen, die wir durch unser Haus gerne unterstützen und begleiten. Ich wünsche mir eine möglichst große Zustimmung zu den Ideen, die wir eingebracht haben. – Ich danke Ihnen für die angedachte großartige Unterstützung und Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU – Erwin Huber (CSU): Sehr gut!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. – Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, mache ich darauf aufmerksam, dass im Ältestenrat eine Gesamtredezeit von 96 Minuten vereinbart worden ist. Als nächster Redner hat der Vorsitzende der SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Rinderspacher, Sie haben das Wort.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Vizepräsident Bocklet, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ministerpräsident Dr. Söder hat in seiner Regierungserklärung hier im Hohen Haus vor 48 Tagen über die Zukunft des Freistaats Bayern ein kleinteiliges Wimmelbild gezeichnet, ohne dass eine große Skizze erkennbar gewesen wäre. Herr Staatsminister Füracker macht heute in etwa das Gleiche. Das große Ganze ergibt sich eben nicht automatisch aus der großen Vielzahl kleiner Teile.

(Beifall bei der SPD)

Wir fühlen uns in diesen Wochen an die Regierung Günther Beckstein erinnert, der knapp ein Jahr vor der Landtagswahl 2008 die Funktion des Regierungschefs übernommen hat. Die Parallelen sind unverkennbar: Die Übernahme des Amts des Regierungschefs ein Jahr vor der Landtagswahl, beide sind Franken, beide Nürnberger, beide evangelisch. Auch Dr. Beckstein hielt zu Beginn seiner Amtszeit eine sehr klein-

teilige Regierungserklärung. Auch Dr. Beckstein hat sehr viele Fleißkärtchen gesammelt. Auch Dr. Beckstein war bemüht. Auch Dr. Beckstein wollte unliebsame Themen abräumen. Er hat den Transrapid beerdigt, so wie Dr. Söder jetzt den Nationalpark. Vor zehn Jahren gab es hektische Reparaturarbeiten beim milliardenschweren Landesbankdesaster. Hektische Reparaturarbeiten gibt es auch heute mit Dr. Söder, nachdem er selbst vor fünf Jahren 33.000 GBW-Wohnungen eigenhändig auf dem freien Markt verscherbelt und damit 85.000 Mieter im Stich gelassen hat. Das war eine wohnungsbau- und sozialpolitische Todsünde, die durch die weiße Salbe des Nachtragshaushalts nicht wiedergutgemacht werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Auch Dr. Beckstein wollte an den Menschen nah dran sein, näher als sein distanzierterer Vorgänger Dr. Stoiber. Es war die Rede davon, dass er sich im Bierzelt besonders lange bei den Menschen aufgehalten hat. Dr. Söder macht jetzt, 180 Tage vor der Landtagswahl, mit großem Medienecho seine erste Bürgersprechstunde. Er ist seit 1994 Mitglied des Landtags, also seit 24 Jahren. Er ist seit elf Jahren Kabinettsmitglied. Jetzt, 180 Tage vor der Landtagswahl, macht er seine erste Bürgersprechstunde. Damit sollen die Bürger das Gefühl bekommen, Dr. Söder sei für sie da.

(Isabell Zacharias (SPD): Die mache ich schon seit zehn Jahren!)

Ich kann dazu nur sagen: Am Abend werden die Faulen offensichtlich fleißig.

(Beifall bei der SPD – Isabell Zacharias (SPD): Wow! – Margit Wild (SPD): Jawohl, genau so ist es!)

Auch vor zehn Jahren war die Christlich-Soziale Union mit Dr. Beckstein wenige Monate vor der Landtagswahl von Panik getrieben, die absolute Mehrheit zu verlieren. 2018, zehn Jahre später, ist sie von der AfD getrieben, und die Panik ist sogar noch größer.

(Peter Winter (CSU): Schaut mal, wo ihr jetzt steht! – Hans Herold (CSU): 13 %!)

Die Bayerische Staatsregierung hat in dieser Legislaturperiode – das lässt sich als Bilanz ziehen – jede Menge Chancen verpasst und liegen gelassen. Hausaufgaben wurden nicht gemacht. Die Bilanz dieser Legislaturperiode ist auch: Ja, die Wirtschaft in Bayern brummt – das ist überhaupt keine Frage – dank fleißiger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und kreativer Unternehmer. Aber trotz der guten wirtschaftlichen Lage gibt es bei der Armutsbekämpfung keinerlei Fortschritte. Heute gibt es in Bayern mehr arme Menschen als noch zu Beginn der Legislaturperiode.

Bayern wird moderner. Das ist überhaupt keine Frage. Aber in der Gesellschaftspolitik auf Landesebene werden keine Fortschritte gemacht. In Bayern ist der Lohnunterschied zwischen Mann und Frau so groß wie in keinem anderen europäischen Landstrich. Ja, immer mehr Menschen ziehen zu uns in den Freistaat. Die Folgewirkungen sind: Bayern ist Stau-Weltmeister in der Bundesrepublik. Der öffentliche Personennahverkehr platzt aus allen Nähten. Bei der Elektrifizierung der Schiene sind wir nicht vorangekommen. Ja, in dieser Legislaturperiode ist es uns dank der Hartnäckigkeit der Opposition gelungen, in der Schulpolitik zum G 9 zurückzukehren. Aber die Anzahl der ausgefallenen Unterrichtsstunden wächst. Es sind mittlerweile sechs Millionen Unterrichtsstunden pro Jahr. Die Klassen sind immer noch zu groß. Wir haben immer noch zu wenige Lehrer.

Ja, Bayern ist ein sicheres Bundesland. Das ist überhaupt keine Frage. In Bayern ist die Zahl der Straftaten so niedrig wie seit 30 Jahren nicht mehr. Dennoch haben unsere Polizisten einen Berg in Höhe von 2,2 Millionen Überstunden auf dem Buckel. Ja, Bayern ist modern. Dennoch ist das richtig, was Herr Füracker zumindest angedeutet hat: Jede vierte Staatsbrücke ist dringend sanierungsbedürftig. Jede dritte Staatsstraße ist dringend sanierungsbedürftig. Jedes zweite Schwimmbad ist dringend sanierungsbedürftig. Überall da, wo die Landespolitik eigentlich zuständig wäre, sind Löcher zu erkennen. Da bröckelt es. Diese Staatsregierung hat über fünf Jahre der Legislaturperiode nachlässig gehandelt. Die Staatsregierung hat zu oft nach Berlin geblickt. Sie

hat sich zu sehr an Frau Merkel gerieben, anstatt hier die politischen Hausaufgaben zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb setzt die neue Regierung mit Dr. Söder an der Spitze auf Ablenkungsmanöver. Seit Amtsantritt von Dr. Söder hat sich die CSU alle Mühe gegeben, sich mit einer zunehmend autoritär anmutenden und im Kern autoritären Politik auf den Pfaden ihres besten Freundes Victor Orbán zu bewegen. Das harte neue Polizeiaufgabengesetz setzt auf Überwachung nicht nur bei Terrorverdacht, obwohl die bayerische Kriminalitätsrate so niedrig ist wie seit 30 Jahren nicht mehr.

(Tobias Reiß (CSU): Ja, warum denn?)

Der erste Entwurf zur beinharten Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzgebung zeigt, wie die CSU-Staatsregierung psychisch Kranke wie Verbrecher kriminalisiert. Für die SPD-Fraktion sage ich noch einmal: Die Hilfe für psychisch Kranke am Strafrecht und am Maßregelvollzug für Straftäter zu orientieren, ist rechtsstaatlich ein Unding und trifft auf unseren entschiedenen parlamentarischen Widerstand.

(Beifall bei der SPD)

Die CSU-Alleinregierung zwingt der Öffentlichkeit eine völlig unsinnige und schädliche Debatte darüber auf, wer zu unserem Land gehört und wer nicht. Dazu gehört auch der Anschein söderscher Staatsreligion mit einem bayerischen Kreuzerlass. Dieser ist im Ergebnis weder dem Staat und schon gleich gar nicht der Religion von Nutzen. Er ist auch nicht dem guten Miteinander von Staat und Religion von Nutzen.

(Beifall bei der SPD)

Kardinal Marx, Landesbischof Bedford-Strohm und die Jugendverbände der evangelischen und katholischen Kirche in Bayern haben es zum Ausdruck gebracht: Dr. Söder hat mit diesem Kreuzerlass die Gesellschaft in einem Bereich gespalten, in dem sie

sich eigentlich einig war. Das war ein schnödes Wahlkampfmanöver. Für uns steht fest: Unser Grundgesetz und die Bayerische Verfassung sehen keine Hierarchien und keine Vormachtstellung einer einzelnen Religion vor. In Bayern existiert Religionsfreiheit. Als gläubiger Christ und Mitglied der Evangelischen Landessynode füge ich hinzu: Wir Christen in Bayern sind so selbstbewusst, dass wir unsere Kreuze dort, wo sie hingehören, schon selbst aufhängen, nämlich in die Kirchen. Dafür brauchen wir diesen Staatserlass nicht.

(Beifall bei der SPD – Margit Wild (SPD): Bravo! – Isabell Zacharias (SPD): Bravo!)

Peinlich ist das, was hinterhergeschoben wird. Es wird ein staatlicher Erlass herausgegeben, eine Verordnung, und dann wird hinterhergeschickt, wir werden es nicht kontrollieren. Dann gibt es plötzlich staatliche Institutionen erster und zweiter Güte, die mit besonderer christlicher Prägung und die ohne christliche Prägung. Theater, Museen und Hochschulen werden davon ausgenommen, als gäbe es dort vielleicht keine christliche Prägung. Am Ende ist kein Nutzen vorhanden, sondern nur Schaden sowohl für den Staat als auch für die Religion. Wir hoffen, dass Dr. Söder wenigstens jetzt im Vatikan gelernt hat, dass das Kreuz kein politisches Motiv von christsozialem "Mia san mia" ist, sondern religiöses Symbol für die Hoffnung auf Erlösung und Auferstehung.

(Beifall bei der SPD)

Polizeiaufgabengesetz, Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz, konservative Revolution, Kreuzerlass, Muskelspiele in der Flüchtlingspolitik – das ist Victor Orbán light. Er hat im 100. Jubiläumsjahr des Freistaates Bayern nichts bei uns verloren.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb muss es uns darum gehen, das Prinzip "Leben und leben lassen", Liberalitas Bavariae, aufrechtzuerhalten. Dafür steht die bayerische Sozialdemokratie mit ihrer

Landesvorsitzenden Natascha Kohnen: Freiheit statt Orbánismus, sozialdemokratischer Freistaat statt christsozialer Autoritätsstaat.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Jawohl!)

Kolleginnen und Kollegen, die Regierungserklärung von Dr. Söder am 18. April sollte ein farbenfrohes Feuerwerk mit vielen bunten Raketen sein. Es gab Wahlkampfversprechungen ohne Unterlass. Heute zeigt der zweite Nachtragshaushalt, wir haben es jetzt schwarz auf weiß, das Allermeiste davon war Blendwerk und Schall und Rauch. Den Ankündigungen von Herrn Dr. Söder folgen in vielen Bereichen eben keine Taten und keine Konsequenzen. Wir, die SPD-Fraktion, vermissen im Nachtragshaushalt klare Prioritäten statt eines Wahlkampf-Geldregens mit der Gießkanne in Zeiten prasselnder Steuereinnahmen. Vor allem vermissen wir Investitionen in zentralen Themenfeldern wie der sozialen Gerechtigkeit. Wir vermissen Investitionen in kostenfreie Kitas mit besserer Qualität. Wir vermissen Investitionen in bezahlbaren Wohnraum und in besseren Personennahverkehr mit Maßnahmen für die Mobilitätswende, die jetzt anstehen muss.

Klar stellt sich auch die Frage der Glaubwürdigkeit von Dr. Söder selbst. Der Spitzenkandidat verspricht im Wahlkampf jede Menge Päckchen nach dem Prinzip: Hurra im Himmel ist Jahrmarkt, aber die Lieferung der Päckchen bleibt dann aus. Einige der Versprechungen überlebten nicht einmal 48 Tage von der Regierungserklärung bis zur Einbringung des Nachtragshaushalts. Heute steht mehr denn je fest: Je größer die Überschrift, die Herr Dr. Söder produziert, umso mehr Vorsicht ist geboten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich möchte nur einige Beispiele nennen: Vor 48 Tagen hat Herr Dr. Söder an diesem Mikrofon mit stolzgeschwellter Brust ein bayerisches Raumfahrtprogramm mit dem Namen "Bavaria One" angekündigt. Es sollte ein staatliches Programm werden, das sich gewaschen hat. Der CSU-Spitzenkandidat möchte den Freistaat Bayern zum Weltraum Bayern machen. Sputnik war vorgestern. Apollo, Challenger, Discovery

waren gestern. Jetzt kommt "Bavaria One". Sie ist gedacht als Trägerrakete für die absolute Mehrheit. Mit der Einbringung des Nachtragshaushalts wissen wir, Dr. Söders Regierungserklärung war nichts als Science-Fiction. Es gibt keinen einzigen Cent für ein Raumfahrtprogramm. Es gibt noch nicht mal ein spezifisches Mittelchen dafür, dass sich Herr Dr. Söder in einer Hochglanzbroschüre ablichten lassen kann.Das Raumfahrtprogramm "Bavaria One" ist bei genauem Hinsehen das Märchen "Söderchens Mondfahrt", liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Kein Cent für ein Gutachten, für eine Kommission, für neue Personalstellen, kein Lehrstuhl, nichts, eine einzige Nullstelle im Nachtragshaushalt. Wie gesagt: Noch nicht mal ein paar Euro sind eingestellt für bunte Hochglanzbroschüren, in denen sich Dr. Söder als "Spaceman Came Travelling" mit seinem Hund Laika vor einem weiß-blauen Space Shuttle fürs Poesiealbum mit dem Kreuz in der Hand auf bayern.de abbilden lassen kann. Die Mission Söder ist schon jetzt zu Ende, bevor sie überhaupt begonnen hat, meine sehr verehrten Damen und Herren.

So ist es auch mit den anderen Projekten, die er angesprochen hat. So hat Dr. Söder hier am Mikrofon einen bayerischen Hyperloop angekündigt. Die wenigsten Bürger wissen, was das ist: Eine bis zu 1.200 Stundenkilometer schnelle Rohrpost für Personen soll das sein. Der CSU-Spitzenkandidat hat die Produktion des Flugtaxis in Bayern angekündigt. Irgendwo zwischen Hof und Garmisch soll das Flugtaxi in Bayern eine Heimat bekommen. Wir haben bereits erste Erkenntnisse. Es ist schon etwas bekannt: die ersten fünf Hyperloops und die ersten fünf Flugtaxis, die in Bayern produziert werden. Wir kennen nicht das Baujahr, und wir wissen auch nicht, wie das zustande kommen soll. Es gibt da keinen einzigen Cent im Nachtragshaushalt für die Entwicklung. Aber die Namen der fünf Prototypen sind bereits klar: Söder I, Söder II, Söder III, Söder IV und Söder V. Aber damit ist niemandem geholfen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das ist Augenwischerei. Damit führen Sie die Menschen in Bayern in die Irre, und das ist nicht in Ordnung.

Wir brauchen mehr Bodenhaftung und mehr Bodenständigkeit. Ja, Visionen sind erlaubt. Aber es war doch Dr. Söder selbst, der an diesem Mikrofon gesagt hat, dass Ankündigungen, die am Ende keinerlei Tatkraft und Konsequenzen nach sich ziehen, zu einer verdoppelten Politikverdrossenheit führen. Dies fällt nun auf den Ministerpräsidenten selbst zurück. Schauen wir uns doch die Realitäten an, bevor wir von "Spaceman Came Travelling" träumen.

Jede vierte staatliche Brücke in Bayern ist marode, 1.407 von 5000. Die Zahl der maroden Brücken wächst in Ihrer Amtszeit. Sie wird nicht geringer, sondern sie wächst. Der Sanierungsstau wird kontinuierlich größer, und wir sind erstaunt darüber, dass die Baubehörden offensichtlich mit der Planung und Durchführung bei den Brückensanierungen nicht nachkommen; denn wir im Landtag haben einmal 160 Millionen Euro für fünf Jahre freigemacht. Ausgegeben wurden gerade einmal 100 Millionen Euro, also 37 % weniger, als wir im Landtag eigentlich bereitgestellt haben. Das heißt, die staatlichen Bauämter sind offensichtlich so auf Kante genäht, dass sie die notwendigen Arbeiten gar nicht vornehmen können. Das ist klassisches Staatsversagen, und Sie haben das zu verantworten, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist schlechtes Regieren.

(Beifall bei der SPD)

2.000 neue Busse hat Dr. Söder vor 48 Tagen angekündigt. 100 neue zusätzliche Trambahnen hat Dr. Söder für Bayern angekündigt.

(Zuruf des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

50 zusätzliche neue U-Bahnen hat Dr. Söder vor 48 Tagen angekündigt.

(Peter Winter (CSU): Ist alles nachlesbar!)

Gemessen an den Bedarfen, liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem großen Freistaat Bayern war schon das vergleichsweise wenig. Was ist davon übrig geblieben? Null Busse statt 2.000, null Trambahnen statt 100 und null U-Bahnen statt 50 U-Bah-

nen. Wer eine solche Verkehrspolitik macht, darf sich nicht wundern, wenn der Stau in Bayern immer länger wird und die Luft in den Städten immer schmutziger. Sie haben es zu verantworten.

(Beifall bei der SPD)

Ein Umweltbildungszentrum am Riedberger Horn hat Dr. Söder mit mindestens 15 Journalisten im Schlepptau angekündigt. Kein einziger Cent bildet sich dafür im Nachtragshaushalt ab.

1.000 stationäre und 500 ambulante Pflegeplätze wurden vor 48 Tagen hier angekündigt. Keinen einzigen Cent machen Sie im Nachtragshaushalt dafür frei; und vor 48 Tagen hat Dr. Söder an diesem Mikrofon eine nie dagewesene Qualitätsoffensive in der Kinderbetreuung mit 30.000 neuen Plätzen in der Kinderbetreuung bis 2020 – 2020 ist bereits in eineinhalb Jahren –, 10.000 Tagespflegepersonen für die Kinderbetreuung und 10.000 Hortplätzen bis 2025 versprochen. Am nächsten Tag wurde er umjubelt: Was dieser Mann alles leistet.

Eine solche Ankündigung produziert Hoffnung. Sie weckt Sehnsüchte in der Bevölkerung nach der Verwirklichung einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Denn nach den größten Problemen im Bereich der Betreuung ihrer Kinder gefragt, geben laut aktuellem Sozialbericht 71 % der Eltern an, es sei kein geeigneter Betreuungsplatz in Bayern verfügbar, und 66 % nennen die unpassenden Öffnungszeiten in den Einrichtungen. Noch immer hat der Freistaat einen deutlichen Nachholbedarf gerade bei den Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren. Da sind wir in Bayern im Bundesländervergleich mit einer Betreuungsquote von unter 30 % nur auf Platz 14.

(Hans Herold (CSU): Siehe München zum Beispiel!)

Nun die nackte Wahrheit: Dr. Söders vor 48 Tagen angekündigte Kita-Offensive mit 30.000 neuen Plätzen bis in eineinhalb Jahren, 10.000 Tagespflegepersonen und

10.000 Hortplätzen findet sich im Nachtragshaushalt – ich verstehe nicht, dass Ihnen das nicht peinlich ist, liebe Kolleginnen und Kollegen –

(Isabell Zacharias (SPD): Allerdings!)

nicht mit einem einzigen Prozent wieder,

(Isabell Zacharias (SPD): Wahnsinn!)

nicht mit einem einzigen Prozent. Der neue Ministerpräsident führt die Kita-Beschäftigten und die Familien in Bayern mit Wahlkampfversprechungen hinters Licht, die schon vor dem Wahltermin gebrochen werden. Für die vielen Eltern, die sich eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie wünschen, ist diese Söder-Lücke zwischen Ankündigung und Realisierung ein echtes Ärgernis. Aber wir können Ihnen sagen: Wir werden Ihnen diesen Wahlbetrug bis zum 14. Oktober, bis zum Wahltermin, nicht durchgehen lassen. Das können Sie uns glauben.

(Beifall bei der SPD)

Mit Interesse und Wohlwollen haben wir wahrgenommen, dass Dr. Söder Invest in Bavaria modernisieren möchte; denn die Ansiedlungspolitik der Staatsregierung für neue Arbeitsplätze in Bayern ist alles andere als in Balance. Wir haben das in der Opposition gemeinschaftlich immer wieder kritisiert. Er hat eine neue Agentur angekündigt, und er hat angekündigt, dass diese Agentur 50 Millionen Euro Startkapital bekommen soll. Wir haben die 50 Millionen Euro Startkapital gesucht. Sie sind nicht etatisiert. Das heißt, bei Invest in Bavaria bleibt alles genau so, wie es ist, alles fauler Zauber. Und die Regierungsbezirke im Norden und im Osten Bayerns werden auch in den Jahren 2018, 2019 und 2020 vergeblich auf Unterstützung der staatlichen Ansiedlungsagentur warten müssen – ein Untätigkeitsnachweis des Ministerpräsidenten. Ich verstehe nicht, dass Ihre Haushaltspolitiker nicht auch wenigstens das, was vor 48 Tagen hier am Mikrofon gesagt wurde, mit dem abgleichen, was jetzt im Haushalt steht, so

wie ich mir die Mühe gemacht habe, und das in so zentralen Bereichen wie bezahlbares Wohnen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und künftige Mobilitätspolitik.

Ich wundere mich sehr. DJ Söder, meine Damen und Herren, hat ein großes Wunschkonzert angekündigt, und jetzt hören wir die Unvollendete, die Symphonie der enttäuschten Erwartungen – ein weiteres Zeichen dafür, dass diese CSU-Alleinregierung am 14. Oktober keine absolute Mehrheit mehr erhalten darf.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Ich habe nur einige Haushaltsbereiche aufgezählt, bei denen Dr. Söder die Umsetzung seiner Versprechen schuldig bleibt. Es gibt aber auch Bereiche, für die Geld ausgegeben wird, aber nicht zielgerichtet, zum Beispiel für die innere Sicherheit. Wir brauchen keine bayerische Grenzbehörde; denn es gibt eine deutsche Grenzpolizei. Wir brauchen mehr Polizisten auf der Straße und nicht in neuen Söder-Amtsstuben. Söders Doppelstruktur mit der Bundespolizei schafft zusätzliche Bürokratie statt zusätzlichen Bürgerschutz. Deshalb fordert die SPD im Landtag eine effiziente Schleierfahndung, mobile, kurzfristige Grenzraumkontrollen statt die christ-soziale Rückkehr zum Schlagbaum des 20. Jahrhunderts. Die Anordnung neuer Behördennamen und Dienstuniformen durch den neuen Ministerpräsidenten ersetzt nicht die notwendige bessere länderübergreifende Zusammenarbeit von Polizei und Justiz. Wir teilen auch nicht die Ansicht des Ministerpräsidenten, dass eine bayerische Kavallerie hoch zu Ross einen Durchbruch für die innere Sicherheit in Bayern darstellt. Ich sage: lieber mehr Zweibeiner in Polizeiuniform auf bayerischen Straßen und Plätzen als Söders neue Vierbeiner. Diese brauchen wir nämlich in dieser Form ganz gewiss nicht.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Florian Streibl (FREIE WÄHLER))

Der Freistaat Bayern wird bis 2030 nicht schuldenfrei sein. Der angekündigte Schuldenabbau bis 2030 ist nichts anderes als politische Propaganda und Schönrednerei.

(Peter Winter (CSU): 5,6 Milliarden sind getilgt!)

Hinzu kommt: Allein die Kürzungen der Pensionsvorsorge, die Sie 2010 vorgenommen haben – da sollte ja mal einbezahlt werden, wie Stoiber das vorgesehen hat, damit künftige Generationen nicht die Pensionen unserer Staatsdiener zu bezahlen haben –, allein die Kürzungen bei der Pensionsvorsorge haben in den letzten acht Jahren eine Lücke von fast 2,9 Milliarden Euro in den Pensionsfonds gerissen.Die Tendenz steigt von Jahr zu Jahr. Das ist eine aufwachsende Summe, für die unsere Kinder und Enkel eines Tages werden aufkommen müssen. Sie nehmen künftige Generationen in Haftung. Mit Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit hat das in Ihrem Staatshaushalt nichts, aber auch gar nichts zu tun, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Die Sozialdemokratie im Hohen Hause setzt sich mit ihrem Antragspaket zum Nachtragshaushalt – ein herzliches Dankeschön an die Kollegen unseres Haushaltsarbeitskreises unter der Führung von Harald Güller – für mehr soziale Gerechtigkeit in Bayern ein; denn 1,5 Millionen Menschen unterhalb der Armutsgrenze in Bayern sind eine hohe Zahl, vor deren Hintergrund sich politische Selbstgerechtigkeit und Selbstzufriedenheit verbieten. Auch wenn die CSU alle unsere Anträge zur Armutsbekämpfung, zur Stärkung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bayern mit einem Tariftreuegesetz und mit einem Weiterbildungsgesetz, für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zur Entlastung der Familien in Bayern und für eine moderne Gleichstellungspolitik im Allgemeinen abgelehnt hat, bleiben wir als SPD dran: für eine solidarische Gesellschaft, für das soziale Miteinander. In diesem Zeichen steht auch unser Antragspaket für den Nachtragshaushalt.

Ich kann als Fazit nur sagen: Angesichts nachweisbar leerer Versprechungen und falscher Prioritäten wird es allerhöchste Zeit, dass die Arroganz der Macht der absoluten Herrschaft endlich ein Ende findet. Dr. Beckstein hat die absolute Mehrheit vor zehn Jahren verloren. Dr. Söder wird die absolute Mehrheit verlieren. Menschlichkeit und Modernität in Bayern: Das gibt es mit der SPD. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Rinderspacher. – Für die CSU-Fraktion erteile ich jetzt dem Kollegen Winter das Wort. Bitte sehr.

Peter Winter (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wie schwer sich die SPD tut, habe ich an den teilweise unterirdischen Ausführungen des Kollegen Rinderspacher gespürt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Die Wahrheit tut ganz schön weh, Herr Winter, gell?)

Wie viel Angst man vor einem Dr. Söder hat!

(Isabell Zacharias (SPD): Nein!)

Ich habe nicht mitgezählt, aber zweihundertmal haben Sie den Dr. Söder bestimmt zitiert.

(Markus Rinderspacher (SPD): Zu viele leere Versprechen sind uns aufgefallen!)

Wenn ich noch nicht gewusst hätte, dass wir auf dem richtigen Weg sind, liebe Kolleginnen und Kollegen: Nach der Rede vom Herrn Rinderspacher wäre ich davon überzeugt, dass wir auf dem richtigen Weg sind und den richtigen Weg einschlagen.

(Beifall bei der CSU)

Sie verfallen in die alte Marotte, lieber Herr Rinderspacher: Schlechtreden, totreden, miesreden. In Bayern sind wir noch nicht so weit wie in Berlin unter einem Regierenden Bürgermeister der SPD, wo die Eltern die Klos in den Schulen reparieren, damit die Kinder auf die Toilette gehen können. Da können Sie Ihre Reden abladen, aber nicht in Bayern, und die Bayern wissen Gott sei Dank, woran sie mit der CSU sind und wie gut es ihnen in Bayern geht, weil sie sehr tüchtig und sehr fleißig sind

(Markus Rinderspacher (SPD): Das habe ich gesagt!)

und weil die Weichen in Bayern richtig gestellt werden. Wir unterhalten uns heute über einen zweiten Nachtrag, auf den Sie kaum eingegangen sind. Das war etwas von kleinteiligem Wimmelbild. Das war eine kleinkarierte Rede, Herr Rinderspacher. Ich hätte hier etwas mehr von Ihnen erwartet. Aber Sie sind auch nicht im Haushaltsausschuss. Das muss ich auch noch feststellen.

(Beifall bei der CSU)

Im Gegensatz zu den Ritualen, die wir heute erleben – da hat unser Finanzminister Füracker recht –, bin ich wie die meisten Menschen in Bayern fest davon überzeugt, dass wir ein wirtschaftlich starkes Land sind, ein Land, in dem die Menschen gerne und sicher leben und vor allem alle sehr gute Zukunftsaussichten haben. Der Freistaat Bayern hat aktuell so wenig Arbeitslose und bietet so gute Bildungs- und Ausbildungschancen wie nie zuvor. Laut Statistischem Bundesamt haben die bayerischen Kommunen die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung in Deutschland. Die Kriminalitätsbelastung in Bayern ist im letzten Jahr auf den niedrigsten Stand seit 30 Jahren gesunken und widerlegt all das, was uns hier immer wieder vorgekaut wird.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das habe ich selbst gesagt!)

In Bayern lebt man sicher, gut und besser als in anderen Bundesländern.

(Beifall bei der CSU)

Die aktuellen Arbeitsmarktzahlen vom Mai 2018 sind einfach nur glänzend. Mit einer Arbeitslosenquote von 2,7 % haben wir den niedrigsten Monatswert seit Einführung der Berechnungen im Jahr 1994. Im Ländervergleich belegt Bayern weiterhin den Spitzenplatz, deutlich vor Baden-Württemberg mit 3,1 %. In allen bayerischen Regierungsbezirken lag die Arbeitslosigkeit deutlich unter 4 %, und die Spannweiten der Arbeitslosenquoten innerhalb der Regierungsbezirke lagen im Durchschnitt bei nur 1 %. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich in Bayern trotz eines horrenden Zuzugs innerhalb der letzten zehn Jahre um rund 25 % verringert.

Diese absoluten Topwerte auf dem Arbeitsmarkt spiegeln sich auch in der Entwicklung der Steuereinnahmen. Aufgrund der guten Ergebnisse im Haushaltsvollzug konnten wir dementsprechend die Haushaltsrücklage in den letzten Jahren deutlich stärken. Laut Haushaltsrechnung 2016 beläuft sich die Haushaltsrücklage Ende 2016 auf rund 6,3 Milliarden Euro. Diese starke Rücklage verdanken wir in erster Linie den fleißigen bayerischen Steuerzahlern, denen zuerst und vor allem mein ganz besonderer Dank gilt.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wichtig war aber auch, dass wir in den letzten Haushalten mit Augenmaß vorgegangen sind. Im zweiten Nachtrag des Jahres 2018 ist es nun an der Zeit, dass die Bürgerinnen und Bürger in Bayern noch mehr an der positiven Entwicklung in Bayern teilhaben und wir ihnen von ihrem erarbeiteten Geld etwas zurückgeben. So haben sich zuletzt im Jahr 2017 die Steuereinnahmen nach Länderfinanzausgleich gegenüber der Haushaltsplanung um 897 Millionen Euro verbessert. Daneben ergab sich nach dem vorläufigen Ergebnis des Haushaltsvollzugs von 2017 bei den sonstigen Verbesserungen und Verschlechterungen ein positiver Saldo von rund 0,7 Milliarden Euro. Der darin noch nicht berücksichtigte Einzug der Ausgabenreste hat das endgültige Ergebnis weiter verbessert. Zudem errechnet sich nach der aktuellen Mai-Steuerschätzung für dieses Jahr ein Plus von 468 Millionen Euro gegenüber der Veranschlagung im Regierungsentwurf des zweiten Nachtrages 2018. Damit verfügen wir in Bayern über eine sehr gute finanzielle Ausgangslage für weitere gezielte Antworten auf die bestehenden Herausforderungen insbesondere auch im sozialen Bereich.

Bei den aktuellen Forderungen der Opposition ist mir ein Artikel in der "Süddeutschen Zeitung" vom 23. Mai 2018, lieber Herr Rinderspacher, zum Wahlprogramm der SPD aufgefallen. Die "SZ" titelte dazu: "Die SPD will von allem mehr." – Das war schon immer so, und es wird auch immer so bleiben. Nur der Wähler wird nicht mitmachen.

(Beifall bei der CSU)

Das ist seit Jahren das Patentrezept der SPD. Aber mittlerweile beginnen die FREIEN WÄHLER, die SPD zu überholen.

(Hans Herold (CSU): Freibier für alle!)

So fordern die FREIEN WÄHLER nach dem Ende der Straßenausbaubeiträge nun auch noch die beitragsfreie Kinderbetreuung. Selbst mit den GRÜNEN befinden sie sich da inzwischen in bester Gesellschaft, lieber Herr Hartmann. – Er ist nicht da.

(Hans Herold (CSU): Einer ist da!)

Früher gab es noch den Anspruch, dass man ein Haushaltskonzept vorlegt, ohne in die Rücklagen zu greifen,

(Hans Herold (CSU): Jetzt zwei!)

aber auch das ist mittlerweile nicht mehr gegeben.Die GRÜNEN hatten mit Änderungsanträgen zum ersten Nachtrag 2018 über zwei Milliarden Euro gefordert, die aus der Rücklage kommen sollten. Vor diesem Hintergrund bin nicht nur ich auf die Kommentare der Vertreter der Opposition gespannt; ich erahne sie schon. Einen ersten Vorgeschmack haben wir bekommen. Neben dem Standardvorwurf "Wahlkampfhaushalt" werden wir gerade zu den Punkten, in denen auch die Opposition Handlungsbedarf sieht, vor allem hören: "Zu spät und zu wenig!"

Wir werden uns davon allerdings nicht beirren lassen. Ich bitte vielmehr die Kolleginnen und Kollegen, anzuerkennen, wie viele Mittel für die wichtigen Schwerpunkte, die der Ministerpräsident in seiner auf fünf Jahre angelegten Regierungserklärung deutlich gemacht hat, im zweiten Nachtrag vorgesehen sind. Er hat nicht für 48 Tage gesprochen. Er hat nicht für den Zeitraum bis Oktober gesprochen. Er hat eine auf fünf Jahre angelegte Regierungserklärung abgegeben.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Er ist doch nur noch fünf Monate im Amt!)

Wenn Sie fair wären, dann würden Sie ihm die Chance geben, die Vorhaben umzusetzen.

(Markus Rinderspacher (SPD): 30.000 Kitaplätze bis 2020 – wie soll denn das gehen?)

– Lieber Herr Rinderspacher, ihr habt schon immer gesagt: "Ihr werdet nie einen ausgeglichenen Haushalt hinbringen!", "Ihr werdet die Schuldentilgung nicht machen!" Was habt ihr schon alles prophezeit, was wir angeblich nicht tun werden! Auch diesmal werden wir euch, wie immer und wie es in Bayern üblich ist, überraschen, was die CSU mit ihrem tüchtigen Ministerpräsidenten und ihrem soliden Finanzminister auf den Weg bringt. Ich bin davon überzeugt, das sieht auch der Großteil der Bürgerinnen und Bürger in Bayern so.

(Beifall bei der CSU)

Wir setzen im zweiten Nachtrag besondere Schwerpunkte bei der Pflege, unseren Familien und der inneren Sicherheit, nachdem wir schon im ersten Nachtrag für die Sicherheit, aber insbesondere im Bildungsbereich Schwerpunkte gesetzt haben.

Vorher noch ein Wort zur Finanzierung: Hätten wir in den Haushaltsberatungen der letzten Jahre – ich nehme jetzt die letzten fünf Jahre – den Mehrforderungen der Oppositionsparteien Rechnung getragen, würden wir weder über einen ersten noch über einen zweiten Nachtrag reden. Dann wären wir nämlich pleite – wie viele Bundesländer, in denen Sie Verantwortung tragen. Aber da wir eine vorsorgliche Haushaltsführung machen und maßhalten, können wir jetzt, im zweiten Nachtrag, weitere Vorhaben verwirklichen, die den Menschen in Bayern zugutekommen.

(Florian von Brunn (SPD): Reden Sie doch nicht so einen Schmarrn!)

Das bereinigte Ausgabenvolumen 2018 steigt im Regierungsentwurf des zweiten Nachtrags von 60 Milliarden Euro – Stand: erster Nachtragshaushalt 2018 – auf nunmehr 61 Milliarden Euro. Wichtig ist in diesem Zusammenhang: Auch 2018 setzen wir

unsere Politik des Haushalts ohne neue Schulden fort. Die Schuldentilgung bleibt 2018 mit 1,5 Milliarden Euro auf dem Rekordniveau des ersten Nachtrags. Der Schuldenabbau macht unseren Haushalt generationengerecht. Wir setzen auf Chancen statt auf Schulden.

Der zweite Nachtragshaushalt 2018 setzt erste wichtige Maßnahmen des vom Ministerpräsidenten verkündeten Regierungsprogramms "Das Beste für Bayern" noch in diesem Jahr um. Damit geben wir Antworten auf aktuelle sicherheits- und sozialpolitische Herausforderungen. Die haushaltswirksamen Mehrausgaben in Höhe von rund 985 Millionen Euro werden vollständig aus der Haushaltsrücklage finanziert und damit aus den Überschüssen – den erarbeiteten Überschüssen! – der letzten Haushaltsjahre.

Anders als noch im Nachtragshaushalt 2016 sind im Nachtrag 2018 vor allem Maßnahmen für die Bevölkerung in Bayern vorgesehen:

Wir wollen das Bayerische Familiengeld als neue landesgesetzliche Leistung einführen. Eltern in Bayern werden derzeit mit dem Bayerischen Betreuungsgeld und dem Bayerischen Landeserziehungsgeld unterstützt. Diese Leistungen erreichen aber nur einen Teil der Eltern von Kindern im Alter bis zu drei Jahren. Mit dem Familiengeld sollen alle Eltern von Kleinkindern unabhängig von der Betreuungsform und ihrem Einkommen einfach und transparent von einer einheitlichen Landesleistung profitieren. Das Familiengeld beträgt für das erste und das zweite Kind jeweils 250 Euro pro Monat und für das dritte und jedes weitere Kind jeweils 300 Euro pro Monat. Der Regierungsentwurf des zweiten Nachtrags enthält die im Jahr 2018 zur Umsetzung notwendigen 77 neuen Stellen, davon 74 beim Zentrum Bayern Familie und Soziales. So viel zur Umsetzung von angekündigten Maßnahmen! Ferner enthält der Regierungsentwurf die zusätzlich erforderlichen Mittel in Höhe von rund 153 Millionen Euro.

Das Familiengeld bündelt und verbessert die bisher bestehenden familienpolitischen Leistungen auf Landesebene. Die Familien waren und sind uns wichtig. Sie sind die

Keimzellen unserer Gesellschaft. Die Eltern legen das Bildungsfundament. Dafür brauchen sie ausreichend Entscheidungsfreiheit. Wir orientieren uns an den unterschiedlichen Wünschen und Lebensentwürfen von Familien in Bayern. Eltern sollen daher das Familiengeld unabhängig von einer Einschränkung ihrer Erwerbstätigkeit und ihres Einkommens für die von ihnen gewünschte Form der Kinderförderung einsetzen. Das ist unser Verständnis von Wahlfreiheit.

(Beifall bei der CSU)

Mit dem neuen Bayerischen Landespflegegeld wollen wir die Lebensgestaltung von Pflegebedürftigen erleichtern und den Pflegebedürftigen insbesondere die Freiheit geben, Angehörigen oder anderen Unterstützenden eine materielle Anerkennung ohne Rechtspflicht zukommen zu lassen. Das Landespflegegeld soll jährlich 1.000 Euro pro anspruchsberechtigter Person betragen. Im Regierungsentwurf des zweiten Nachtrags sind die erforderlichen Mittel in Höhe von 400 Millionen Euro veranschlagt. Anders als die Leistungen der Pflegeversicherung soll das Landespflegegeld nicht zweckgebunden sein. Auch eine regelmäßige Beratung muss nicht wahrgenommen werden. Mit diesem Landespflegegeld helfen wir den pflegebedürftigen Menschen in Bayern.

Zur besseren Koordinierung der bayerischen Pflegepolitik wollen wir ein neues Landesamt für Pflege gründen. Der zweite Nachtrag sieht dafür 60 neue Stellen vor. Die neuen Stellen sind insbesondere für die Errichtung des Landesamtes in der Startphase gedacht. Das neue Landesamt für Pflege soll die pflegebedürftigen Menschen sowie die Pflegenden in ganz Bayern unterstützen. Das gilt auch für die Begleitung schwerstkranker und sterbender Menschen und ihrer Familien. Mit dem Landesamt wollen wir die Aufgaben, die bisher auf verschiedene Behörden verteilt waren, insbesondere aus dem Pflegebereich sowie der Hospiz- und Palliativversorgung, effektiv bündeln und zusammenführen.

Zentraler Punkt des zweiten Nachtrags sind unsere Maßnahmen für mehr bezahlbaren Wohnraum in Bayern. Mit der Bayerischen Eigenheimzulage und dem Bayerischen Baukindergeld wollen wir vor allem einheimische junge Familien bei der Bildung von Wohneigentum unterstützen. Die Bayerische Eigenheimzulage soll als Grundförderung einen einmaligen Festbetrag in Höhe von 10.000 Euro umfassen. Mit dem Bayerischen Baukindergeld wollen wir das neue Baukindergeld des Bundes jährlich um 300 Euro pro Kind erhöhen, weil bekanntermaßen das Bauen vielerorts in Bayern teuer ist. Mit dem Baukindergeld des Bundes ergibt sich dann eine jährliche Gesamtförderung von 1.500 Euro pro Kind für zehn Jahre, also von insgesamt 15.000 Euro pro Kind, wenn eine junge Familie bauen will.

(Beifall bei der CSU)

Für die Einführung der Bayerischen Eigenheimzulage sind im Regierungsentwurf 150 Millionen Euro und zur Finanzierung des Bayerischen Baukindergeldes 37,5 Millionen Euro im Jahr 2018 vorgesehen. Mit der Bayerischen Eigenheimzulage und dem Bayerischen Baukindergeld wollen wir gerade Familien bei der Verwirklichung des Traums von den eigenen vier Wänden unterstützen.

Daneben setzen wir durch den dauerhaften Ausbau der staatlichen Wohnraumförderung ein starkes Signal für den Wohnungsbau.Wir erhöhen im zweiten Nachtragshaushalt den Bewilligungsrahmen in der Wohnraumförderung um 200 Millionen Euro aus Landesmitteln. Damit ergibt sich in der Wohnraumförderung ein Bewilligungsrahmen von insgesamt rund 886 Millionen Euro im Jahr 2018. Das sind über 43 % mehr als 2017.

(Beifall bei der CSU)

Bei der Wohnraumversorgung werden wir unser staatliches Engagement weiter ausbauen.

(Horst Arnold (SPD): Auwei!)

Dazu gründen wir das staatliche Wohnungsbauunternehmen "Bayernheim".

(Horst Arnold (SPD): Ach was!)

"Bayernheim" soll vor allem Wohnraum für untere und mittlere Einkommensgruppen schaffen. Ziel sind 10.000 neue Wohnungen bis 2025. Dazu sollen staatliche Grundstücke und Konversionsflächen genutzt werden. Wohnungsbau ist oberster Staatsbedarf.

(Horst Arnold (SPD): Das ist etwas zu wenig!)

– Das ist doch klar, es ist immer zu wenig.

(Horst Arnold (SPD): Zuvor aber 32.000 Wohnungen verscherbeln!)

Wenn man für einen Haushalt Verantwortung hat, löst man das ordentlich und nicht mit Schub vor den Augen.

Organisatorisch unterstützen wir alle Maßnahmen für mehr Wohnraum in Bayern durch die Gründung des neuen Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr. Für den Auf- und Ausbau des Bauministeriums sowie für die Stärkung der Bauverwaltung sind im Regierungsentwurf insgesamt 250 neue zusätzliche Stellen für 2018 vorgesehen. Die Bündelung der Aufgaben und die personelle Verstärkung der Bauverwaltung werden für eine zügige und effektive Antwort auf die großen Herausforderungen beim Wohnungsbau sorgen.

Für den inneren Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist ein Leben in Freiheit und Sicherheit besonders wichtig. Die neue Grenzpolizeidirektion in Passau soll insbesondere Schleierfahndungsmaßnahmen und Schwerpunkteinsätze der Fahndungsdienststellen koordinieren. Für den personellen Aufbau der Grenzpolizei bereits in diesem Jahr sind im zweiten Nachtragshaushalt 44 zusätzliche Stellen und rund 15 Millionen Euro vorgesehen.

Um die Asylverfahren verkürzen und Abschiebungen schneller durchführen zu können, soll das neue Landesamt für Asyl mit gebündelten Zuständigkeiten schon im August die Arbeit aufnehmen. Das ist angekündigt und wird auch umgesetzt. Der Regierungsentwurf enthält dafür 120 neue Stellen sowie über 10 Millionen Euro zusätzliche Mittel für den Erstaufbau des Landesamtes.

Daneben sollen die Verfahren in Asylsachen mit 100 neuen Stellen für richterliches und nichtrichterliches Personal an den Verwaltungsgerichten beschleunigt werden. Zur weiteren personellen Stärkung und für eine effektive Rechtsprechung der ordentlichen Gerichtsbarkeit sind im Regierungsentwurf außerdem weitere 200 neue Stellen für die Justiz vorgesehen.

Aktuell bestehen auch einige Risiken für unsere wirtschaftliche Entwicklung. Das muss uns allen klar sein. Insbesondere die aktuellen wirtschaftspolitischen Maßnahmen der USA und ein möglicherweise eskalierender internationaler Handelskonflikt bereiten – darin sind wir uns einig – uns allen Sorgen. Daher ist es besonders wichtig, dass wir auch im zweiten Nachtragshaushalt 2018 alle Ausgaben aus eigenen Mitteln tragen – anders als viele andere Bundesländer, die von unseren Zahlungen in den Länderfinanzausgleich profitieren und trotzdem noch neue Schulden machen.

(Hans Herold (CSU): Hört, hört!)

Wir setzen mit dem zweiten Nachtragshaushalt die richtigen Schwerpunkte für unsere Familien, für die Stärkung der Pflege und für die Verbesserung der Situation auf dem Wohnungsmarkt. Die Bayerische Grenzpolizei und mehr Personal für unsere Justiz sollen unsere Spitzenposition in der inneren Sicherheit auch für die Zukunft garantieren. Der zweite Nachtragshaushalt 2018 ist ein wahres Kraftpaket und gibt die richtigen Antworten auf die Sorgen und Nöte unserer einheimischen Bevölkerung. Wir werden glasklar die Vorgaben des zweiten Nachtragshaushalts berücksichtigen und damit bereits nach wenigen Tagen einen Großteil der von unserem Ministerpräsidenten an-

gekündigten Maßnahmen für unser Bayern und für die Menschen in Bayern verwirklichen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Winter. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER darf ich jetzt den Kollegen Pohl ans Mikrofon bitten. Bitte schön.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Ein Nachtragshaushalt drei Monate, nachdem wir den Nachtragshaushalt verabschiedet haben, was wollen Sie uns damit sagen?

(Tobias Reiß (CSU): Da schaust!)

Ein Wahlkampfhaushalt? – Sie doch nicht! Sie stellen doch keinen Wahlkampfhaushalt auf. Nein, das, was hier vorliegt, ist ein Dokument tiefster Unzufriedenheit des Ministerpräsidenten Markus Söder mit dem früheren Finanzminister Markus Söder, der den ersten Nachtragshaushalt so schlampig gemacht hat, dass drei Monate später schon nachgebessert werden muss, und das mit einem Volumen von einer Milliarde Euro. Eine Milliarde Euro!

(Peter Winter (CSU): 985 Millionen!)

Ich erinnere mich noch an die Debatten zum ersten Nachtragshaushalt. Was haben Sie über die FREIEN WÄHLER gesagt? – Wir würden viel zu viel Geld ausgeben, wir würden Bayern in die Verschuldung treiben.

(Peter Winter (CSU): Reichtum für alle!)

Wir hatten Änderungsanträge mit einem Volumen von knapp über einer Milliarde vorgelegt. Drei Monate später haben Sie genau diese Milliarde übrig, um in Bayern zu investieren, wie Sie sagen. Das passt nicht zusammen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Haushaltspolitik ist richtige Schwerpunktsetzung. Auf diese Schwerpunkte möchte ich nachfolgend kurz eingehen. Zunächst aber – das gebietet der Anstand – muss am Anfang jeder Haushaltsrede und jeder Haushaltsdebatte der Dank an die Steuerzahler, an die Arbeitnehmer und Arbeitgeber, an die Gewerkschaften und an alle diejenigen gehen, die dafür verantwortlich sind, dass wir diese Steuereinnahmen haben und mit diesen Steuereinnahmen investieren und unser Land gestalten können.

Meine Damen und Herren, die CSU hat Schwerpunkte gebildet. Der erste Schwerpunkt ist vom Kollegen Winter schamhaft verschwiegen worden. Er lautet Eigenmarketing. Neue Stellen sollen ausgewiesen werden: in der Staatskanzlei siebenmal B 3, zweimal A 16, achtzehnmal A 15, siebenmal A 13, dreimal A 12, einmal A 10, einmal A 9, einmal A 7 und dazu eine Stellenaufwertung von B 6 auf B 9. Jawohl, die Staatskanzlei wird aufgemörtelt, um Eigenmarketing für den Ministerpräsidenten zu betreiben. Das ist der erste wichtige Schwerpunkt, den Sie setzen. Wir sagen, das ist eine falsche Schwerpunktsetzung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Peter Winter (CSU): Wollen Sie keine Digitalisierung?)

Hinzu kommen 38 Angestellte. Alles das ist ein Dokument dafür, wo Sie Ihre Schwerpunkte setzen. Der Wasserkopf muss noch größer werden.

Herr Kollege Winter hat gesagt, die Unterstützung der Kommunen sei auf einem Rekordniveau. So viel Geld hätten die Kommunen noch nie bekommen. Das sagt auch der Finanzminister.

(Peter Winter (CSU): Richtig!)

– Richtig, sagt er!

(Peter Winter (CSU): Wo du recht hast, hast du recht!)

Aber, lieber Kollege Winter, nehmen Sie doch bitte zur Kenntnis, dass sich der Anteil der Kommunen am allgemeinen Steuerverbund um kein Hundertstel Prozent erhöht hat. Der Anteil beträgt nach wie vor 12,75 %. Deswegen geht es den Kommunen nur um so viel besser wie auch dem Freistaat Bayern. Sie nehmen proportional am Steuermehraufkommen teil wie der Freistaat. Eine Verbesserung der Situation der Kommunen ist das nicht; denn wenn die Steuereinnahmen wieder zurückgehen, gehen sie proportional im gleichen Maße auch bei den Kommunen wieder zurück.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie schon die Kommunen ansprechen, frage ich Sie, warum Sie die Straßenausbaubeiträge nicht abschließend und vernünftig in Ihrem Gesetzentwurf geregelt haben.Wir haben Ihnen doch lange Zeit gelassen und eine gute Vorlage gegeben. Sie hätten ihr im Grunde nur zustimmen müssen, dann wäre etwas Vernünftiges herausgekommen. Und was haben Sie gemacht? – Sie haben einen Gesetzentwurf zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge vorgelegt, bei dem die Kommunalfinanzierung nicht abschließend geregelt ist,

(Peter Winter (CSU): Ihr habt doch gar nichts hineingeschrieben! – Weiterer Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

sondern auf den kommunalen Finanzausgleich 2019/2020 verschoben wird, in dem Sie das Problem der Ersterschließung historischer Straßen nicht geregelt haben. Sie hatten nicht den Mut, das anzufassen, und Sie hatten auch nicht den Mut, den Stichtag "1. Januar 2014" zu akzeptieren und eine ordentliche, vernünftige Abgrenzung vorzunehmen – danach, ob eine Maßnahme abgeschlossen und abgerechnet ist. Nein, Sie gehen mit willkürlichen Parametern ins Rennen, indem Sie sagen: Ein Bescheid, der irgendwann einmal in 2017 erlassen wurde, der bleibt, wie er ist. Ob es ein Endbescheid oder ein Vorauszahlungsbescheid war oder ob es vielleicht Vorauszahlungen für die Zukunft betrifft, das alles ist Ihnen egal. Sie werfen alles in einen Topf, rühren einmal um und meinen, dass Sie damit die Bürgerinnen und Bürger des Freistaates Bayern zufriedenstellen. Nein, so macht man keine Politik!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Sie wundern sich, dass die kommunalen Spitzenverbände, die Ihnen ansonsten so treu ergeben sind, Sie nun schimpfen, weil Sie in Zukunft nur 100 Millionen Euro vorsehen, wo man doch bisher mit 62 Millionen Euro ausgekommen ist.

(Manfred Ländner (CSU): Ihr habt nicht einmal 26 Millionen!)

– Lieber Kollege Ländner, der Gemeindetag hat längst gesagt, dass man 150 Millionen Euro braucht – zum Ersten.

(Hans Herold (CSU): Aber ihr nicht!)

Zum Zweiten: Wenn man natürlich, wie Sie, Zwist in die kommunale Familie bringen will und in Zukunft nur jene entschädigen will, die in der Vergangenheit eine Satzung hatten, und völlig negiert, dass man auch die entschädigen muss, denen man die Möglichkeit nimmt, eine solche Satzung zu erlassen, dann muss man sich nicht wundern, wenn man keinen Beifall erhält, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER) – Zuruf des Abgeordneten Manfred Ländner (CSU))

Wir haben von Anfang an – bereits im Jahr 2017, lieber Kollege Ländner, als ihr euch noch krampfhaft an eure geliebte "Strabs" geklammert habt – gesagt, dass wir den Anteil am kommunalen Steuerersatzverbund um 23 % – von 52 auf 75 % – anheben wollen. Das sind 150 Millionen Euro Ersatz für die wegfallenden Beiträge der Bürger. Das sind zusätzlich 150 Millionen Euro für den kommunalen Straßenbau; denn dort wird das Geld dringend gebraucht.

Herr Finanzminister, Sie haben recht, dass wir in einem Flächenland leben, in dem wir die Straßen in Ordnung halten müssen. Aber dann müssen den Worten auch echte Taten folgen und keine Trippelschritte, dass man sagt: Na ja, gut, 20 Millionen Euro

bei den Staatsstraßen, und damit hat es sich. Wenn, dann müssen Sie so investieren, dass Sie die kommunale und die Infrastruktur des Freistaats Bayern instand halten, und zwar so, dass keine verdeckte Verschuldung entsteht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Aber dafür haben Sie andere Schwerpunkte: Sie setzen auf Beauftragte – etwas ganz Neues! Nein, wir haben schon ein paar Beauftragte, und ich sage nicht, dass jeder Beauftragte der Staatsregierung fehl am Platz ist. Aber wenn ich dann sehe, dass wir einen Beauftragten für Bürgeranliegen brauchen, der 3.000 Euro im Monat bekommt plus Fahrer plus sonst etwas – einen Beauftragten für Bürgeranliegen! Wenn Sie schon den anderen Fraktionen keinen Respekt entgegenbringen und damit sagen, dass die Abgeordneten nicht Tag für Tag für ihre Bürger unterwegs sind – da kann man alle Fraktionen dieses Hauses einbeziehen, auch die CSU-Fraktion –, wenn Sie auch vor der eigenen Fraktion keinen Respekt haben und sagen, wir brauchen einen Beauftragten für Bürgeranliegen, weil die CSU-Abgeordneten draußen nichts tun, finde ich das bemerkenswert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Schwerpunkt: innere Sicherheit. Da sind wir beieinander. Diesen Schwerpunkt setzen auch wir, allerdings: Warum brauchen wir eine Grenzpolizei? Herr Ministerpräsident, ich weiß, dass Sie mit Ihrem Vorgänger nicht immer einer Meinung waren und vielleicht auch keine sehr warmen Gedanken für ihn hegen. Aber dass Sie eine Grenzpolizei gegen ihn aufstellen. sozusagen eine Kontrolle für seine Bundespolizei, finde ich ebenfalls bemerkenswert. Das hätte ich noch nicht einmal von einem GRÜNEN-Ministerpräsidenten in Baden-Württemberg gedacht. Aber dass ein CSU-Ministerpräsident in Bayern seinem Vorgänger und jetzigen Bundesinnenminister von der CSU so misstraut, ist wirklich ein bemerkenswerter Vorgang.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Manfred Ländner (CSU))

Asyl und Integration: Sie wollen schnelle Entscheidungen. Das wollen wir auch, und das fordern wir in diesem Hohen Haus seit vielen Jahren. Es ist sehr verdienstvoll, dass Sie jetzt endlich die Asylrichter einstellen, die wir seit vielen Jahren fordern. Aber warum erst jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen? Sagen Sie nicht, dass sie so lange für die Ausbildung benötigen; denn das stimmt nicht. Jeder weiß, dass zweimal im Jahr genügend Juristen auf den Markt kommen und man lediglich die Einstellungsnote um ein paar Zehntel nach unten korrigieren muss, um diese Richter für die Verwaltungsgerichte einstellen zu können. Das hätten Sie rechtzeitig und eher tun können. Sie haben es nicht getan. Immerhin tun Sie es jetzt; aber Sie können dafür keinen Beifall bekommen; denn Sie hätten es längst tun können. Sie hätten es längst tun müssen. Sie tragen in diesem Land lange genug Verantwortung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Sandro Kirchner (CSU))

Ein dritter Schwerpunkt ist die regionale Entwicklung. Auch darin stimmen die FREIEN WÄHLER mit Ihnen überein, und ich bin erfreut darüber, dass hier tatsächlich ein Sinneswandel stattgefunden hat. Ich kann mich noch gut an den Ministerpräsidenten Stoiber erinnern, Herr Kollege Staatsminister Füracker. Für Edmund Stoiber gab es das eherne Gesetz: München ist Champions League, Oberbayern ist Bundesliga, und der Rest ist Bayernliga. Er hat in Transrapid-Dimensionen gedacht, und ländliche Regionen waren ihm sehr, sehr fern.

(Karl Freller (CSU): Stimmt nicht!)

Erst durch die etwas überzogene Forderung des Zukunftsrates, auf Metropolen zu setzen, hat in der CSU-Fraktion ein Umdenken stattgefunden. Wir haben, seitdem wir im Bayerischen Landtag sind, seit 2008, regelmäßig, ständig und dauernd auf die Notwendigkeit hingewiesen, gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern zu schaffen. Ich freue mich und erkenne ausdrücklich an, dass die CSU hierbei auf die Linie der FREI-

EN WÄHLER eingeschwenkt ist, und es gibt genügend Punkte, bei denen ich sage: Da ist der Vorwurf "ihr redet nur, ihr handelt nicht" unzutreffend.

Die Heimatstrategie sprachen Sie an, Herr Staatsminister. Behördenverlagerungen: Das ist positiv. Das ist ein Pluspunkt, das muss man anerkennen. Dort hat die Staatsregierung gute Arbeit geleistet. Das heißt aber nicht, dass Sie in Ihren Bemühungen nachlassen sollen. Hier gibt es immer noch genug zu tun. Es gibt noch genügend Behörden, die verlagert werden können. Es gibt auch noch genügend Standorte, die darauf warten, von dieser Behördenverlagerung zu profitieren.

Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern – das ist in der Tat der Kern und ein wesentliches Markenzeichen unserer Politik sowie ein Kern für die Erfolgsgeschichte Bayerns. Dazu gehört natürlich eine stärkere Förderung des ÖPNV. Diese fordern wir seit Langem. Dazu gehören mehr Investitionen in den Staatsstraßenbau. Diese fordern wir ebenfalls seit Langem. Herr Staatsminister Füracker, ich habe Ihnen gut zugehört, als Sie sagten, die Staatsstraßen seien doch in einem Top-Zustand.

(Zuruf des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

Das heißt dann für mich eigentlich – Sie wohnen in der Oberpfalz –, dass die Oberpfalz in den nächsten Jahren erst einmal keine Gelder für den Staatsstraßenbau benötigt.Das heißt, dann können sich die Bewohner anderer Regionen Bayerns, zum Beispiel die Schwaben, freuen, weil sie dann das Geld, das die Oberpfalz nicht benötigt, selber verbauen dürfen. Ich weiß nicht, ob das alle Oberpfälzer Kollegen so sehen. Ich nehme das aber zumindest einmal so zur Kenntnis und werde das in meinen Forderungen zu unseren regionalen Projekten natürlich berücksichtigen.

Bauliche Entwicklung! Ich kann nur sagen: Bezahlbarer Wohnraum ist die größte sozialpolitische Herausforderung der Gegenwart. Das betrifft alle Menschen, und das betrifft den Wohlstand der Familien, der Singles, der Menschen mit kleinen Einkommen, der Menschen mit mittleren Einkommen. Das betrifft im Grunde genommen fast jeden.

Die Explosion auf dem Wohnungsmarkt, ob das den Kaufpreis von Immobilien oder die Immobilienmieten betrifft, ist wirklich besorgniserregend. Hier muss endlich etwas getan werden. Hier haben Sie tatsächlich viel zu viel geredet und viel zu wenig gehandelt; denn sonst wäre es dazu nicht gekommen.

Wir haben ja schon angesprochen: Es ist schön, dass Sie 10.000 neue Wohnungen schaffen wollen. Aber warum haben Sie denn 33.000 Wohnungen der GBW verkauft?

(Zuruf von der CSU: Die gibt es doch noch!)

Sagen Sie jetzt bitte nicht, dass das alternativlos war.

(Zurufe von der CSU)

Sie wissen ganz genau, dass das nicht stimmt. Herr Almunia aus Brüssel hat es deutlich gesagt: Natürlich muss die BayernLB verkleinern; sie muss aber die GBW-Wohnungen nicht verkaufen,

(Zuruf von der CSU: Das hat Herr Almunia nicht gesagt!)

sondern sie muss insgesamt Assets abbauen und abgeben. Das ist Fakt! 33.000 Wohnungen weggegeben, 10.000 sollen neu gebaut werden. – Na ja, wenn das eine befriedigende Bilanz ist. – Ich sehe es jedenfalls anders.

Staatlicher Wohnungsbau – jawohl! – ist wichtig. Ich unterstreiche auch durchaus das, was Sie sagen, Herr Staatsminister: Investieren statt spekulieren. Schön, dass das das neue Denken in der Bayerischen Staatsregierung ist. Vor einem guten Jahrzehnt – weil sich Kollege Huber gerade so aufgeregt hat – hat man bei der Bayerischen Landesbank noch sehr kräftig spekuliert. Dies hatte fatale Folgen. Gott sei Dank lautet jetzt das Motto: Investieren statt spekulieren. Halten Sie es bitte durch. Wir werden Sie dabei unterstützen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

Selbstverständlich müssen wir den Wohnungsbau nicht nur mit Geld angehen. Wir müssen auch endlich an die Standards ran. Wir müssen eben auch den Mut haben, uns mit überzogener Bürokratie oder mit überzogenen Standards beim Brandschutz, beim Denkmalschutz und bei der Energieeffizienz auseinanderzusetzen und das Rad wieder ein Stück weit zurückzudrehen; denn ansonsten sind all unsere Bemühungen ziemlich sinn- und zwecklos. Ich sage es noch einmal: Am bezahlbaren Wohnraum hängt sehr viel. Das ist die größte sozialpolitische Herausforderung im Freistaat Bayern in der Gegenwart.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch die Frage, wie sich Bayern insgesamt entwickelt, ist eine Frage gleichwertiger Lebensverhältnisse. Natürlich kann es uns nicht zufriedenstellen, dass wir in Bayern nach wie vor Regionen haben, die mit Bevölkerungsschwund zu kämpfen haben und die in der Prosperität deutlich hinterherhinken, während gleichzeitig München und das Umland, die Metropolregion, aus allen Nähten platzt. Hier müssen wir auch im Interesse Münchens und auch im Interesse des Umlandes von München eine gleichwertige Politik betreiben. Ich sage Ihnen schon: Dazu gehört auch Invest in Bavaria. Es kann nicht sein, dass jede Investition ausgerechnet nur in München landet. Wir müssen schon das gesamte Land im Auge haben. Natürlich wird nicht jeder Standort gleich geeignet sein. Dass aber fast jede Investition in München getätigt wird, ist für die Entwicklung des gesamten Freistaats nicht sinnvoll.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben überlegt, ob wir diesen Nachtragshaushalt überhaupt mit Anträgen begleiten sollen. Eigentlich hätte man sagen müssen: Drei Monate vor der Wahl und drei Monate nach Verabschiedung des Nachtragshaushalts lassen wir uns auf dieses Theater nicht ein. – Nein. Wir sind aber im Landtag, um Schwerpunkte zu setzen und um unsere Schwerpunkte aufzuzeigen. Das wird dann in den Beratungen geschehen.

Herr Staatsminister, vorhin wurde schon gesagt, dass man mit den Ritualen aufhören soll. Ich appelliere daher an die Staatsminister und die Mitglieder des Haushaltsausschusses: Hört mit dem Ritual auf, alle Anträge der Opposition, ob sie vernünftig sind oder nicht, abzulehnen, um sie dann bei der nächsten Haushaltsberatung als eigene Anträge zu verkaufen. Wenn ihr das machen würdet, wären wir einen schönen Schritt weiter. – Ich freue mich auf die Beratung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Pohl. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darf ich Kollegen Hartmann ans Mikrofon bitten. Bitte sehr.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man den zweiten Nachtragshaushalt durchliest, fühlt man sich wirklich an Franz Josef Strauß erinnert: Förderprogramme, Wohltaten, Versprechungen, wohin das Auge sieht, aber auch verdammt viel Beliebigkeit. Ich frage mich schon, was Söders Vorbild Franz Josef Strauß zu der Regierungserklärung vor 48 Tagen oder zum Nachtragshaushalt sagen würde. Ich glaube, er würde anmerken: Everybody's Darling is everybody's Depp. Sie geben verdammt viel Geld aus und bleiben trotzdem verdammt viel schuldig, ganz vorneweg eine klare Vision, wie Sie Bayern weiterentwickeln wollen, wohin sich unser Bayern entwickeln soll. Auch von einem Bekenntnis, was Ihrer Meinung nach eigentlich erhalten bleiben soll und was sich in Bayern wirklich verändern muss, hat man gar nichts gehört, und dazu sieht man im Nachtragshaushalt dieses Jahres gar nichts.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Trotz des vielen Geldes packen Sie die entscheidenden Punkte doch gar nicht an. Die Welt verändert sich – das ist unstrittig –, aber Ihre Politik bleibt die alte mit noch etwas mehr Geld; nicht mehr und nicht weniger.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Demokratie lebt von Überzeugungen und von Haltung, nicht von einer Gießkannenpolitik, mit der Sie Geld über das Land verteilen. Man kann es auch anders sagen: Weil Ihnen der Mut zu einer Politik der Überzeugungen fehlt und Sie dazu nicht in der Lage sind, machen Sie eine Politik der Überweisungen. Nichts anderes ist Ihr Nachtragshaushalt für dieses Jahr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kluge Politik mit Weitsicht investiert heute doch so, dass es möglichst für alle ein gutes Morgen gibt. Wenn ich von allen spreche, dann meine ich wirklich alle; dann meine ich auch all diejenigen, die gerade nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen und wirklich unsere Unterstützung brauchen. Am Geld – da muss ich Ihnen recht geben – wird vieles in Bayern nicht scheitern. Die Rücklagen sind gut ausgestattet – Herr Finanzminister, da haben Sie völlig recht. Das Problem ist doch die Gießkannenpolitik, mit der Sie das Geld in Bayern verteilen. Sie wollen, dass alle profitieren: von der Porsche fahrenden Unternehmerin und von der Alleinerziehenden bis zum Professor. Jeder soll irgendetwas bekommen. Das ist Ihre Politik. Bei Söders Politik spielt es keine Rolle, ob das gesamte verteilte Geld für mehr Chancengerechtigkeit sorgt oder nicht. Das spielt keine Rolle. Ob es in Bayern fair zugeht, spielt auch keine Rolle. Bei Ihnen spielt auch überhaupt keine Rolle, ob die Lebensgrundlagen in Bayern geschützt werden oder weiter kaputtgehen. Ihnen ist das völlig egal. Bei Ihren Programmen, bei Ihren Zuschüssen ist doch nur eines entscheidend: dass der Zahlungstermin vor dem 14. Oktober dieses Jahres liegt. Das ist das Kriterium Ihrer Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ich sage Ihnen aber ganz deutlich: Diese Rechnung wird nicht aufgehen. Die Wählerinnen und Wähler lassen sich nicht kaufen. Sie erwarten eine Politik der Haltung, keine Politik der Beliebigkeit, die Sie seit Wochen hier abspielen.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, wir haben es doch schon bei der Regierungserklärung vor 48 Tagen gesehen, und wir sehen es auch wieder im Nachtragshaushalt: Überall dort, wo Haltung gefragt ist, wo Verlässlichkeit und Prinzipien erwartet werden, ducken Sie sich weg. Bei den Herausforderungen, die man wirklich an der Wurzel anpacken muss – ich komme gleich zum Wohnungsbau –, bleiben Sie blank und stumm.Die Politik schreit doch hier nach neuen Wegen. Nachdem das Geld in Bayern vorhanden ist, um diese Wege zu gehen, fehlt doch nur noch eines: der Mut und die Entschlossenheit, das umzusetzen.

Die Chancengerechtigkeit in unserem Land fehlt. Die Staatskassen sind so gut gefüllt wie nie zuvor, und trotzdem hängen Bildungschancen im reichsten Bundesland immer noch vom Geldbeutel der Eltern oder sogar vom Wohnort ab. Es geht nicht gerecht zu in diesem Land.

(Peter Winter (CSU): Alter Krampf!)

– Das ist kein alter Krampf; das ist so, sehr geehrter Herr Kollege.

Genauso ist es bei der Kinderbetreuung. Viele junge Familien warten noch auf ein Angebot, das zu ihrer Lebenswirklichkeit passt. Da muss unbedingt etwas getan werden.

(Zuruf des Abgeordneten Reinhold Bocklet (CSU))

– Wir haben deshalb im Nachtragshaushalt – Sie können gern mitstimmen – 154 Millionen Euro beantragt, um diesbezüglich voranzukommen. Wir wollen Geld in den Nachtragshaushalt stecken

(Reinhold Bocklet (CSU): Tun wir auch!)

und nicht wie Sie etwas ankündigen und dann kaum etwas tun, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE) – Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

– Ich komme noch zum Nachtragshaushalt. Ich sage genau das, was notwendig ist und gemacht werden muss, weil Ihre Fraktion diese Themen seit Jahren aussitzt und nicht anpackt. Deshalb muss das hier deutlich angesprochen werden.

Sie tun zum Beispiel nichts gegen das Artensterben. Der gigantische Raubbau an unserer Natur spielt keine Rolle in Ihrem Nachtragshaushalt. Es gibt kein Geld, um die Landwirtschaftsförderpolitik endlich umzustellen und um zu einer giftfreien Landwirtschaft zu kommen. Dazu steht nichts in Ihrem Nachtragshaushalt. Diesbezüglich muss aber etwas getan werden.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Beim Artensterben stehen wir knapp vor einer Katastrophe. Da muss sich jetzt etwas ändern. Sie brauchen nicht auf Berlin oder Brüssel zu schimpfen. Das ist nur Ihre Verantwortung, ganz allein die Verantwortung der Politik in Bayern. Wir müssen jetzt die Notbremse ziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn ich schon bei der CSU-Politik bin, noch Folgendes: Ihre Politik hat auf der einen Seite unsere Landwirte nach dem Motto "Wachsen oder weichen" in eine Turbo-Landwirtschaft getrieben, und auf der anderen Seite das Gleichgewicht unseres Ökosystems immer weiter zerstört. Wenn man mit Landwirten, mit Verbraucherinnen und Verbrauchern, mit Bürgerinnen und Bürgern spricht, dann hört man, dass es niemanden gibt, der dieses System wirklich gut findet. Niemand ist damit zufrieden: weder die Landwirte noch die Verbraucherinnen und Verbraucher, und es nutzt erst recht nicht unserer Natur und unseren Lebensgrundlagen.

Diese Turbo-Landwirtschaft mit noch mehr Nitrat im Wasser, mit noch mehr Giften auf den Äckern, mit noch mehr Antibiotika in der Massentierhaltung kann doch kein Modell für die Zukunft sein. Jetzt müssen wir die Weichen für unsere Landwirte anders stellen, um sie Schritt für Schritt mitzunehmen, und zwar hin zu einer giftfreien Landwirtschaft für unser Bayern. Nur das schützt unsere Lebensgrundlagen. Für uns ist ganz klar: Für uns stehen unsere Lebensgrundlagen nicht zum Verkauf.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE))

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch einmal zum Thema Chancengerechtigkeit kommen. Beim Nachtragshaushalt geht es um viel Geld. Da müssen wir uns auch das Thema Chancengerechtigkeit näher anschauen. Es ist unstrittig: Nur wenn alle die gleichen Chancen haben, unabhängig von der Herkunft, dann halten wir unsere Gesellschaft zusammen. Sie haben alle von dem Willen gesprochen, die Gesellschaft zusammenzuhalten. Dafür muss man aber auch etwas tun. Leider erleben wir viel zu häufig, dass der Staat seiner Verantwortung hierbei nicht gerecht wird und die Menschen sich selbst oder dem Markt überlässt, statt endlich steuernd einzugreifen. Wenn wir GRÜNE von "steuernd eingreifen" sprechen, dann meinen wir nicht, in erster Linie Transferleistungen zu gewähren, sondern dann meinen wir, eine passende Infrastruktur zu schaffen, die in ganz Bayern für Chancengerechtigkeit sorgt, die Chancengerechtigkeit für alle in Bayern garantiert. Das ist unsere Politik.

Lassen Sie mich das an einem Beispiel deutlich machen. Das Thema Kinderbetreuung wurde von Kollegen heute schon mehrfach angesprochen. Dieser Punkt zeigt es sehr deutlich. Was hilft eine Kita, die um 14.00 Uhr oder um 17.00 Uhr schließt, den Eltern, die beide arbeiten, oder einer Alleinerziehenden, die vielleicht im Schichtdienst bei der Polizei arbeitet? Was machen dann die Eltern? – Die Eltern kommen mit diesem Angebot nicht weiter.

Aus diesem Grund wollen wir 154 Millionen Euro im Nachtragshaushalt bereitstellen, um für längere Öffnungszeiten und eine höhere Qualität in der Kinderbetreuung zu sorgen. Uns GRÜNEN ist klar – deshalb auch die 154 Millionen Euro hierfür –, dass das alles Geld kostet. Das ist keine Frage. Aber für Alleinerziehende, für Familien mit ein, zwei oder drei Kindern ist das Geld bei einem guten Betreuungsangebot allemal besser angelegt als bei weiteren Transferleistungen. Wir wollen, dass Kinder und Arbeitsleben sich vereinbaren lassen und gut zusammenpassen. Das Angebot soll sich doch dem Leben der Eltern anpassen, nicht die Eltern dem Angebot der Kinderbetreuung.

Eines muss ich den Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion sagen – die Kolleginnen wissen es wahrscheinlich, ihre männlichen Kollegen nicht –: Beim Thema Kinderbetreuung geht es nicht nur um die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, sondern wir reden dabei vor allem auch über die Chancengerechtigkeit für Frauen.

Wenn man keinen Betreuungsplatz findet – diesbezüglich bitte ich, in den Verwandtenkreis zu schauen bzw. sich zu erinnern –, dann ist doch die Frage: Wer passt auf die Kinder auf? Meistens stellt die Frau dann ihre Karriere hintan. Wie ist es, wenn Angehörige pflegebedürftig werden? Meistens kümmern sich die Frauen darum. Für Mütter, die ihre Kinder allein großziehen, sich allein um ihre Kinder kümmern müssen, ist das alles doch letztendlich nicht mehr zu schaffen. Dafür brauchen wir ein besseres Betreuungsangebot, und das muss der Staat garantieren. Dafür stehen wir.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE))

Emanzipation à la CSU – Sie sprechen auch immer wieder darüber – bedeutet bis jetzt nur mehr unbezahlte Arbeit für die Frauen, aber nicht gleiche Chancen und gleiche Rechte. Gleiche Chancen gibt es für die meisten Frauen nur mit mehr Einsatz, mit doppeltem Einsatz, mit Dreifachbelastung, mit dem Spagat zwischen Kinderbetreuung, Job und stundenweiser Betreuung der Angehörigen. Das ist nicht gerecht, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen. Deshalb wollen wir das endlich ändern.

Ich komme zu einem weiteren Thema. Wiederum geht es um Chancengerechtigkeit. Alle haben davon gesprochen, das ÖPNV-Angebot in Bayern zu verbessern. Wir sind uns, glaube ich, alle einig darüber, dass es, um Chancengerechtigkeit in ganz Bayern zu garantieren und um das Credo wirklich ernst zu nehmen, für alle gleiche Chancen geben muss, egal, wo man in Bayern lebt. Dafür brauchen wir ein besseres ÖPNV-Angebot, also mehr Bus- und Bahnverbindungen im ländlichen Raum.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE haben diesbezüglich ein Konzept auf den Tisch gelegt – nicht nur einmal, sondern bereits mehrfach –, und es wurde von Ihnen immer wieder abgelehnt. Wir wollen eine Mobilitätsgarantie für ganz Bayern, das heißt, ein stündliches Angebot von Bussen und Bahnen in jeder Ortschaft von 5.00 Uhr in der Früh bis Mitternacht, von montags bis samstags. Das wäre ein verlässliches, ein attraktives Angebot für alle Menschen, die nicht Autofahren können, für Jugendliche, die nicht Autofahren können, oder für Ältere, die vielleicht nicht mehr Autofahren wollen. Für diese Personen wollen wir ein Angebot schaffen. Die Rede des Finanzministers hat den Unterschied zwischen Ihnen und uns deutlich gezeigt. Sie denken Mobilitätspolitik vom Auto her, wir denken sie vom Menschen, von den Bedürfnissen der Menschen in ganz Bayern her. Das ist unsere grüne Politik.

(Zuruf der Abgeordneten Petra Guttenberger (CSU))

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich habe nicht gesagt, dass man nicht Auto fahren soll, sondern ich habe gesagt, Sie sollen Bus- und Bahnverbindungen so ausbauen, dass es ein Angebot ist. Was sagen Sie denn den Menschen, die kein Auto haben, noch nicht Auto fahren dürfen oder nicht mehr Auto fahren können? Sie brauchen ein Angebot, und das wollen wir schaffen.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE))

Ich komme zur Wohnungspolitik. Sie ist, da sind wir uns, glaube ich, alle einig, die soziale Frage unserer Zeit. Jeder von Ihnen – mir geht es genauso – führt immer wieder mal Gespräche mit verzweifelten Eltern, die ihre Wohnung verlassen müssen, weil zum Beispiel eine Sozialbindung ausläuft und sie die Mietpreissteigerung nicht mehr mittragen können. Die Kinder gehen meistens noch zur Schule, die Freunde leben im gleichen Viertel. Jetzt müssen sie die Gegend, in der sie aufgewachsen sind, verlassen, weil sie die x-te Mietpreissteigerung nicht mehr mittragen können.

Diese soziale Frage unserer Zeit schreit nach neuen Antworten, nach neuen Ideen. Da müssen wir etwas tun.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE))

Hier entscheidet sich doch, ob wir es schaffen, unsere starke Gesellschaft – von der Unternehmerin bis zur Erzieherin – zusammenzuhalten, oder ob sie weiter auseinanderdriftet. Diesbezüglich muss sich dringend etwas ändern.

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen: Wohnen ist ein Grundbedürfnis aller Menschen. Darüber sind wir uns sicherlich alle einig. Der Staat muss garantieren, dass es erfüllt wird. Auch das ist klar. Sie geben zwar – Sie haben die Zahlen genannt, sie sind Ihnen also bekannt, ich brauche sie nicht zu wiederholen – im Nachtragshaushalt durchaus viel Geld für den Wohnungsbau aus – das muss man durchaus sagen, das ist auch nicht die Frage –, aber Sie packen das Problem nicht an der Wurzel an, Sie lösen es nicht. Das ist der große Unterschied.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen an die Wurzeln heran; denn nur damit können wir wirklich dauerhaft für eine Entschärfung auf dem Wohnungsmarkt sorgen. Mit kurzfristigen Anreizen ist das nicht zu schaffen. Das bedeutet: Tage der Arbeit, neue Ideen und viel Schweiß, um dieses Problem endlich zu lösen.

Sie alle sind viel in Bayern unterwegs. Sie kommen aus allen Regionen dieses wunderschönen Landes. Wir sind uns doch alle einig, dass die Herausforderungen beim Thema Wohnen in Bayern unterschiedlich sind. Wir haben städtische und ländliche Regionen. Wir haben boomende Speckgürtel, aber auch Regionen, in denen die Bürgermeister und die Bürgermeisterinnen mit Leerständen in den Ortschaften kämpfen. – Herr Finanzminister, was machen Sie mit Ihrer neuen Förderpolitik? – Sie fördern wieder mit der Gießkanne überall gleich. Das ist Ihre Politik. Von Ihrer Gießkannenförderpolitik profitieren die Immobilienbranche und die Immobilienwirtschaft ganz gewaltig. Damit verbessern wir aber nicht die Situation, die wir dringend ändern müssen, nämlich die Situation der Alleinerziehenden und der Familien mit zwei oder drei Kin-

dern. Diese haben bei jedem Schreiben ihres Vermieters Schweißperlen auf der Stirne, weil sie nicht wissen, wie sie die Mieterhöhung tragen sollen.

Herr Finanzminister, glauben Sie im Ernst, dass eine Familie in München jubeln wird, weil es jetzt eine bayerische Eigenheimförderung gibt? Glauben Sie, dass diese Familie sagen wird: Jetzt können wir uns in der Stadt, in der unsere Kinder zur Schule gehen und wo die Freunde wohnen, eine Wohnung kaufen? – Das wird nicht passieren. In den Städten entstehen Eigentumswohnungen, die sich ein Normalverdiener, ob mit oder ohne Förderung, gar nicht mehr leisten kann. Damit lösen wir das Problem nicht. Wir müssen die Förderpolitik komplett umstellen: Es geht nicht darum, vorrangig Eigenheime voranzubringen. Wir müssen vielmehr in den Städten bezahlbaren Mietwohnungsraum schaffen. Diese Aufgabe müssen wir anpacken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich gehe mit Ihnen jede Wette ein: In den Ballungsgebieten wird Ihre Förderpolitik die Immobilienpreise weiter anheizen und nicht bremsen. Die Bauwirtschaft in München kalkuliert doch die Eigenheimzulage gleich mit ein. Das sagen Ihnen auch alle Institute. Das wird in München so passieren. Das wird auch in Nürnberg so passieren. Damit steigen auch die Kosten für die Mieter, die sich kein Eigenheim leisten können. Hier muss sich etwas ändern. Ihre Politik ist da komplett verfehlt.

Vorhin kam die Frage, was wir machen könnten. Wir könnten künftig alle staatlichen Grundstücke nur noch in Erbpacht für den Mietwohnungsbau zur Verfügung stellen. Das müssten wir als Erstes tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auslaufende Sozialbindungen müssten wir wieder verlängern. Das Land Hessen geht diesen Weg. In Bayern wäre das bitter nötig. In den letzten dreißig Jahren hat immer die CSU in Bayern regiert, meistens allein, einmal mit einem Partner. In den letzten dreißig Jahren ist die Zahl der Sozialwohnungen um 350.000 gesunken. Das ent-

spricht einem Rückgang von zwei Dritteln des damaligen Bestandes. Das ist Ihre CSU-Wohnungspolitik!

(Klaus Stöttner (CSU): Die Sozialbindung ist ausgelaufen!)

– Richtig, Herr Kollege. Die Sozialbindung ist ausgelaufen. Sie sprechen das Problem an. Was ist Ihre Antwort? – Sie führen bei neu gefördertem Wohnbau eine Sozialbindung auf 40 Jahre ein. Warum nicht dauerhaft? Wir geben Geld der Allgemeinheit aus, um Wohnraum zu schaffen. Dann hat die Allgemeinheit aber auch auf Dauer Anspruch auf diesen bezahlbaren Wohnraum, nicht nur für 40 Jahre. Hier müssen wir neue Wege gehen, sonst wiederholen sich die Fehler der Vergangenheit. Ich möchte nicht, dass jemand in 40 Jahren an dieser Stelle steht und sagt, dass die Sozialbindung wieder ausgelaufen sei. Sie wollen das Problem verschleppen, ich möchte es grundlegend lösen. Das ist der große Unterschied zwischen unserem Ansatz und Ihrer Förderpolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da ich gerade beim Thema Wohnen bin, komme ich gleich zur Landesplanung; denn dieses Thema hat auch mit der Landesplanung zu tun. Wir brauchen eine Landesplanung, die wirklich verbindliche Leitplanken setzt.

(Erwin Huber (CSU): Gegen die Kommunen!)

Wir müssen festlegen, was wir erhalten und bewahren und was wir verändern möchten. Herr Huber, fahren Sie einmal mit offenen Augen durch Niederbayern. Da können Sie feststellen, was Ihre verfehlte Politik ausgelöst hat.

(Erwin Huber (CSU): Vollbeschäftigung!)

Eine Logistikschramme nach der nächsten wird in die Landschaft gerammt. Auf den Flächen wachsen Straßen und Umgehungsstraßen. Wir haben 11.000 Hektar ausgewiesene Gewerbegebiete, die nicht verkauft und nicht bebaut sind. In den letzten zehn

Jahren haben wir 10.000 Hektar verbraucht. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich muss sagen: Für die nächsten zehn Jahre ist genug ausgewiesen.

Unter der Betonflut, die über unser Land schwappt, leidet nicht nur die Natur. Darunter leiden auch die Ortskerne. Der Finanzminister hat davon gesprochen, die Ortskerne wieder zu beleben. Manchmal frage ich mich, wie aberwitzig Ihre Politik ist. Zuerst haben Sie die Landesplanung gelockert. Supermärkte wurden an der Ortsgrenze oder der Umgehungsstraße gebaut. Das Baugesetzbuch wurde auf Bundesebene aufgeweicht, um im vereinfachten Verfahren mehr bauen zu können. Jetzt geben Sie den Kommunen Geld, damit sie die Auswirkungen Ihrer falschen Politik wieder korrigieren können. Bei allem Respekt vor Ihrer Arbeit: Ein dicker Geldbeutel ist kein Garant für gute Politik. Sie ermöglichen den Bau im Außenbereich und subventionieren im Innenbereich dagegen an. Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Politik ist zum Scheitern verurteilt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Ziel müsste es sein, die Außenentwicklung zu begrenzen und den Innenbereich zu stärken. Diese Politik hätte die Bezeichnung "Das Beste für Bayern" verdient. Meinen sehr verehrten Damen und Herren, ein dicker Geldbeutel ist wirklich kein Garant für gute Politik. Wir brauchen keine Politik der Überschriften, der Gefälligkeiten und der Wahlgeschenke. Wir brauchen vielmehr eine Veränderung unserer Systempolitik. Wir brauchen den Mut zu neuen Wegen und kein Weiter-so mit noch mehr Geld. Wir GRÜNE stehen für eine Politik der Überzeugung. Diese CSU steht dagegen für eine Politik der Überweisung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Frage, die uns alle umtreiben muss, lautet: Was wird aus unserem Bayern heute, morgen und in 20 Jahren? Bayern ist ein starkes Land. Aus Stärke erwächst aber auch die Verantwortung, zum Beispiel die Verantwortung, für Chancengerechtigkeit zu sorgen, und die Verantwortung, die Lebensgrundlagen zu erhalten. Ich hätte mir ge-

wünscht, dass Sie einen Nachtragshaushalt vorgelegt hätten, der dieser Verantwortung im Interesse der Menschen und des Landes gerecht wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Hartmann. – Für die CSU hat sich noch einmal Herr Kollege Herold zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Hans Herold (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Als ich meine Vorredner gehört habe, habe ich mich gefragt: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wo lebt ihr denn? Dieser zweite Nachtragshaushalt ist die Antwort auf die gesellschaftlichen Herausforderungen, die unser Finanzminister, Herr Füracker, vorhin erwähnt hat. Meine sehr verehrten Damen und Herren, aufgrund einer klugen und soliden Finanzpolitik der letzten Jahrzehnte sind wir überhaupt erst in der Lage, einen solchen Nachtragshaushalt vorzulegen. Wir haben Rücklagen in Höhe von sechs Milliarden Euro angesammelt. Ein herzliches Dankeschön an die Mehrheitsfraktion und an den Finanzminister Albert Füracker für diese großartige Arbeit!

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Ihnen müsste bekannt sein, dass Bayern bei nahezu allen Daten die Nummer eins in Deutschland ist. Wir haben Vollbeschäftigung, wie Herr Kollege Erwin Huber gerade gesagt hat. Ich komme aus einem Landkreis, dessen Arbeitslosenquote bei 1,9 % liegt. Jeder junge Mensch findet in Bayern eine Ausbildungsstelle. Jedes Kind, außer in München und in Nürnberg, findet einen Kita-Platz.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Warum dann der Nachtragshaushalt?)

Wir haben in Bayern hervorragende Schulen. Wir haben keine Schulen, in die es reinregnet, wie in Berlin.

(Horst Arnold (SPD): Die Sachaufwandsträger sind doch die Kommunen!)

Wir haben auch hervorragende Senioreneinrichtungen. Wir können deshalb auf die Politik der letzten Jahrzehnte stolz sein.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Hartmann, Sie haben auf die Situation der Kitas hingewiesen. Sie haben recht, aber nur für München und für Nürnberg. Wenn ich richtig informiert bin, haben Sie Ihren Stimmkreis in München. Tun Sie etwas dafür, dass die nötigen Plätze für Kinder in München geschaffen werden! Im ländlichen Raum bekommt jedes Kind einen Krippen- oder einen Kita-Platz.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Herr Kollege Bernhard Pohl, ich bin sehr überrascht über Ihre Aussagen. Einerseits haben Sie im Haushaltsausschuss des Öfteren die Finanzpolitik der Staatsregierung gelobt, andererseits behaupten Sie heute, die Staatsregierung habe eine schlampige Politik betrieben. Was bitte gilt denn nun? – Wir als Mehrheitsfraktion haben eine Verantwortung. Für uns gilt nicht der Grundsatz "Freibier für alle".Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Ja, euer – –

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Gebt ihr dann mehr Geld aus als wir?)

Lassen Sie mich bitte ausreden. – Ich muss ehrlich sagen, eure Angelegenheit, wo ihr auch einen Wortbruch begangen habt, ist die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Das kommt nicht gut an, glaubt mir das.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ach was, was haben wir euch versprochen?)

Und eure größten Gegner sind quasi eure eigenen Bürgermeister, die erklären, mit der Fraktion der FREIEN WÄHLER im Bayerischen Landtag nichts zu tun haben zu wollen.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage euch auch, warum ihr das getan habt. Ihr habt das deswegen getan, weil ihr Angsthasen seid. Ihr habt Angst vor der 5-%-Hürde bei der Landtagswahl am 14. Oktober 2018.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo! – Zurufe der Abgeordneten Bernhard Pohl und Florian Streibl (FREIE WÄHLER))

Lieber Kollege Pohl, du hast vorher behauptet, das alles sei Theater, was wir momentan machen würden.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Nein!)

– Natürlich, das kann man nachlesen.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Du hast gesagt: Dieser Nachtragshaushalt ist Theater. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist kein Theater, sondern das ist eine wichtige Angelegenheit für die Menschen in Bayern. Das Bayerische Landespflegegeld in Höhe von 400 Millionen Euro ist kein Theater, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Das Bayerische Familiengeld in Höhe von 260 Millionen Euro ist kein Theater, lieber Herr Kollege Pohl. Die Bayerische Eigenheimzulage in Höhe von 150 Millionen Euro ist kein Theater.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Das Baukindergeld Plus und die Wohnraumförderung in Höhe von 200 Millionen Euro, lieber Herr Kollege Pohl, sind kein Theater. Das alles sind sehr wichtige Entscheidungen – gerade für die Menschen in Bayern, für unsere Bürgerinnen und Bürger, die

letzten Endes auch dafür gesorgt haben, dass wir überhaupt in der Lage sind, solche Sachen machen zu können.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Und im Dezember habt ihr das alles noch nicht gewusst?)

Zum Hinweis auf die Landesbank: Das sind doch alte Kamellen; das ist doch schon über zehn Jahre her. Ihr denkt immer rückwärts.

(Zuruf: Wir zahlen heute noch! – Horst Arnold (SPD): Wir zahlen doch Zinsen!)

Das liegt über zehn Jahre zurück. Ihr müsst endlich nach vorne denken, wie die CSU das tut.

(Beifall bei der CSU)

Diese Aussage in Bezug auf Kommissar Almunia ist einfach falsch; denn das hat er nie gesagt.

Ihr tut immer so, als würden die 33.000 Wohnungen leer stehen. Sie sind aber nach wie vor vorhanden,

(Horst Arnold (SPD): Zu welchen Bedingungen?)

und der Untersuchungsausschuss wird klar ergeben, dass es quasi keine Alternative gegeben hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will noch ein Wort zu den Aussagen des Kollegen Rinderspacher – er ist leider nicht mehr anwesend – sagen. Lieber Horst Arnold, ich gehe davon aus, du bist jetzt sein Vertreter. Ich muss ehrlich gestehen, dass ich irgendwo die Welt nicht mehr verstehe. Am 18.04. war die Regierungserklärung von unserem Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder. Das war vor, glaube ich, 48 Tagen, vor rund acht Wochen.

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Jetzt wirft Herr Rinderspacher uns oder Herrn Söder vor, die ganzen Maßnahmen, die natürlich längerfristig angelegt sind, stünden noch nicht im Haushalt bzw. seien noch nicht umgesetzt. Das sind aber doch Maßnahmen – Peter Winter hat das vorher auch gesagt –, die logischerweise langfristig angelegt sein müssen, und ihr werdet euch noch wundern, liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

welche Bilanz Markus Söder in fünf Jahren in diesem Bereich vorlegen kann. Es wird eine großartige Bilanz sein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER) – Horst Arnold (SPD): Da muss er erst einmal den Grundstein legen mit dem Haushalt!)

Eine wichtige Angelegenheit ist für uns weiterhin, dass wir immer noch zu der Kernaussage vom Haushalt ohne neue Schulden stehen. Es ist jetzt bereits der dreizehnte Haushalt, den wir, ohne neue Schulden zu machen, aufgestellt haben. Nennen Sie mir ein Bundesland, das es geschafft hat, in diesen dreizehn Jahren einen Haushalt ohne Neuverschuldung aufzustellen. Die Verschuldung ist zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen zehnmal und in Niedersachsen viermal so hoch wie im Freistaat Bayern.

Wir schaffen es außerdem weiterhin, nicht nur keine neuen Schulden zu machen, sondern auch Schulden zu tilgen – mit diesem Haushalt waren es 1,5 Milliarden Euro. Lieber Peter Winter, konkret heißt das, dass wir innerhalb der letzten Jahre 5,7 Milliarden Euro zurückgezahlt haben. Ich denke, liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt kein Bundesland in Deutschland, das solche Leistungen – letztendlich natürlich auch aufgrund der tüchtigen Bürgerschaft – vorweisen kann.

(Beifall bei der CSU)

So viel in aller Kürze von meiner Seite. Außerdem bedanke mich noch einmal herzlich bei unserem Finanzminister, aber auch bei den tüchtigen Beamtinnen und Beamten im

Finanzministerium für die großartige Arbeit. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir mit diesem Haushalt sehr viel Gutes für unsere Menschen in Bayern tun, nämlich "Das Beste für Bayern". – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Moment, wir haben noch eine Zwischenbemerkung vom Kollegen von Brunn.

(Peter Winter (CSU): Dir bleibt auch gar nichts erspart! – Hans Herold (CSU): Da hast du recht!)

Florian von Brunn (SPD): Lieber Herr Kollege Herold, unser Fraktionsvorsitzender hat das gemacht, was die Opposition tun muss. Er hat einen alternativen Faktencheck gemacht zu Versprechungen, die Markus Söder in seiner Regierungserklärung abgegeben hat, und der Wahrheit, die sich in Ihrem Nachtragshaushalt abbildet.

(Peter Winter (CSU): Fake News! Kein Faktencheck!)

Ich frage Sie jetzt: Was nützt es den geplagten bayerischen Großstädten mit ihren Stickoxidproblemen, wenn in fünf Jahren U-Bahnen, Trambahnen und Busse vom Freistaat finanziert werden? Von dem, was Herr Söder am 18. April versprochen hat, ist in diesem Nachtragshaushalt – und das unterstreiche ich – null abgebildet.

(Beifall der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD) – Zuruf von der CSU: Schwacher Applaus!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Herr Kollege Herold, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Hans Herold (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Es ist doch deutlich gesagt worden, dass logischerweise auch der öffentliche Personennahverkehr entsprechend gestärkt wird. Wir haben hier mit 100 Millionen Euro schon großartig draufgelegt. Ich

denke aber, man kann nicht alles von heute auf morgen machen, wobei ich davon ausgehe bzw. mir absolut sicher bin, dass wir diese Thematik auch angehen.

(Peter Winter (CSU): Mit Herrn Oberbürgermeister Reiter!)

– Genau.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, bitte bleiben Sie am Rednerpult.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD) – Gegenruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

Wir machen jetzt keine Zwischenbemerkungen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD) – Peter Winter (CSU): Was ist mit dem Wohnungsbau in München? – Weitere Zurufe)

Herr von Brunn und Herr Kollege Winter, wir werden jetzt dem Herrn Kollegen Herold noch einmal aufmerksam zuhören. Davor hat der Kollege Pohl das Wort für eine Zwischenbemerkung. Bitte schön, Herr Kollege.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Lieber Kollege Herold, selbstverständlich – und dazu stehe ich auch – ist die Finanzpolitik des Freistaates Bayern – und dazu zähle ich alle Fraktionen dieses Hauses – verantwortungsbewusst, und selbstverständlich sind die Zahlen Bayerns besser als die anderer Länder. Diesbezüglich gibt es überhaupt nichts zu vertun.

(Zurufe von der CSU)

Meine Frage ist aber unbeantwortet geblieben. Warum muss man drei Monate nachdem man einen Nachtragshaushalt beraten und verabschiedet hat, einen neuen nachschieben? Ich habe außerdem die Frage gestellt, ob der Ministerpräsident so erzürnt

ist über den früheren Finanzminister Söder und dessen offenbar schlampige Aufstellung des alten Haushalts, dass er jetzt einen neuen Haushalt hinterherschieben muss.

(Alexander König (CSU): Das ist Unsinn, wirklich Unsinn!)

Erzählen Sie mir jetzt, welche neuen Erkenntnisse in diesen drei Monaten entstanden sind, die dazu führen, dass man jetzt einen Nachtragshaushalt in Höhe von 1 Milliarde Euro braucht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Herr Kollege Herold, Sie haben das Wort.

Hans Herold (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Kollege Pohl, zunächst weise ich den Begriff "schlampig" massiv zurück. Sie widersprechen sich auch ständig. Einmal sagen Sie, wir hätten eine gute Finanzpolitik, und dann sagen Sie, wir hätten eine schlampige Politik. Was gilt denn jetzt? Eine gute oder schlampige Politik?

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Ich weiß nicht, ob Sie schon einmal in einer bestimmten Funktion in der Verantwortung gestanden haben. Als ich Bürgermeister wurde, habe ich natürlich neue Ideen entwickelt. Es ist völlig normal, dass ein neuer Regierungschef neue Ideen einbringt.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wenn er vorher Finanzminister war!)

– Ja, auch wenn er vorher Finanzminister war. Er ist logischerweise als Finanzminister nicht der Regierungschef. – Es ist normal, dass ein neuer Regierungschef, der neue Ideen einbringt, diese Ideen umsetzen muss, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ist er vorher so untergebügelt worden?)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Jetzt hat der Herr Staatsminister für eine kurze zusammenfassende Stellungnahme das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen, Landesentwicklung und Heimat):

Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Ich habe nicht geplant, noch etwas zu sagen, aber Herr Pohl hat zum Schluss den Vorwurf erhoben, wir hätten einen schlampigen Haushalt gemacht. Er sagte, was wir alles getan hätten und warum wir das alles nicht im Dezember gewusst hätten. – Kollege Herold hat es dankenswerterweise erklärt. Mit der neuen Staatsregierung hat man einen Start hingelegt, der nicht auf vier Monate angelegt ist, sondern auf fünf Jahre. Ich verstehe nicht, warum man das nicht kapieren will. Die einen halten einem vor, dass das nicht sofort abgebildet sei, die anderen behaupten, es käme nie, die Nächsten behaupten, es wäre zu viel, und wieder andere meinen, das hätte schon im Dezember gemacht werden sollen. Warum diskutieren wir eigentlich nicht über die Maßnahmen, die vorgelegt wurden?

Ich habe jetzt wirklich lange zugehört. Die Kritik an den Maßnahmen als solche war in der Sache zwar relativ zurückhaltend, aber was wird nicht alles gesucht, was wird nicht alles vorgebracht, um zu beweisen, dass das, was geplant ist, schlecht ist. Ich sage Ihnen, wir haben Dinge vorgelegt, die die Bevölkerung bewegen. Die großen gesellschaftlichen Herausforderungen suchen nach Antworten. Diese Antworten geben wir mit der Macht, mit der wir das für 2018 noch tun können. Eine neue Regierung plant für fünf Jahre. Das Konzept ist schlüssig. Deshalb zu sagen, es wäre schlampig gearbeitet worden, und zu fragen, ob man das im Dezember noch nicht gewusst hat, das ist doch eine unsinnige Debatte. Wir sollten doch in der Sache diskutieren. Wir haben das gemacht. Wir legen einen kraftvollen Haushalt vor, der kraftvolle Ergebnisse zeitigen wird. Die Kommunen, die Menschen, diejenigen, die bedürftig sind, werden gestärkt. Hinzu kommen die Investitionen. All das wird durch diesen Haushalt gestärkt.

Deshalb: ein bisschen mehr Optimismus. Nicht so viel Nörgelei, Herr Pohl, das würde uns allen bestens zu Gesicht stehen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Bravo!)

Danke, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Nach § 148 der Geschäftsordnung ist der Gesetzentwurf dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. – Damit besteht Einverständnis. Widerspruch erhebt sich nicht. – Dann ist das so beschlossen.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 12.06.2018 **Drucksache 17/22777**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

2. Nachtragshaushaltsplan 2018

Berichterstatter: **Hans Herold**
Mitberichterstatter: **Harald Güller**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderung durchgeführt wird:

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung

Bei Kap 13 03 wird der Tit. 684 05 („Zuschüsse zur Vorbereitung, Durchführung und Abwicklung der Konferenz der Weltreligionen 2019 in Lindau“) neu geschaffen, um die Stiftung „Friedensdialog der Weltreligionen und Zivilgesellschaft“ zusammen mit dem Bund bei der Durchführung der Konferenz (einschließlich Vor- und Nachbereitung) zu unterstützen.

Für das Haushaltsjahr 2018 beträgt der Haushaltsansatz 200,0 Tsd. €.

Zudem wird eine Verpflichtungsermächtigung 2018, fällig frühestens im Haushaltsjahr 2019, in Höhe von 800,0 Tsd. € aufgenommen.

Die Einsparung erfolgt aus Kap. 13 05 Tit. 831 54.

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigung und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des 2. Nachtragshaushaltsplans 2018 vorzunehmen.

Mit der vorstehenden Änderung ist der Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter u.a. CSU
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Zuschuss zur Vorbereitung, Durchführung und Abwicklung der Konferenz der Weltreligionen 2019 in Lindau
(Kap. 13 03 Tit. 684 05)
Drs. 17/22573
erledigt.

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Susann Biedefeld u.a. und Fraktion (SPD)
   2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
   hier: Streichung der Mittel für den Beauftragten für Bürgeranliegen der Staatsregierung
   (Kap. 02 01 Tit. 422 01, Tit. 428 01, Kap. 02 03 Tit. 536 04)
   Drs. 17/22401

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Paul Wengert, Susann Biedefeld u.a. SPD
   2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
   hier: Streichung der Mittel für die Durchführung eines Volksentscheids zur Begrenzung der Amtszeit des Ministerpräsidenten auf zehn Jahre
   (Kap. 03 03 TG 71)
   Drs. 17/22402

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
   2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
   hier: Aufhebung Landesamt für Asyl und Rückführungen und Umwidmung der Mittel
   (Kap. 03 11, Kap. 03 08)
   Drs. 17/22403

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
   2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
   hier: Streichung der Mittel für die Errichtung einer Bayerischen Grenzpolizei und weiterer Reiterstaffeln und teilweise Umwidmung der Mittel für die Landespolizei und die Bereitschaftspolizei
   (Kap. 03 18 Tit. 422 01, 428 01, 511 01, 511 24, 514 01, 514 11, 517 05, 518 01, 519 01, 710 00, 811 01, 812 01, 812 99, Kap. 03 20 Tit. 422 01, 710 00)
   Drs. 17/22404

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Volkmar Halbleib u.a. SPD
   2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
   hier: Wohnraumförderung - Bezahlbarer Wohnraum durch längere Sozialbindungen
   (Kap. 03 64 Tit. 893 03)
   Drs. 17/22405

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Bernhard Roos, Reinhold Strobl u.a. SPD
   2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
   hier: Verbesserte öffentliche Verkehrsangebote für die Menschen in ganz Bayern
   (Kap. 03 66 Tit. 633 58)
   Drs. 17/22406

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
   2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
   hier: 20 neue Planstellen für Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen in den Justizvollzugsanstalten
   (Kap. 04 05 Tit. 422 01)
   Drs. 17/22407

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Susann Biedefeld u.a. SPD
   2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
   hier: Streichung der Mittel für den Beauftragten der Staatsregierung für staatliche Beteiligungen
   (Kap. 06 01 Tit. 422 01, Tit. 428 01, Tit. 514 01, Tit. 518 18, Tit. 536 01)
   Drs. 17/22408

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Günther Knoblauch u.a. SPD
   2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
   hier: Initiative Mobilfunk - Startpaket für neues Mobilfunkförderprogramm
   (Kap. 07 04 Tit. 883 73)
   Drs. 17/22409

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
    2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
    hier: Entgelte für landespflegerische und landeskulturelle Leistungen: Den Artenschwund stoppen - mehr Mittel für Agrarumweltmaßnahmen
    (Kap. 08 03 Tit. 683 67)
    Drs. 17/22410

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Günther Knoblauch u.a. SPD
    2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
    hier: Umsetzungsgutachten für ein Sonderprogramm "Gut leben im Alter - Teilhabe ermöglichen"
    (Kap. 10 07 TG 70)
    Drs. 17/22411

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller u.a. SPD
    2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
    hier: Förderungen von Maßnahmen zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder
    (Kap. 10 07 TG 82)
    Drs. 17/22412

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Günther Knoblauch u.a. SPD
    2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
    hier: Kita-Qualitätsoffensive jetzt!
    (Kap. 10 07 TG 88 - 93)
    Drs. 17/22413

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Günther Knoblauch u.a. SPD
    2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
    hier: Beste Startchancen für alle Kinder durch gebührenfreie Kitas!
    (Kap. 10 07 TG 88 - 93)
    Drs. 17/22414

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Tasdelen, Angelika Weikert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Sonderprogramm "Miteinander statt gegeneinander: Integration vor Ort stärken"
(Kap. 10 50 TG 54 – 56 und TG 58)
Drs. 17/22415

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Herbert Woerlein, Florian von Brunn u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Zusätzliche Finanzmittel für die Verwaltungskosten von Umweltstationen
(Kap. 12 02 TG 74)
Drs. 17/22416

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Verbesserung der Beratung pflegebedürftiger Menschen durch flächendeckenden Ausbau von Pflegestützpunkten
(Kap. 14 04 TG 70 neuer Tit.)
Drs. 17/22417

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Psychiatrische Krisendienste
(Kap. 14 05 TG 62)
Drs. 17/22418

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Zuschüsse an die Bayerischen Studentenwerke
(Kap. 15 06 Tit. 686 05)
Drs. 17/22419

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Investitionen in gute Schulhäuser
(Kap. 13 10 Tit. 883 11)
Drs. 17/22420

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Zuwendungen und sonstige Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit des Freistaates Bayern mit ausländischen Staaten und Regionen
(Kap. 02 03 Tit. 685 53)
Drs. 17/22443

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Bayerische Militärtradition erhalten: Förderung des Bayerischen Soldatenbunds
(Kap. 02 03 neuer Tit.)
Drs. 17/22444

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Erhöhung der Vereinspauschale
(Kap. 03 03 TG 91 Tit. 685 91)
Drs. 17/22445

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Zusätzliche Stellen für Verwaltungsrichter schaffen
(Kap. 03 06 Tit. 422 01)
Drs. 17/22446

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Mehr IT-Spezialisten für die Bayerische Polizei
(Kap. 03 17 Tit. 422 01)
Drs. 17/22447

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Stellenhebungen für Beamtinnen und Beamte sowie Tarifbeschäftigte bei der Polizei
(Kap. 03 17, 03 18, 03 20, 03 21 Tit. 422 01 und 428 01)
Drs. 17/22448

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Schaffung einer echten Mobilen Reserve für die Polizei
(Kap. 03 18 Tit. 422 01)
Drs. 17/22449

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Zusätzliche Stellen für die Radverkehrsförderung schaffen
(Kap. 03 61 Tit. 422 01)
Drs. 17/22450

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Erhöhung der Mittel für energetische Sanierungen staatlicher Gebäude aller Einzelpläne
(Kap. 03 63 Tit. 701 48)
Drs. 17/22451

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Bauunterhalt
(Kap. 03 63 neuer Tit.)
Drs. 17/22452

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Erhöhung der Zuschüsse zur Förderung der Schaffung und größeren baulichen Instandsetzung von Studentenwohnraum
(Kap. 03 64 Tit. 893 68)
Drs. 17/22453

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Wohnraumfördermittel
(Kap. 03 64 Tit. 863 69)
Drs. 17/22454

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Haltepunkte für den Regionalverkehr
(Kap. 03 66 TG 75 – 76 neuer Tit.)
Drs. 17/22455

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Barrierefreiheit an Bahnhöfen
(Kap. 03 66 TG 75 – 76 neuer Tit.)
Drs. 17/22456

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Planungsmaßnahmen für barrierefreie Bahnhöfe
(Kap. 03 66 Tit. 892 76)
Drs. 17/22457

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Elektrifizierung von Bahnstrecken
(Kap. 03 67 neuer Tit.)
Drs. 17/22458

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Vergabe von Ingenieurleistungen u. ä. sowie sonstige Baunebenkosten an Bundesautobahnen
(Kap. 03 75 Tit. 771 70)
Drs. 17/22459

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Aus- und Umbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen
(Kap. 03 80 Tit. 750 00)
Drs. 17/22460

39. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Förderoffensive für Fahrradabstellanlagen
(Kap. 03 80 neuer Tit.)
Drs. 17/22461

40. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Richter und Staatsanwälte
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/22462

41. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Rechtspfleger
(Kap. 04 04 Tit. 422 21)
Drs. 17/22463

42. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Bewährungshelfer
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/22464

43. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Justizfachwirte
(Kap. 04 04 Tit. 422 01 und 422 21)
Drs. 17/22465

44. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Justizwachtmeister
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/22466

45. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Servicekräfte für Gerichte und Staatsanwaltschaften
(Kap. 04 04 Tit. 428 01)
Drs. 17/22467

46. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Justizvollzug
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/22468

47. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Sozialpädagogen
(Kap. 04 05 Tit. 428 01)
Drs. 17/22469

48. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: "Schule & Wir" in Papierform einstellen und nur noch als digitales Angebot bereitstellen
(Kap. 05 02 Tit. 531 11)
Drs. 17/22470

49. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Mittel für den Ausbau von Ganztagsklassen
(Kap. 05 04 TG 68 - 69)
Drs. 17/22471

50. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: IT-Systemtechniker zur Betreuung der IT-Ausstattung an Schulen
(Kap. 05 04 TG 77 neuer Tit.)
Drs. 17/22472

51. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Bereitstellung mobiler Endgeräte an weiterführenden Schulen
(Kap. 05 04 Tit. 883 77)
Drs. 17/22473

52. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Auf- und Ausbau der Integrierten Lehrerreserve
(Kap. 05 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/22474

53. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Schulsozialarbeit
(Kap. 05 04 neue TG)
Drs. 17/22475

54. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Aufbau von multiprofessionellen Teams
(Kap. 05 04 neuer Tit.)
Drs. 17/22476

55. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Entlastung der Schulleitungen an Grund- und Mittelschulen durch mehr Leitungszeit
(Kap. 05 12 Tit. 422 01)
Drs. 17/22477

56. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Schulische Inklusion
(Kap. 05 12, Kap 05 13 Tit. 422 01)
Drs. 17/22478

57. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Stellen zur Beschulung von Flüchtlingen
(Kap. 05 12 - 05 19 Tit. 422 01)
Drs. 17/22479

58. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Umsetzung der dritten Sportstunde in der 1. Jahrgangsstufe der Grundschule
(Kap. 05 12 Tit. 422 01)
Drs. 17/22480

59. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Sicherstellung des Pflichtunterrichts an beruflichen Schulen
(Kap. 05 13 - 05 17 Tit. 422 01)
Drs. 17/22481

60. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Ausbau der erweiterten Schulleitung
(Kap. 05 15 – 05 19 Tit. 422 01)
Drs. 17/22482

61. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Stärkung und Optimierung der Realschule
(Kap. 05 18 Tit. 422 01)
Drs. 17/22483

62. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Kürzung der Ausgaben für Veröffentlichungen
(Kap. 06 02 Tit. 531 21)
Drs. 17/22484

63. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Schnelles Internet in Bayerns Regionalverkehrszügen
(Kap. 07 03 neue TG)
Drs. 17/22485

64. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Jutta Widmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Sonderprogramm Dorfwirtschaften
(Kap. 07 04 TG 72 neuer Tit.)
Drs. 17/22486

65. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Initiative Mobilfunkausbau
(Kap. 07 04 TG 73 neuer Tit.)
Drs. 17/22487

66. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Förderung des Tourismus: Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände
(Kap. 07 04 Tit. 883 78)
Drs. 17/22488

67. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Maßnahmen zur Förderung des Tourismus: Zuschüsse an private Unternehmen
(Kap. 07 04 Tit. 892 78)
Drs. 17/22489

68. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Bayerisches Förderprogramm für dezentrale Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen
(Kap. 07 05 TG 75 – 78 neuer Tit.)
Drs. 17/22490

69. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Erhöhung der finanziellen Mittel für das Landeskuratorium der Erzeugerringe für tierische Veredelung in Bayern e. V.
(Kap. 08 03 Tit. 671 03)
Drs. 17/22491

70. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Erhöhung der Zuschüsse zur Bekämpfung von Tierseuchen und Maßnahmen zur Förderung der Tiergesundheit
(Kap. 08 03 Tit. 683 12)
Drs. 17/22492

71. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Erhöhung der finanziellen Mittel für das Agrarmarketing
(Kap. 08 03 Tit. 683 39)
Drs. 17/22493

72. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Erhöhung der finanziellen Mittel für das Bayerische Kulturlandschaftsprogramm
(Kap. 08 03 Tit. 683 67)
Drs. 17/22494

73. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Erhöhung der Mittel „Bergwaldoffensive“
(Kap. 08 03 Tit. 892 86)
Drs. 17/22495

74. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Wohnungslosenhilfe in Bayern
(Kap. 10 03 Tit. 684 72)
Drs. 17/22496

75. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Zusammenführung von Insolvenz- und Schuldnerberatung finanziell ermöglichen
(Kap. 10 03 TG 73)
Drs. 17/22497

76. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Förderung der Teilzeitberufsausbildung
(Kap. 10 05 Tit. 684 74)
Drs. 17/22498

77. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Förderung von Verbänden und kulturellen Einrichtungen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge im Sinne des § 96 Bundesvertriebenengesetzes
(Kap. 10 06 Tit. 686 01)
Drs. 17/22499

78. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Förderung von Verbänden und kulturellen Einrichtungen der deutschen Minderheit in der Tschechischen Republik
(Kap. 10 06 neuer Tit.)
Drs. 17/22500

79. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für generationsübergreifende Einrichtungen - Förderung der bayerischen Mehrgenerationenhäuser
(Kap. 10 07 Tit. 633 01)
Drs. 17/22501

80. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Fortführung der Bayerischen Ehrenamtskarte
(Kap. 10 07 Tit. 633 85)
Drs. 17/22502

81. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Qualitätsverbesserung in Kindertageseinrichtungen
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)
Drs. 17/22503

82. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für ältere Menschen
(Kap. 10 07 TG 70)
Drs. 17/22504

83. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Haushaltstitel für die LandesSenioren-Vertretung Bayern e. V. schaffen
(Kap. 10 07 TG 70 neuer Tit. und Tit. 684 70)
Drs. 17/22505

84. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Hilfe für Opfer von Gewalt gegen Frauen und Kinder
(Kap. 10 07 TG 82)
Drs. 17/22506

85. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Erhöhung der Mittel für das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
(Kap. 10 07 TG 85)
Drs. 17/22507

86. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Kostenfreie Kinderbetreuung
(Kap. 10 07 TG 88 - 93 neuer Tit.)
Drs. 17/22508

87. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Einführung einer staatlichen Sockelfinanzierung für Kindertageseinrichtungen
(Kap. 10 07 TG. 88 - 93 neuer Tit.)
Drs. 17/22509

88. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Erstattungen an die Bezirke für Kosten der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer unbegleiteter Volljähriger
(Kap. 10 53 neuer Tit.)
Drs. 17/22510

89. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Freiwilliges Ökologisches Jahr in Bayern
(Kap. 12 02 Tit. 684 01)
Drs. 17/22511

90. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Zuschüsse für die Errichtung und den Betrieb von Umweltstationen
(Kap. 12 02 Tit. 684 74)
Drs. 17/22512

91. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Zuschüsse für sonstige Umweltbildungsmaßnahmen
(Kap. 12 02 Tit. 686 74)
Drs. 17/22513

92. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Verbraucherberatung ausbauen
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/22514

93. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Verbraucherberatung im Finanzbereich stärken
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/22515

94. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Erhöhung der Mittel für den Ausgleich von Biberschäden
(Kap. 12 04 Tit. 547 72)
Drs. 17/22516

95. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Erhöhung der Mittel für das Landschaftspflegeprogramm
(Kap. 12 04 Tit. 685 72)
Drs. 17/22517

96. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Zuschuss für Planung und Errichtung eines Neubaus für die Auffangstation für Reptilien
(Kap. 12 08 Tit. 893 01)
Drs. 17/22518

97. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Investitionskostenzuschüsse für bayerische Tierschutzvereine
(Kap. 12 08 neuer Tit.)
Drs. 17/22519

98. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Illegale Tiertransporte und Animal Hoarding: Härtefallbudget für Kommunen
(Kap. 12 08 neuer Tit.)
Drs. 17/22520

99. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Einmaliger Investitionskostenzuschuss für die Auffangstation „Raubtier- und Exotenasyl e. V.“ in Ansbach
(Kap. 12 08 neuer Tit.)
Drs. 17/22521

100. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Betrieb des lufthygienischen Landesüberwachungssystems
(Kap. 12 09 Tit. 547 03)
Drs. 17/22522

101. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Förderprogramm zur Erprobung und Optimierung fischverträglicherer Kleinwasserkraftanlagen
(Kap. 12 77 neuer Tit.)
Drs. 17/22523

102. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Förderung für Hebammen
(Kap. 14 03 neuer Tit.)
Drs. 17/22524

103. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Förderung der Palliativ- und Hospizversorgung
(Kap. 14 04 Tit. 684 69)
Drs. 17/22525

104. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Förderung alternativer Wohn- und Lebensformen
(Kap. 14 04 Tit. 684 70)
Drs. 17/22526

105. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Förderung von Suchtprävention und Drogentherapie
(Kap. 14 05 Tit. 531 60)
Drs. 17/22527

106. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Förderung von Präventionsmaßnahmen Crystal Meth
(Kap. 14 05 Tit. 531 60)
Drs. 17/22528

107. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: aviso: Zeitschrift für Wissenschaft & Kunst in Bayern einstellen
(Kap. 15 02 Tit. 531 11)
Drs. 17/22529

108. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018,
hier: Sing- und Musikschulen fördern
(Kap. 15 05 Tit 633 80)
Drs. 17/22530

109. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Förderung von Jugendkunstschulen
(Kap. 15 05 Tit. 684 95)
Drs. 17/22531

110. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Erhöhung der Mittel für private Musikinstitute und freiberufliche Musikpädagogen
(Kap. 15 05 Tit. 686 05)
Drs. 17/22532

111. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Erhöhung der Zuschüsse für das Richard-Strauss-Festival
(Kap. 15 05 Tit. 686 75)
Drs. 17/22533

112. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Erhöhung der Förderung der Laien- und Volksmusik für den Bayerischen Trachtenverband
(Kap. 15 05 Tit. 686 80)
Drs. 17/22534

113. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Trachten- und Heimatpflege - Zuschüsse für Investitionen
(Kap. 15 05 Tit. 893 81)
Drs. 17/22535

114. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Zuschüsse an die Bayerischen Studentenwerke für die psychologische Betreuung
(Kap. 15 06 Tit. 686 05)
Drs. 17/22536

115. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Aufstockung der Mittel für Personalausgaben und personalbezogene Sachausgaben der Studierendenvertretungen
(Kap. 15 06 TG 77)
Drs. 17/22537

116. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Erhöhung der Professorenstellen: Stärkung der akademischen Lehre an bayerischen Hochschulen
(Kap. 15 06 neuer Tit.)
Drs. 17/22538

117. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Stärkung der Lehrbeauftragten: Ausgaben für Zwecke der Lehre im Fachbereich Musik an bayerischen Hochschulen
(Kap. 15 06 neuer Tit.)
Drs. 17/22539

118. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Förderprogramm Studieren in Bayern - Landeseigene Ergänzung zum BAföG
(Kap. 15 06 neuer Tit.)
Drs. 17/22540

119. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Stärkung des wissenschaftlichen Mittelbaus an Universitäten
(Kap. 15 28 TG 73 neuer Tit.)
Drs. 17/22541

120. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Technikum und Medienkompetenzzentrum Ansbach
(Kap. 15 34 Anlage S neuer Tit.)
Drs. 17/22542

121. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Grundfinanzierung für bayerische Technologietransferzentren
(Kap. 15 49 Tit. 547 78)
Drs. 17/22543

122. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Stärkung des wissenschaftlichen Mittelbaus an Hochschu-len für angewandte Wissenschaften bzw. Technischen Hochschulen
(Kap. 15 49 TG 73 neuer Tit.)
Drs. 17/22544

123. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Gebäudekosten für Technologietransferzentren
(Kap. 15 49 TG 78 neuer Tit.)
Drs. 17/22545

124. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude
(Kap. 13 03 neue TG)
Drs. 17/22546

125. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Investitionskosten Krankenhäuser
(Kap. 13 10 TG 71 und TG 72)
Drs. 17/22547

126. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Sonderinvestitionsprogramm für den Erhalt und gegebenenfalls Neubau kommunaler Schwimmbäder
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/22548

127. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Sanierung von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/22549

128. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Sonderfonds Straßenausbaubeiträge I - Kompensation der Beitragsausfälle
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/22550

129. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Sonderfonds Straßenausbaubeiträge II - Rückerstattung von Beiträgen
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/22551

130. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Regieren statt repräsentieren
(Kap. 02 02 Tit. 535 01)
Drs. 17/22559

131. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Personalausstattung der unteren Naturschutzbehörden
(Kap. 03 09 Tit. 422 01)
Drs. 17/22560

132. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Stärkung der Landespolizei - keine Zusatzbelastung durch neue Grenzpolizeidirektion
(Kap. 03 18 Tit. 422 01, 428 01, 511 01, 514 01, 517 05, 518 01, 519 01, 811 01, 812 01 u. 812 99)
Drs. 17/22561

133. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: keine zusätzlichen Reiterstaffeln für die Landespolizei
(Kap. 03 18 Tit. 511 01, 511 24, 514 11, 518 01, 811 01, 812 01 u. 812 99)
Drs. 17/22562

134. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Wohnraumförderung statt Kaufzulagen
(Kap. 03 64 Tit. 893 04, 893 05 u. 863 69)
Drs. 17/22563

135. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Bau von Radschnellwegen
(Kap. 03 80 Tit. 750 00 u. neuer Tit.)
Drs. 17/22564

136. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: IT-Fachkräfte an Schulen
(Kap. 05 04 neuer Tit.)
Drs. 17/22565

137. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Qualitätsoffensive für Kindertageseinrichtungen
(Kap. 10 07 Tit. 633 88, 633 89 und neuer Tit.)
Drs. 17/22566

138. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Förderung von Maßnahmen zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder: Frauenhäuser, Notrufe und Fachberatungsstellen besser fördern
(Kap. 10 07 Tit. 684 82)
Drs. 17/22567

139. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Naturschutz stärken, Biodiversitätsstrategie umsetzen
(Kap. 12 04 Tit. 685 72)
Drs. 17/22568

140. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Umsetzung von Natura 2000-Managementplänen
(Kap. 12 04 TG 71 - 72 neuer Tit.)
Drs. 17/22569

141. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Klimaschutz konkret: Moorrenaturierung
(Kap. 12 04 Tit. 883 72)
Drs. 17/22570

142. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Investitionsprogramm Klimaschutz in den Kommunen
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/22571

143. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Energetische Sanierung kommunaler Gebäude
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/22572

II. Bericht:

1. Der Entwurf des 2. Nachtragshaushaltsplans 2018 und die Änderungsanträge wurden dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch einen anderen Ausschuss erfolgt gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Entwurf des 2. Nachtragshaushaltsplans 2018 und die Änderungsanträge in seiner 199. Sitzung am 12. Juni 2018 und 200. Sitzung am 13. Juni 2018 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung

mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

Peter Winter
Vorsitzender

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 28.06.2018 **Drucksache 17/23063**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

1. **Gesetzentwurf der Staatsregierung**

   Drs. 17/**22033**

   Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2017/2018 (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2018 - 2. NHG 2018)

2. **Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Ingrid Heckner u.a. CSU**

   Drs. 17/**22574**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2017/2018 (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2018 - 2. NHG 2018)
   (Drs. 17/22033)
   hier: Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes

3. **Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Dr. Paul Wengert u.a. SPD**

   Drs. 17/**22575**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2017/2018 (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2018 - 2. NHG 2018)
   (Drs. 17/22033)
   hier: Neue Stellen für die Zentralen Ausländerbehörden bei den Regierungen; kein Landesamt für Asyl und Rückführungen; keine Errichtung der Bayerischen Grenzpolizei; neue Stellen für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen bei der Landespolizei und neue Stellen für die mobile Reserve der Bereitschaftspolizei; 20 neue Planstellen für Sozialpädagoginnen, Sozialpädagogen für die Justizvollzugsanstalten

4. **Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Volkmar Halbleib u.a. SPD**

   Drs. 17/**22576**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2017/2018 (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2018 – 2. NHG 2018)
   (Drs. 17/22033)
   hier: Änderung der Bayerischen Haushaltsordnung

5. **Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Volkmar Halbleib u.a. SPD**

   Drs. 17/**22577**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2017/2018 (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2018 – 2. NHG 2018)
   (Drs. 17/22033)
   hier: Änderung der Landkreisordnung

6. **Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

   Drs. 17/**22578**

   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2017/2018 (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2018 - 2. NHG 2018)
   (Drs. 17/22033)

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. § 1 Nr. 3 wird wie folgt gefasst:

   ‚3. Dem Art. 8 werden die folgenden Abs. 19 und 20 angefügt:

   „(19) [1]Das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr wird ermächtigt, für die Kapitalausstattung der staatlichen Wohnungsbauge-

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

sellschaft BayernHeim oder die Darlehensgewährung an diese bis zu 500 000 000 € aus Grundstockmitteln unter Beachtung des Art. 81 Satz 2 der Verfassung zu verwenden. [2]Zur Finanzierung können Anteile der E.ON SE veräußert werden.

(20) [1]Nach Art. 63 Abs. 5 BayHO in Verbindung mit Art. 63 Abs. 3 Satz 2 BayHO wird zugelassen, dass bei den staatseigenen Wohnungen und bei den staatlichen Wohnungsbaugesellschaften, das heißt der Stadibau GmbH und der Siedlungswerk Nürnberg GmbH vom 18. April 2018 bis 18. April 2023 auf Mieterhöhungen bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete nach § 558 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB), auf Mieterhöhungen nach Modernisierungsmaßnahmen nach § 559 BGB und auf Mieterhöhungen aufgrund vereinbarter Staffelmietverträge und Indexmietverträge verzichtet wird. [2]Zudem soll auf Mieterhöhungen aufgrund von Neuvermietungen bei einem Mietwechsel verzichtet werden."'

2. § 12 wird wie folgt geändert:

   a) Der Nr. 1 werden die folgenden Nrn. 1 bis 3 vorangestellt:

      ‚1. Art. 18 Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

      „(2) [1]Die Gemeinde hat für Kindertageseinrichtungen, die die Fördervoraussetzungen nach Art. 19 erfüllen, einen Förderanspruch gegenüber dem Staat nach Maßgabe von Art. 21, wenn sie den vollständigen Förderantrag bis zum 30. Juni des auf den Bewilligungszeitraum folgenden Jahres stellt. [2]Stellt die Gemeinde den vollständigen Förderantrag in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember des auf den Bewilligungszeitraum folgenden Jahres, besteht ein Förderanspruch in Höhe von 96 % des Anspruchs nach Satz 1; dies gilt nicht, wenn der so errechnete Förderanspruch 10 000 Euro nicht überschreitet."

      2. Art. 18 Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

      „(2) [1]Die Gemeinde hat für Kindertageseinrichtungen, die die Fördervoraussetzungen nach Art. 19 erfüllen, und für Großtagespflegen, die die Voraussetzungen des Art. 20a erfüllen, einen Förderanspruch gegenüber dem Staat nach Maßgabe von Art. 21, wenn sie den vollständigen Förderantrag bis zum 30. Juni des auf den Bewilligungszeitraum (Art. 26 Abs. 1 Satz 3) folgenden Jahres stellt. [2]Stellt die Gemeinde den vollständigen Förderantrag in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember des auf den Bewilligungszeitraum folgenden Jahres, besteht ein Förderanspruch in Höhe von 96 % des Anspruchs nach Satz 1; dies gilt nicht, wenn der so errechnete Förderanspruch 10 000 Euro nicht überschreitet. [3]Macht die Gemeinde den Anspruch nach Satz 1 Alternative 2 geltend, ist ein Förderanspruch des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe nach Abs. 3 Satz 1 ausgeschlossen."

      3. In Art. 18 Abs. 2 Satz 1 wird die Angabe „Satz 3" durch die Angabe „Satz 4" ersetzt.'

   b) Die bisherigen Nrn. 1 und 2 werden die Nrn. 4 und 5.

3. § 14 Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

   „(2) Abweichend von Abs. 1 treten in Kraft:

   1. § 12 Nr. 1 mit Wirkung vom 1. August 2005,
   2. § 12 Nr. 2 mit Wirkung vom 1. Januar 2013,
   3. § 12 Nr. 3 mit Wirkung vom 30. Dezember 2015,
   4. die §§ 4, 9 und 13 mit Wirkung vom 1. Mai 2018,
   5. die §§ 10 und 11 am 1. August 2018,
   6. die §§ 3 und 12 Nr. 5 am …,
   7. § 12 Nr. 4 am 1. September 2020."

Berichterstatter zu 1-2: **Hans Herold**
Berichterstatter zu 3-5: **Harald Güller**
Berichterstatter zu 6: **Thomas Mütze**
Mitberichterstatter zu 1-2: **Harald Güller**
Mitberichterstatter zu 3-6: **Hans Herold**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf mitberaten.
   Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 17/22574, Drs. 17/22575, Drs. 17/22576, Drs. 17/22577 und Drs. 17/22578 in seiner 200. Sitzung am 13. Juni 2018 beraten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: kein Votum
B90/GRÜ: Ablehnung
mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/22574 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: kein Votum
B90/GRÜ: Zustimmung
Zustimmung empfohlen
Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/22575 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: kein Votum
B90/GRÜ: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 17/22576, 17/22577 und 17/22578 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: kein Votum
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 17/22574, Drs. 17/22575, Drs. 17/22576, Drs. 17/22577 und Drs. 17/22578 in seiner 95. Sitzung am 28. Juni 2018 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt mit der Maßgabe, dass in § 14 Abs. 2 Nr. 6 als Datum des Inkrafttretens der „1. August 2018“ eingefügt wird.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/22574 hat der Ausschuss einstimmig Zustimmung empfohlen.
Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/22578 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 17/22576 und 17/22577 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/22575 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.

Reinhold Bocklet
In Vertretung

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 11.07.2018 **Drucksache 17/23276**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018

Dem 2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 17/22777) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigung und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des 2. Nachtragshaushaltsplans 2018 vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 11.07.2018 **Drucksache** 17/**23277**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 17/**22033**, 17/**23063**

Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2017/2018 (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2018 – 2. NHG 2018)

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2017/2018 (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2018 – 2. NHG 2018)

§ 1
Änderung des Haushaltsgesetzes 2017/2018

Das Haushaltsgesetz 2017/2018 (HG 2017/2018) vom 20. Dezember 2016 (GVBl. S. 399; 2017 S. 5, BayRS 630-2-21-F), das durch § 1 des Gesetzes vom 22. März 2018 (GVBl. S. 162) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Art. 1 wird wie folgt geändert:

   a) Für das Haushaltsjahr 2018 wird die Angabe „60 694 486 300“ durch die Angabe „61 679 028 700“ ersetzt.

   b) Gleichzeitig wird der Haushaltsplan nach Maßgabe des diesem Gesetz als **Anlage** beigefügten 2. Nachtragshaushaltsplans geändert.

2. Dem Art. 6 werden die folgenden Abs. 33 bis 46 angefügt:

   „(33) [1]Im Stellenplan werden im Einzelplan 02 (Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei) im Kapitel 02 01 (Ministerpräsident und Staatskanzlei)

   1. bei Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)

      a) drei Planstellen der BesGr B 3 (Leitender Ministerialrat, Leitende Ministerialrätin), vier Planstellen der BesGr B 3 (Ministerialrat, Ministerialrätin), eine Planstelle der BesGr A 16 (Ministerialrat, Ministerialrätin), 16 Planstellen der BesGr A 15 (Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin), sieben Planstellen der BesGr A 13 (Regierungsrat, Regierungsrätin), drei Planstellen der BesGr A 12 (Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin), eine Planstelle der BesGr A 10 (Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin), eine Planstelle der BesGr A 9 (Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin) und eine Planstelle der BesGr A 7 (Regierungsobersekretär, Regierungsobersekretärin) neu ausgebracht,

      b) eine Planstelle der BesGr A 16 (Ministerialrat, Ministerialrätin) und zwei Planstellen der BesGr A 15 (Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin) neu ausgebracht und

      c) eine Planstelle der BesGr B 6 (Ministerialdirigent, Ministerialdirigentin) nach BesGr B 9 (Ministerialdirektor, Ministerialdirektorin) gehoben;

   2. bei Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)

      a) drei Stellen der EGr 15 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin), eine Stelle der EGr 14 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin), drei Stellen der EGr 13 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin), zwei Stellen der EGr 10 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin), eine Stelle der EGr 9 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin), sieben Stellen der EGr 8 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin), zwei Stellen der EGr 7 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin), sechs Stellen der EGr 6 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin), elf Stellen der EGr 5 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin) und eine Stelle (Außertariflicher Arbeitnehmer, Außertarifliche Arbeitnehmerin) und

      b) eine Stelle der EGr 8 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin) neu ausgebracht,

      c) folgender neuer Vermerk zu den Stellen für Außertarifliche Arbeitnehmer und Außertarifliche Arbeitnehmerinnen neu ausgebracht:

         „c) 1 Stelle darf mit einem/einer außertariflichen Arbeitnehmer/Arbeitnehmerin besetzt werden, der/die der Höhe nach vergleichbar bis zur BesGr B 4 zzgl. Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteile zur Sozialversicherung und dergleichen vergütet wird.“ und

      d) eine Stelle der EGr 5 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin) nach EGr 6 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin), sechs Stellen der EGr 6 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin) nach EGr 8 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin), sechs Stellen der EGr 8 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin) nach EGr 9 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin), acht Stellen der EGr 9 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin) nach EGr 10 (Arbeit-

nehmer, Arbeitnehmerin), vier Stellen der EGr 10 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin) nach EGr 11 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin), eine Stelle der EGr 11 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin) nach EGr 12 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin) und eine Stelle der EGr 12 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin) nach EGr 13 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin) gehoben.

[2]Die neuen Stellen gemäß Satz 1 Nr. 1 Buchst. a und Nr. 2 Buchst. a erhalten den Vermerk „kw zum 01.07.2033“.

(34) [1]Im Stellenplan werden im Einzelplan 03A (Geschäftsbereich des Staatsministeriums des Innern und für Integration)

1. im Kapitel 03 08 (Regierungen)

   a) bei Titel 422 01 (Planmäßige Beamte) Buchst. a (Verwaltung allgemein)

      aa) zwei Planstellen der BesGr A 13 (Regierungsrat, Regierungsrätin), drei Planstellen der BesGr A 12 (Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin), drei Planstellen der BesGr A 11 (Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau) und eine Planstelle der BesGr A 10 (Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin) und

      bb) drei Planstellen der BesGr A 15 (Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin) und sieben Planstellen der BesGr A 14 (Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin)

      neu ausgebracht und

   b) von Titel 428 11 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) Buchst. b (Personal Unterbringungsverwaltung) 20 Stellen nach Titel 422 01 (Planmäßige Beamte) Buchst. a (Verwaltung allgemein) umgesetzt und in acht Planstellen der BesGr A 14 (Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin), vier Planstellen der BesGr A 13 (Regierungsrat, Regierungsrätin), vier Planstellen der BesGr A 12 (Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin) und vier Planstellen der BesGr A 11 (Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau) umgewandelt;

2. im neuen Kapitel 03 11 (Landesamt für Asyl und Rückführungen)

   a) bei dem neuen Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)

      aa) eine Planstelle der BesGr B 6 (Präsident, Präsidentin des Landesamts für Asyl und Rückführungen), eine Planstelle der BesGr B 3 (Vizepräsident, Vizepräsidentin des Landesamts für Asyl und Rückführungen), zwei Planstellen der BesGr A 16 (Leitender Regierungsdirektor, Leitende Regierungsdirektorin), zehn Planstellen der BesGr A 15 (Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin), neun Planstellen der BesGr A 14 (Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin), 18 Planstellen der BesGr A 13 (Regierungsrat, Regierungsrätin), eine Planstelle der BesGr A 13 (Polizeirat, Polizeirätin), 29 Planstellen der BesGr A 12 (Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin), zwölf Planstellen der BesGr A 11 (Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau), sieben Planstellen der BesGr A 9 (Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin) und vier Planstellen der BesGr A 8 (Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin) und

      bb) folgender neuer allgemeiner Vermerk zum Titel:

      „Bei Bedarf dürfen die Stellen der Besoldungsgruppe A16 mit A9 bei den Kap. 03 08 und 03 11 gegenseitig in Anspruch genommen werden.“ und

   b) bei dem neuen Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) sieben Stellen der EGr 9 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin), vier Stellen der EGr 8 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin) und fünf Stellen der EGr 6 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin)

   neu ausgebracht;

3. im Kapitel 03 18 (Landespolizei)

   a) bei Titel 422 01 (Planmäßige Beamte) eine Planstelle der BesGr B 2 (Direktor, Direktorin der Bayerischen Grenzpolizei), zwei Planstellen der BesGr A 16 (Leitender Polizeidirektor, Leitende Polizeidirektorin), eine Planstelle der BesGr A 15 (Polizeidirektor, Polizeidirektorin), eine Planstelle der BesGr A 14 (Polizeioberrat, Polizeioberrätin), zwei Planstellen der BesGr A 13 (Polizeirat, Polizeirätin), eine Planstelle der BesGr A 12 (Polizeihauptkommissar, Polizeihauptkommissarin) und drei Planstellen der BesGr A 11 (Polizeihauptkommissar, Polizeihauptkommissarin) und

b) bei Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) eine Stelle der EGr 9 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin), 15 Stellen der EGr 8 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin) und 17 Stellen der EGr 6 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin)

neu ausgebracht.

[2]Abweichend von Abs. 2 Satz 1 sind die gemäß Satz 1 Nr. 3 neu ausgebrachten Stellen bis 31. Juli 2018 gesperrt. [3]Die Stellen gemäß Satz 1 Nr. 1 Buchst. b werden zum 1. August 2018 umgesetzt und umgewandelt.

(35) [1]Im Stellenplan werden im Einzelplan 03B (Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr)

1. im Kapitel 03 61 (Ministerium)
   a) bei Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)
      aa) eine Planstelle der BesGr B 9 (Ministerialdirektor, Ministerialdirektorin), drei Planstellen der BesGr B 6 (Ministerialdirigent, Ministerialdirigentin), zwei Planstellen der BesGr B 3 (Leitender Ministerialrat, Leitende Ministerialrätin), acht Planstellen der BesGr B 3 (Ministerialrat, Ministerialrätin), neun Planstellen der BesGr A 16 (Ministerialrat, Ministerialrätin), fünf Planstellen der BesGr A 15 (Baudirektor, Baudirektorin), fünf Planstellen der BesGr A 15 (Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin), sieben Planstellen der BesGr A 14 (Bauoberrat, Bauoberrätin), sieben Planstellen der BesGr A 14 (Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin), elf Planstellen der BesGr A 13 (Baurat, Baurätin), fünf Planstellen der BesGr A 13 (Regierungsrat, Regierungsrätin), vier Planstellen der BesGr A 12 (Amtsrat, Amtsrätin), drei Planstellen der BesGr A 11 (Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau) und drei Planstellen der BesGr A 10 (Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin),
      bb) drei Planstellen der BesGr A 15 (Baudirektor, Baudirektorin) und
      cc) eine Planstelle der BesGr A 15 (Baudirektor, Baudirektorin), drei Planstellen der BesGr A 15 (Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin), eine Planstelle der BesGr A 14 (Bauoberrat, Bauoberrätin) und vier Planstellen der BesGr A 14 (Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin),
   b) bei Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) vier Stellen der EGr 9 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin), zehn Stellen der EGr 8 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin) und neun Stellen der EGr 6 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin) und
   c) bei Titel 428 21 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) vier Stellen (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin),
2. im Kapitel 03 73 (Bauabteilungen der Regierungen) bei Titel 422 01 (Planmäßige Beamte) fünf Planstellen der BesGr A 15 (Baudirektor, Baudirektorin) und vier Planstellen der BesGr A 14 (Bauoberrat, Bauoberrätin),
3. im Kapitel 03 66 (Verkehrswesen) bei Titel 422 01 (Planmäßige Beamte) eine Planstelle der BesGr A 14 (Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin) und
4. im Kapitel 03 80 (Staatliche Bauämter)
   a) bei Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)
      aa) fünf Planstellen der BesGr A 16 (Leitender Baudirektor, Leitende Baudirektorin), fünf Planstellen der BesGr A 15 (Baudirektor, Baudirektorin), fünf Planstellen der BesGr A 14 (Bauoberrat, Bauoberrätin), eine Planstelle der BesGr A 14 (Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin), zwei Planstellen der BesGr A 13 + AZ (Baurat, Baurätin), 25 Planstellen der BesGr A 13 (Baurat, Baurätin), zwei Planstellen der BesGr A 13 (Regierungsrat, Regierungsrätin), zwei Planstellen der BesGr A 12 (Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin), 23 Planstellen der BesGr A 12 (Technischer Amtsrat, Technische Amtsrätin), zwei Planstellen der BesGr A 11 (Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau), 27 Planstellen der BesGr A 11 (Technischer Amtmann, Technische Amtfrau) und eine Planstelle der BesGr A 9 + AZ (Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin) und

bb) folgender neuer allgemeiner Vermerk zum Titel:

„Das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr wird ermächtigt, bis zu 10 Planstellen aus Kap. 03 80 in andere Kapitel - mit Ausnahme der Kapitel der obersten Dienstbehörden - umzusetzen. Die Umsetzungen sind im nächsten Haushaltsplan nachzuvollziehen.“ und

b) bei Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) neun Stellen der EGr 14 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin), 20 Stellen der EGr 13 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin), zehn Stellen der EGr 12 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin), sechs Stellen der EGr 11 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin) und fünf Stellen der EGr 10 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin)

neu ausgebracht. [2]Die neuen Stellen gemäß Satz 1 Nr. 4 erhalten den Vermerk „kw zum 01.07.2033“.

(36) Im Stellenplan werden im Einzelplan 04 (Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Justiz)

1. im Kapitel 04 04 (Gerichte und Staatsanwaltschaften)

a) bei Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))

aa) eine Planstelle der BesGr R 3 (Leitender Oberstaatsanwalt, Leitende Oberstaatsanwältin als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterin bei einer Generalstaatsanwaltschaft), acht Planstellen der BesGr R 3 (Vorsitzender Richter, Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht), vier Planstellen der BesGr R 2 (Oberstaatsanwalt, Oberstaatsanwältin als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterin bei einer Staatsanwaltschaft), zwei Planstellen der BesGr R 2 (Oberstaatsanwalt, Oberstaatsanwältin als Dezernent oder Dezernentin bei einer Generalstaatsanwaltschaft), vier Planstellen der BesGr R 2 (Richter, Richterin am Oberlandesgericht), zwei Planstellen der BesGr R 2 (Vorsitzender Richter, Vorsitzende Richterin am Landgericht), 13 Planstellen der BesGr R 1 + AZ (Staatsanwalt, Staatsanwältin als Gruppenleiter oder Gruppenleiterin bei der Staatsanwaltschaft), fünf Planstellen der BesGr R 1 (Richter, Richterin am Amts- oder Landgericht), 20 Planstellen der BesGr R 1 (Staatsanwalt, Staatsanwältin), drei Planstellen der BesGr A 15 (Rechtspflegedirektor, Rechtspflegedirektorin), fünf Planstellen der BesGr A 13 (Rechtspflegerat, Rechtspflegerätin) und 16 Planstellen der BesGr A 8 (Justizsicherheitshauptsekretär, Justizsicherheitshauptsekretärin) neu ausgebracht,

bb) eine Planstelle der BesGr R 8 (Präsident, Präsidentin des Bayerischen Obersten Landesgerichts), eine Planstelle der BesGr R 4 + AZ (Vizepräsident, Vizepräsidentin des Bayerischen Obersten Landesgerichts), eine Planstelle der BesGr R 3 (Leitender Oberstaatsanwalt, Leitende Oberstaatsanwältin als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterin bei einer Generalstaatsanwaltschaft), zwei Planstellen der BesGr R 2 (Oberstaatsanwalt, Oberstaatsanwältin als Dezernent oder Dezernentin bei einer Generalstaatsanwaltschaft), eine Planstelle der BesGr A 15 (Rechtspflegedirektor, Rechtspflegedirektorin), zwei Planstellen der BesGr A 9 + AZ (Justizverwaltungsinspektor, Justizverwaltungsinspektorin) und zwei Planstellen der BesGr A 8 (Justizsicherheitshauptsekretär, Justizsicherheitshauptsekretärin) neu ausgebracht und

cc) eine Planstelle von BesGr R 7 (Generalstaatsanwalt, Generalstaatsanwältin als Leiter oder Leiterin einer Generalstaatsanwaltschaft mit 300 und mehr Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen im Bezirk) nach BesGr R 7 + AZ (Generalstaatsanwalt, Generalstaatsanwältin als Leiter oder Leiterin einer Generalstaatsanwaltschaft mit 300 und mehr Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen im Bezirk), elf Planstellen von BesGr R 3 (Vorsitzender Richter, Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht) nach BesGr R 4 (Vorsitzender Richter, Vorsitzende Richterin am Bayerischen Obersten Landesgericht) und 25 Planstellen von BesGr R 2 (Richter, Richterin am Oberlandesgericht) nach BesGr R 3 (Richter, Richterin am Bayerischen Obersten Landesgericht) gehoben;

b) bei Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) 17 Stellen der EGr 8 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin) neu ausgebracht;

2. im Kapitel 04 05 (Justizvollzugsanstalten) bei Titel 422 01 (Planmäßige Beamte) eine Planstelle der BesGr A 16 (Leitender Regierungsdirektor, Leitende Regierungsdirektorin), eine Planstelle der BesGr A 15 (Medizinaldirektor, Medizinaldirektorin), drei Planstellen der BesGr A 15 (Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin), zwei Planstellen der BesGr A 14 (Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin), eine Planstelle der BesGr A 13 (Regierungsrat, Regierungsrätin), eine Planstelle der BesGr A 13 (So-

zialrat, Sozialrätin), drei Planstellen der BesGr A 12 (Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin), vier Planstellen der BesGr A 11 (Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau), eine Planstelle der BesGr A 10 (Oberinspektor, Oberinspektorin - im Justizvollzugsdienst), eine Planstelle der BesGr A 10 (Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin), 19 Planstellen der BesGr A 9 + AZ (Inspektor, Inspektorin - im Justizvollzugsdienst), eine Planstelle der BesGr A 9 + AZ (Pflegevorsteher, Oberin), eine Planstelle der BesGr A 9 + AZ (Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin), 20 Planstellen der BesGr A 9 (Inspektor, Inspektorin - im Justizvollzugsdienst), drei Planstellen der BesGr A 9 (Oberpfleger, Oberschwester), zwei Planstellen der BesGr A 9 (Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin), vier Planstellen der BesGr A 8 (Abteilungspfleger, Abteilungsschwester), zehn Planstellen der BesGr A 8 (Hauptsekretär, Hauptsekretärin - im Justizvollzugsdienst), zwei Planstellen der BesGr A 8 (Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin) und zehn Planstellen der BesGr A 7 (Obersekretär, Obersekretärin - im Justizvollzugsdienst) neu ausgebracht.

(37) [1]Im Stellenplan werden im Einzelplan 05 (Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus)

1. im Kapitel 05 01 (Ministerium)
   a) Nr. 2 des Kapitelvermerks aufgehoben,
   b) bei Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)
      aa) zwei Planstellen der BesGr B 3 (Ministerialrat, Ministerialrätin), zwei Planstellen der BesGr A 16 (Ministerialrat, Ministerialrätin), zehn Planstellen der BesGr A 15 (Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin), zwei Planstellen der BesGr A 14 (Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin) und eine Planstelle der BesGr A 13 (Regierungsrat, Regierungsrätin) neu ausgebracht,
      bb) der Vermerk „1 Stelle kw zum 31.12.2018“ zu den Planstellen der BesGr A 15 (Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin) und die Vermerke zu den Planstellen der BesGr A 8 (Hauptwerkmeister, Hauptwerkmeisterin) und zu den Planstellen der BesGr A 6 (Verwaltungsbetriebssekretär, Verwaltungsbetriebssekretärin) aufgehoben und
      cc) eine Planstelle der BesGr A 16 (Ministerialrat, Ministerialrätin) und eine Planstelle der BesGr A 15 (Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin) neu ausgebracht und
   c) bei Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)
      aa) der Vermerk zu den Stellen für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen der EGr 5 aufgehoben und
      bb) eine Stelle der EGr 8 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin) und eine Stelle der EGr 5 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin) neu ausgebracht;
2. im Kapitel 05 06 (Landeszentrale für politische Bildungsarbeit)
   a) bei Titel 422 01 (Planmäßige Beamte) drei Planstellen der BesGr A 16 (Ministerialrat, Ministerialrätin) und sechs Planstellen der BesGr A 15 (Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin) und
   b) bei Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) drei Stellen der EGr 8 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin)

   neu ausgebracht;
3. im Kapitel 05 08 (Bayerisches Landesamt für Schule) bei Titel 422 01 (Planmäßige Beamte) eine Planstelle der BesGr A 13 (Regierungsrat, Regierungsrätin) und eine Planstelle der BesGr A 10 (Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin) neu ausgebracht;
4. im Kapitel 05 12 (Öffentliche Grund- und Mittelschulen) bei Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Lehrkräfte)) 55 Planstellen der BesGr A 13 + AZ (Beratungsrektor, Beratungsrektorin) neu ausgebracht;
5. im Kapitel 05 13 (Öffentliche Förderschulen und Schulen für Kranke) bei Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Lehrkräfte)) acht Planstellen der BesGr A 14 (Beratungsrektor, Beratungsrektorin) neu ausgebracht;
6. im Kapitel 05 15 (Staatliche Berufsschulen einschl. angegliederter Berufsfachschulen und Wirtschaftsschulen) bei Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Lehrkräfte)) sieben Planstellen der BesGr A 15 (Studiendirektor, Studiendirektorin) neu ausgebracht;

7. im Kapitel 05 17 (Staatliche Berufsoberschulen und Fachoberschulen) bei Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Lehrkräfte)) drei Planstellen der BesGr A 15 (Studiendirektor, Studiendirektorin) neu ausgebracht;
8. im Kapitel 05 18 (Staatliche Realschulen) bei Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Lehrkräfte)) acht Planstellen der BesGr A 14 (Beratungsrektor, Beratungsrektorin) neu ausgebracht;
9. im Kapitel 05 19 (Staatliche Gymnasien) bei Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Lehrkräfte)) acht Planstellen der BesGr A 15 (Studiendirektor, Studiendirektorin) neu ausgebracht;
10. im Kapitel 05 21 (Sammelansätze für die Schulen (Kap. 05 12 - 05 19))
    a) bei Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Lehrkräfte)) Buchst. d (Masterplan BAYERN DIGITAL II)
        aa) 60 Planstellen der BesGr A 13 - A 12 (Lehrer, Lehrerin) und
        bb) folgender Vermerk Nr. 3 zur BesGr A 13 - A 12 (Lehrer, Lehrerin):
            „3) 60 Planstellen kw zum 01.08.2033.“

        neu ausgebracht,
    b) bei dem neuen Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Lehrkräfte)) Buchst. e (Bildungsoffensive Plus)
        aa) 189 Planstellen der BesGr A 13 - A 12 (Lehrer, Lehrerin) und
        bb) folgende Vermerke zur BesGr A 13 - A 12 (Lehrer, Lehrerin):
            „1) Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus wird ermächtigt, die Stellen in die Kapitel 05 12 bis 05 19 umzusetzen und umzuwandeln.
            2) 189 Planstellen kw zum 01.08.2033.“

        neu ausgebracht,
    c) bei dem neuen Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Lehrkräfte)) Buchst. f (Schule öffnet sich - Schulsozialarbeit)
        aa) 40 Planstellen der BesGr A 13 - A 12 (Lehrer, Lehrerin) und
        bb) folgende Vermerke zur BesGr A 13 - A 12 (Lehrer, Lehrerin):
            „1) Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus wird ermächtigt, die Stellen in die Kapitel 05 12 bis 05 19 umzusetzen und umzuwandeln.
            2) 40 Planstellen kw zum 01.08.2033.“

        neu ausgebracht,
    d) bei dem neuen Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) Buchst. f (Schule öffnet sich - Schulsozialarbeit)
        aa) 60 Planstellen der EGr 10 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin) und
        bb) folgende neue Vermerke zur EGr 10 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin):
            „1) Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus wird ermächtigt, die Stellen in die Kapitel 05 12 bis 05 19 umzusetzen und umzuwandeln.
            2) 60 Planstellen kw zum 01.08.2033.“

        neu ausgebracht,
    e) bei Titel 428 14 (Lehrkräfte und Aushilfslehrkräfte im Arbeitnehmerverhältnis) bei dem Vermerk zu Aushilfslehrkräfte die Angabe „30“ durch die Angabe „50“ ersetzt;
11. im Kapitel 05 32 (Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung Dillingen a.d. Donau)
    a) bei Titel 422 01 (Planmäßige Beamte) drei Planstellen der BesGr A 15 (Studiendirektor, Studiendirektorin) und

b) bei Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) eine Stelle der EGr 15 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin), drei Stellen der EGr 9 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin) und eine Stelle der EGr 6 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin)

neu ausgebracht.

[2]Abweichend von Abs. 2 Satz 1 sind die gemäß Satz 1 Nr. 4 bis 10 und 11 Buchst. a neu ausgebrachten Stellen bis 31. August 2018 gesperrt. [3]Die neuen Stellen gemäß Satz 1 Nr. 4 bis 9 erhalten den Vermerk „kw zum 01.08.2033“.

(38) Im Stellenplan werden im Einzelplan 06 (Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat)

1. im Kapitel 06 01 (Ministerium)
   a) bei Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)
      aa) eine Planstelle der BesGr A 16 (Ministerialrat, Ministerialrätin) und eine Planstelle der BesGr A 15 (Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin) und
      bb) drei Planstellen der BesGr B 3 (Ministerialrat, Ministerialrätin), eine Planstelle der BesGr A 16 (Ministerialrat, Ministerialrätin), eine Planstelle der BesGr A 15 (Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin) und zwei Planstellen der BesGr A 9 + AZ (Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin) und
   b) bei Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)
      aa) eine Stelle der EGr 9 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin) und eine Stelle (Kraftfahrer, Kraftfahrerin) und
      bb) 0,5 Stellen der EGr 9 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin), eine Stelle der EGr 8 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin), drei Stellen (Kraftfahrer, Kraftfahrerin) und eine Stelle (Außertariflicher Arbeitnehmer, Außertarifliche Arbeitnehmerin) und
2. im Kapitel 06 15 (Landesamt für Finanzen) bei Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)
   a) drei Planstellen der BesGr A 7 (Regierungsobersekretär, Regierungsobersekretärin) und
   b) eine Planstelle der BesGr A 15 (Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin), zwei Planstellen der BesGr A 14 (Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin), acht Planstellen der BesGr A 11 (Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau), zwölf Planstellen der BesGr A 10 (Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin), 13 Planstellen der BesGr A 9 (Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin), zwei Planstellen der BesGr A 8 (Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin), fünf Planstellen der BesGr A 7 (Regierungsobersekretär, Regierungsobersekretärin) und vier Planstellen der BesGr A 6 (Regierungssekretär, Regierungssekretärin)

neu ausgebracht.

(39) Im Stellenplan werden im Einzelplan 07 (Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Wirtschaft, Energie und Technologie) im Kapitel 07 01 (Ministerium) bei Titel 422 01 (Planmäßige Beamte) zwei Planstellen der BesGr B 3 (Ministerialrat, Ministerialrätin), sechs Planstellen der BesGr A 15 (Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin), drei Planstellen der BesGr A 14 (Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin) und zwei Planstellen der BesGr A 13 (Regierungsrat, Regierungsrätin) neu ausgebracht.

(40) Im Stellenplan werden im Einzelplan 08 (Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten)

1. im Kapitel 08 30 (Ämter für Ländliche Entwicklung) bei Titel 422 01 (Planmäßige Beamte) fünf Planstellen der BesGr A 14 (Bauoberrat, Bauoberrätin) und
2. im neuen Kapitel 08 35 (Landwirtschaftsverwaltung bei den Regierungen)
   a) bei dem neuen Titel 422 01 (Planmäßige Beamte) sieben Planstellen der BesGr A 16 (Leitender Landwirtschaftsdirektor, Leitende Landwirtschaftsdirektorin), eine Planstelle der BesGr A 14 (Landwirtschaftsoberrat, Landwirtschaftsoberrätin), sieben Planstellen der BesGr A 13 + AZ (Landwirtschaftsrat, Landwirtschaftsrätin), drei Planstellen der BesGr A 13 (Landwirtschaftsrat, Landwirtschaftsrätin), drei Planstellen der BesGr A 12 (Landwirtschaftsamtsrat, Landwirtschaftsamtsrätin) und zwei Planstellen der BesGr A 11 (Landwirtschaftsamtmann, Landwirtschaftsamtfrau) und

b) bei dem neuen Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) sieben Stellen der EGr 6 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin)

neu ausgebracht.

(41) Im Stellenplan werden im Einzelplan 10 (Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales)

1. im Kapitel 10 01 (Ministerium)
   a) bei Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)
      aa) eine Planstelle der BesGr B 6 (Ministerialdirigent, Ministerialdirigentin) und zwei Planstellen der BesGr B 3 (Leitender Ministerialrat, Leitende Ministerialrätin),
      bb) zwei Planstellen der BesGr A 16 (Ministerialrat, Ministerialrätin) und zwei Planstellen der BesGr A 15 (Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin) und
      cc) zwei Planstellen der BesGr A 15 (Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin) und eine Planstelle der BesGr A 13 (Regierungsrat, Regierungsrätin) und
   b) bei Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) zwei Stellen der EGr 8 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin) und zwei Stellen der EGr 6 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin)

   neu ausgebracht;
2. im Kapitel 10 20 (Zentrum Bayern Familie und Soziales)
   a) bei Titel 422 01 (Planmäßige Beamte) zwei Planstellen der BesGr A 13 (Regierungsrat, Regierungsrätin), drei Planstellen der BesGr A 12 (Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin), drei Planstellen der BesGr A 11 (Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau), acht Planstellen der BesGr A 9 + AZ (Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin), 17 Planstellen der BesGr A 9 (Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin), 17 Planstellen der BesGr A 8 (Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin), elf Planstellen der BesGr A 7 (Regierungsobersekretär, Regierungsobersekretärin) und 13 Planstellen der BesGr A 6 (Regierungssekretär, Regierungssekretärin) neu ausgebracht und
   b) bei Titel 428 30 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) der allgemeine Vermerk Nr. 1 wie folgt gefasst:
      „1) Zu Lasten der Ausgabemittel dürfen grundsätzlich Arbeitnehmer mit unbefristeten Arbeitsverträgen beschäftigt werden. Zu Lasten von Ausgabemitteln in Höhe von 1.500 Tsd. € dürfen jedoch nur befristete Arbeitsverträge abgeschlossen werden."

(42) Im Stellenplan werden im Einzelplan 12 (Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz) im Kapitel 12 01 (Ministerium)

1. bei Titel 422 01 (Planmäßige Beamte) eine Planstelle der BesGr B 9 (Ministerialdirektor, Ministerialdirektorin), eine Planstelle der BesGr B 3 (Ministerialrat, Ministerialrätin) und zwei Planstellen der BesGr A 16 (Ministerialrat, Ministerialrätin),
2. bei Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) zwei Stellen der EGr 8 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin) und
3. bei Titel 428 21 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) zwei Stellen (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin)

neu ausgebracht.

(43) Im Stellenplan werden im Einzelplan 13 (Allgemeine Finanzverwaltung) im Kapitel 13 03 (Allgemeine Bewilligungen für den Gesamthaushalt) bei Titel 422 03 (Planmäßige Beamte (Stellenreserve)) 100 Planstellen der BesGr R 9 - R 1, A 16 - A 3 (Richter, Richterin, Beamter, Beamtin (BesGr R 9 - R 1, A 16 - A 3)) neu ausgebracht.

(44) Im Stellenplan werden im Einzelplan 14 (Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege)

1. im Kapitel 14 01 (Ministerium) bei Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)

a) zwei Planstellen der BesGr B 3 (Ministerialrat, Ministerialrätin), zwei Planstellen der BesGr A 15 (Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin), zwei Planstellen der BesGr A 13 (Regierungsrat, Regierungsrätin), eine Planstelle der BesGr A 12 (Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin) und drei Planstellen der BesGr A 11 (Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau) und

b) eine Planstelle der BesGr A 15 (Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin),

2. im neuen Kapitel 14 20 (Bayerisches Landesamt für Pflege) bei dem neuen Titel 422 01 (Planmäßige Beamte) eine Planstelle der BesGr B 3 (Präsident, Präsidentin des Landesamts für Pflege), zwei Planstellen der BesGr A 16 (Leitender Regierungsdirektor, Leitende Regierungsdirektorin), fünf Planstellen der BesGr A 15 (Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin), fünf Planstellen der BesGr A 14 (Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin), sieben Planstellen der BesGr A 13 (Regierungsrat, Regierungsrätin), 13 Planstellen der BesGr A 12 (Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin), elf Planstellen der BesGr A 11 (Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau), zwei Planstellen der BesGr A 10 (Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin), eine Planstelle der BesGr A 9 (Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin), eine Planstelle der BesGr A 8 (Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin), eine Planstelle der BesGr A 7 (Regierungsobersekretär, Regierungsobersekretärin) und eine Planstelle der BesGr A 6 (Regierungssekretär, Regierungssekretärin) und

3. im Kapitel 14 23 (Bayerisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit - Bereich Gesundheit) bei Titel 422 01 (Planmäßige Beamte) eine Planstelle der BesGr A 14 (Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin), eine Planstelle der BesGr A 12 (Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin) und zwei Planstellen der BesGr A 8 (Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin)

neu ausgebracht.

(45) Im Stellenplan werden im Einzelplan 15 (Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst)

1. im Kapitel 15 01 (Ministerium)

a) Nr. 2 des Kapitelvermerks aufgehoben;

b) bei Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)

aa) eine Planstelle der BesGr B 6 (Ministerialdirigent, Ministerialdirigentin), eine Planstelle der BesGr B 3 (Ministerialrat, Ministerialrätin), eine Planstelle der BesGr A 16 (Ministerialrat, Ministerialrätin), sieben Planstellen der BesGr A 15 (Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin), zwei Planstellen der BesGr A 13 (Regierungsrat, Regierungsrätin), eine Planstelle der BesGr A 12 (Amtsrat, Amtsrätin) und eine Planstelle der BesGr A 10 (Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin) neu ausgebracht und

bb) der Vermerk zu den Planstellen der BesGr A 12 (Amtsrat, Amtsrätin) aufgehoben;

c) bei Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) der Vermerk zu den Stellen der EGr 5 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin) aufgehoben;

2. im Kapitel 15 28 (Sammelansätze für die Universitäten)

a) der bisherige Titel 422 31 (Abgeordnete Beamte) zum Titel 422 31 (Abgeordnete Beamte) Buchst. a;

b) bei dem neuen Titel 422 31 (Abgeordnete Beamte) Buchst. b (Ausbau Lehramtsstudienplätze) 65 Stellen für abgeordnete Beamte der BesGr A 16 + AZ - A3 neu ausgebracht.

(46) [1]Die gemäß den Abs. 33 bis 45 neu ausgebrachten Stellen sind, soweit dort nicht etwas anderes bestimmt ist, abweichend von Abs. 2 Satz 1 bis 30. Juni 2018 gesperrt. [2]Die gemäß den Abs. 33 bis 45 vorgenommenen Stellenhebungen und Stellenumwandlungen sind, soweit dort nicht etwas anderes bestimmt ist, zum 1. Juli 2018 wirksam.‘

3. Dem Art. 8 werden die folgenden Abs. 19 und 20 angefügt:

„(19) [1]Das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr wird ermächtigt, für die Kapitalausstattung der staatlichen Wohnungsbaugesellschaft BayernHeim oder die Darlehensgewährung an diese bis zu 500 000 000 € aus Grundstockmitteln unter Beachtung des Art. 81 Satz 2 der Verfassung zu verwenden. [2]Zur Finanzierung können Anteile der E.ON SE veräußert werden.

(20) [1]Nach Art. 63 Abs. 5 BayHO in Verbindung mit Art. 63 Abs. 3 Satz 2 BayHO wird zugelassen, dass bei den staatseigenen Wohnungen und bei den staatlichen Wohnungsbaugesellschaften, das heißt der Stadibau GmbH und der Siedlungswerk Nürnberg GmbH vom 18. April 2018 bis zum 18. April 2023 auf Mieterhöhungen bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete nach § 558 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB), auf Mieterhöhungen nach Modernisierungsmaßnahmen nach § 559 BGB und auf Mieterhöhungen aufgrund vereinbarter Staffelmietverträge und Indexmietverträge verzichtet wird. [2]Zudem soll auf Mieterhöhungen aufgrund von Neuvermietungen bei einem Mieterwechsel verzichtet werden."

§ 2
Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes

Das Bayerische Besoldungsgesetz (BayBesG) vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 764, BayRS 2032-1-1-F), das zuletzt durch § 6 des Gesetzes vom 18. Mai 2018 (GVBl. S. 286) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Art. 57 Abs. 2 wird die Angabe „oder R 2" durch die Angabe „ , R 2 oder R 3" ersetzt.

2. Anlage 1 wird wie folgt geändert:

   a) In der Besoldungsgruppe B 2 wird nach der Zeile „Direktor, Direktorin bei einem Regionalträger der Deutschen Rentenversicherung" die Zeile „Direktor, Direktorin der Bayerischen Grenzpolizei" eingefügt.

   b) Die Besoldungsgruppe B 3 wird wie folgt geändert:

      aa) Nach der Zeile „Präsident, Präsidentin des Landesamts für Datenschutzaufsicht" wird die Zeile „Präsident, Präsidentin des Landesamts für Pflege" eingefügt.

      bb) Nach der Zeile „Vizepräsident, Vizepräsidentin der Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen" wird die Zeile „Vizepräsident, Vizepräsidentin des Landesamts für Asyl und Rückführungen" eingefügt.

   c) In der Besoldungsgruppe B 6 wird nach der Zeile „Präsident, Präsidentin der Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen" die Zeile „Präsident, Präsidentin des Landesamts für Asyl und Rückführungen" eingefügt.

   d) Fußnote 1 zu der Besoldungsgruppe B 9 wird wie folgt geändert:

      aa) In Satz 1 Halbsatz 1 wird das Wort „großen" durch das Wort „den" ersetzt.

      bb) Satz 2 wird aufgehoben.

   e) In der Besoldungsgruppe R 3 wird nach der Zeile „Präsident, Präsidentin des Verwaltungsgerichts[8)]" die Zeile „Richter, Richterin am Bayerischen Obersten Landesgericht" eingefügt.

   f) Die Besoldungsgruppe R 4 wird wie folgt geändert:

      aa) Nach der Zeile „Vizepräsident, Vizepräsidentin des Oberlandesgerichts[4)]" wird die Zeile „Vizepräsident, Vizepräsidentin des Bayerischen Obersten Landesgerichts[6)]" eingefügt.

      bb) Nach der Zeile „Vizepräsident, Vizepräsidentin des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs[4)]" wird die Zeile „Vorsitzender Richter, Vorsitzende Richterin am Bayerischen Obersten Landesgericht" angefügt.

      cc) Es wird folgende Fußnote 6 angefügt:

      „[6)] Erhält eine Amtszulage nach Anlage 4."

   g) Die Besoldungsgruppe R 6 wird wie folgt geändert:

      aa) Der Zeile „Generalstaatsanwalt, Generalstaatsanwältin[1)]" wird die Fußnote „[6)]" angefügt.

      bb) Es wird folgende Fußnote 6 angefügt:

      „[6)] Erhält als Leiter oder Leiterin der Generalstaatsanwaltschaft, die die staatsanwaltlichen Geschäfte beim Bayerischen Obersten Landesgericht wahrnimmt, eine Amtszulage nach Anlage 4."

   h) Die Besoldungsgruppe R 7 wird wie folgt geändert:

aa) Der Zeile „Generalstaatsanwalt, Generalstaatsanwältin[1)]“ wird die Fußnote „[2)]“ angefügt.

bb) Es wird folgende Fußnote 2 angefügt:

„[2)] Erhält als Leiter oder Leiterin der Generalstaatsanwaltschaft, die die staatsanwaltlichen Geschäfte beim Bayerischen Obersten Landesgericht wahrnimmt, eine Amtszulage nach Anlage 4.“

i) In der Besoldungsgruppe R 8 wird nach der Zeile „Präsident, Präsidentin des Oberlandesgerichts[1)]“ die Zeile „Präsident, Präsidentin des Bayerischen Obersten Landesgerichts“ eingefügt.

3. In Anlage 4 werden nach der Besoldungsgruppe R 3 folgende Zeilen eingefügt:

Rechtsgrundlage (BayBesG, Besoldungsordnungen)		Betrag in Euro, Vomhundertsatz
Besoldungsgruppe	**Fußnote**	
„R 4	6	224,48
R 6	6	224,48
R 7	2	224,48“.

4. In Anlage 8 Rechtsgrundlage Art. 57 Abs. 2 wird in Spalte 2 Zeile 2 die Angabe „Besoldungsgruppe R 2“ durch die Wörter „Besoldungsgruppe R 2 oder R 3“ ersetzt.

§ 3
Bayerisches Familiengeldgesetz (BayFamGG)

Art. 1
Zweckbestimmung

[1]In Weiterentwicklung des Bayerischen Landeserziehungsgeldes erhalten Eltern mit dem Bayerischen Familiengeld eine vom gewählten Lebensmodell der Familie unabhängige, gesonderte Anerkennung ihrer Erziehungsleistung. [2]Eltern erhalten zugleich den nötigen Gestaltungsspielraum, frühe Erziehung und Bildung der Kinder einschließlich gesundheitsförderlicher Maßnahmen in der jeweils von ihnen gewählten Form zu ermöglichen, zu fördern und insbesondere auch entsprechend qualitativ zu gestalten. [3]Das Familiengeld dient damit nicht der Existenzsicherung. [4]Es soll auf existenzsichernde Sozialleistungen nicht angerechnet werden.

Art. 2
Berechtigte

(1) [1]Anspruch auf Familiengeld hat, wer

1. seine Hauptwohnung oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Freistaat Bayern hat,
2. mit seinem Kind in einem Haushalt lebt und
3. dieses Kind selbst erzieht.

[2]Das gilt nicht, wenn das Kind seinen gewöhnlichen Aufenthalt in einem Staat hat, der nicht Mitgliedstaat der Europäischen Union oder auf Grund Unionsrechts oder völkerrechtlicher Vereinbarung einem Mitgliedstaat der Europäischen Union gleich zu behandeln ist. [3]Ausgenommen sind ferner ausländische Personen, die im Freistaat Bayern weder Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer oder Selbstständige noch auf Grund des § 2 Abs. 3 des Freizügigkeitsgesetzes/EU freizügigkeitsberechtigt sind, und ihre Familienangehörigen für die ersten drei Monate ihres Aufenthalts.

(2) [1]Anspruch auf Familiengeld hat abweichend von Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 auch, wer

1. mit einem Kind in einem Haushalt lebt, das er mit dem Ziel der Annahme als Kind aufgenommen hat,
2. ein Kind des Ehegatten, der Ehegattin, des Lebenspartners oder der Lebenspartnerin in seinen Haushalt aufgenommen hat oder
3. mit einem Kind in einem Haushalt lebt und die von ihm erklärte Anerkennung der Vaterschaft nach § 1594 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) noch nicht wirksam oder über die von ihm beantragte Vaterschaftsfeststellung nach § 1600d BGB noch nicht entschieden ist.

[2]Für angenommene Kinder und Kinder im Sinne des Satzes 1 Nr. 1 sind die Vorschriften dieses Gesetzes mit der Maßgabe anzuwenden, dass statt des Zeitpunkts der Geburt der Tag der Aufnahme mit dem Ziel der Annahme als Kind bei der berechtigten Person maßgeblich ist.

(3) Können die Eltern wegen einer schweren Krankheit, Schwerbehinderung oder Tod der Eltern ihr Kind nicht erziehen, haben Verwandte bis zum dritten Grad und ihre Ehegatten oder Lebenspartner Anspruch auf Familiengeld, wenn sie die übrigen Voraussetzungen nach Abs. 1 erfüllen und von anderen berechtigten Personen Familiengeld nicht in Anspruch genommen wird.

(4) Wer nicht sorgeberechtigt ist, erhält Familiengeld nur, wenn der Sorgeberechtigte zustimmt.

(5) Eine nicht freizügigkeitsberechtigte ausländische Person ist nur anspruchsberechtigt, wenn sie

1. eine Erlaubnis zum Daueraufenthalt in der Europäischen Union oder eine Niederlassungserlaubnis besitzt,
2. eine Aufenthaltserlaubnis besitzt, die zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit berechtigt oder berechtigt hat, es sei denn, die Aufenthaltserlaubnis wurde
   a) nach § 16 oder § 17 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) erteilt,
   b) nach § 18 Abs. 2 AufenthG erteilt und die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit darf nach der Beschäftigungsverordnung nur für einen bestimmten Höchstzeitraum erteilt werden,
   c) nach § 23 Abs. 1 AufenthG wegen eines Kriegs in ihrem Heimatland oder nach den §§ 23a, 24, 25 Abs. 3 bis 5 AufenthG erteilt oder
   d) nach § 104a AufenthG erteilt oder
3. eine in Nr. 2 Buchst. c genannte Aufenthaltserlaubnis besitzt und sich seit mindestens drei Jahren rechtmäßig, gestattet oder geduldet im Bundesgebiet aufhält.

Art. 3
Höhe, Auszahlung und Bezugszeitraum; Verordnungsermächtigung

(1) [1]Das Familiengeld beträgt für das erste und zweite Kind des Berechtigten jeweils 250 Euro pro Monat, für das dritte und jedes weitere Kind des Berechtigten jeweils 300 Euro pro Monat. [2]Soweit sich im weiteren Verlauf die Einstufung des Kindes zum Nachteil des Berechtigten verändert, ist dies unbeachtlich. [3]Bei Mehrlingen zählt die höchste Rangstufe für alle Mehrlingskinder. [4]Das Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung für Fälle, in denen das Kind seinen gewöhnlichen Aufenthalt in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem Staat hat, der auf Grund Unionsrechts oder völkerrechtlicher Vereinbarung einem Mitgliedstaat der Europäischen Union gleich zu behandeln ist, eine an die Kosten der Lebenshaltung am Ort des gewöhnlichen Aufenthalts angepasste Leistungshöhe zu bestimmen.

(2) Familiengeld wird im Laufe des Lebensmonats gezahlt, für den es bestimmt ist.

(3) Familiengeld kann in der Zeit vom ersten Tag des 13. Lebensmonats bis zur Vollendung des 36. Lebensmonats des Kindes bezogen werden.

(4) Für angenommene Kinder und Kinder im Sinne von Art. 2 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 kann Familiengeld ab dem ersten Tag des 13. Monats der Aufnahme mit dem Ziel der Annahme als Kind bei der berechtigten Person, längstens aber bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes bezogen werden.

(5) [1]Für einen Lebensmonat eines Kindes kann nur ein Berechtigter Familiengeld beziehen. [2]Lebensmonate des Kindes, in denen einem Berechtigten nach Art. 4 anzurechnende Leistungen zustehen, gelten als Monate, für die dieser Berechtigte Familiengeld bezieht.

(6) Der Anspruch endet mit dem Ablauf des Lebensmonats, in dem eine Anspruchsvoraussetzung entfallen ist.

Art. 4
Verhältnis zu anderen Leistungen

[1]Auf das Familiengeld angerechnet werden dem Familiengeld vergleichbare Leistungen, auf die eine nach Art. 2 berechtigte Person außerhalb Bayerns oder gegenüber einer über- oder zwischenstaatlichen Einrichtung Anspruch hat. [2]Solange kein Antrag auf die in Satz 1 genannten vergleichbaren Leistungen gestellt wird, ruht der Anspruch auf Familiengeld bis zur möglichen Höhe der vergleichbaren Leistung.

Art. 5
Zusammentreffen von Ansprüchen

(1) Erfüllen mehrere Personen die Anspruchsvoraussetzungen, so wird das Familiengeld demjenigen gezahlt, den die Sorgeberechtigten zum Berechtigten bestimmen.

(2) Ein Wechsel in der Anspruchsberechtigung wird mit Beginn des folgenden Lebensmonats des Kindes wirksam.

Art. 6
Antragstellung

(1) [1]Familiengeld ist unter Verwendung der bereitgestellten Formulare zu beantragen. [2]Wurde oder wird in Bayern Elterngeld nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) bewilligt, gilt der zugrunde liegende Antrag auch als Antrag auf Familiengeld. [3]Dabei gilt die Person als berechtigt im Sinne des Art. 5 Abs. 1, für die die überwiegenden Monate Elterngeld bewilligt werden.

(2) Das Familiengeld wird rückwirkend nur für die letzten drei Lebensmonate vor Beginn des Lebensmonats geleistet, in dem der Antrag eingegangen ist.

(3) [1]Unbeschadet der Fälle des Abs. 1 Satz 2 kann der Antrag frühestens drei Monate vor dem beabsichtigten Leistungsbeginn gestellt werden. [2]Zuvor gestellte Anträge sind unbeachtlich.

(4) Zur Erleichterung der Antragstellung und zur Überprüfung der Anspruchsberechtigung darf die zuständige Behörde die im Rahmen des Vollzugs des BEEG erhobenen Daten verarbeiten und nutzen.

Art. 7
Verwaltungsverfahren

Soweit dieses Gesetz keine ausdrückliche Regelung trifft, sind bei der Ausführung das Erste Buch Sozialgesetzbuch (SGB I), § 331 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch und das Erste und Zweite Kapitel des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch entsprechend anzuwenden.

Art. 8
Rechtsweg

[1]Über öffentlich-rechtliche Streitigkeiten in Angelegenheiten der Art. 1 bis 7 entscheiden die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit. [2]Widerspruch und Anfechtungsklage haben keine aufschiebende Wirkung.

Art. 9
Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 60 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 oder Satz 2 SGB I eine Angabe nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig macht oder auf Verlangen der zuständigen Behörde der Erteilung der erforderlichen Auskünfte durch Dritte nicht zustimmt,
2. entgegen § 60 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 oder Satz 2 SGB I eine Mitteilung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig macht oder
3. entgegen § 60 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 oder Satz 2 SGB I auf Verlangen der zuständigen Behörde eine Beweisurkunde nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig vorlegt oder ihrer Vorlage nicht zustimmt.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße von bis zu fünftausend Euro geahndet werden.

Art. 9a
Übergangsvorschrift

(1) [1]Dieses Gesetz gilt für ab dem 1. Oktober 2015 geborene Kinder. [2]Familiengeld wird frühestens ab 1. September 2018 gezahlt.

(2) [1]Für den Lebensmonat eines vor dem 1. September 2017 geborenen Kindes, der ab dem 1. September 2018 beginnt, prüft die zuständige Behörde von Amts wegen, ob der berechtigten Person

1. nach diesem Gesetz oder
2. auf Grund eines vor dem 1. September 2018 gestellten Antrags oder einer vor dem 1. September 2018 vorgenommenen Bewilligung nach dem Bayerischen Landeserziehungsgeldgesetz allein oder in Verbindung mit dem Bayerischen Betreuungsgeldgesetz

die höhere Leistung zusteht. [2]Die berechtigte Person erhält ab diesem Lebensmonat die jeweils höhere Leistung. [3]Die Sätze 1 bis 2 gelten für Kinder im Sinne des Art. 2 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 auch dann, wenn die Aufnahme mit dem Ziel der Annahme ab dem 1. September 2017 erfolgt ist. [4]Ab dem Lebensmonat, zu dem der Anspruch nach diesem Gesetz die nach dem Bayerischen Landeserziehungsgeldgesetz allein oder in Verbindung mit dem Bayerischen Betreuungsgeldgesetz zustehenden Leistungen erstmals übersteigt, werden für das jeweilige Kind Leistungen nach diesem Gesetz gewährt. [5]Ein Anspruch nach dem Bayerischen Landeserziehungsgeldgesetz allein oder in Verbindung mit dem Bayerischen Betreuungsgeldgesetz besteht daneben nicht mehr.

(3) Im Übrigen werden Leistungen für Lebensmonate, die bis zum 1. September 2018 beginnen, nach dem Bayerischen Landeserziehungsgeldgesetz oder dem Bayerischen Betreuungsgeldgesetz und Leistungen für Lebensmonate, die ab dem 1. September 2018 beginnen, nach diesem Gesetz gewährt.

(4) [1]Für Entscheidungen auf Grund eines bis zum 31. Juli 2019 gestellten Antrags wird vermutet, dass das Kind seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Inland im Sinne des Art. 2 Abs. 1 Satz 2 hat. [2]Die zuständige Behörde bleibt zur Überprüfung des gewöhnlichen Aufenthalts berechtigt. [3]Für Entscheidungen auf Grund eines vor dem 1. September 2018 gestellten Antrags findet Art. 2 Abs. 1 Satz 3 keine Anwendung.

§ 4
Bayerisches Landespflegegeldgesetz (BayLPflGG)

Art. 1
Zweckbestimmung

[1]Mit dem Landespflegegeld soll das Selbstbestimmungsrecht der pflegebedürftigen Menschen jenseits der Gestaltung ihres Alltags über die Leistungen der sozialen Pflegeversicherung (Elftes Buch Sozialgesetzbuch – SGB XI), über die Leistungen der Sozialhilfe (Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch – SGB XII) und über die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Zweites Buch Sozialgesetzbuch) hinaus gestärkt werden. [2]Das Landespflegegeld dient damit nicht der Deckung des notwendigen pflegerischen Bedarfs, von Teilhabebedarfen oder der Existenzsicherung. [3]Es soll auf Leistungen zur Deckung des pflegerischen Bedarfs und von Teilhabebedarfen sowie auf existenzsichernde Sozialleistungen nicht angerechnet werden.

Art. 2
Berechtigte

(1) [1]Anspruch auf Landespflegegeld für das jeweilige Pflegegeldjahr hat, wer

1. den Vorgaben des Bundesmeldegesetzes (BMG) entsprechend mit seiner alleinigen Wohnung oder Hauptwohnung im Freistaat Bayern gemeldet ist und
2. nachweist, dass er an mindestens einem Tag des Pflegegeldjahres in einem Umfang von mindestens Pflegegrad 2 pflegebedürftig war.

[2]Maßgeblich für die Voraussetzung nach Satz 1 Nr. 1 ist für das erste Jahr des Bezugs der Zeitpunkt der Antragstellung, danach der letzte Tag des jeweiligen Pflegegeldjahres.

(2) Pflegegeldjahr ist der Zeitraum vom 1. Oktober eines Jahres bis zum 30. September des Folgejahres.

(3) Landespflegegeld wird nur gewährt, wenn die Pflegebedürftigkeit nach Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 von der Pflegekasse oder von einem Versicherungsunternehmen, das eine private Pflege-Pflichtversicherung durchführt, nach § 18 SGB XI oder von einem Träger der Sozialhilfe nach § 62 SGB XII festgestellt ist.

(4) [1]Das Landespflegegeld beträgt 1 000 Euro pro Pflegegeldjahr. [2]Es wird auf ein Konto des Antragstellers überwiesen. [3]Der Anspruch auf Landespflegegeld ist nicht abtretbar, nicht pfändbar und nicht vererblich.

Art. 3
Antragstellung

[1]Das Landespflegegeld ist schriftlich bis zum Ablauf von drei Monaten nach Ende des jeweiligen Pflegegeldjahres beim Landesamt für Pflege (Landesamt) zu beantragen. [2]Der Antrag kann bereits vor Ablauf des Pflegegeldjahres gestellt werden. [3]Er wirkt für die folgenden Pflegegeldjahre fort, solange er nicht zurückgenommen wird.

Art. 4
Verfahren

(1) Zuständig für den Vollzug dieses Gesetzes ist das Landesamt.

(2) Soweit dieses Gesetz keine ausdrückliche Regelung trifft, sind bei der Ausführung das Erste Buch Sozialgesetzbuch (SGB I), § 331 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch, § 118 Abs. 3 bis 4a des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch und das Erste und Zweite Kapitel des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch entsprechend anzuwenden.

(3) [1]Zur Überprüfung der Anspruchsberechtigung kann das Landesamt

1. die in § 38 Abs. 1 Nr. 1 bis 9 BMG genannten Merkmale des Antragstellers sowie
2. Familienname, Vorname, Doktorgrad und Anschrift des gesetzlichen Vertreters des Antragstellers

bei den für die Meldedatenverarbeitung zuständigen Stellen automatisiert abrufen. [2]Kann ein Datensatz nicht zugeordnet werden, gleicht das Landesamt diesen mit den für die Meldedatenverarbeitung zuständigen Stellen ab. [3]Das Landesamt löscht die durch die für die Meldedatenverarbeitung zuständigen Stellen übermittelten Daten unverzüglich nach Abschluss der Bearbeitung, spätestens aber sechs Monate nach ihrer Übermittlung.

(4) Für Streitigkeiten in Angelegenheiten dieses Gesetzes ist der Rechtsweg zu den Sozialgerichten gegeben.

Art. 5
Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 60 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 oder Satz 2 SGB I eine Angabe nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig macht oder auf Verlangen des Landesamts der Erteilung der erforderlichen Auskünfte durch Dritte nicht zustimmt,
2. entgegen § 60 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 oder Satz 2 SGB I eine Mitteilung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig macht oder
3. entgegen § 60 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 oder Satz 2 SGB I auf Verlangen des Landesamts eine Beweisurkunde nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig vorlegt oder ihrer Vorlage nicht zustimmt.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße von bis zu fünftausend Euro geahndet werden.

Art. 6
Übergangsregelungen

(1) Landespflegegeld wird erstmals für das Pflegegeldjahr ab dem 1. Oktober 2017 gewährt.

(2) [1]Für den Vollzug dieses Gesetzes leistet das Landesamt für Finanzen Amtshilfe. [2]Dieses hat zur Durchführung der Amtshilfe dieselben Befugnisse zur Verarbeitung personenbezogener Daten wie das Landesamt.

§ 5
Änderung der Zuständigkeitsverordnung

Nach § 63 der Zuständigkeitsverordnung (ZustV) vom 16. Juni 2015 (GVBl. S. 184, BayRS 2015-1-1-V), die zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 12. Juni 2018 (GVBl. S. 387) geändert worden ist, wird folgender § 63a eingefügt:

„§ 63a
Bayerisches Familiengeld

Für den Vollzug des Bayerischen Familiengeldgesetzes ist das Zentrum Bayern Familie und Soziales zuständig."

§ 6
Änderung der Meldedatenverordnung

In § 20 Satzteil vor Nr. 1 der Meldedatenverordnung (MeldDV) vom 15. September 2015 (GVBl. S. 357, BayRS 210-3-2-I), die zuletzt durch § 2 Abs. 5 des Gesetzes vom 15. Mai 2018 (GVBl. S. 260) geändert worden ist, werden nach der Angabe „(BEEG)," die Wörter „dem Bayerischen Familiengeldgesetz (BayFamGG)," eingefügt.

§ 7
Änderung des Bayerischen Landeserziehungsgeldgesetzes

Art. 15 Satz 2 des Bayerischen Landeserziehungsgeldgesetzes (BayLErzGG) vom 9. Juli 2007 (GVBl. S. 442, BayRS 2170-3-A), das zuletzt durch Verordnung vom 22. November 2016 (GVBl. S. 329) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„[2]Dieses Gesetz tritt mit Ablauf des 31. August 2026 außer Kraft."

§ 8
Änderung des Bayerischen Betreuungsgeldgesetzes

Das Bayerische Betreuungsgeldgesetz (BayBtGG) vom 14. Juni 2016 (GVBl. S. 94, BayRS 2170-4-A) wird wie folgt geändert:

1. Art. 8a wird aufgehoben.
2. Art. 10 wird wie folgt geändert:
   a) Der Überschrift wird das Wort „ , Außerkrafttreten" angefügt.
   b) Der Wortlaut wird Abs. 1.
   c) Es wird folgender Abs. 2 angefügt:

      „(2) Dieses Gesetz tritt mit Ablauf des 31. August 2020 außer Kraft."

§ 9
Änderung des Bayerischen Blindengeldgesetzes

In Art. 4 Abs. 2 Satz 2 des Bayerischen Blindengeldgesetzes (BayBlindG) vom 7. April 1995 (GVBl. S. 150, BayRS 2170-6-A), das zuletzt durch § 8 des Gesetzes vom 9. Januar 2018 (GVBl. S. 2) geändert worden ist, wird der Punkt am Ende durch folgenden Halbsatz 2 ersetzt:

„ ; dies gilt nicht für Leistungen nach Art. 2 des Bayerischen Landespflegegeldgesetzes."

§ 10
Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen

Art. 60 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl. S. 414, 632, BayRS 2230-1-1-K), das zuletzt durch § 10 des Gesetzes vom 18. Mai 2018 (GVBl. S. 286) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Der Überschrift werden die Wörter „ , Schulsozialpädagoginnen bzw. -pädagogen" angefügt.
2. Es wird folgender Abs. 3 angefügt:

   „(3) [1]Schulsozialpädagoginnen und Schulsozialpädagogen unterstützen die Erziehungsarbeit der Schule durch gruppenbezogene Prävention und wirken in gruppenbezogener Arbeit an der Werteerziehung und der Persönlichkeitsentwicklung der Schülerinnen und Schüler mit. [2]Art. 59 Abs. 2 gilt entsprechend."

§ 11
Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes

In Art. 2 Abs. 1 Satz 1 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (BaySchFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl. S. 455, 633, BayRS 2230-7-1-K), das zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 21. Februar 2018 (GVBl. S. 42) geändert worden ist, wird nach dem Wort „Lehrkräfte“ das Wort „ , Schulsozialpädagogen“ eingefügt.

§ 12
Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes

Das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG) vom 8. Juli 2005 (GVBl. S. 236, BayRS 2231-1-A), das zuletzt durch § 4 des Gesetzes vom 12. Juli 2017 (GVBl. S. 362) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Art. 18 Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

   „(2) [1]Die Gemeinde hat für Kindertageseinrichtungen, die die Fördervoraussetzungen nach Art. 19 erfüllen, einen Förderanspruch gegenüber dem Staat nach Maßgabe von Art. 21, wenn sie den vollständigen Förderantrag bis zum 30. Juni des auf den Bewilligungszeitraum folgenden Jahres stellt. [2]Stellt die Gemeinde den vollständigen Förderantrag in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember des auf den Bewilligungszeitraum folgenden Jahres, besteht ein Förderanspruch in Höhe von 96 % des Anspruchs nach Satz 1; dies gilt nicht, wenn der so errechnete Förderanspruch 10 000 Euro nicht überschreitet.“

2. Art. 18 Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

   „(2) [1]Die Gemeinde hat für Kindertageseinrichtungen, die die Fördervoraussetzungen nach Art. 19 erfüllen, und für Großtagespflegen, die die Voraussetzungen des Art. 20a erfüllen, einen Förderanspruch gegenüber dem Staat nach Maßgabe von Art. 21, wenn sie den vollständigen Förderantrag bis zum 30. Juni des auf den Bewilligungszeitraum (Art. 26 Abs. 1 Satz 3) folgenden Jahres stellt. [2]Stellt die Gemeinde den vollständigen Förderantrag in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember des auf den Bewilligungszeitraum folgenden Jahres, besteht ein Förderanspruch in Höhe von 96 % des Anspruchs nach Satz 1; dies gilt nicht, wenn der so errechnete Förderanspruch 10 000 Euro nicht überschreitet. [3]Macht die Gemeinde den Anspruch nach Satz 1 Alternative 2 geltend, ist ein Förderanspruch des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe nach Abs. 3 Satz 1 ausgeschlossen.“

3. In Art. 18 Abs. 2 Satz 1 wird die Angabe „Satz 3“ durch die Angabe „Satz 4“ ersetzt.

4. Art. 26a wird wie folgt geändert:

   a) In Abs. 1 wird die Absatzbezeichnung „(1)“ gestrichen.

   b) Abs. 2 wird aufgehoben.

5. In Art. 27 Satz 1 werden die Wörter „des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsgesetz – FAG) in der jeweils geltenden Fassung“ durch die Wörter „des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes“ ersetzt.

§ 13
Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze

Das Gesetz zur Ausführung der Sozialgesetze (AGSG) vom 8. Dezember 2006 (GVBl. S. 942, BayRS 86-7-A/G), das zuletzt durch § 2 des Gesetzes vom 9. Januar 2018 (GVBl. S. 2) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Dem Teil 15 wird folgender Teil 15 vorangestellt:

   „Teil 15
   Errichtung des Bayerischen Landesamts für Pflege

   Art. 117
   Bayerisches Landesamt für Pflege

   (1) [1]Es besteht ein Bayerisches Landesamt für Pflege mit Sitz in Amberg. [2]Es ist dem Staatsministerium für Gesundheit und Pflege nachgeordnet.

   (2) Nach Maßgabe gesonderter Vorschriften erfüllt es zentrale überregionale Fach- und Vollzugsaufgaben, insbesondere aus den Bereichen Pflege sowie Hospiz- und Palliativversorgung.“

2. Der bisherige Teil 15 wird Teil 16.

§ 14
Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2018 in Kraft.

(2) Abweichend von Abs. 1 treten in Kraft:

1. § 12 Nr. 1 mit Wirkung vom 1. August 2005,
2. § 12 Nr. 2 mit Wirkung vom 1. Januar 2013,
3. § 12 Nr. 3 mit Wirkung vom 30. Dezember 2015,
4. die §§ 4, 9 und 13 mit Wirkung vom 1. Mai 2018,
5. die §§ 3, 10, 11 und 12 Nr. 5 am 1. August 2018,
6. § 12 Nr. 4 am 1. September 2020.

Anlage

2. Nachtragshaushaltsplan des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2018

G e s a m t p l a n

Teil I:	Haushaltsübersicht einschließlich Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen
Teil II:	Finanzierungsübersicht
Teil III:	Kreditfinanzierungsplan

Am 21. März 2018 hat der Landtag gemäß Art. 49 der Verfassung die vom Ministerpräsidenten bestimmte Zahl und Abgrenzung der Geschäftsbereiche (Staatsministerien) bestätigt (LT-Drs. 17/21243). Soweit infolge dieser Neugliederung der Geschäftsbereiche Umsetzungen von Haushaltsmitteln und Stellen erforderlich werden, erfolgen diese erst mit dem Doppelhaushalt 2019/2020.

2. Nachtragshaushalt 2018
Gesamtplan

Einzel-plan	B e z e i c h n u n g	**Einnahmen**		
		Bisheriger Betrag 2018 Tsd. €	Es treten hinzu (+), es fallen weg (-) Tsd. €	Neuer Betrag 2018 Tsd. €
1	2	3	4	5
01	Landtag	783,0	-	783,0
02	Ministerpräsident und Staatskanzlei	495,4	-	495,4
03A	Staatsministerium des Innern und für Integration	491.549,5	-	491.549,5
03B	Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr	2.043.525,5	-	2.043.525,5
04	Staatsministerium der Justiz	1.044.079,4	-	1.044.079,4
05	Staatsministerium für Unterricht und Kultus	92.808,1	-	92.808,1
06	Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat	446.988,5	-	446.988,5
07	Staatsministerium für Wirtschaft, Energie und Technologie	177.276,7	-	177.276,7
08	Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	403.211,6	-	403.211,6
10	Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales	1.840.889,7	-	1.840.889,7
11	Bayerischer Oberster Rechnungshof	12,9	-	12,9
12	Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz	125.205,4	-	125.205,4
13	Allgemeine Finanzverwaltung	52.138.030,7	+984.542,4	53.122.573,1
14	Staatsministerium für Gesundheit und Pflege	12.865,7	-	12.865,7
15	Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst	1.876.764,2	-	1.876.764,2
	Summe	60.694.486,3	+984.542,4	61.679.028,7

Teil I: Haushaltsübersicht 2018

Ausgaben			**Überschuss (+), Zuschuss (-)**	**Verpflichtungsermächtigungen**			Einzel-plan
Bisheriger Betrag 2018 Tsd. €	Es treten hinzu (+), es fallen weg (-) Tsd. €	Neuer Betrag 2018 Tsd. €	Tsd. €	Bisheriger Betrag 2018 Tsd. €	Es treten hinzu (+), es fallen weg (-) Tsd. €	Neuer Betrag 2018 Tsd. €	
6	7	8	9	10	11	12	13
133.078,1	-	133.078,1	-132.295,1	8.000,0	-	8.000,0	01
89.756,8	+6.502,9	96.259,7	-95.764,3	1.500,0	+8.300,0	9.800,0	02
4.700.621,1	+38.117,8	4.738.738,9	-4.247.189,4	455.470,2	+77.122,2	532.592,4	03A
3.543.194,7	+283.496,6	3.826.691,3	-1.783.165,8	6.443.041,2	+337.240,0	6.780.281,2	03B
2.390.526,8	+6.268,0	2.396.794,8	-1.352.715,4	239.858,1	-	239.858,1	04
12.598.452,4	+20.698,9	12.619.151,3	-12.526.343,2	415.988,7	+50.000,0	465.988,7	05
2.701.825,1	+1.870,4	2.703.695,5	-2.256.707,0	533.993,7	-	533.993,7	06
1.134.893,9	+15.532,7	1.150.426,6	-973.149,9	732.238,5	-	732.238,5	07
1.477.486,8	+26.225,0	1.503.711,8	-1.100.500,2	299.553,0	-	299.553,0	08
6.347.930,4	+170.641,6	6.518.572,0	-4.677.682,3	488.485,1	-	488.485,1	10
36.402,8	-	36.402,8	-36.389,9	-	-	-	11
922.544,2	+404,3	922.948,5	-797.743,1	183.885,0	-	183.885,0	12
17.635.292,2	+1.682,7	17.636.974,9	+35.485.598,2	757.555,6	+5.950,0	763.505,6	13
164.732,3	+409.628,5	574.360,8	-561.495,1	161.922,0	+15.500,0	177.422,0	14
6.817.748,7	+3.473,0	6.821.221,7	-4.944.457,5	607.478,4	-	607.478,4	15
60.694.486,3	+984.542,4	61.679.028,7	-	11.328.969,5	+494.112,2	11.823.081,7	

2. Nachtragshaushalt 2018
Gesamtplan

Teil II: Finanzierungsübersicht für das Haushaltsjahr 2018	Bisheriger Betrag 2018 Tsd. €	Es treten hinzu (+), es fallen weg (-) Tsd. €	Neuer Betrag 2018 Tsd. €
A. Ermittlung des Finanzierungssaldos			
1. Einnahmen (ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus Überschüssen)	60.187.211,1	-	60.187.211,1
2. Ausgaben (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung eines Fehlbetrags)	60.030.436,3	+984.542,4	61.014.978,7
3. Finanzierungssaldo (Nr. 1 abzüglich Nr. 2)	156.774,8	-984.542,4	-827.767,6
B. Deckung des Finanzierungssaldos			
1. Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt			
1.1 Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt			
1.1.1 im allgemeinen Haushalt	1.823.198,0	-	1.823.198,0
1.1.2 im Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB	-	-	-
1.2 Ausgaben zur Schuldentilgung für Kreditmarktmittel (einschließlich Marktpflege)			
1.2.1 im allgemeinen Haushalt	1.823.198,0	-	1.823.198,0
1.2.2 im Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB	1.500.000,0	-	1.500.000,0
1.3 Nettokreditaufnahme am Kreditmarkt (Nr. 1.1 abzüglich Nr. 1.2)	-1.500.000,0	-	-1.500.000,0
2. Abwicklung der Rechnungsergebnisse aus Vorjahren			
2.1 Einnahmen aus Überschüssen	-	-	-
2.2 Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen	-	-	-
3. Rücklagenbewegung			
3.1 Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken	2.007.275,2	+984.542,4	2.991.817,6
3.2 Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke	664.050,0	-	664.050,0
3.3 Saldo (Nr. 3.1 abzüglich Nr. 3.2)	1.343.225,2	+984.542,4	2.327.767,6
4. Deckung insgesamt (Nr. 1.3 und Nr. 3.3)	-156.774,8	+984.542,4	827.767,6
Teil III: Kreditfinanzierungsplan für das Haushaltsjahr 2018			
1. Kredite am Kreditmarkt			
1.1 Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt			
1.1.1 im allgemeinen Haushalt	1.823.198,0	-	1.823.198,0
1.1.2 im Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB	-	-	-
1.2 Ausgaben zur Schuldentilgung für Kreditmarktmittel (einschließlich Marktpflege)			
1.2.1 im allgemeinen Haushalt	1.823.198,0	-	1.823.198,0
1.2.2 im Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB	1.500.000,0	-	1.500.000,0
1.3 Saldo (Nr. 1.1 abzüglich Nr. 1.2)	-1.500.000,0	-	-1.500.000,0
2. Kredite im öffentlichen Bereich			
2.1 Einnahmen aus zweckbestimmten Krediten von Gebietskörperschaften u. Ä.	150,0	-	150,0
2.2 Ausgaben zur Schuldentilgung bei Gebietskörperschaften u. Ä.	60.000,0	-	60.000,0
2.3 Nettokreditaufnahme (Nr. 2.1 abzüglich Nr. 2.2)	-59.850,0	-	-59.850,0
3. Kreditaufnahmen insgesamt			
3.1 Bruttokreditaufnahme (Nr. 1.1 und Nr. 2.1)	1.823.348,0	-	1.823.348,0
3.2 Ausgaben zur Schuldentilgung (Nr. 1.2 und Nr. 2.2)	3.383.198,0	-	3.383.198,0
3.3 Nettokreditaufnahme (Nr. 1.3 und Nr. 2.3)	-1.559.850,0	-	-1.559.850,0

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet
Abg. Peter Winter
Abg. Harald Güller
Abg. Bernhard Pohl
Abg. Thomas Mütze
Abg. Karl Freller
Abg. Dr. Herbert Kränzlein
Zweite Vizepräsidentin Inge Aures
Abg. Hans Herold
Abg. Herbert Woerlein
Abg. Günther Knoblauch
Staatsminister Albert Füracker

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2017/2018

(2. Nachtragshaushaltsgesetz 2018 - 2. NHG 2018) (Drs. 17/22033)

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsanträge

zum 2. Nachtragshaushaltsplan 2018 (s. a. Anlage 1):

Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drs. 17/22573),

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 17/22401 mit 17/22420),

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 17/22443 mit 17/22551) und

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 17/22559 mit 17/22572)

und

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 17/23034 und 17/23035)

und

Änderungsanträge

zum 2. Nachtragshaushaltsgesetz 2018 (s. a. Anlage 1):

Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Ingrid Heckner u. a. (CSU)

hier: Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (Drs. 17/22574),

Änderungsanträge der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Dr. Paul Wengert u. a. (SPD)
hier: Neue Stellen für die Zentralen Ausländerbehörden bei den Regierungen;
kein Landesamt für Asyl und Rückführungen;
keine Errichtung der Bayerischen Grenzpolizei;
neue Stellen für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen bei der Landespolizei und neue Stellen für die mobile Reserve der Bereitschaftspolizei;
20 neue Planstellen für Sozialpädagoginnen, Sozialpädagogen für die Justizvollzugsanstalten (Drs. 17/22575),
hier: Änderung der Bayerischen Haushaltsordnung (Drs. 17/22576),
hier: Änderung der Landkreisordnung (Drs. 17/22577) und
Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (Drs. 17/22578)

und

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 17/23036 und 17/23037)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Joachim Unterländer, Tobias Reiß u. a. und Fraktion (CSU)
hier: Änderung des Bayerischen Landespflegegeldgesetzes (Drs. 17/23219)

Die Drucksachen wurden für Sie aufgelegt. – Bevor ich die gemeinsame Aussprache eröffne, gebe ich bekannt, dass bislang vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Änderungsantrag betreffend die Personalausstattung der unteren Naturschutzbehörden auf Drucksache 17/22560 Einzelabstimmung in namentlicher Form beantragt wurde. – Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt entsprechend der Vereinbarung im Ältestenrat 144 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich

an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Als ersten Redner rufe ich den Kollegen Peter Winter von der CSU auf. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Peter Winter (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich freue mich, dass wir nach einer sehr arbeitsintensiven Woche der Beratungen im Haushaltsausschuss heute den 2. Nachtragshaushalt 2018 beschließen können. Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich bei allen Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss bedanken. In zwei stressigen Sitzungen mit fast zehn Stunden Sitzungszeit haben wir in der Sache oft streitig, aber stets konstruktiv zusammengearbeitet.

Mein Dank gilt unserem Finanzminister Albert Füracker, seinem Staatssekretär und den weiteren Kabinettsmitgliedern für ihre aktive Präsenz bei den Beratungen, vor allem aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ausschussbüros. Den Fraktionen sowie den Ministerien danke ich für die gute Vorbereitung der Sitzung.

All diese Beratungen wären nicht möglich, gäbe es nicht die braven Steuerzahler in Bayern, die die Voraussetzungen schaffen, damit wir dank ihrer Hände Arbeit heute den zweiten Nachtrag verabschieden können.

Wir haben neben dem 2. Nachtragshaushaltsgesetz 13 Einzelpläne beraten. Dabei musste der Ausschuss insgesamt 149 Änderungsanträge und eine Tischvorlage bearbeiten. Ich möchte mich an dieser Stelle nochmals ausdrücklich vor allem bei den Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den GRÜNEN bedanken, die sich mit der Zahl ihrer Änderungsanträge auch angesichts des engen Zeitfensters bewusst zurückgehalten haben.

Es tut mir leid, die FREIEN WÄHLER haben das anders gesehen. Sie haben die Änderungsanträge zum 1. Nachtragshaushalt 2018 kopiert und dann zum zweiten Nachtrag erneut gestellt. Dabei hat man sich wirklich nicht allzu viel Mühe gemacht, wie zum Beispiel der erneute Änderungsantrag zur Erhöhung der Vereinspauschale beweist. So wird mit dem Änderungsantrag auf Drucksache 17/22445 von der irrigen Annahme ausgegangen, dass eine Erhöhung des Ansatzes für das Jahr 2018 nicht er-

folgt sei. Eine Erhöhung dieses Ansatzes um 800.000 Euro erfolgte aber bereits aufgrund einer Initiative der CSU-Fraktion zum ersten Nachtrag. Damit ist zum Beispiel dieses Anliegen längst erledigt; ihm ist Rechnung getragen worden.

Wie sieht es sonst mit der Politik der FREIEN WÄHLER aus? – Nach der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge lautet ihr nächstes Freibier-Projekt: kostenfreie Kitas für alle – so eine Pressemitteilung der FREIEN WÄHLER vom 25. Juni 2018. Dabei ist mit "kostenfrei" natürlich beitragsfrei gemeint. Die Kosten soll der Freistaat Bayern übernehmen, obwohl Kinderbetreuung eine originäre Aufgabe der Kommunen ist, wobei wir sie vorbildhaft mit unseren Staatsleistungen unterstützen. Das Muster bei den FREIEN WÄHLERN ist also immer dasselbe: Die populäre Abschaffung von Gebühren oder Beiträgen.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER))

– Irgendwann werden sie noch die Abschaffung der Steuern fordern und dann feststellen, dass wir ein grundlegendes Problem mit der Finanzierung haben.

Der Fraktionsvorsitzende der FREIEN WÄHLER, Kollege Hubert Aiwanger, hat Ende Juni per Pressemitteilung erklärt: Bayern braucht eine seriöse Politik. Die FREIEN WÄHLER kritisieren darin den 2. Nachtragshaushalt als Wahlkampfhaushalt. Aber wie sieht "seriös" bei den FREIEN WÄHLERN aus? – Sie erheben Mehrforderungen zum Doppelhaushalt 2015/16 von insgesamt deutlich über 3 Milliarden Euro, Mehrforderungen zum Nachtragshaushalt 2016 von knapp 2 Milliarden Euro für ein Haushaltsjahr, Mehrforderungen zum Doppelhaushalt 2017/18 mit insgesamt rund 3,2 Milliarden Euro, Mehrforderungen zum 1. Nachtragshaushalt 2018 von knapp 2 Milliarden Euro wiederum für ein Haushaltsjahr, Mehrforderungen zum 2. Nachtragshaushalt 2018 von rund 1,15 Milliarden Euro, wiederum für ein Haushaltsjahr, und dies alles ohne jegliche Gegenfinanzierung. So sieht seriöse Finanzpolitik bei den FREIEN WÄHLERN aus.

Wie wichtig den FREIEN WÄHLERN der zweite Nachtrag ist, sieht man auch daran, dass sie bei der Beratung mancher ihrer eigenen Änderungsanträge im Haushaltsausschuss nicht einmal anwesend waren.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

So findet sich im Protokoll der Sitzung des Haushaltsausschusses vom 12. Juni 2018 bei der Abstimmung über die Änderungsanträge der FREIEN WÄHLER zum Einzelplan 04 der folgende Beschluss: "Ablehnung mit den Stimmen der CSU bei Stimmenthaltung der SPD und der GRÜNEN und Abwesenheit der FREIEN WÄHLER." – Wir brauchen daher von den FREIEN WÄHLERN in keiner Weise irgendwelche Belehrungen über seriöse Politik.

(Beifall bei der CSU und der SPD)

Hätten wir den Änderungsanträgen der FREIEN WÄHLER zum jeweiligen Haushalt allein seit 2015 jeweils zugestimmt, dann wäre nur eines sicher: Wir hätten dann in Bayern keine Haushaltsrücklage mehr. Wir bräuchten über einen zweiten Nachtrag tatsächlich nicht zu debattieren. Wir wären nicht in der Lage, wichtige Maßnahmen aus der Regierungserklärung unseres Ministerpräsidenten Markus Söder noch in diesem Jahr umzusetzen.

Wir reagieren mit dem 2. Nachtragshaushalt 2018 auf die großen aktuellen Herausforderungen im Pflegebereich und in der Wohnraumförderung. Wir verbessern daneben auch die Förderung von Familien mit kleinen Kindern.

Ich möchte jetzt noch kurz auf einige ausgewählte Schwerpunkte des 2. Nachtragshaushalts eingehen.

Mit dem neuen Bayerischen Landespflegegeld helfen wir pflegebedürftigen Menschen in Bayern. Wir wollen damit die Lebensgestaltung von Pflegebedürftigen erleichtern. Wir versetzen Pflegebedürftige damit in die Lage, Angehörigen oder anderen Unterstützenden eine materielle Anerkennung zukommen zu lassen. Das Landespflegegeld

beträgt jährlich 1.000 Euro pro anspruchsberechtigter Person. Der 2. Nachtragshaushalt enthält die erforderlichen Mittel in Höhe von 400 Millionen Euro für die Auszahlung des Pflegegeldes in diesem Jahr. Wir stärken mit dem Landespflegegeld das Selbstbestimmungsrecht von Pflegebedürftigen.

Wir gründen ein neues Landesamt für Pflege zur besseren Koordinierung der bayerischen Pflegepolitik. Der zweite Nachtrag sieht dafür 60 neue Stellen vor, insbesondere für die Errichtung in der Startphase. Das neue Landesamt für Pflege hat die Aufgabe, die pflegebedürftigen Menschen sowie die Pflegenden in ganz Bayern zu unterstützen. Das gilt gerade auch für die Begleitung schwerstkranker und sterbender Menschen sowie ihrer Familien. Wir bündeln im Landesamt die Aufgaben aus dem Pflegebereich sowie der Hospiz- und Palliativversorgung in einer Behörde. Wir können so die großen Herausforderungen im Pflegebereich noch konzentrierter angehen.

Wir führen das Bayerische Familiengeld als neue landesgesetzliche Leistung ein. Das Familiengeld bündelt und verbessert die bisher bestehenden familienpolitischen Leistungen auf Landesebene. Mit dem Familiengeld profitieren alle Eltern von Kleinkindern unabhängig von der Betreuungsform und vom Einkommen von einer einheitlichen Landesleistung. Das Familiengeld beträgt für das erste und zweite Kind jeweils 250 Euro pro Monat und für das dritte und jedes weitere Kind 300 Euro pro Monat. Im zweiten Nachtrag sind für das Familiengeld zusätzliche Mittel in Höhe von rund 153 Millionen Euro veranschlagt. Dem Gesamtbetrag von 260 Millionen Euro stehen Einsparungen von 107 Millionen Euro beim Betreuungs- und Landeserziehungsgeld gegenüber. Wir gehen beim Familiengeld von den unterschiedlichen Lebensentwürfen von Familien in Bayern aus. Eltern sollen das Familiengeld daher für die jeweils von ihnen gewünschte Form der Kinderförderung einsetzen können; denn es gibt nicht nur ein einziges Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsmodell für jedes Kind. *Das* verstehen wir unter echter Wahlfreiheit.

(Beifall bei der CSU)

Der Wohnungsbau ist zweifellos eine der großen Aufgaben der nächsten Jahre. Wir wissen ihn bei unserer Ministerin Ilse Aigner und ihrem Staatssekretär in guten Händen. Der Wohnungsbau ist übrigens ein Thema, das nicht nur Bayern betrifft. Es kann und darf nicht die Zukunftsperspektive sein, dass Immobilienpreise weiter in die Höhe schießen und Wohnungen für Familien oder ältere Menschen kaum mehr erschwinglich sind. Es ist deshalb gut und richtig, dass wir an dieser Stelle noch zulegen.

Mit der Bayerischen Eigenheimzulage und dem Bayerischen Baukindergeld wollen wir gerade Familien bei der Verwirklichung des Traums von den eigenen vier Wänden unterstützen. Die Bayerische Eigenheimzulage sieht als Grundförderung einen einmaligen Festbetrag in Höhe von 10.000 Euro vor. Mit dem Bayerischen Baukindergeld wollen wir das neue Baukindergeld des Bundes jährlich um 300 Euro pro Kind erhöhen, weil Bauen vielerorts in Bayern schwierig und teuer ist.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Fehlanreiz!)

Mit dem Baukindergeld des Bundes ergibt sich eine jährliche Gesamtförderung von 1.500 Euro pro Kind. Das macht in zehn Jahren 15.000 Euro pro Kind. Für dieses Jahr sind für die Eigenheimzulage im zweiten Nachtrag 150 Millionen Euro und für das Bayerische Baukindergeld 37,5 Millionen Euro vorgesehen.

Wir bauen daneben auch die staatliche Wohnraumförderung ganz massiv aus. Wir erhöhen aus Landesmitteln den Bewilligungsrahmen in der Wohnraumförderung um 200 Millionen Euro. Allein im Jahr 2018 ergibt sich damit in der Wohnraumförderung ein Bewilligungsrahmen von insgesamt rund 886 Millionen Euro. Das sind über 43 % mehr als noch im Jahr 2017. Die staatliche Wohnraumförderung ist unser erfolgreichstes Instrument, um gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft sozialen Wohnraum zu schaffen.

Wir werden unser Engagement mit der Gründung des staatlichen Wohnungsbauunternehmens BayernHeim weiter ausbauen. Für diese neue staatliche Wohnungsbaugesellschaft sind als Startkapital Grundstockmittel in Höhe von bis zu 500 Millionen Euro

vorgesehen. Die dafür erforderliche gesetzliche Ermächtigung für die entsprechende Zuführung wird mit dem 2. Nachtragshaushaltsgesetz 2018 geschaffen. Die Bayern-Heim soll vor allem Wohnraum für untere und mittlere Einkommensgruppen bereitstellen. Ziel sind 10.000 neue Wohnungen bis 2025. Wir tragen damit zu einer spürbaren Entlastung des angespannten Wohnungsmarktes in Bayern bei.

Wir unterstützen unsere Maßnahmen für mehr Wohnraum in Bayern organisatorisch durch die Gründung des neuen Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr. Im zweiten Nachtrag sind für den Auf- und Ausbau des Bauministeriums sowie zur Stärkung der Bauverwaltung insgesamt 250 neue Stellen vorgesehen. Wir können durch die Bündelung der Aufgaben und durch die personelle Verstärkung der Bauverwaltung die großen Herausforderungen im Bereich Wohnen zügig und effektiv angehen.

Der 2. Nachtragshaushalt 2018 hat eine sehr ausgewogene Schwerpunktsetzung für unsere bayerische Bevölkerung. Wir geben damit die richtigen Antworten auf die aktuellen Fragen in den Bereichen Wohnen, Pflege und Familie im Freistaat Bayern. Der 2. Nachtragshaushalt 2018 ist es daher wert, hier und heute mit großer Mehrheit beschlossen zu werden. Das wäre mein Wunsch und meine Bitte.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Güller von der SPD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Harald Güller (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, Herr Finanzminister! Gerne hätte ich natürlich auch den Ministerpräsidenten begrüßt, aber ich glaube, er hat das Interesse an seinem Nachtragshaushalt schon wieder verloren.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN – Tobias Reiß (CSU): Ein Irrglaube!)

Ich danke an dieser Stelle wie Herr Kollege Winter ganz ausdrücklich den von ihm genannten Personen, weil das Arbeitsklima bis zum heutigen Tage mit den Ausnahmen, die auch Herr Kollege Winter genannt hat und denen ich mich in Richtung der FREIEN WÄHLER ausdrücklich anschließe, gut war. Ich bedanke mich auch bei Herrn Kollegen Winter für die gute gemeinsame Führung der Sitzungen und für seine Vorgaben, wobei jeder, so glaube ich, fair behandelt wurde und tatsächlich zu Wort gekommen ist, auch wenn die Ergebnisse mehrheitlich nicht immer gut waren.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

Jetzt zum Thema des 2. Nachtragshaushalts. Was liegt denn vor uns? – Vor uns liegt ein Sammelsurium zur Entscheidung, ob wir es annehmen wollen. Ein Sammelsurium erstens aus Dingen, die schon längst hätten gemacht werden müssen, ein Sammelsurium zweitens aus politischem Versorgungswesen für CSU-Abgeordnete, die sonst enttäuscht gewesen wären, drittens finden wir Dinge, die rein dem Wahlkampf und der panischen Angst vor Machtverlust geschuldet sind, die aber keine echte Lösung der Probleme, die es gibt, darstellen, und viertens findet sich die Rubrik "pure Effekthascherei".

(Beifall bei der SPD)

Kommen wir zu den Dingen, die schon lange hätten gemacht werden müssen. Man kann auch von den Versäumnissen Seehofers, Stoibers und vor allem des ehemaligen Finanzministers Söder sprechen. Sicherheit: Was wird angekündigt? – Der Aufbau zusätzlicher Stellen bei der Grenzpolizei,

(Tobias Reiß (CSU): Sehr gut!)

bei der allgemeinen Polizei und dann zusätzliche 200 Polizeipferde mit Ställen und Personal und Polizistinnen und Polizisten, die auf diesen Pferden reiten, die aber an anderer Stelle – auch das darf man nicht verschweigen – der normalen Polizeiarbeit fehlen werden. Das ist Ihre Antwort auf Sicherheitsdefizite,

(Beifall bei der SPD)

das ist Ihre Antwort auf über 2,1 Millionen Überstunden bei der bayerischen Polizei, das ist Ihre Antwort darauf, dass in den meisten Polizeiinspektionen 10 % der Stellen, die dort sein sollten, nicht zur Verfügung stehen. Dort sollten die Polizistinnen und Polizisten ihre Arbeit leisten. Was Sie hier betreiben, ist für uns nichts anderes als eine Placebopolitik.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU)

– Einfach einmal zuhören, nachdenken und demutsvoll zugeben, dass Sie unseren Anträgen in den letzten Jahren besser zugestimmt hätten! Dann hätten Sie nämlich den 2. Nachtragshaushalt gar nicht gebraucht; denn dann hätten Sie schon lange mehr Ausbildungsstellen für Polizistinnen und Polizisten.

(Beifall bei der SPD)

Sie hätten dann heute nicht diesen Mangel an Polizistinnen und Polizisten.

(Tobias Reiß (CSU): Wir haben 1.700 Anwärter!)

Sie brauchten dann heute keine Grenzpolizei aus anderen Bereichen umzuressortieren, sondern Sie hätten genügend Personal zur Verfügung, wenn Sie den Anträgen der SPD gefolgt wären.

(Beifall bei der SPD)

Aber nein, aus purer Arroganz erst unsere Anträge ablehnen und jetzt dazwischenschreien! Super, eine super Aktion, Kolleginnen und Kollegen der CSU.

Kommen wir zum Bereich Wohnen. Auch hier hätte man schon längst handeln müssen. Wir als SPD haben Anträge vorgelegt, den gesamten Wohnungsbau zu bündeln, eine eigene Wohnungsbaugesellschaft des Freistaates Bayern zu bilden und die Immobilien Bayern dort mit hineinzunehmen, unsere Anteile, die wir jetzt an Stadibau

und Siedlungswerk Nürnberg haben, einzubringen und so einen machtvollen Gesamtaufschlag für ganz Bayern zu haben. Was Sie stattdessen vorschlagen, ist halbherzig: Sie wollen 10.000 Wohnungen in sieben Jahren. Das sind knapp 1.430 Wohnungen pro Jahr für ganz Bayern bei einer Bevölkerung von fast 13 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern. Das geht besser.

(Beifall bei der SPD)

Da können Sie den heute vorliegenden Anträgen der SPD, zum Beispiel zur Änderung der Grundstückverkehrsrichtlinien des Freistaats und damit einer vergünstigten Abgabe oder auch einem Erbbaurecht für Kommunen, für Landkreise und für deren gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften, zustimmen. Dann machen Sie mehr, als Sie in Ihrem Vorschlag stehen haben.

(Beifall bei der SPD)

Nicht ganz vergessen darf man die Situation der letzten Jahre. Ich weiß, Sie werden das Wort GBW nicht mehr hören wollen. Sie müssen es aber hören. Sie kündigen jetzt groß 10.000 neue Wohnungen in sieben Jahren an, haben aber 33.000 Wohnungen, in denen 85.000 Mieterinnen und Mieter wohnten, vorher verscherbelt. Das ist keine ehrliche Politik.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Es ist auch nicht ehrlich, jetzt mit großem Getöse einen Teil der Kürzungen der Wohnraumförderung, die Sie in den vergangenen Doppelhaushalten und im Nachtragshaushalt vorgenommen haben, mit einem nachgeschobenen Antrag zurückzunehmen und ein paar Millionen Euro mehr zu geben. Zuerst kürzen, dann die Hälfte der Kürzung wieder bewilligen und sich dann noch feiern lassen – diese Art von Politik haben die bayerischen Bürgerinnen und Bürger nicht verdient. Sie haben es verdient, dass der Freistaat konsequent mehr Mittel für die Wohnraumförderung ausgibt; sie haben es

verdient, dass Sie unseren Anträgen zum Doppelhaushalt, zum ersten Nachtragshaushalt und auch zu diesem Haushalt zustimmen.

Natascha Kohnen, unsere Spitzenkandidatin für den Landtag, hat richtigerweise gesagt: Wir brauchen eine echte bayerische Wohnungsbauinitiative, eine Wohnungsbauinitiative, in der es darum geht, dass der Staat Wohnraum schafft.

(Beifall bei der SPD – Ingrid Heckner (CSU): Wo ist sie denn?)

Es geht unter anderem darum, Staatsbedienstetenwohnungen kostengünstig anzubieten oder auch Raum und Fläche zu mobilisieren und zur Verfügung zu stellen, und zwar flächenschonend.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Heckner (CSU))

– Frau Kollegin Heckner, wir waren uns einmal einig, dass wir Initiativen ergreifen, flächenschonend zu bauen. Schauen wir uns einmal an, was Sie in unserem Haushalt vorschlagen: Nothing, was uns in den nächsten Jahren wirklich helfen wird. Wir als SPD haben hier Anträge gestellt. Auch diese haben Sie abgelehnt.

Ich komme zur Bildung. Die Forderung nach 50.000 digitalen Klassenzimmern ist nicht falsch, aber vielleicht wäre es zunächst einmal sinnvoll, dass wir für diese 50.000 digitalen Klassenzimmer genügend Lehrerinnen und Lehrer haben, die überhaupt in diesen Zimmern stehen und Ausbildung betreiben,

(Beifall bei der SPD)

dass wir genügend Personal in den Schulleitungen haben und dass wir Sekretariate so ausstatten, dass die Schulleitungen entsprechend entlastet werden. Dann wäre diese Initiative ernst zu nehmen. Es wäre auch schön, wenn wir für diese 50.000 digitalen Klassenzimmer, die Sie fordern, zunächst einmal Gebäude hätten, die in einem ordentlichen Zustand sind, die saniert sind und die energetisch auf dem neuesten Stand sind.

(Zurufe von der CSU)

Da müssen wir in vielen Regionen Bayerns mehr machen. Sie müssen die Kommunen und die Landkreise stärker unterstützen als bisher. Wir brauchen zusätzliche Investitionsförderprogramme für die Schulen in Bayern.

(Beifall bei der SPD – Tobias Reiß (CSU): Roter OB in München!)

– Ich denke jetzt an die Stadt Augsburg. Ich wüsste nicht, dass dort ein roter OB wäre. Ich kenne in Augsburg eine ganze Reihe von Schulen, bei denen man sich schämt, wenn man hineingeht. Das hat nichts mit dem Parteibuch zu tun, sondern das hat etwas damit zu tun, wie wenig Sie die Kommunen in Bayern in dieser Hinsicht unterstützen und wie Sie diese hängenlassen. Somit hat es doch wieder etwas mit dem Parteibuch zu tun, nämlich mit dem schwarzen Parteibuch der CSU-Abgeordneten hier im Bayerischen Landtag.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

ÖPNV und SPNV: Was ist nicht alles angekündigt worden. Markus Rinderspacher hat es in der Ersten Lesung gesagt: Tausende von neuen Bussen, Ausbau des Schienenverkehrs, Elektroantriebe, Unterstützung des Gasantriebes. Und was finden wir im Haushalt? – Praktisch nichts davon. Sie stellen sich den Themen "Erneuerung der Infrastruktur" und "Bereitstellung von genügend öffentlichem Personennahverkehr und Schienenpersonennahverkehr" in diesem Haushalt nicht.

(Tobias Reiß (CSU): 2 Milliarden Euro im Kabinett!)

Sie stellen sich dem Thema "Anreize durch günstige Tickets", zum Beispiel für Schüler, Azubis und Studierende, und dem Thema "Anreize für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zum Wechsel auf den ÖPNV beim täglichen Weg zur Arbeit" sowie dem Thema "Erhaltung der Mobilität für ältere Menschen", zum Beispiel wenn sie nicht mehr Auto fahren können oder wollen, in diesem Nachtragshaushalt wiederum nicht. Kolleginnen und Kollegen, dies ist ein schweres Versäumnis.

(Beifall bei der SPD)

Die zweite Rubrik des Sammelsuriums betrifft das politische Versorgungswesen. Was tue ich mit sonst enttäuschten CSU-Landtagsabgeordneten, denen Herr Dr. Söder vielleicht doch ein bisschen mehr versprochen hat, als er angesichts eines in der Bayerischen Verfassung festgeschriebenen achtzehnköpfigen Kabinetts leisten kann? Was machen wir da? – Da schaffen wir einfach mal ein paar Beauftragte. Wir haben in Bayern zwar ein gutes Petitionswesen, aber wir schaffen einen Bürgerbeauftragten. Wir haben ein Finanzministerium und einen Bayerischen Landtag, der für die Beteiligungen des Freistaats zuständig ist. Er trägt für die Kontrolle und die weitere Entwicklung der staatlichen Beteiligungen die Verantwortung. Aber nein, weil der Kollege nicht entsprechend versorgt wurde, müssen wir noch einen Beauftragten für die Beteiligungen des Freistaats Bayern schaffen.

Der Spaß für die fünf neuen Beauftragten kostet allein 108.000 Euro an Entschädigungen, weil diese Tätigkeit ja so ehrenamtlich ist. Daneben fallen 420.000 Euro Sachkosten, 1,5 Millionen Euro Personalkosten und 140.000 Euro für neue Dienstfahrzeuge an. Außerdem werden schnell noch 25 Räume in der Staatsverwaltung belegt, also ein mittleres Verwaltungsgebäude. Das ist Ihnen aber wurscht. Hauptsache, Sie können Ihre Machtverschiebungen in der CSU so handhaben, wie Sie das wollen.

Kolleginnen und Kollegen, das ist eines Landtags und der Bayerischen Verfassung, die diese Masse an Beauftragten so nicht vorsieht, sondern vielmehr eine feine Ausgewogenheit zwischen Legislative und Exekutive, nicht würdig. Deshalb lehnen wir diese neuen Beauftragten, insbesondere den Bürgerbeauftragten und den Beteiligungsbeauftragten, ab. Wir haben Anträge zur Streichung dieser Beauftragten gestellt.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum dritten Punkt. Hier geht es um Themen, die rein dem Wahlkampf und Ihrer panischen Angst vor dem Machtverlust geschuldet

sind. Sie bieten mit dem Landespflegegeld, mit dem Bayerischen Familiengeldgesetz und dem Baukindergeld Lösungen nach dem immer gleichen Motto an: Der einfachste Weg ist es, einen Wahlkampfgeldregen mit der Gießkanne über die Bevölkerung auszuschütten. Dann braucht man sich nämlich nicht die Mühe zu machen, etwas zu einzelnen Punkten zu sagen. Man muss kein klares Konzept vorlegen, wie die tatsächlich bestehenden Probleme gelöst werden können. Man muss sich später natürlich auch nicht daran messen lassen, ob man diese Konzepte umgesetzt hat. Man muss nur Geld auszahlen, den Rest regelt schon irgendwie der Markt.

Nein, das regelt nicht irgendwie der Markt. 1.000 Euro Landespflegegeld sind gut und schön. Die Probleme in der Pflege werden mit diesem Geld allein aber nicht gelöst. Natürlich gibt es Menschen, die sich eine zusätzliche Pflegeleistung nicht einkaufen könnten, wenn sie nicht diese 1.000 Euro zusätzlich hätten. Meistens geht es jedoch darum, dass die Pflegeleistung überhaupt nicht in der benötigten Qualität und Menge vorhanden ist. Hier müssen wir etwas tun, zum Beispiel die Pflegeleistungen ausbauen, und wir müssen beim Kostenersatzsystem etwas tun.

Ich sage es Ihnen aus eigener Erfahrung: Es ist kein Problem, eine Physio verschrieben zu bekommen, sondern das Problem besteht darin, einen Physiotherapeuten zu bekommen, der für die Eltern Zeit hat und vielleicht sogar die Zeit findet, zu den Eltern ins Haus zu kommen, wenn diese bewegungseingeschränkt sind. Da helfen 1.000 Euro Pflegegeld nicht. Wir brauchen Konzepte, wie sie die SPD mit mehreren Antragspaketen in dieser Legislaturperiode schon vorgelegt hat.

(Beifall bei der SPD)

Das Einkommen ist für die Menschen, die in der Pflege tätig sind, sehr wichtig. Wichtig sind aber auch die Arbeitsbedingungen. Wie kriegen wir es hin, dass die Arbeit nicht zu schwer ist? Wie kriegen wir es hin, dass nicht zu viele Überstunden anfallen? Wie kriegen wir es hin, dass diese Leute einen geregelten Feierabend haben und nicht permanent Dienste am Wochenende schieben müssen? Das sind die Fragen, denen

Sie sich mit diesem Haushalt hätten stellen müssen. Sie geben jedoch mit der Gießkanne Geld aus, um noch ein paar Stimmen für die Wahl einzufangen.

(Beifall bei der SPD)

Nun zum Bayerischen Familiengeld. Ja, auch das ist okay. Die Fragen, die sich jedoch stellen, lauten: Haben wir genügend Kita-Plätze? Weisen diese Kita-Plätze die notwendige Qualität auf? Steht für diese Kita-Plätze genügend Personal zur Verfügung? Diese Fragen lösen Sie mit dem Bayerischen Familiengeldgesetz nicht. Wir wollen für die Kitas in Bayern eine Qualitätsoffensive. Wir wollen mehr Personal, eine bessere Ausstattung und vor allem eine Betreuung auch an Tagesrandzeiten. Das sind die Forderungen der SPD. Diese Forderungen haben Sie bei den Haushaltsberatungen wiederum abgelehnt, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU.

(Beifall bei der SPD)

Damit komme ich zum Thema Baukindergeld. Ja, auch das kann man machen. Sie verteilen hier mit der Gießkanne ein paar Tausend Euro. Die meisten Familien stehen aber nicht nur vor dem Problem, wie sie den Bau finanzieren, sondern auch vor dem Problem, wie sie überhaupt eine Baufläche bekommen. Sie stehen vor dem Problem, wo sie eine Wohnung kaufen können. Kolleginnen und Kollegen, dazu habe ich für die SPD bereits beim Thema Wohnungsbau einiges gesagt.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen damit zur vierten Rubrik: die pure Effekthascherei. Das Bayerische Oberste Landesgericht wurde von Herrn Stoiber sehr kurzfristig abgeschafft. Jetzt wird es kurzfristig, ohne längere Planung, wieder eingeführt.

(Karl Freller (CSU): Dem habt ihr doch zugestimmt!)

Es wurde mal schnell auf drei Standorte verteilt. Das ist alles nett und schön. Da können wir auch mitgehen. Aber mit dem Aufbau einer modernen Justiz und der Ausstattung unserer Justiz mit genügend Personal hat das nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Thema umgehen Sie mit dieser Maßnahme. Hätten Sie gesagt: Das ist ein wichtiger Baustein, gleichzeitig statten wir aber unsere anderen Gerichte ordentlich aus, wäre das glaubwürdiger gewesen als diese Effekte, die Sie kurzfristig erreichen wollen.

Ich habe bereits die Bayerische Grenzpolizei und die Kavallerie genannt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, 200 Vierbeiner in den Haushalt hineinzuschreiben statt die doppelte Anzahl an Polizistinnen und Polizisten, die tatsächlich für die Menschen mehr Sicherheit bringen und Straftaten verhindern, das sind verschiedene Politikansätze.

(Beifall bei der SPD – Tobias Reiß (CSU): Wir bilden doch schon an der Kapazitätsgrenze aus!)

Ich komme zum Landesamt für Asyl und Rückführungen. Sie reden hier wolkig von 1.000 neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Im Haushalt sieht das Ganze schon anders aus, da Sie nämlich nur Stellen aus anderen Bereichen zusammenführen.Hier wählen Sie – nur für die Effekthascherei! – den völlig falschen Weg. Lassen Sie die heutigen Strukturen bestehen! Statten Sie die Strukturen, die sich mit der Entscheidung von Fragen zu Flüchtlingen, Asyl und Migration beschäftigen, besser aus! Geben Sie, wie es die SPD seit Jahren fordert, in diese Strukturen zusätzliches Personal hinein! Geben Sie auch genügend Personal in die bestehenden Strukturen zur Integration von Menschen aus anderen Ländern, von Migranten, Flüchtlingen und Asylbewerbern hinein! Geben Sie genügend Geld und Personal in diese Bereiche hinein! Begeben Sie sich nicht auf den Weg einer reinen Umorganisation, um wieder einmal ein Signal zu setzen.

(Zuruf von der Staatsregierung: Völliger Schwachsinn!)

Ich darf an dieser Stelle den Antrag der GRÜNEN erwähnen. Diesen halten wir, die SPD, für falsch. Richtig ist die in dem Antrag enthaltene Forderung, das Landesamt für Asyl und Rückführungen so, wie es vorgeschlagen worden ist, nicht zu gründen. Falsch ist die Forderung, die dafür vorgesehenen 10,7 Millionen Euro einfach zu streichen. Diese Mittel müssen in die heutigen Strukturen hineingegeben werden. Wir brauchen mehr qualitativ gut geschultes Personal, damit schnell gute Entscheidungen getroffen werden. Wir brauchen genügend Geld zur Unterstützung und Integration von Migrantinnen und Migranten. Dazu gehören Sprachkurse, die zu einem möglichst frühen Zeitpunkt angeboten werden, und eine entsprechende berufliche Qualifikation, damit die Migrantinnen und Migranten möglichst früh in unseren Arbeitsmarkt integriert werden können; denn das ist das Beste für unsere Gesellschaft, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich diese vier Punkte zusammenfasse, komme ich zu dem Ergebnis: Mit diesem Nachtragshaushalt – es ist der 2. Nachtragshaushalt, gestrickt mit heißer Nadel nach der Regierungserklärung des neuen Herrn Ministerpräsidenten – wird eine Milliarde Euro verballert. In weiten Bereichen mangelt es an einer langfristigen Konzeption. Ohne nachhaltige Strukturentwicklung werden wir den Anforderungen, vor denen Bayern in zehn Jahren stehen wird, nicht gerecht.

(Karl Freller (CSU): "Verballert"? Für den Wohnungsbau!)

– Kollege Freller hat dazwischengerufen: "Für den Wohnungsbau!" Entschuldigung, aber wenn es um BayernHeim geht, sollte auch Ihnen in haushalterischer Hinsicht eines klar sein: Das ist kein neues Geld, sondern Mittel des Grundstocks werden umgewidmet. Das ist eine Forderung, die die SPD seit Jahren erhebt, Herr Kollege. Das hat mit der Milliarde gar nichts tun. Die Milliarde geben Sie für Bürgerbeauftragte und

Sonstiges aus, aber nicht für den Wohnungsbau. So ordentlich sollten wir hier schon noch miteinander arbeiten, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

"Bayern fit machen für eine gute Zukunft" sieht für die SPD anders aus. Dieser 2. Nachtragshaushalt ist die in Zahlen gegossene Beliebigkeit der Politik von Herrn Dr. Söder. Er ist ein Manifest politischer Fehleinschätzungen, von purem Populismus und halbherzigen Umsetzungen in den Bereichen Wohnen, Bildung, Pflege und öffentliche Sicherheit.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD legt seit Jahren an vielen Stellen konkrete Gegenprojekte vor. Über diese sind Sie mit der Arroganz Ihrer derzeitigen absoluten Mehrheit immer hinweggegangen. Sie können nicht erwarten – ich gehe davon aus, Sie werden es auch nicht erwarten –, dass die SPD Ihnen für diese Fehlallokation von Geld im Haushalt 2018 noch die Hand reicht. Wir lehnen den Nachtragshaushalt in der vorgelegten Form ab.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Pohl von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich mit einem doppelten Dank beginnen: Zunächst einmal bedanke ich mich ganz herzlich bei all denjenigen, die dafür verantwortlich sind, dass wir hier Geld ausgeben können, nämlich bei den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern im Freistaat, bei den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern, bei den sehr vielen fleißigen Menschen, die uns hier Gestaltungs- und Handlungsspielraum geben. Herzlichen Dank!

Der zweite Dank geht an denjenigen, der heute seine letzte Haushaltsrede gehalten hat, den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses Peter Winter. Ich sage dir ganz persönlich herzlichen Dank für fünf sehr kollegiale, gute Jahre. Es war eine gute Zusammenarbeit. Eine Lebensleistung, wie du sie in der Politik vollbracht hast, sollte man angemessen würdigen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Der Dank für die gute, konstruktive Zusammenarbeit gilt natürlich allen Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss.

Die heutige Rede des Vorsitzenden des Haushaltsausschusses war allerdings von Angriffen auf die FREIEN WÄHLER geprägt.

(Peter Winter (CSU): Das musste sein!)

Warum? Es verwundert nicht. Der Grund ist, dass – ich glaube, zum ersten Mal in der Geschichte von Meinungsumfragen – die Differenz zwischen den Werten der CSU und der FREIEN WÄHLER auf 30 Prozentpunkte zusammengeschmolzen ist. Wenn ihr so weitermacht, wird der Abstand weiter zusammenschmelzen, liebe Kollegen von der CSU.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Peter Winter (CSU): Das überlassen wir aber schon noch den Wählern?)

Ich sage auch sehr deutlich: Wer hier behauptet, wir würden eine Schuldenpolitik fordern, der sollte sich sehr bedeckt halten. Ich sage nur: Länderfinanzausgleich! In diesen fließen jedes Jahr 6 Milliarden Euro, die Hälfte davon an die Bundeshauptstadt Berlin. Das ist kein Beweis seriöser Finanzpolitik. Da habt ihr furchtbar schlecht verhandelt. Es kann nicht sein, dass 10 % unserer Haushaltsmittel für Länder draufgehen, die eigentlich in der Lage sein müssten, sich selbst zu unterhalten. Stellen Sie sich einmal vor, in Bayern müssten die Landkreise Rhön-Grabfeld, Freyung-Grafenau und Tirschenreuth Geld zahlen, weil die Landeshauptstadt München mit ihrem Budget

nicht zurechtkommt. So absurd ist es mit diesem Länderfinanzausgleich. Deswegen glaube ich nicht, dass wir FREIE WÄHLER uns hier Vorhaltungen machen lassen müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir entscheiden heute über den 2. Nachtragshaushalt, und das wenige Monate nachdem der 1. Nachtragshaushalt verabschiedet wurde. Wie kann das sein? Normalerweise müsste man vermuten, in Bayern habe es einen Regierungswechsel gegeben, die Opposition habe die Macht übernommen und meine nun, sie müsse die Dinge anders gestalten, das heißt, einen echten Politikwechsel einleiten. Dabei hat nur der Finanzminister auf dem Stuhl des Ministerpräsidenten Platz genommen. Sie hören richtig: der Finanzminister! Es ist nicht etwa ein CSU-Abgeordneter aus dem Europaparlament, der Herrn Seehofer abgelöst hat. Nein, der Finanzminister, derjenige, der für den 1. Nachtragshaushalt federführend Verantwortung trug, kippt diesen und sagt jetzt: Wir brauchen eine weitere Milliarde. Das, was wir damals gemacht haben, war Murks, war Stückwerk, war nicht genug. – Das ist die Botschaft, die diese Staatsregierung und diese Mehrheitsfraktion nach außen senden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der Staatsregierung)

Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder war der Finanzminister damals zu schwach, seine Forderungen durchzusetzen, oder das, was damals gemacht wurde, war schlampig. Ich neige zu dem Zweiten; denn die CSU war in den vergangenen neun Monaten eigentlich nur damit beschäftigt, Personalien zu klären: Erst musste man den Ministerpräsidenten loswerden, den man vor vier Jahren gewählt hatte,

(Ingrid Heckner (CSU): Was Personalien angeht, sollten die FREIEN WÄHLER bei sich schauen!)

dann musste man noch in Berlin zündeln. Ich sage Ihnen sehr deutlich: Wenn ein Minister der Bayerischen Staatsregierung öffentlich äußert, die Kanzlerin – "die Merkel" – müsse weg, dann habe ich dafür keinerlei Verständnis.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Tobias Reiß (CSU): Das hat er so nicht gesagt!)

Ich sehe hier den Kollegen Freller, der schon länger dabei ist.

(Ingrid Heckner (CSU): Ist das noch eine Haushaltsrede?)

Ich sage mit großer Entschiedenheit: Man musste der CSU nicht immer zustimmen; aber die CSU stand jahrzehntelang für Verlässlichkeit und Stabilität.

(Tobias Reiß (CSU): Dafür steht sie auch in den nächsten Jahrzehnten!)

Man musste über die Inhalte nicht einer Meinung sein; zumindest auf Stabilität konnte man sich aber verlassen. Was ist heute? – Heute wird mit Ultimaten gearbeitet – gegen die eigene Kanzlerin, die man vor wenigen Monaten gewählt hat. Regieren, liebe Kollegen und Kollegen, heißt gestalten und nicht zündeln. Wer zündelt, der kann weder in Berlin noch in München gestalten. Sie mussten mit heißer Nadel einen Nachtragshaushalt auf den Tisch legen, weil Sie Ihre Hausaufgaben nicht gemacht hatten. Sie waren nämlich mit anderen Dingen beschäftigt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Tobias Reiß (CSU): Was ist das für eine verquere Logik? – Ingrid Heckner (CSU): Verstehen Sie noch, was Sie da sagen?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, stellen Sie sich einmal vor, Theo Waigel hätte Helmut Kohl ein Ultimatum gestellt. Können Sie sich das vorstellen? Ist das denkbar? – Für mich nicht.

(Tobias Reiß (CSU): Wir sind beim Haushalt!)

– Herr Kollege Reiß, Sie werden es erwarten können; warum denn so nervös?

Schauen wir uns doch einmal den Nachtragshaushalt an. Welche Schwerpunkte setzen Sie denn? – Die Schwerpunkte des Nachtragshaushaltes heißen, die Staatskanzlei zu stärken. Da wird personell aufgerüstet. Die Schwerpunkte des Ministerpräsidenten heißen, wir brauchen Beauftragte – als ob diejenigen, die bisher in der Staatsregierung und im Bayerischen Landtag Politik gestaltet haben, versagt hätten. Ich sage ganz deutlich: Ein Bürgerbeauftragter der Staatsregierung ist eine Ohrfeige für 180 Parlamentarier. Wir alle sind Bürgerbeauftragte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich gehe schon davon aus – in dem einen oder anderen Fall weiß ich es auch –, dass jeder hier seinen Job daheim ganz engagiert macht, dass sich jeder um die Anliegen der Bürger kümmert. Warum muss die Staatsregierung noch einen Beauftragten aus dem Landtag benennen?

Ein dritter Schwerpunkt sind Stellen bei der Polizei. Das hört sich gut an. Die Stellen gibt es aber nicht. Sie haben dafür kein Personal. Das ist die Wahrheit. Dann kommt noch als Krönung Kaiser Friedrichs Kavallerie. – Leute, ihr setzt auf Vierbeiner statt auf Zweibeiner. Das heißt, ihr setzt auf berittene Polizei, statt die Ausbildungskapazitäten bei der Polizei zu erhöhen.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Heckner (CSU))

– Frau Kollegin Heckner, Sie wissen ganz genau, dass die Ausbildungskapazitäten seit Jahren defizitär sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Seit Jahren bräuchten wir mehr Ausbildungskapazitäten, um nachbesetzen zu können,

(Tobias Reiß (CSU): 1.700!)

um die Polizei aufwachsen zu lassen, die euer damaliger Ministerpräsident Edmund Stoiber vor zwölf Jahren kaputtgespart und reduziert hat. – Ja, wir sind jetzt wieder bei einem Rekord; das stimmt. Wir sind aber nicht nur bei einem Rekord an Polizeibeamten, sondern auch bei einem Rekord an Menschen. Wenn eine Million Einwohner dazukommen, ist es doch logisch, dass auch die Polizei und andere Behörden aufwachsen müssen.

Wohnen: Ja! Wohnungsbau: Richtig! Sie haben erkannt, dass das die größte sozialpolitische Herausforderung der Gegenwart ist. Das sagen wir seit Jahren. Leider kommen die Dinge jetzt erst langsam in Gang, aber immerhin – das gestehe ich zu – ist das eine oder andere erfreulich. Die Frage ist allerdings, ob die BayernHeim die Lösung des Problems ist, wenn man 33.000 Wohnungen der GBW auf den Markt wirft und damit aus 33.000 bezahlbaren Wohnungen teure Wohnungen macht und dann mit 10.000 neuen Wohnungen kommt und dafür sehr viele Staatsmittel in die Hand nimmt. Tatsächlich stellt sich die Frage, ob das der richtige Weg ist. Wir sagen, wir müssten eine Wohnungsbauoffensive machen. Wir müssten die Kommunen stärken, auch direkt stärken, indem wir zum Beispiel im kommunalen Finanzausgleich den Kommunalanteil erhöhen, damit die Kommunen Wohnungsbau betreiben können. Wir müssen sowohl auf Bundesebene als auch auf Landesebene an Standards heran, die das Bauen teilweise unnötig teuer machen. Ich nenne nur das Stichwort Bürokratie.

Natürlich müssen wir uns auch sehr genau ansehen, ob wir das Thema Flächenverbrauch in einer Zeit, in der Wohnungen fehlen, tatsächlich zum zentralen Diskussionsthema machen. Natürlich dürfen wir keine Flächen verschwenden, und natürlich ist auch da und dort Fantasie zur Anpassung der einen oder anderen Vorschrift gefragt. Aber ein Flächenverbrauchsvolksbegehren mit einer Limitierung des Flächenverbrauchs in einer Zeit zu fordern, in der Zehntausende Wohnungen fehlen,

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Gerade in dieser Zeit braucht man das!)

ist der falsche Weg.

Ganz wichtig und wesentlich wären die Stärkung des ländlichen Raums und die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Bayern; denn das würde in der Metropole München und an anderen Brennpunkten sehr viel Entlastung bringen und andere Gegenden, in denen das Wachstum nicht so stark ist, beleben.

Was haben wir FREIE WÄHLER dagegenzusetzen? – Wir haben klare Prioritäten, klare Schwerpunktsetzungen.

Die erste Schwerpunktsetzung lautet: gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern. Ich nenne nur ein Stichwort: Nicht in die Metropolen investieren, sondern in die Fläche. Es wäre zum Beispiel dringend notwendig, dass sich der Freistaat Bayern endlich am Flughafen in Memmingen mit einer staatlichen Beteiligung engagiert, statt in Freising eine dritte Startbahn zu bauen, die den Großraum München überhitzen würde, während wir anderswo gute Impulse setzen könnten.

Wir haben uns – ich sage, da haben wir tatsächlich etwas erreicht – immer für Hochschulbau in der Fläche eingesetzt. Da ist in den letzten zehn Jahren tatsächlich etwas passiert. Wir haben tatsächlich Dependancen von Hochschulen in den ländlichen Raum gebracht. Das haben wir gemeinsam gut erledigt; dahinter können wir einen Haken setzen. Allerdings dürfen wir damit nicht aufhören. Das muss noch weitergehen.

Positiv ist auch – ich muss deutlich sagen, dass sich innerhalb der Mehrheitsfraktion etwas bewegt hat –: Die alte Denke von Edmund Stoiber, München ist Champions League, Oberbayern ist Bundesliga und der Rest ist Bayernliga, ist der Erkenntnis gewichen, dass wir in Bayern tatsächlich in die Fläche investieren müssen. Ich danke dem ehemaligen Finanzminister und jetzigen Ministerpräsidenten für die Behördenverlagerungen. Da ist tatsächlich etwas passiert. Das waren nicht nur Ankündigungen, sondern das ist zum Teil schon vollzogen. Am einen oder anderen Punkt hätte es schneller gehen können. Grundsätzlich ist dies aber positiv. Das muss und darf man anerkennen. Zu diesem Punkt kann man sagen: Weiter so!

Wir haben von Anfang an Investitionen in die Bildung gefordert. Bildung zu fördern, ist die beste Sozialpolitik, die man machen kann. Auch hier haben wir Erfolge erzielt. Wir haben tatsächlich die Zahl der Lehrerstellen erhöht. Wir haben es gegen den dauerhaften Widerstand der CSU geschafft, die Rückkehr zum G 9 zu ermöglichen. Das ist wichtig; das war gut. Das haben wir geschafft. Das ist erfreulich.

Wir haben auch Investitionen in die Staatsstraßen gefordert. Auch hier gibt es Bewegung. Es ist zwar leider Gottes so – das ist kein guter Stil –, dass alle unsere Anträge immer abgelehnt werden und dann häufig ein Jahr später als Anträge der CSU bzw. der Staatsregierung bei uns auf dem Tisch landen. Ich sage aber ganz deutlich: Im Staatsstraßenbau hat sich etwas bewegt. Es muss sich noch mehr bewegen. Verkehrsinfrastruktur ist eine Lebensader unserer Wirtschaft; sie ist die Grundlage von Mobilität für die Menschen. Das ist wichtig.

Neben der Straße müssen wir uns aber auch die Schiene ansehen. Da haben wir vom Bund leider wenig Rückenwind. Deshalb müssen wir selbst Geld in die Hand nehmen, auch wenn wir eigentlich nicht zuständig sind. Ich nenne zwei wesentliche Punkte. Der erste Punkt ist die Elektrifizierung von Schienenstrecken. Es kann nicht sein, dass der Wirtschaftsraum Allgäu das größte "Dieselloch" der Bundesrepublik Deutschland ist. Hier müssen wir investieren, und zwar in die Wirtschaft, in die Umwelt und in die Menschen, die die Züge benutzen.

Der zweite Punkt ist die Barrierefreiheit. Manchmal wundere ich mich schon, dass die Worte des ehemaligen Ministerpräsidenten Horst Seehofer offenbar in Vergessenheit geraten sind.Er hat bei seiner Regierungserklärung 2013 angekündigt, Bayern werde 2023 barrierefrei sein. Na ja, jetzt sind nicht mehr so viele Jahre bis 2023. Die Hälfte haben wir hinter uns. Da müsste schon verdammt viel passieren. Eines ist klar: Mobilität ist ein wesentlicher Bestandteil der Barrierefreiheit. Die Mobilität bei öffentlichen Verkehrsmitteln, insbesondere bei der Bahn, ist nun mal eine wichtige Stellschraube. Deswegen sagen wir ganz klar: Hier muss das Tempo erhöht werden. Hier muss der

Freistaat Bayern mehr Geld in die Hand nehmen, damit die Bahnhöfe endlich in der Fläche, nicht nur im S-Bahn-Bereich von München, barrierefrei ausgebaut sind.

Ein wesentlicher Punkt war und ist für uns die innere Sicherheit. Hier haben wir lange auf Granit gebissen, wenn wir mehr Richterstellen, mehr Staatsanwälte und mehr Rechtspfleger gefordert haben. Das hat sich erfreulicherweise geändert. Hier ist in den letzten Jahren etwas passiert, seitdem der neue Justizminister – ganz neu ist er jetzt nicht mehr – Winfried Bausback am Ruder ist.

(Tobias Reiß (CSU): Gut ist er!)

Seitdem er am Ruder ist, hat sich da tatsächlich etwas bewegt. Das müssen und dürfen wir anerkennen.

Die Polizei hatte ich schon angesprochen. Aber bei der Polizei wurde im Grunde genommen nur das nachgearbeitet, was vor 12 oder 13 Jahren versäumt wurde. Hier haben wir noch gewaltigen Nachholbedarf.

Jetzt nenne ich einen Punkt zur Justiz und den Verwaltungsgerichten, an dem man sieht, wie zäh und schwierig es für die Opposition ist, der Regierung Nachhilfe zu geben und Beine zu machen. Seit Jahren verlangen wir mehr Asylrichter zur Beschleunigung von Asylverfahren. Ihr habt in der Flüchtlingspolitik ein ganzes Jahr lang Phrasen gedroschen und Ankündigungen um Ankündigungen in den Raum gestellt. Ihr wolltet die Bundesregierung verklagen und so weiter und so fort, anstatt hier die Hausaufgaben zu machen und auf die Schnelle 50 Asylrichter einzustellen, damit die Verfahren beschleunigt werden. Das wäre im Übrigen auch gegenüber denjenigen, die in der Warteschleife sind, also gegenüber den Flüchtlingen, human, wenn sie in absehbarer Zeit wissen: Darf ich bleiben oder muss ich gehen? – Das habt ihr versäumt. Jetzt haben wir es im Haushalt. Aber der Höhepunkt der Flüchtlingskrise ist schon drei Jahre her.

Ein wesentlicher Punkt der Politik der FREIEN WÄHLER heißt "Bürger entlasten", was ihr von der CSU in jedem Wahlkampf versprecht. Ich kann es gar nicht mehr hören: Ihr wollt immer den Soli abschaffen und die kalte Progression stoppen. Wir haben erst letzte Woche im Haushaltsausschuss einen Antrag gehabt, den Solidaritätszuschlag endlich zu streichen. Was hat die CSU gemacht? – Sie hat dagegen gestimmt. Kalte Progression – geht es doch endlich mal an! Ihr redet immer. Ihr seid in München an der Regierung, ihr regiert in Berlin mit, ihr stellt in Brüssel die größte Fraktion. Ihr kündigt an, aber ihr handelt nicht. Wer regiert, muss handeln. Opposition darf fordern, ja. Aber die Regierung muss handeln. Wenn sie das nicht umsetzt, was sie selber verspricht, dann muss man sich fragen, ob sie entweder den Mund zu voll nimmt oder zu wenig Hände hat, um das umzusetzen, was sie gerne möchte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir schauen – das ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Politik –, wo es die Menschen am nötigsten haben, und zwar die Menschen in der Mitte der Gesellschaft. Wir dürfen nicht immer nur auf Einzelne schauen. Wir müssen die Mitte der Gesellschaft erreichen. Da muss man die Steuern senken, aber auch konzedieren, dass Menschen immer schlechter von dem leben können, was sie verdienen. Und warum? – Weil die Mieten steigen, weil die Kosten für Kinderbetreuung steigen etc. Eine Familie mit Kindern hat es schwer. Deswegen wollen wir die Kinderbetreuung kostenfrei stellen. Das machen wir, damit Familien eine faire Chance haben und Familien speziell in Ballungsräumen nicht zu der hohen Miete noch Kinderbetreuungskosten in erheblichem Umfang draufgeschlagen bekommen. Ich denke, das können und müssen wir uns leisten, genauso wie wir das Studium kostenfrei gestellt haben. Das Erststudium ist Bestandteil der Bildung und muss deshalb kostenfrei sein.

Wir haben noch weitere Initiativen durchgesetzt. Auch das hat mit bezahlbarem Wohnraum zu tun. Wir haben es geschafft, dass endlich die unsozialen und ungerechten Straßenausbaubeiträge abgeschafft werden. Übrigens, Kollege Ländner: Dafür hätten wir den Nachtragshaushalt tatsächlich benötigt, weil ihr im 1. Nachtragshaushalt unse-

re Anträge zugunsten der Kommunen auf Abschaffung der Straßenausbaubeiträge plus Gegenfinanzierung abgelehnt habt. Jetzt kommt ihr mit einem Vorschlag, der nicht zu Ende gedacht ist und die Problematik nicht komplett regelt, sondern besagt, dass das, was mit den Kommunen ist, im kommunalen Finanzausgleich 2019/2020 verhandelt wird. Das ist ein ungedeckter Scheck auf die Zukunft. Die Kommunen wissen nicht, was auf sie zukommt. So kann man nicht Politik machen. Man muss ein Gesetz zu Ende denken und ausformulieren. Wir hatten einen Gesetzentwurf unter dem Motto "Bürger entlasten, Kommunen nicht belasten". Wir haben ihn zu Ende gedacht, ihr habt ihn abgelehnt. Deswegen haben wir jetzt ein unvollständiges Gesetz mit einem höchst fragwürdigen Stichtag. Insbesondere – auch das ist ein grober Fehler dieses Gesetzes – habt ihr euch nicht getraut, die Ungerechtigkeit bei den Ersterschließungsbeiträgen alter Straßen anzugehen und zu sagen, jawohl, wir verlegen den Stichtag von 2021 auf 2018 vor und ersparen uns riesigen Ärger vor Gerichten.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Adelt (SPD))

Wir haben es nicht fertiggebracht, diese Kleinigkeit zu regeln, die diejenigen, die es betrifft und die jetzt ungerecht belastet werden, in der Tat sehr stark entlasten würde.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Adelt (SPD))

Dafür wäre ein Nachtragshaushalt erforderlich gewesen.

Wir stärken die Kommunen. Wenn wir die Kommunen stärken, dann schaffen wir gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das wiederum führt zu Steuermehreinnahmen. Wenn ihr bei Haushaltsreden im Bund sprecht, dann führt ihr immer im Mund, Steuerentlastungen führen zu einer Belebung der Wirtschaft, und was wir dem Bürger zurückgeben, das holen wir durch eine stärkere Wirtschaftsleistung und damit Steuermehreinnahmen leicht wieder herein. Diese Denke ist grundsätzlich richtig. Man kann nicht statisch sagen, die Steuereinnahme X

ist immer genau gleich hoch, sondern man kann und muss Impulse für Wachstum setzen. Die setzt man logischerweise, indem man den Bürger entlastet. Wir tun das, ihr redet nur davon.

Wenn wir von gleichwertigen Lebensverhältnissen reden, müssen wir auch über die Metropole München sprechen. Die Metropole München hat einen Einwohnerzuwachs, den sie nicht mehr verkraften kann. Die Stadt und das Umland Münchens stehen vor gewaltigen Herausforderungen. Die Mieten explodieren. Der Verkehr nimmt zu. Wir haben – das muss ein zentrales Anliegen der Politik sein – die Aufgabe, den Großraum München zu entlasten. Wir wollen hier kein Tokio, kein Paris und kein London. Wir haben eine liebenswerte, lebenswerte Hauptstadt. Das soll so bleiben.

Sie haben vorhin davon gesprochen, wer mit Geld umgehen kann. Dazu möchte ich Ihnen schon noch ein paar Sätze ins Stammbuch schreiben. Was war das für ein Gezerre um den Länderfinanzausgleich? Ihr habt gesagt, dieser Länderfinanzausgleich – damals hat noch Stoiber verhandelt – ist verfassungswidrig, wir klagen dagegen vor dem Bundesverfassungsgericht. Wir haben euch damals unterstützt, weil wir es für richtig halten, für bayerische Interessen zu kämpfen. Was ist aber daraus geworden? – Ein wachsweicher Kompromiss, der uns gerade einmal um eine Milliarde entlastet. Der heutige Ministerpräsident hat von zwei Milliarden gesprochen, aber von zwei Milliarden ad hoc. Das heißt, die zwei Milliarden sollten das Ergebnis der Verfassungsklage sein. Jetzt sind wir um 50 % hinter dem zurückgeblieben, was Markus Söder gefordert hat. Ist das ein gutes Ergebnis? – Ich sage: Nein. Jahr für Jahr geben wir das Geld der bayerischen Steuerzahler nach Berlin und in andere Länder, die mit ihren Finanzmitteln nicht ordentlich haushalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das Bayerische Oberste Landesgericht lebt wieder. Das ist schön, das freut mich als Jurist außerordentlich. Aber auch das ist keine finanzpolitisch geniale Leistung. Unter Stoiber wurde das Gericht wegen einer Einsparung von einer Million Euro im Jahr ab-

geschafft. Jetzt wird es wiedererrichtet. Der Bayerische Oberste Rechnungshof wird einmal nachrechnen, was die Wiedererrichtung des Bayerischen Obersten Landesgerichts kostet und wie die Bilanz gewesen wäre, wenn es nie abgeschafft worden wäre. Ich fürchte, wir zahlen insgesamt drauf.

Ein Vertreter des bayerischen Wirtschaftsministeriums hat bei uns im Haushaltsausschuss gesagt, man könne die Förderkulissen gar nicht evaluieren, man wisse also gar nicht, ob das Geld, das investiert wird, gut investiert ist, ob es tatsächlich ankommt und ob damit Effekte erzielt werden. Dazu muss ich schon sagen: Das ist kein Ausweis eines sorgfältigen Umgangs mit Steuergeld. Gerade an die Adresse des Wirtschaftsministeriums darf ich sagen: Wir haben hervorragende Außenrepräsentanzen. Wir kümmern uns hervorragend darum, ausländische Investoren und ausländische Unternehmer nach Bayern zu holen, damit sie heute und morgen hier investieren. Aber warum denn nur im Großraum München? Das muss über die Fläche verteilt werden. Das muss bayernweit passieren, und das hätte längst passieren müssen. Natürlich will nicht jeder Unternehmer nach Oberfranken, Unterfranken oder Schwaben.

(Hans Herold (CSU): Aber nach Mittelfranken! – Tobias Reiß (CSU): Und in die Oberpfalz!)

In allen Bezirken Bayerns gibt es hervorragende Arbeitskräfte und leistungsfähige und leistungswillige Menschen. Manchmal hapert es an der Verkehrsinfrastruktur, aber Bayern ist in der Fläche stark. Wir können hier noch unglaublich viel Potenzial heben. Der Nachtragshaushalt des Finanzministers hebt diese Potenziale leider nicht. Er setzt falsche Schwerpunkte, und deswegen wird die Fraktion der FREIEN WÄHLER diesen Nachtragshaushalt ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Mütze vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

Thomas Mütze (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Leider ist es bezeichnend, dass der Ministerpräsident die Verkündung des Haushalts als Chefsache übernimmt, dass aber die Mühen der Haushaltsdebatte vom Minister getragen werden müssen.

(Peter Winter (CSU): Der ist aber da!)

Herr Minister, es tut mir leid, ich habe meine Rede eigentlich für den Ministerpräsidenten geschrieben, aber ich komme auch auf Sie zu sprechen.

(Manfred Ländner (CSU): Sie müssen halt ein bisschen flexibler sein!)

Es wird ein kleines Lob für Ihr Haus geben, das aber erst später.

(Harald Güller (SPD): Aber nur für das Haus!)

– Nur für das Haus!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, worüber reden wir hier? – Über einen Nachtragshaushalt zum Nachtragshaushalt. Wann wird in der Regel ein Nachtragshaushalt aufgestellt? – Da wir Doppelhaushalte in Bayern haben, wird für das zweite Haushaltsjahr ein Nachtragshaushalt aufgestellt. Das ist in Ordnung, das ist sinnvoll, man korrigiert Fehler, die im Laufe der Zeit aufgetreten sind.

Wann wird ein zweiter Nachtragshaushalt aufgestellt? – Wenn sich unvorhergesehene Entwicklungen auftun, wenn zum Beispiel die Steuereinnahmen einbrechen oder andere Notlagen oder Katastrophen eintreten. Ist in Bayern eine Katastrophe eingetreten?

(Harald Güller (SPD): Ja! – Peter Winter (CSU): Wenn man euch zuhört, schon!)

Ist Bayern in einer Notlage, liebe Kolleginnen und Kollegen? – Nein. Bayern ist nicht in einer Notlage, die CSU ist in einer Notlage, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tobias Reiß (CSU): Das hättet ihr gerne!)

Die CSU ist in einer Notlage, denn sie hat Angst, die absolute Mehrheit im Bayerischen Landtag zu verlieren. Um dies zu verhindern, würde sie alles tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das mit der Großmutter sage ich jetzt nicht. – Deshalb braucht der neue Ministerpräsident drei Monate vor der Wahl noch schnell eine Milliarde, und die Landtagsmehrheit trägt das mit.

(Peter Winter (CSU): Wir haben doch fünf!)

Bei den vielen Ankündigungen und den immensen Ausgabensteigerungen mit dem ersten und diesem zweiten Nachtragshaushalt drängt sich der Eindruck auf, dass es gar nicht wichtig ist, wofür das Geld ausgegeben wird. Hauptsache ist, dass das Geld rausgeht und rechtzeitig vor dem 14. Oktober unter die Menschen kommt. Damit das auch klappt, dürfen Beamte für den Staat Nebentätigkeiten im Akkord ausüben, um Förderbescheide schneller als üblich abstempeln zu können. In einer Bananenrepublik würde es auch nicht anders laufen.

(Peter Winter (CSU): Würdest du das in Bayern nicht tun?)

Schauen wir uns kurz den Nachtragshaushalt mit den Augen eines Haushälters an. Ja, das muss hier besonders betont werden, denn dieser Nachtragshaushalt ist Marketing, und da darf man als Haushälter schon einmal genau hinschauen.

Wichtig war Finanzministern und Ministerpräsidenten in diesem Hause bisher immer die Investitionsquote. Sie wurde der Opposition wie ein Pokal entgegengestreckt: Schaut her, sie liegt über 12 % und ist natürlich besser als anderswo.

(Peter Winter (CSU): Da hast du recht!)

Doch wie ist die Investitionsquote? – Seit 2011 hat die Investitionsquote, die besagt, welcher Anteil des Haushalts in die Investitionen geht, nie mehr die 12 % erreicht. Zwischendurch ist sie sogar unter 11 % gesunken. Jetzt erreicht sie mit diesem neuen Re-

kordhaushalt erstmals wieder die magische Zahl von 12,4 %. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie werden aber sicher mit mir übereinstimmen, dass so ein Haushalt wie dieser nicht jedes Jahr möglich ist. Also muss sich an der Ausgabenpolitik etwas ändern, wenn unsere Haushalte auch künftig finanzierbar sein sollen.

Jetzt kommt der zweite Punkt, die Finanzierung dieses Haushalts. Ich kann mich gut an den 1. Nachtragshaushalt erinnern. Wir GRÜNE hatten uns erdreistet, Investitionen in Umwelt, Naturschutz, Bildung, Klimaschutz und die Infrastruktur unseres Landes aus der Rücklage zu finanzieren. Große Aufregung gab es damals. Wo ist denn Hans Herold? – Er ist nicht da.

(Hans Herold (CSU): Doch!)

– Doch, da ist er.

(Harald Güller (SPD): Aber er ist viel ruhiger als damals!)

Hans, du hast dich sogar zu der Aussage hinreißen lassen, das sei eine unseriöse Haushaltspolitik, das sei man von den GRÜNEN gar nicht gewöhnt. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, lieber Hans, man sieht sich immer zweimal. Woraus wird denn dieser zweite Nachtragshaushalt finanziert? – Raten Sie einmal.

(Peter Winter (CSU): Aus den angesparten Leistungen! – Harald Güller (SPD): Aus der Rücklage!)

– Aus der Rücklage! Unseriöse Haushaltspolitik ist das, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Harald Güller (SPD): Für die SPD ist beides falsch, eures und das von der CSU! Wir haben es konsequent gemacht!)

– Ja, die SPD. Was soll ich dazu sagen? – Der Unterschied zwischen der CSU und uns ist der, dass wir in den Erhalt und die Zukunftsfähigkeit unserer Infrastruktur investiert hätten. Sie geben das Geld mit vollen Händen aus.

(Beifall bei den GRÜNEN – Peter Winter (CSU): Für Pflegebedürftige und Familien!)

Nur zwei Beispiele dafür, wie die Haushaltspolitik unter dem Finanzminister und dem Ministerpräsidenten Söder aus dem Ruder lief und aus dem Ruder läuft, mit Risiken für die Zukunft, aber dazu später.

Ich muss einiges aus der Einbringungsrede des Ministerpräsidenten zitieren, denn das kann man so nicht stehenlassen. Er hat von Anspruch und Haltung gesprochen. Er hat von zentralen Fragen gesprochen, die uns bewegen, und ist dabei aber nur auf Digitalisierung und Globalisierung eingegangen. Andere Dinge hat er weggelassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, welche Herausforderungen vor unseren Türen stehen, wissen Sie alle. Darauf komme ich später noch. Er wollte die Zukunft managen, aber er ist kein Manager. Er ist der Ministerpräsident, der für die Menschen dieses Landes verantwortlich ist. Er muss dafür sorgen, dass dieses Land gut aufgestellt wird. Er ist eben kein Manager einer Firma, in der Menschen entlassen werden können, wenn es vielleicht nicht gut läuft. Er kann abschieben – das tut er. Sie wollen keine endlosen Streitereien in der Regierung. Er will keine endlosen Streitereien in der Regierung wie in Berlin. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Wir wollen das auch nicht. Wir brauchen keine Ego-Shooter, die das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik total zerstören. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das brauchen wir nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schließlich der 10-Punkte-Plan: Ich möchte mit dem beginnen, was er gesagt hat. Ich ziehe ein paar Beispiele heraus. Er hat gesagt, wir bräuchten in Bayern mehr Wohnungen. Ich komme jetzt nicht zur GBW. Herr Kollege Güller hat dazu und zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus in Bayern bereits etwas gesagt. Herr Söder hat gesagt, dass wir 500.000 Wohnungen in Bayern brauchen. Gleichzeitig hat er gesagt,

dass die anderen das machen sollen. Er sagte: Wir bauen 10.000 Wohnungen. Der Freistaat will 2 % der benötigten Wohnungen bauen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Zusammenhang darf ich an den Verkauf des Grundstücks am Neudeck – das ist schon länger her – erinnern. Die CSU sagt jetzt: Alle Grundstücke werden für den Wohnungsbau genutzt, Wohnungsbau ist oberster Staatsbedarf für alle Menschen. Damals hat sich die CSU gegen ein soziales Hotelprojekt entschieden und das Grundstück an einen privaten Investor verkauft. Dieser baut Wohnungen in das ehemalige Gefängnis am Neudeck, die 15.000 Euro pro Quadratmeter kosten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist Wohnungsbaupolitik in Bayern. Wohnungen für Superreiche – das ist die Realität des Wohnungsbaus in Bayern. Das ist ein Beispiel dafür.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich nenne ein weiteres Beispiel. Das ist kein Quatsch. Das können Sie nachlesen. Ihr Ministerpräsident hat gesagt, Bayern sei innovativ. Er will ein Entwicklungszentrum für Batterietechnologie bauen. Deutschland sei bei der Batterietechnologie zurückgefallen. Keiner habe sich des Problems angenommen. Jetzt kommen die Bayern. Zudem hat er betont, wie eng man mit der Autoindustrie zusammenarbeite – Hand in Hand und nicht gegen sie. BMW baut jetzt eine Batteriefabrik zusammen mit den Chinesen. Sie wissen wo, nämlich in Thüringen. Ich gönne das den Thüringern. Der Punkt ist: Während Sie ein Entwicklungszentrum für Batterietechnologie bauen, machen andere Bundesländer Nägel mit Köpfen. So sieht das aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hinsichtlich der Investitionen in den ÖPNV ist jeder Satz des Ministerpräsidenten eine Perle. Ein massiver Einsatz für den ÖPNV sei notwendig – ja, klar. Wenn man den ÖPNV über Jahrzehnte vernachlässigt, Linien ausgedünnt und Bahnstrecken abgebaut hat, nur noch Schülerverkehre in den Regionen fahren lässt, keinen Stundentakt auf der Schiene anbietet, sich gegen jede Streckenreaktivierung wehrt, hohe Hürden für die Reaktivierung aufbaut, Geld für die zweite Stammstrecke hortet und damit

jahre- und jahrzehntelang die Erweiterung des Angebots auf der Schiene torpediert, ist jeder Euro für den ÖPNV notwendig, weil man dies über Jahrzehnte nicht getan hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kommen wir einmal zu dem, was er nicht gesagt hat. Da ist eine große Leerstelle im Kramladen des großen Geldausgebens: Umweltschutz, Naturschutz, Klimaschutz und Artensterben. In Bayern sind wir jetzt auch massiv vom Klimawandel betroffen. Starkregenereignisse und Überschwemmungen betreffen auch immer mehr Bayern und seine Bevölkerung. Eines der wichtigsten Themen, wenn nicht das wichtigste Thema, bleibt unbearbeitet. Bayern als stärkste Volkswirtschaft in Deutschland trägt natürlich zur Klimakrise bei und hat daher eine besondere Verantwortung für den Klima- und Umweltschutz.

Gestern erst haben wir im Rahmen der Aktuellen Stunde darüber geredet, warum so viele Menschen nach Bayern kommen. Sie kommen nicht wegen der vielen Gewerbegebiete oder der Zersiedelung unserer Landschaft. Sie kommen wegen einer unzerstörten Natur und einer besonderen Landschaft. Während sich die Klimakrise, das Artensterben und die Vermüllung mit Plastik ungehemmt fortsetzen, wehren Sie sich sogar gegen die Erhöhung der Mitarbeiterzahl an den unteren Naturschutzbehörden, die für die Ausweisung von Naturschutzgebieten und die Umsetzung von Plänen, die schon lange auf dem Tisch liegen, zuständig wären. An dieser Stelle stehen Sie nicht vorne. Sie wehren sich mit Händen und Füßen. Das ist Umweltschutz, wie ihn die CSU versteht.

Es werden keine Investitionen in den Klimaschutz, in die Renaturierung der Moore als große CO_2-Speicher und in die energetische Sanierung getätigt. Dafür werden zusätzliche 20 Millionen Euro für die Staatsstraßen bereitgestellt. Das ist Klimaschutz à la CSU. Selbst der ORH hat Ihnen im letzten Bericht die Leviten gelesen, indem er konstatierte, dass die Staatsregierung der größten Herausforderung der Menschheit nicht

wirklich etwas entgegenzusetzen habe. Was die Staatsregierung tue, mache sie unkoordiniert und ohne Plan.

Was soll heute alles beschlossen werden? Wer hat diese Ideenbörse eröffnet? Sind die Ideen in den Ministerien geboren worden? War das schon lange geplant? – Auch das haben wir schon gehört: Dies wäre von langer Hand vorbereitet. Betroffene hätten darauf schon lange gewartet. – Nein, die Staatskanzlei hat das Tischfeuerwerk angezündet, ohne Rücksprache und ohne Vergewisserung. Das kam dabei heraus.

Es wurden ein Familiengeld für 260 Millionen Euro und ein Pflegegeld für 400 Millionen Euro auf den Weg gebracht. Der Vorschlag, eine bayerische Kavallerie zu schaffen und Reiterstaffeln aufzustellen, hat selbst innerhalb der Polizei für großen Aufruhr gesorgt. Diese Reiterstaffeln bringen kein Mehr an Sicherheit. Die Vorschläge aus der Polizei selbst wurden hingegen abgelehnt. Dies wurde mit Geldmangel begründet. Mit der Grenzpolizeidirektion wird eine weitere Verwaltungsebene eingeführt – 15 Millionen Euro dafür. Für die Grenzpolizei sollen mindestens 50 Millionen Euro sowie 1.000 Stellen zur Verfügung gestellt werden.

Die Ausgaben für repräsentative Verpflichtungen in der Staatskanzlei steigen um eine Million Euro. Marketing ist natürlich wichtig. Zu den neuen Beauftragten komme ich später noch. Die Personalkosten für das Landesamt für Pflege betragen 25 Millionen Euro. Für Personal- und Sachausgaben für das Landesamt für Asyl und Rückführungen sind für das Jahr 2018 10 Millionen Euro vorgesehen. Das wird sich angesichts des angekündigten Personals noch vervielfältigen.

Für die Eigenheimzulage werden 150 Millionen Euro bereitgestellt. Dann gibt es noch das Baukindergeld Plus neben dem Baukindergeld auf Bundesebene – 37,5 Millionen Euro. Das sind beides Vorschläge aus der wohnungsbaupolitischen Mottenkiste, die im Bund wegen Mitnahmeeffekten sogar schon eingestellt wurden. Ich sage nur: Subventionsabbau. In Bayern führt man dies wieder ein und setzt noch eines oben drauf. "Billiger bauen für Besserverdienende" – das ist eine Überschrift aus der "Frankfurter

Allgemeinen Zeitung". So nennt man das. Dort wurde über ein Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung berichtet, das sich mit dem Baukindergeld und dessen Wirkungen auseinandergesetzt haben. Zu welchem Urteil kommen die? – Das Bundesbaukindergeld – Sie setzen noch eines drauf – führt zu Mitnahmeeffekten und höheren Grundstückspreisen. Obere Einkommensschichten hätten keine oder weniger Probleme auf dem Wohnungsmarkt. Es gebe eine regionale Lenkungswirkung. Selbstverständlich senkt das Baukindergeld auf dem Land, wo Grundstücke günstiger sind, die Belastung des Eigentumserwerbs. In den Städten ist es jedoch ein Tropfen auf den heißen Stein. Der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung spricht in diesem Zusammenhang von Unsinn und sagt weiter: Mitnahmeeffekte sind groß, Großstädte mit besonders starken Preisanstiegen und hohen Mieten profitieren am wenigsten. – Wenn Sie für das ganze Land arbeiten wollen, sind die beiden Maßnahmen kontraproduktiv.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hebammenbonus – 4 Millionen Euro, Staatstheater Augsburg – 2,9 Millionen Euro, Staatsstraßen – 20 Millionen Euro, Fakultät für Luft- und Raumfahrt in Ottobrunn, "Bavaria One", Flugtaxis – noch nicht beziffert, 18.000 zusätzliche Studienplätze – das sind im wahrsten Sinne des Wortes hochfliegende Pläne der Staatsregierung.Wenn ich mich recht erinnere, hat das eine Zeitung sogar kommentiert und gefragt: Wer bekommt über diesen 2. Nachtragshaushalt eigentlich kein Geld? – Es müsste der alleinstehende Homosexuelle in der Großstadt sein, der über 80.000 Euro verdient. Der bekommt von Ihnen kein Geld, aber der passt auch nicht in Ihr Weltbild.

(Karl Freller (CSU): Quatsch!)

Daher wundert uns das nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Insgesamt werden in diesem Jahr 984 Millionen Euro zusätzlich ausgegeben. Wissen Sie, an was mich das erinnert? – Das erinnert mich an die Serie "Kir Royal". Vielleicht erinnern sich die Älteren unter Ihnen noch an diese Serie.

(Tobias Reiß (CSU): Ich scheiß dich zu mit meinem Geld! – Allgemeine Heiterkeit)

– Du hast einen Fehler gemacht. Ich wollte das nicht sagen, aber du hast es gesagt.

(Tobias Reiß (CSU): Das hat niemand gehört!)

– Das hat jemand gehört. Ich habe es gehört. In der Serie fragt der Generaldirektor Haffenloher, gespielt vom genialen Mario Adorf, Baby Schimmerlos, was er mit seinem Geld machen würde. Sie wissen, was er gesagt hat; der Fraktionsgeschäftsführer der CSU hat es eben ausgesprochen: "Ich scheiß dich zu mit meinem Geld"; das hat er gesagt.

(Beifall bei den GRÜNEN – Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Tolles Niveau!)

– Ja, tolles Niveau. Ja, genau! Ich habe damit nicht angefangen. Der Unterschied zur Serie ist aber, dass das der Ministerpräsident mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger und nicht mit seinem eigenen Geld macht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist der Unterschied.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Peter Winter (CSU): Das scheint deine Abschiedsgaudi zu sein!)

– Ja, das ist die Abschiedsgaudi. Ich habe ja noch eine Rede.

Doch kommen wir nun zum Ernst der Lage zurück. Da insbesondere die Personalausgaben nur für ein Viertel- bzw. halbes Jahr angesetzt sind, werden die Kosten für ein ganzes Jahr hochgerechnet. Das sind dann über eine Milliarde Euro. Hinzu kommen die noch nicht umgesetzten Ankündigungen.

Ich muss noch einmal zu den Beauftragten zurückkommen. Die Kolleginnen und Kollegen haben sich daran abgearbeitet. An den Beauftragten wird die Widersinnigkeit des Handelns dieser Regierung offenkundig. Mit dem Beauftragtenunwesen wird eine kleine Zusatzregierung am Rande der Bayerischen Verfassung kreiert. Wir wissen nicht, ob diese verfassungsgemäß ist. Ministerähnliche Posten mit eigenem Stab und Dienstwagen werden in den Ministerien und der Staatskanzlei angesiedelt. Somit wird die Begrenzung der Größe der Regierung, welche die Bayerische Verfassung vorgibt, unterlaufen. Diese gibt nämlich 17 Staatsminister und Staatssekretäre plus den Ministerpräsidenten vor.

In der Staatskanzlei geht es um die Beauftragten für Bürokratieabbau und Bürgeranliegen. Nachdem die neuen Beauftragten gleichzeitig Mitglieder des Landtags sind, wird auch die Gewaltenteilung in Teilen unterlaufen. Kaum widersprechen lässt sich bei dem Punkt, dass ein Beauftragter für Bürokratieabbau genug Arbeit hat. Er soll nämlich die Bürokratie abbauen, die die CSU-Fraktion in den letzten Jahrzehnten selbst geschaffen hat. Dass die Staatsregierung gleichzeitig fleißig dabei ist, neue Behörden wie das Landesamt für Schule, das Landesamt für Asyl, das Landesamt für Pflege und die Grenzpolizeidirektion zu schaffen, macht die Widersprüchlichkeit der Handlungen der CSU deutlich.

Brauchen wir einen Bürgerbeauftragten? – Jedes Ministerium, jede Ministerin, jeder Minister, jede Staatssekretärin und jeder Staatssekretär hat die Aufgabe, sich um die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger zu kümmern. Hier im Landtag sitzen eigentlich, wenn auch nicht heute, aber bei namentlichen Abstimmungen, 180 Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerinnen und Bürger. Diese kümmern sich jeden Tag um die Anliegen der Menschen. Was denn sonst? – Jedes Ministerium sollte sich darum bemühen, keinen sinnlosen Verwaltungsapparat aufzubauen und sich effizient aufzustellen. Dafür braucht es keinen Bürgerbeauftragten und keinen Bürokratiebeauftragten mit Stab und Dienstwagen. Der erste Schritt zum Bürokratieabbau wäre der Verzicht auf die Beauftragten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu kommen 1,25 Millionen Euro an Personalkosten für Umstrukturierungen in der Staatskanzlei. Ein Mehr an Effizienz kann das nicht bedeuten, sonst würden die Kosten nicht derart stark steigen. Hier könnte Bürokratie erst gar nicht aufgebaut werden. Grundsätzlich ist auch zu fragen, was mit einer solchen Umstrukturierung kurz vor Ende der Legislaturperiode in der Sache überhaupt noch erreicht werden kann: wohl kaum mehr als öffentlichkeitswirksame Ankündigungen. Das verdeutlicht, worum es im Nachtragshaushalt geht: Es geht um PR. Wenn nach der Landtagswahl wieder umstrukturiert wird, wovon auszugehen ist, werfen wir mit diesem Nachtrag eine Menge Geld aus dem Fenster.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte einen Blick in die Zukunft werfen. Hier komme ich zum Finanzministerium. Die Haushaltslage in Bayern ist nämlich nur auf den ersten Blick gut. Die Haushaltsführung ist sogar verantwortungslos zu nennen.

(Widerspruch bei der CSU)

Das sagt sogar das Finanzministerium.

(Zuruf von der CSU: Was?)

Scheinbar haben einige im Finanzministerium doch noch Ehre im Leib und wollen zumindest auf die Risiken hingewiesen haben. Nun möchte ich auf die Steuerschätzung von Finanzminister Füracker vom Mai dieses Jahres hinweisen.

Da steht: Vorbelastungen gibt es durch die in der Regierungserklärung genannten Maßnahmen. Strikte Haushaltsdisziplin wird angemahnt. Die anscheinend gute Lage basiert eben nicht, entgegen aller Bekundungen, auf einer sparsamen Haushaltsführung oder Haushaltsdisziplin. Sie basiert auf stetig steigenden Einnahmen und Zinsersparnissen aufgrund der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank.

Der Blick in die Zukunft wird dunkel bis schwarz, wenn all das umgesetzt werden soll, was die Regierungen Seehofer und Söder angekündigt haben. Allein die Zusatzausgaben durch diesen 2. Nachtragshaushalt werden den Staatshaushalt auf Dauer in Milliardenhöhe belasten. Hinzu kommen der gesetzlich fixierte Schuldenabbau und die immer schneller steigenden Ausgaben für Pensionen. Der Rechnungshof fordert daher, und das nicht zum ersten Mal, in seinem aktuellen Jahresbericht einen Schuldentilgungsplan. Diesen ist die CSU bisher schuldig geblieben. Warum auch? – Man will sich natürlich nicht festlegen lassen. Klar, das kann man auch nicht mit so einem Ministerpräsidenten.

Wie geht es weiter, wenn Ministerpräsident Söder weiter regiert? – Ich liefere folgende Prognose: Es wird eine Vollbremsung wie nach der Wahl im Jahr 2004 geben, als Ministerpräsident Stoiber die Bremse eingelegt hat, wovon sich der Freistaat bis heute nicht erholt hat.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Schmarrn!)

Was wollen wir dagegensetzen? – Wir, die GRÜNEN, setzen auf das, was neben Globalisierung und Digitalisierung wichtig ist, nämlich den Kampf gegen den Klimawandel, auf den Klimaschutz, den Umweltschutz, den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, auch und gerade in Bayern, und Bildung. Das wären Investitionen in Maßnahmen, die in diesem Haushalt hätten enthalten sein müssen. Diese Investitionen sind erstens dringend geboten und zweitens würden die Ausgaben uns auf Dauer entlasten. Hierzu zählt zum Beispiel die energetische Sanierung von Gebäuden, die wir beantragt hatten. Hierzu zählen die Investitionen in Schulgebäude, die wir beantragt hatten. Hierzu zählen die Investitionen in die Digitalisierung in der Fläche, die wir beantragt hatten.

Unsere Zusammenfassung lautet: Wir sehen hier den teuersten Ministerpräsidenten aller Zeiten. Niemand hat in so kurzer Zeit so viel Geld ausgegeben wie Ministerpräsi-

dent Söder. Wir brauchen keine Begrenzung der Amtszeit eines Ministerpräsidenten auf zehn Jahre. Wir brauchen eine Verschwendungsbegrenzung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Bayern in dem Stil des 2. Nachtragshaushaltes weitermacht, dann dauert es keine zehn Jahre bis zur Pleite. Wir können nur hoffen, dass die Wählerinnen und Wähler erkennen, dass diese Art der Verschwendung auf ihre Kosten geht und nicht auf Kosten, oder hoffentlich doch, der CSU.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als nächster Redner hat der Kollege Freller von der CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Karl Freller (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Lassen Sie mich eine Rechnung wiederholen, die ich bereits im letzten Jahr bei der Einbringung des Haushalts dargelegt habe. Ich wiederhole diese Rechnung gerade auch mit Blick auf die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne. Während meiner Rede baut der Freistaat fast 50 Euro pro Sekunde bzw. knapp 3.000 Euro pro Minute an Schulden ab.

(Beifall bei der CSU)

Alleine dadurch spart er sich in Zukunft Minute für Minute etwa 150 Euro an Zinsen. Für meine etwa fünfzehnminütige Rede ergibt das einen Schuldenabbau von 42.750 Euro. Nach meiner Rede hat der Freistaat etwa 50.000 Euro weniger Schulden. Das sind rund 2.250 Euro Zinsersparnis pro Viertelstunde.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: Eine völlig überbezahlte Rede!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das muss man sich einmal vor Augen führen.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Ich bringe diese Rechnung ganz bewusst aus folgendem Grund. Hier zeigt sich nämlich ein doppeltes Verantwortungsbewusstsein, zum einen gegenüber dem Steuerzahler, dem ich an dieser Stelle auch einmal herzlich danken möchte. Keiner von euch Oppositionspolitikern hat ein einziges Wort zu den Steuerzahlern gesagt.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Stimmt nicht! – Zurufe von der SPD)

– Stimmt nicht? Gut, Herr Pohl, dann nehme ich Sie aus in diesem Punkt.

(Unruhe bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich halte es für wichtig, dass sich der Landtag auch einmal bei den Steuerzahlern bedankt. Ihr Fleiß, ihre tägliche Arbeit führen dazu, dass wir das Geld und damit das Rückgrat für den Freistaat haben. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der geordnete Haushalt und der Schuldenabbau hat für eine Personengruppe eine ganz immense Bedeutung, und zwar für die jungen Menschen in diesem Lande. Es ist eine Fahrlässigkeit der Politik, wenn sie den jungen Menschen einen Schuldenberg hinterlässt. Wir machen das Gegenteil, wir befreien die jungen Menschen von den Schulden.

(Beifall bei der CSU)

Das ist doch der entscheidende Punkt, wenn man die Pro-Kopf-Verschuldung vergleicht. Das ist wichtig, meine sehr verehrten Damen und Herren; denn sie wird einem Kind, das geboren wird, in die Wiege gelegt. Wir liegen hier gerade noch bei knapp über 2.000 Euro. In Rheinland-Pfalz sind über 10.000 Euro Schulden das Taufgeschenk von Malu Dreyer für jedes neugeborene Kind. Meine sehr verehrten Damen und Herren, nur ein Fünftel davon lastet auf einem Baby in Bayern. Sie aber reden

von einem verantwortungslosen Haushalt. Das ist der verantwortungsbewussteste Haushalt, den es überhaupt in Deutschland gibt!

(Beifall bei der CSU – Unruhe bei der SPD)

Wir wollen weg von den Schulden.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Freller, Herr Kollege Mütze – –

Karl Freller (CSU): Wir wollen weg von den Schulden! Rheinland-Pfalz plant mit einer Zinsausgabenquote von 5 %. Wir liegen bei knapp über 1 %. Wir wollen die Schulden ganz weg haben. Das ist die Befreiung für ein Land, nicht das Schuldenmachen, so wie es eure Genossen und die GRÜNEN in anderen Bundesländern tun.

(Beifall bei der CSU – Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Freller, Moment! Herr Kollege Mütze hat sich zu einer Zwischenfrage gemeldet.

Karl Freller (CSU): Nein, jetzt bitte nicht.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Gut, alles klar.

Karl Freller (CSU): Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt noch einen Maßstab, eine Zahl, die ungeheuer wichtig ist, nämlich die Investitionsquote. Meine Damen und Herren, in Rheinland-Pfalz liegt sie bei mageren 6,3 %. Wie schaut es bei uns aus? – Mit dem 2. Nachtragshaushalt liegen wir bei 12,4 %. Das ist das Doppelte. Wir investieren also doppelt so viel wie Rheinland-Pfalz in die Zukunft dieses Landes. Diese Zahlen muss man kennen, um hier überhaupt zu urteilen.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben inzwischen den 13. allgemeinen Haushalt ohne neue Schulden. Das ist übrigens auch ein großes Verdienst von Edmund Stoiber. Die Sparpolitik war nicht leicht.

(Margit Wild (SPD): Da musste einiges zurückgenommen werden!)

Erwin Huber und ich waren damals im Kabinett. Es waren harte Jahre, aber wir haben es geschafft, keine neuen Schulden aufzunehmen. Jetzt aber sind es erfolgreiche Jahre, weil wir nicht nur keine neuen Schulden aufnehmen, sondern Schulden abbauen.

(Margit Wild (SPD): Das ist ja wohl eine rosarote Brille!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, da zieht sich ein roter Faden durch: die Verantwortung für die Menschen in diesem Lande. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CSU)

Das ist keine Kurzsichtigkeit, sondern das ist Weitsichtigkeit.

Nun zum nächsten Punkt, der mir sehr wichtig ist: Wie viele Menschen haben in einem Land Arbeit? – Das ist doch die ganz entscheidende Frage. In anderen Ländern Europas sehen Sie 30 % und 40 % Jugendarbeitslosigkeit. Schauen Sie dann doch bitte einmal nach Bayern. Wir haben Vollbeschäftigung.

(Margit Wild (SPD): Das ist nicht das Verdienst der CSU!)

Die jungen Leute werden hier mit Handkuss genommen. Es gibt fast niemanden, der nicht einen Ausbildungsplatz oder einen Studienplatz findet. Wir haben eine Arbeitslosenquote von 2,7 % – das ist Vollbeschäftigung – und zwischen den Städten und dem flachen Land noch nicht mal eine Spreizung von 1 %. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wo sonst gibt es Lebensbedingungen wie in Bayern, wo bei der Arbeitslosenquote noch nicht einmal 1 % Spreizung besteht? Sagen Sie mir das doch bitte!

(Beifall bei der CSU – Reinhold Strobl (SPD): Ruhig bleiben, ganz ruhig bleiben!)

Das sind doch Zahlen. Ich bin weder polemisch, noch bin ich garstig. Ich stehe schlicht und ergreifend auf dem Boden der Tatsachen.

(Unruhe bei der SPD)

Diese Tatsachen sprechen für Bayern und für die Politik, die hier gemacht wird. Besser geht es nicht! Ich bin jetzt seit 36 Jahren im Landtag. So eine Bilanz hat es überhaupt noch nie gegeben. Eigentlich müsstet ihr euch verkriechen und sagen: Leider, da kann man nichts sagen, beim Haushalt seid ihr klasse, statt zu meckern und zu motzen. Entschuldigung!

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN)

Das zieht sich bei euch wie ein roter Faden durch: Meckern statt machen!

(Beifall bei der CSU – Lachen bei den FREIEN WÄHLERN – Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN)

Das ist doch euer Motto. Ehrlich gesagt – –

(Allgemeine Unruhe – Glocke des Präsidenten)

In Bayern ist das Wappentier der Opposition die Ziege, nicht der Löwe. Das möchte ich hier doch einmal deutlich sagen.

(Beifall und Heiterkeit bei der CSU)

Ihr könnt doch nicht dauernd nur meckern, wenn selbst viele kritische Bürger in diesem Land sagen: Mit den Finanzen und mit der Wirtschaft ist es hier im Land in Ordnung!

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Und bei euch ist es die Schlange!)

– Wieso Schlange? – Das ist wahr! Geht doch hinaus, schaut euch die Unternehmen an. Und hier komme ich zum zweiten Lob, das ich aussprechen möchte. Ich möchte der bayerischen Wirtschaft, dem bayerischen Handwerk und den Unternehmen danken. Ich danke den Mittelständlern und den Ladenbesitzern und allen, die heute innovativ und mit Tatkraft ein Geschäft führen. Wir haben eine funktionierende Wirtschaft,

der wir auch zu verdanken haben, dass das Land so viel Geld für Soziales ausgeben kann. Ihr müsst doch die Zusammenhänge sehen. Nur wenn die Wirtschaft funktioniert, wenn wir Unternehmen haben, die hier investieren, nur wenn wir eine Politik machen, die neue Unternehmen nach Bayern lockt, haben wir das Geld, um im Sozialen und im Bildungsbereich etwas ausgeben zu können. Diesen Zusammenhang müsst ihr doch auch einmal begreifen. Ihr wollt nur in einem Bereich ausgeben, und die anderen wollt ihr vergrätzen. So geht das nicht! Deshalb machen wir so weiter.

(Beifall bei der CSU – Margit Wild (SPD): Ein bisschen mehr Ruhe täte Ihnen gut!)

– Gut, manchmal bin ich etwas laut. Das ist ein bisschen Emotion. Ich bleibe aber sachlich, ich vergreife mich nicht im Ton. Ich greife niemanden von euch persönlich an, weil ich anerkenne, dass im Haushaltsausschuss durchaus oft sachlich und vernünftig diskutiert wird. Herr Kollege Güller, Sie haben es gesagt, dass dort oft sehr kollegial verhandelt wird. Wenn ihr aber immer wieder im Ergebnis irrt, dann habe ich ein Problem. So kommen wir nämlich nicht weiter.

Jetzt möchte ich noch ein paar andere Sachen ansprechen, und zwar die, die wir einführen. Liebe Kollegen, zum Haushalt, den wir hier diskutieren: Herr Rinderspacher, der SPD-Fraktionsvorsitzende, sprach von Wahlbetrug, weil im 2. Nachtragshaushalt nicht bereits alle Punkte der Regierungserklärung umgesetzt würden. In der Regierungserklärung "Das Beste für Bayern" vom 18. April 2018 heißt es aber wörtlich: "Das ist das bayerische Zukunfts- und Werteprogramm für die nächsten fünf Jahre." Natürlich kann nicht alles bis zum Oktober umgesetzt werden, wenn angekündigt wird, was in den nächsten fünf Jahren geschehen soll. Es ist doch hanebüchen, wenn man meint, dass innerhalb von drei Monaten alles verwirklicht werden kann, was in einem Regierungsprogramm steht. Wenn Herr Rinderspacher also von Wahlbetrug spricht, dann weise ich darauf hin, dass wir bereits im zweiten Nachtrag das Bayerische Landespflegegeld und das Bayerische Familiengeld einführen. Wir errichten die Bayerische Grenzpolizei und gründen das Landesamt für Asyl und Rückführungen.

(Christine Kamm (GRÜNE): Und das ist ein Schmarrn!)

Wir stärken den Erwerb von Wohneigentum durch die Eigenheimzulage und das Bayerische Baukindergeld Plus. Wir gründen die staatliche Wohnungsbaugesellschaft BayernHeim und erhöhen den Bewilligungsrahmen für die Wohnraumförderung um 200 Millionen Euro auf insgesamt rund 886 Millionen Euro in 2018. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist eine Steigerung von 43 %. Wir setzen um und halten, was wir versprechen. Doch Herr Rinderspacher spricht hier von Wahlbetrug und von einem Wahlkampfmanöver. Wer aber betreibt hier tatsächlich Wahlkampf, meine sehr verehrten Damen und Herren? – Herr Rinderspacher erklärte zur Einsetzung des GBW-Untersuchungsausschusses sinngemäß Folgendes: Bei der Veräußerung der GBW-Anteile durch die BayernLB im Rahmen des EU-Beihilfeverfahrens mag alles rechtmäßig abgelaufen sein, aber man müsse jetzt noch einmal alles politisch betrachten. – Genauso gut hätte Herr Rinderspacher sagen können: Es geht uns nicht um Aufklärung, es geht uns um reinen Wahlkampf.

(Beifall bei der CSU – Unruhe bei der SPD)

Bemerkenswert ist außerdem, dass das Thema GBW bereits das zentrale Thema Ihres Spitzenkandidaten Christian Ude bei der fünf Jahre zurückliegenden Landtagswahl war. Mehr muss man eigentlich in diesem Zusammenhang nicht sagen.

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Oder was hat Herr Aiwanger von den FREIEN WÄHLERN auf die Frage geantwortet, warum der Untersuchungsausschuss erst jetzt, nach über fünf Jahren, eingesetzt werde? – Er hat gesagt: In der Politik ist eben nicht jeder Zeitpunkt gleich günstig. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, jeder denkende Mensch kann diesen Satz so interpretieren, wie er zu interpretieren ist, nämlich: Jetzt brauchen wir dieses Thema, weil Wahl ist.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das macht ihr doch dauernd! – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Was ist mit der Grenzpolizei?)

Ja, es geht noch weiter. Ich bin noch nicht am Ende. Die gleiche Motivation – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Ja, die gleiche Motivation!)

Ja, ihr kommt mit alten Sachen daher; das ist ein Riesenunterschied: Ihr kommt mit irgendwelchen alten Sachen daher, die schon längst abgehakt und geklärt sind.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Für euch ist es vielleicht abgehakt, aber für uns nicht! – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Wie alt ist die Grenzpolizei?)

– Die Grenzpolizei ist etwas anderes.

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Wenn ihr wenigstens mit Programmen für die Zukunft kämt! Manchmal würde ich euch wirklich gern einen Beratervertrag anbieten. Wisst ihr, was mich an euch stört? – Dass ihr ständig nur in irgendwelchen uralten Sachen herumbohrt und versucht, sie auszugraben, statt etwas zu bringen, was für die Leute, für die Zukunft von Bedeutung ist.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Weil ihr es nicht erarbeitet!)

Ihr lebt in der Vergangenheit, darum laufen euch die Wähler davon!

(Beifall bei der CSU)

Ihr müsst die Zukunft sehen, ihr müsst die Jugend sehen und solltet nicht irgendwo irgendetwas, was vor 15, 20 Jahren passiert ist, hervorkramen.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Was ist mit der "Strabs"? – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Weiter, ich habe nicht so viel Zeit, nur eine Viertelstunde, sonst wird es zu teuer.

Mit dem 2. Nachtragshaushalt 2018 reagieren wir vor allem auf die großen Herausforderungen im Bereich Pflege und Wohnen. Daneben verbessern wir die Bildung, die innere Sicherheit und den öffentlichen Personennahverkehr. Wir setzen im 2. Nachtragshaushalt einen Schwerpunkt bei der inneren Sicherheit. Die neue Grenzpolizeidirektion in Passau soll Schleierfahndungsmaßnahmen, Grenzkontrolltätigkeiten und Schwerpunkteinsätze der Fahndungsdienststellen koordinieren. Der zweite Nachtrag enthält für den personellen Aufbau der Grenzpolizei 44 zusätzliche Stellen und rund 15 Millionen Euro.

Ich erinnere auch daran, dass vor Kurzem eine fantastische Vereidigung von jungen Polizisten in Nürnberg stattfand. Eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen war dort. 1.700 junge Polizisten haben wir eingestellt, tolle junge Leute für diesen Freistaat und seine Sicherheit. Da kann man uns doch nicht vorwerfen, wir würden die Sicherheit vernachlässigen. Im Gegenteil, ich habe noch in Erinnerung – es mag vielleicht einige Jahre her sein –, wie ihr anlässlich unserer Forderung nach neuen Stellen für die Polizei gesagt habt, wir wollten einen Polizeistaat schaffen.

(Horst Arnold (SPD): Was?)

Wo sind wir denn? – Ihr seht die Zusammenhänge nicht mehr, die ihr selber konstruiert!

(Horst Arnold (SPD): Das ist eine Selbsttherapie!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Thema Asyl wäre sicherlich zu vertiefen; aber dafür haben wir heute noch später Zeit und Gelegenheit.

Die Gerichtsbarkeit hat mit dem zweiten Nachtrag 200 neue Stellen zusätzlich bekommen.

Wir stärken den Bildungssektor. Mit der Bildungsoffensive Plus sollen zusätzlich zu den 2.000 beschlossenen Stellen des Bildungspaktes noch einmal 2.000 Stellen geschaffen werden. Für die erste Umsetzung enthält der zweite Nachtrag 365 neue Stel-

len im Bildungsbereich. Wir haben eher das Problem, dass wir die Lehrer für bestimmte Schularten nicht finden, die wir bräuchten. Das ist fast das größere Problem: Die Köpfe fehlen, während das Geld da wäre.

Daneben wollen wir mit dem Programm Schulsozialarbeit mit 500 Schulpsychologen und Sozialpädagogen an Schulen die wichtige Arbeit durch externe Fachkräfte stärken. Der Regierungsentwurf sieht dafür bereits 100 Stellen vor.

Ich nenne noch weitere Herausforderungen im Bildungsbereich, denen wir wirksam begegnen: steigende Schülerzahlen, unterschiedliche Sprachkenntnisse, Digitalisierung, Inklusion. Ich sehe den Kollegen Norbert Dünkel. All diese Themen haben wir nicht nur besetzt, sondern wir statten den Haushalt auch in einem noch nie dagewesenen Maße finanziell dafür aus. Ich bitte, das bei diesem Haushalt auch zu sehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben Gott sei Dank eine Politik auf den Weg gebracht, hinter der auch unser Ministerpräsident steht. Er hat darauf geachtet, dass in die Bereiche, in denen es möglicherweise hier und da Nachholbedarf gab – Stichwort Pflege –, wirklich investiert wird. Sein Programm ist ein Programm für die dringenden Notwendigkeiten und für das Wichtige, das Bayern in den nächsten Jahren braucht.

(Zuruf von der SPD: Für den Wahlkampf!)

Ich halte das Programm, mit dem Markus Söder investiert, für exzellent. Ich bin ihm, seinem Finanzminister und dem Staatssekretär herzlich dankbar, dass sie es so umsetzen und im Haushalt so unterbringen, dass das Geld möglichst bald ausgegeben wird und den jeweiligen Bevölkerungsgruppen zugutekommen kann. Das ist ein außerordentlich wichtiger Weg.

Vorhin habe ich meinen Ohren nicht getraut: Wir "verballern" das Geld! Als ob Geld für Pflege, für Bildung und für Wohnungsbau "verballert" würde! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, dass euch, wenn ihr so etwas sagt, die Wähler davonlaufen.

(Widerspruch bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian Magerl (GRÜNE))

Dass euch die Wähler davonlaufen,

(Isabell Zacharias (SPD): Aber euch auch!)

wenn ihr davon sprecht, dass Ausgaben für Pflege, Wohnungsbau und Bildung ein "Verballern" sind, ist nicht weiter erstaunlich. Da kann man euch nicht mehr helfen.

(Beifall bei der CSU)

"Verballern" – ich gebrauche dieses Wort, weil Sie es an einer Stelle benutzt haben, an der es überhaupt nicht gepasst hat. Für diese Zwecke ist kein Geld verballert; da ist jeder Euro sinnvoll angelegt. "Verballern", also bitte! Überlegt es euch, was ihr sagt; sonst tretet ihr noch in Schlaglöcher und kommt nicht mehr heraus.

(Zuruf der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe jetzt länger als 15 Minuten geredet, nämlich 17 Minuten. Es ist jetzt teurer geworden, oder nein, anders ausgedrückt: In den zweieinhalb Minuten, die ich länger geredet habe, sind 7.500 Euro Schulden mehr abgebaut worden. Ich glaube, das ist auch eine positive Bilanz.

Ich bedanke mich bei allen, die an diesem Haushalt mitgewirkt haben, bei dem Ausschussvorsitzenden an vorderster Stelle. Er scheidet leider aus dem Parlament aus. Das ist für den Haushaltsausschuss ein großer Verlust; das darf ich an dieser Stelle auch einmal sagen. Lieber Peter Winter, du hast eine exzellente Arbeit gemacht. Den Dank möchte ich auch für die Fraktion allgemein aussprechen.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Freller, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Zu Zwischenbemerkungen haben sich der Kollege Mütze und der Kollege Güller gemeldet. Zunächst hat Herr Kollege Mütze das Wort. Bitte schön.

Thomas Mütze (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident. – Lieber Kollege Freller, Sie haben sich darüber beschwert, dass die Opposition am Haushaltsentwurf der CSU Kritik geübt hat. Sie haben gesagt, wir würden nur meckern. Vielleicht darf ich Sie auf die Verfassung hinweisen. Gemäß der Verfassung ist es Aufgabe der Opposition, Kritik an der Regierung zu üben. Ein Blick in die Verfassung könnte helfen.

Ich komme zu meiner Frage, Herr Freller. Sie haben vom Schuldenabbau gesprochen. Können Sie uns sagen, wer in den letzten Jahrzehnten in Bayern für den Schuldenaufbau zuständig war?

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. – Herr Kollege Freller, Sie haben das Wort.

Karl Freller (CSU): Ja, das kann ich Ihnen sagen. Hätten wir all das Geld behalten dürfen, das wir wegen der Misswirtschaft in Berlin und andernorts ausgeben mussten, hätten wir längst nicht diese Schulden gehabt.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD: Oh!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Jetzt hat der Kollege Güller das Wort zu einer Zwischenbemerkung. Bitte schön.

Harald Güller (SPD): Herr Kollege Freller, sagen Ihnen die Zahlen 2.822 Millionen Euro Zinszahlungen, sprich 768.000 Euro je Tag, 32.000 Euro je Stunde oder, auf Ihre Redezeit bezogen, über 8.000 Euro etwas? – Ich helfe Ihnen nach: Das ist das Geld, das die CSU wegen der Landesbank allein an Zinszahlungen zulasten des Haushalts

des Freistaats Bayern bis zur jetzigen Minute ausgegeben hat. Das ist der Betrag, mit dem Sie die jungen Menschen von den Schulden "befreien", wie Sie es genannt haben. Sie bauen einen Teil der Milliardenlast, die Sie den Bürgerinnen und Bürgern und den vielen von Ihnen erwähnten Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern Bayerns durch Ihre Misswirtschaft bei der Landesbank auferlegt haben, jetzt ein bisschen ab.

Karl Freller (CSU): Vorsicht, Vorsicht!

Harald Güller (SPD): Die Landesbank und Ihre Misswirtschaft haben den Steuerzahler in Bayern derzeit noch 6,3 Milliarden Euro, 6.300 Millionen Euro, gekostet.

Karl Freller (CSU): Vorsicht!

Harald Güller (SPD): Das ist die sechseinhalbfache Summe des heutigen Nachtragshaushalts. Ich wäre daher an Ihrer Stelle ein ganz klein bisschen vorsichtig mit meinen Äußerungen.

Wenn ich eine Gesamtbilanz dieser Rede voller Beschimpfungen der Opposition von Ihrer Seite ziehen würde, würde ich sagen – lieber Kollege Freller, es tut mir leid –: unterste Schublade.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Freller, Sie haben das Wort.

Karl Freller (CSU): Also, Herr Kollege Güller, zur Landesbank: Ihr lebt schon wieder in der Vergangenheit.

(Widerspruch bei der SPD)

Ihr habt doch vorhin schon gesagt, wer daran beteiligt war. Ich will das Thema Sparkassen und Beteiligung von SPD-Kommunalpolitikern in diesen Gremien überhaupt nicht mehr vertiefen.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Das wäre ein Thema für sich. Ich kann nur sagen: Dieses Thema ist bestens geordnet und auf einem hervorragenden Weg.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich bin sicher, dass die Landesbank wieder Gewinne abwerfen wird. Sie tut es jetzt schon. Gerade Ministerpräsident Söder hat damals als Finanzminister, auch attestiert vom Kollegen Weidenbusch, eine exzellente Arbeit gemacht, um das Thema aufzuräumen. Nein, er hat es nicht nur aufgeräumt, sondern in eine wirklich gute Richtung bewegt. Das bitte ich zur Kenntnis zu nehmen.

(Margit Wild (SPD): Ja, wie lange hat es denn gedauert? – Weil die Opposition nachgebohrt hat, ist es scheibchenweise rausgekommen!)

Sogar Sie selber haben im Haushaltsausschuss – wir haben wiederholt darüber gesprochen – anerkennen müssen, dass das, was in den letzten Jahren geleistet worden ist, beachtlich und anerkennenswert ist.

Diesen Weg zu verfolgen, ist die Zukunft, aber nicht, irgendwie wieder im Gestern zu verbleiben. Das ist meine Meinung.

(Margit Wild (SPD): Man sollte auch einmal Fehler zugeben können!)

Noch etwas anderes. Ich habe wirklich keine Oppositionsbeschimpfung betrieben.

(Widerspruch bei der SPD – Natascha Kohnen (SPD): In toto! – Weitere Zurufe)

Nein! Wissen Sie, wenn Sie mit dem Satz angreifen, dass unser Ministerpräsident Geld "verballert", obwohl es ausgesprochen sinnvoll ausgegeben wird, dann wird die Regierungspartei nicht schweigen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Moment, Herr Kollege Freller! Jetzt hat sich noch einmal der Kollege Pohl zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Ihre letzten Bemerkungen reizen mich jetzt doch. Zum einen wirkt das Desaster der Landesbank natürlich auch in die heutige Zeit hinein. Zum anderen ist es fraktionsübergreifend gelungen – das kann man, das darf man sagen, und das ist auch eine große Leistung dieses Parlaments –, das Desaster der Landesbank abzuwenden und das Schlimmste zu verhindern.

Aber ich zitiere den früheren Finanzminister und heutigen Ministerpräsidenten, der gesagt hat: Das Desaster bei der Landesbank war die schlimmste wirtschaftspolitische Fehlleistung im Freistaat Bayern in der Nachkriegsgeschichte. – Und wenn Sie nach den Schuldigen suchen, dann sind das der Vorstand und der Verwaltungsrat, allen voran Faltlhauser, Huber, Naser etc. Und das waren ausnahmslos Ihre Leute. Es gab im Aufsichtsrat auch Vertreter der Sparkassen; aber sie gehörten meines Wissens keiner Partei an. Wenn Sie die Eigentümerversammlung benennen und auch noch darauf abstellen, dass sie mit schuld hat, dann könnte man das ganze Kabinett von Ministerpräsident Stoiber in die Haftung nehmen. Das machen wir nicht; aber das muss der Ehrlichkeit halber gesagt werden.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Herr Kollege Freller, Sie haben das Wort.

Karl Freller (CSU): Stimmen Sie mir zu, dass es eine großartige Sache ist, dass derjenige jetzt an der Spitze Bayerns steht, der das Ganze gelöst hat?

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat nun Kollege Dr. Kränzlein von der SPD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Herr Präsident, Herr Finanzminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Freller, gleich ein Wort vorweg an Sie. Ich erlebe Sie im Haushaltsausschuss immer als sehr still, sehr verträglich und leicht resignativ.

(Ingrid Heckner (CSU): Aus Sicht der Opposition!)

Aber hier habe ich den Eindruck, dass Sie Ihre Existenzberechtigung als stellvertretender Fraktionssprecher immer wieder nachweisen müssen, und da hauen Sie drauf und treffen weit, weit daneben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben im Haushaltsausschuss detailliert über die einzelnen Anträge gesprochen. Darum will ich jetzt auch mehr den großen Bogen schlagen. Nach dem, was hier gesprochen wurde, gehe ich kurz einmal auf die Metaebene, wenn Sie so wollen, also auf die Frage ein, wie gute Finanzpolitik, die sich schließlich im Haushalt niederschlägt, eigentlich ausschauen muss und wie man das am bayerischen Haushalt erklären kann.

Wenn Sie auch nur grundlegende Kenntnisse der Volkswirtschaft hätten, was ich Ihnen wünschen würde, und vielen anderen Finanzpolitikern,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

dann wüssten Sie

(Zuruf des Abgeordneten Karl Freller (CSU))

– Religionslehre allein reicht nicht, um als Finanzpolitiker auftreten zu können –, dann wüssten Sie, dass die Politik der Schuldenfreiheit eines Staates von allen Ökonomen, ob konservativ, fortschrittlich, liberal oder sozialdemokratisch,

(Zuruf von der CSU: Arroganz!)

als blanker Nonsens bezeichnet wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Hören Sie sich das einmal an: Was hat der Freistaat Bayern – und das weiß der Herr Freller wahrscheinlich nicht – für eine Staatsverschuldung? – Wir haben in Bayern eine Staatsverschuldung von 4 % bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt. Wir haben dabei bestimmte Dinge nicht einmal gegengerechnet; eigentlich wäre sie noch niedriger. Die Schuldengrenze in Europa ist auf 60 % festgelegt. Ich bin in Seminare gegangen, zu denen auch die Abgeordneten der CSU eingeladen waren, zum Beispiel beim ifo Institut, wo der für mich sehr geniale Carl Christian von Weizsäcker, einer der angesehensten Ökonomen dieser Republik, genau das ausgeführt hat: Bayern wurde von der EU – und Bayern ist ganz wesentlich dafür ausschlaggebend, dass wir einen hohen Exportüberschuss haben – genau dafür gerügt, dass wir mit dem Geld, das wir haben, eben nicht genug Investitionen tätigen, die wir tätigen müssten. Das ist sträflich; denn Bayern mit seinem extrem niedrigen Schuldenstand müsste Geld hernehmen, um genau das zu finanzieren, was wir momentan leisten müssten. Natürlich haben die bayerischen Firmen einen großen Anteil an dem Exportüberschuss. Herr Freller, der Staat ist eben nicht die schwäbische Hausfrau. Aber genau so argumentieren Sie; denn Sie wollen hier Hausfrauenpolitik machen. Da tut man den Hausfrauen sogar unrecht.

Die Investitionen des Staates, Herr Freller, müssen wir in Bildung, in Forschung, in Wissenschaft, in Infrastruktur und in Zukunftstechnologie tätigen. Ein kaum verschuldeter Staat, der das nicht macht, sichert nicht die Zukunft ab. Er macht die Zukunft unsicher. Rentable Schulden, die wir machen müssten und machen könnten, würden zum Beispiel im ganz Kleinen verhindern, dass wir Lehrer nur befristet anstellen und für die Ferien sechs Wochen ausstellen. Das ist Ihre Politik.

(Beifall bei der SPD)

Für eine Politik, bei der man auch in große Investitionen geht, hat der Kollege Güller unzählige Beispiele gebracht, deren Verwirklichung wir uns wünschen würden. Da

schaffen wir Arbeitsplätze, schaffen in Zukunft höhere Steuereinnahmen ohne Steuererhöhung und stärken die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Genau da wollen wir hin. Aber Sie sparen an der falschen Stelle, und Sie geben an der falschen Stelle Geld aus. Da wurden Ihnen vom Kollegen Güller Beispiele genannt. Nehmen Sie nur pars pro toto den Wohnungsbau. Nehmen Sie die Studenten. Im Minimum eine Million Studenten werden sich in einem Ballungsraum keine Wohnung mehr leisten können, und zwar nicht einmal zur Miete. In München kosten 25 m² inzwischen 750 Euro. Das zeigt doch: Wir brauchen Geld für die Studentenwerke, damit sie Studentenwohnungen bauen. Das ist die wohnungspolitische Seite.

(Beifall bei der SPD)

Es hat auch etwas mit Bildungsgerechtigkeit zu tun. Wo können denn bei diesen finanziellen Möglichkeiten die vielen Studenten noch studieren? Und wenn sie studieren können, müssen sie die Hälfte der Zeit für Nebenjobs aufwenden. Das ist genau die fehlgeleitete Sparpolitik, die Sie gemacht haben und für die Sie verantwortlich sind.

(Beifall bei der SPD)

Schauen Sie sich einmal an, wie Sie die Hochschulen geschwächt haben. Schauen Sie sich einmal an, wie der Mittelbau an den Hochschulen ausgestattet ist: finanziell sträflich vernachlässigt. Die Lehrbeauftragten haben Hungerlöhne, und die Grundfinanzierung der Universitäten fehlt völlig. Sie leben inzwischen stärker vom Firmensponsoring als von der staatlichen Grundfinanzierung. Es kann doch bei einem Staat mit diesen finanziellen Möglichkeiten nicht sein, dass er so wenig dafür aufbringt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Da könnte ich Ihnen jetzt ewig Weiteres benennen. Zum Beispiel könnte man den ÖPNV und zwar nicht nur in den Ballungsräumen, enorm ertüchtigen. Das wäre unglaublich wichtig auch für den Umweltschutzbereich – Smog und Ähnliches ist das Thema. Sie geben Geld an der falschen Stelle aus und sparen an der falschen Stelle.

Das Familiengeld wurde genannt. Ich gönne es allen, wenn sie gut verdienen. Aber wer in Bogenhausen oder in Grünwald wohnt, der braucht kein Familiengeld, und die anderen, die es brauchen, bräuchten etwas mehr, als man ihnen gibt. Nicht mit der Gießkanne übers Land ziehen, sondern intelligent investieren. Das haben Sie nie gemacht, und das werfen wir Ihnen vor.

(Beifall bei der SPD)

Als Letztes fast ein persönliches Anliegen von mir. Vom Kollegen Güller wurde Ihnen schon einiges vorgehalten: Grenzpolizei, Reiterstaffel, Landesamt für Asyl. Alle diese Dinge machen Sie zu dem vermeintlichen Zweck, der AfD das Wasser abzugraben. Aber faktisch leiten Sie Wasser auf die Mühlen der AfD.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vor dieser schwierigen Situation in diesem Land stehen wir heute.

Es muss Sie doch nachdenklich machen, wenn man durch München fährt, dass man viele Plakate der AfD hängen sieht, auf denen steht: AfD – Wir halten, was die CSU verspricht! – Ich sage Ihnen nur: Machen Sie alle miteinander, auch die Finanzpolitiker, in den Ferien einen volkswirtschaftlichen Grundkurs; das schadet nicht.

Einen Wunsch für die neue Legislaturperiode haben wir: Gehen wir auf einer gemeinsamen demokratischen Basis in diese neue Legislaturperiode, damit die AfD mit ihren weitgehend verfassungsfeindlich, rassistisch und autoritär denkenden Mitgliedern nicht das Projekt Europa, nicht diese freiheitliche Demokratie und nicht den guten Ruf Deutschlands in der Welt zerstört.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE))

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nächster Redner ist der Kollege Herold.

Hans Herold (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst ein persönliches Wort an Herrn

Kollegen Dr. Kränzlein. Ich empfand es als keinen guten Stil, lieber Kollege, Herrn Freller darauf hinzuweisen, dass bei ihm überhaupt keine Wirtschaftskenntnisse vorhanden seien. Das möchte ich gleich zu Beginn meiner Rede deutlich sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ihre Rede hat ganz deutlich die großen Unterschiede zwischen der CSU und der Staatsregierung einerseits und der Opposition, insbesondere der SPD, andererseits gezeigt. Sie haben gesagt, dass Schuldenfreiheit Nonsens sei. Wir sagen genau das Gegenteil. Schuldenfreiheit heißt Verantwortung für unsere junge Generation.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Deswegen gilt für uns schon immer das Motto: Die Einnahmen bestimmen die Ausgaben. Das heißt konkret: Mit dieser seriösen Finanzpolitik kann man Rücklagen bilden, um auch in der Zukunft investieren zu können, wenn Bedarf besteht. Bei Ihnen ist genau das Gegenteil der Fall. Bei Ihnen bestimmen die Ausgaben die Einnahmen. Deswegen betreiben Sie insbesondere auf Länderebene eine Schuldenpolitik, zum Beispiel in Berlin, in Bremen oder auch in Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von der SPD: Hören Sie auf mit dem Quatsch!)

Der 2. Nachtragshaushalt 2018 ist, wie ich meine, die Fortsetzung einer zukunftsorientierten Finanzpolitik. Deswegen sage ich gleich zu Beginn meiner Rede ein herzliches Dankeschön an unseren Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder und an unseren Finanzminister Albert Füracker.

(Beifall bei der CSU – Harald Güller (SPD): Wo ist denn der Ministerpräsident?)

Ich habe mir die Reden der Opposition angehört. Man könnte glauben, dass wir in einem anderen Bundesland leben, zum Beispiel in Berlin, wo es No-go-Areas gibt. So etwas werden Sie in Bayern nie vorfinden. In Bremen, Herr Kollege Güller, regnet es in Schulen hinein. Solche Fälle haben wir nicht in Bayern.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Ich möchte auf den Vergleich zurückkommen, den Herr Kollege Mütze von den GRÜNEN angesprochen hat. Herr Kollege, wenn ich spare, dann kann ich auch investieren, dann kann ich Rücklagen bilden. Das gilt sowohl für den privaten Haushalt als auch für den öffentlichen Haushalt. Deswegen ist es richtig und gut, dass wir mit diesem 2. Nachtragshaushalt 2018 Geld für die Bedürfnisse unserer Bürgerinnen und Bürger in die Hand nehmen, nämlich im Bereich der Pflege und im Bereich der Kinder.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Lieber Kollege Harald Güller, wir arbeiten – das muss ich ganz ehrlich sagen – sehr gut im Haushaltsausschuss zusammen, aber ich möchte doch unterstreichen, was Herr Kollege Freller gesagt hat. Deine Wortwahl vorhin, wonach wir mit diesem Nachtragshaushalt eine Milliarde Euro quasi verballert hätten, muss man sich auf der Zunge zergehen lassen.

(Harald Güller (SPD): Man muss nachdenken und das ändern!)

Ist das Geld verballert, wenn wir Hundertausende von Familien mit Pflegegeld unterstützen? – Ich sage: Nein. Dieses Geld ist gut angelegt und nicht verballert. Ist das Geld verballert, wenn wir Hundertausende von Familien mit dem Bayerischen Familiengeld, mit der Bayerischen Eigenheimzulage oder auch mit dem Baukindergeld Plus unterstützen?

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Das ist wirklich verballert!)

– Nein, das ist nicht verballert, das ist gut angelegtes Geld für die Bedürfnisse der Menschen in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen können wir gemeinsam stolz sein, dass wir in den letzten Jahrzehnten aufgrund dieser seriösen und auch zukunftsorientierten Finanzpolitik der Staatsregierung und der CSU-Mehrheitsfraktion Rücklagen in Höhe von 6 Milliarden Euro angespart haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ich will, lieber Kollege Harald Güller, auf deine Aussagen zurückkommen. Ich hatte den Eindruck, dass man deine Rede auch als Oppositionspolitiker im Parlament der Stadt München hätte halten können. Ich denke zum Beispiel an den Zustand der Schulgebäude. Ich komme aus einem großen Stimmkreis mit 49 Städten und Gemeinden und mit zwei Landkreisen. Ich kenne keine Schule in meinen Landkreisen oder auch im gesamten Stimmkreis, in die es irgendwo hineinregnet. Ganz im Gegenteil: Die Zustände in den staatlichen Schulen, aber auch in den Schulen der meisten Kommunen, sind sehr gut im Unterschied zum Zustand der Schulen in München.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Mein zweiter Punkt, lieber Harald Güller, betrifft die Kitas. In meinem Stimmkreis – das muss ich ganz ehrlich sagen – werden sehr viele Kinderbetreuungsplätze ausgebaut, insbesondere aufgrund des großartigen Programms der Staatsregierung, von der wir Fördermittel zwischen 80 und 90 % bekommen. In der SPD-regierten Landeshauptstadt München gibt es Probleme, auch in Nürnberg. Da ist das Problem vorhanden, dass Sie keine Plätze für die Kinder finden.

(Widerspruch des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Deswegen muss dort entsprechend nachgearbeitet werden.

Ich möchte kurz auf Herrn Kollegen Pohl zurückkommen. Lieber Kollege Bernhard Pohl, ich muss ehrlich sagen, dass du in Teilen deiner Rede das Thema verfehlt hast.

(Widerspruch des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Wir reden heute über den Haushalt 2018 und nicht über die große Bundespolitik. Eure Politik, die Politik der FREIEN WÄHLER, hat die Überschrift "Freibier für alle". "Freibier für alle" ist unseriös und unverantwortlich.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Freibier für Berlin! 6 Milliarden Finanzausgleich!)

Ihr könntet auch eine Unterschriftenliste zur Abschaffung der Steuern auslegen. Auch dann würdet ihr viele Unterschriften bekommen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): 6 Milliarden Euro beträgt die Zahlung in den Finanzausgleich!)

Lassen Sie mich ganz kurz zu den Änderungsanträgen der FREIEN WÄHLER kommen.

Das ist eben schon erwähnt worden. Zum Doppelhaushalt 2017/2018 betrug das Volumen der Änderungsanträge ungefähr 3,2 Milliarden Euro, im ersten Nachtragshaushalt betrug es 2 Milliarden Euro, im zweiten Nachtragshaushalt 1,5 Milliarden Euro.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Das ist keine seriöse Politik, das ist Populismus pur.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Es gibt noch einen Punkt, der mir ganz wichtig ist und über den ich selbst erstaunt war. Man muss wissen, dass bei der Abstimmung und auch bei der Debatte des Einzelplans im Haushaltsausschuss die FREIEN WÄHLER überhaupt nicht anwesend waren. Als wir über die Änderungsanträge der FREIEN WÄHLER beraten und abgestimmt haben, war niemand von den FREIEN WÄHLERN anwesend. Das kann man auch im Protokoll nachlesen. Deswegen empfehle ich euch, liebe Kolleginnen und Kollegen von den FREIEN WÄHLERN: Verschickt dieses Protokoll an die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister oder auch an diejenigen, die letztlich davon betroffen sind.

Lieber Kollege Thomas Mütze, es ist richtig, dass wir uns immer wieder gegen den Eingriff in die Rücklagen ausgesprochen haben. Das ist richtig, weil ich der Meinung bin, dass wir die Gelder nur für bestimmte Bereiche nehmen sollten. Ich sage aber auch, dass wir in den letzten drei Jahren circa 9,5 Milliarden Euro zur Unterstützung, Förderung und Integration von Menschen in die Hand genommen haben. Das ist sehr viel Geld. Da müssen wir uns nicht verstecken. Wir nehmen mehr Geld als jedes andere Bundesland in diesem Bereich in die Hand. Deswegen sage ich auch mit großem Stolz: Jetzt nehmen wir gut 900 Millionen Euro für die Bedürfnisse der Menschen in Bayern aus unseren angesparten Rücklagen in die Hand. Das ist gut so.

Wir haben wieder einen Haushalt ohne neue Schulden. Nennen Sie mir ein Bundesland in Deutschland, das es geschafft hat, bereits zum 12. oder 13. Mal einen Haushalt vorzulegen, ohne neue Schulden zu machen. Das gibt es nur im Freistaat Bayern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Schwerpunkte dieses Haushalts, zum Beispiel das Bayerische Landespflegegeld in Höhe von 400 Millionen Euro, das Bayerische Familiengeld in Höhe von 260 Millionen Euro, die Bayerische Eigenheimzulage in Höhe von 150 Millionen Euro, das Baukindergeld Plus in Höhe von 37,5 Millionen Euro und natürlich die Wohnraumförderung in Höhe von 200 Millionen Euro sind gut angelegtes Geld für die Menschen in Bayern.

Ein Punkt ist mir auch noch ganz wichtig. Ich bin sehr dankbar dafür, dass wir es gemeinsam geschafft haben, weitere Mittel für den öffentlichen Personennahverkehr im ländlichen Raum bereitzustellen. Das ist vor allem für die Zukunft unseres ländlichen Raumes von großer Bedeutung. Ich bin sehr froh darüber, dass wir die Mittel dafür auf insgesamt 100 Millionen Euro erhöht haben. Ich bin auch sehr froh darüber, dass wir weitere Mittel für Dorferneuerungsmaßnahmen, für die Städtebauförderung und für die Heimatstrategie, Stichwort Behördenverlagerungen, zur Verfügung gestellt haben. Das ist für die Zukunftsfähigkeit unseres ländlichen Raumes eine wichtige Maßnahme.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, insbesondere lieber Herr Kollege Bernhard Pohl, können Sie mir sagen, wie wir den Länderfinanzausgleich vollständig abschaffen sollen? Sie kritisieren ständig, dass wir dafür zahlen müssen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Zwischen Abschaffen und den Mitteln, die wir dafür zur Verfügung stellen, besteht ein Unterschied! 10 % unseres Haushaltsvolumens werden da verballert!)

Bayern zahlt weit über 50 % des Länderfinanzausgleichs. Wir haben aber Bundesgesetze. Wollen Sie das abschaffen? Das Land Berlin erhält allein über drei Milliarden Euro. Konkret heißt das, dass sich der Freistaat Bayern bedauerlicherweise an der Katastrophe des Berliner Flughafens beteiligt. Glücklicherweise ist es Horst Seehofer und Markus Söder gelungen, eine gewisse Modifizierung zu erreichen, sodass der Freistaat Bayern künftig, ab dem Jahr 2020, nicht mehr so viel in diesen Länderfinanzausgleich einzahlen muss. Wir können nur hoffen, dass sich andere Bundesländer, insbesondere rot-grün-regierte Bundesländer, in der Zukunft besser entwickeln, damit weniger Geld benötigt wird.

Abschließend möchte ich noch auf einen Punkt eingehen, der mir persönlich sehr wichtig ist. Hier wird von der Opposition über die Situation im Freistaat Bayern gejammert und geschimpft. Ich muss Ihnen aber eines ganz ehrlich sagen: In keinem deutschen Bundesland gibt es eine so hohe Lebensqualität wie im Freistaat Bayern. In den meisten Regionen des Freistaats Bayern gibt es Vollbeschäftigung. Wo gibt es denn das noch? Unsere Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 2 %. Wo gibt es solche Daten? In den meisten Kommunen, ausgenommen vielleicht in München und in Nürnberg, gibt es sehr gute Kitas, in denen die meisten Kinder untergebracht werden.

Wir haben grandiose Schulen, Grundschulen, Mittelschulen, Realschulen und berufliche Schulen. Für diese Schulen sind natürlich in erster Linie die Sachaufwandsträger verantwortlich; sie werden aber auch vom Freistaat Bayern unterstützt. Deswegen bin ich davon überzeugt, dass die Situation im Freistaat Bayern gut ist. Gerade dieser

zweite Nachtragshaushalt für das Jahr 2018 ist eine gute Grundlage, um den Freistaat Bayern auch künftig für die Menschen voranzubringen. In diesem Sinne: Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bleiben Sie bitte am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Woerlein.

Herbert Woerlein (SPD): Herr Kollege Herold, die Sommerpause steht an, und da gehen wir Abgeordnete gerne vor Ort. Ich hätte eine schöne Empfehlung für Sie: Besuchen Sie doch die Berufsoberschule in Augsburg. Die Berufsoberschule in Augsburg ist keine x-beliebige Schule, sondern die Schule, in der der Ministerialbeauftragte für die Beruflichen Oberschulen in Südbayern, Herr Konrad Maurer, sitzt.

Der Schulleiter, Herr Dr. Laqua, hat mich auf Dinge aufmerksam gemacht, die man nicht glauben kann, wenn man Ihre Rede hört. An dieser Schule regnet es seit über einem Jahr in mehrere Klassenzimmer. Die Fenster sind mit Kartons zugepappt. Technisches Gerät, zum Beispiel die Computer- und die IT-Ausstattung, wurde durch das Wasser teilweise zerstört. Hören Sie also auf, hier ständig zu behaupten, wir hätten ideale Verhältnisse und lebten in der Vorstufe zum Paradies.

Viele unserer engagierten Lehrkräfte arbeiten unter wirklich miesen Bedingungen. Als Beispiele nenne ich Hunderte von Containern, in denen manche Klassen über Jahre hinweg unterrichtet werden. In Bayern gibt es sicherlich Leuchtturmschulen. Verschweigen Sie aber bitte nicht, dass viele Kolleginnen und Kollegen im Lehramt unter völlig unzumutbaren Bedingungen arbeiten müssen. Noch einmal: Berufsoberschule Augsburg, ein guter Termin für die Ferien.

(Beifall bei der SPD)

Hans Herold (CSU): Lieber Herr Kollege, ich gehe davon aus, dass Sie wissen, wer hier zuständig ist. Auch für solche Schulen ist der Sachaufwandsträger zuständig. Ich

gehe davon aus, dass es in Augsburg Stadträte gibt, die auch im Landtag sitzen. Sie müssen diese Leute eben auf die Probleme hinweisen.

(Widerspruch bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Das Wort hat Herr Herold.

Hans Herold (CSU): Um Einzelmaßnahmen müssen Sie sich selbst kümmern. Dafür sind die Vertreter des Stadtrats Augsburg zuständig.

Ich möchte noch einen Punkt ansprechen, den ich vorher vergessen habe. Lieber Herr Kollege Bernhard Pohl, wenn ich mir die Aussagen zum Flächenverbrauch ansehe, frage ich mich, wie ihr euch draußen aufstellt.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Genau so!)

– Eben nicht! Ganz im Gegenteil! Sie haben hier klipp und klar erklärt, man dürfte beim Flächenverbrauch nicht so stark eingrenzen wie auf der Schiene der GRÜNEN. Ich kenne bei mir zu Hause einen Fall, in dem die Kolleginnen und Kollegen der FREIEN WÄHLER genau das Gegenteil behaupten.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sie haben daheim einen Fall?)

– Ja, in einer Kommune in meinem Stimmkreis gibt es einen Fall, in dem sich die Kommune dafür einsetzt, dass in die Höhe gebaut werden soll, um Flächen zu sparen. Was tun die Kollegen der FREIEN WÄHLER? – Sie stellen sich an die Spitze einer Bewegung, um das zu verhindern. Die FREIEN WÄHLER sprechen im Landtag so und daheim ganz anders.

(Beifall bei der CSU – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ich habe im Stimmkreis einen Kollegen, der sagt: Merkel muss weg!)

Nachdem ich noch Zeit habe, möchte ich mich bei Herrn Kollegen Peter Winter für die großartige Arbeit bedanken, die er in den letzten fünf Jahren als unser Ausschussvor-

sitzender geleistet hat. Ich bedanke mich aber auch bei allen anderen Kolleginnen und Kollegen des Haushaltsausschusses, auch bei den Kolleginnen und Kollegen der Opposition. Das möchte ich deutlich hervorheben.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Knoblauch.

Günther Knoblauch (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegen Herold, Freller und andere Kollegen der CSU, dort oben auf der Tribüne sitzen junge Leute, die sich wahrscheinlich denken: Wissen denn die überhaupt noch, worum es geht? Wir haben in der Politik eine Krise, die von allen etablierten Parteien beklagt wird. Dazu tragen insbesondere Ihre Ausführungen bei. Sie sagen immer: Wir sind die Größten, die Schönsten und die Besten.

(Hans Herold (CSU): Und ihr sagt genau das Gegenteil!)

Was interessiert denn einen Bürger in Bayern, was in Berlin droben passiert, wenn er hier ein Problem hat. Wir müssen die Leute verstehen. Wir müssen ihnen verdeutlichen, dass wir wissen, um was es geht.

Ich möchte einen Punkt herausgreifen, der besonders wichtig ist. Vorhin hat es geheißen, wir müssten uns bei den Unternehmern bedanken – natürlich. Wir müssen uns aber auch bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bedanken; denn ohne sie wären die Arbeitgeber überhaupt nichts. Die Kooperation zwischen beiden macht es.

Ein Punkt, über den heute überhaupt noch nicht gesprochen wurde, ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Unsere Anträge, mit denen wir dazu einen Beitrag leisten wollten, wurden von der CSU immer abgelehnt. Wir haben eine Qualitätsoffensive für die Kindertagesstätten vorgeschlagen. Leider ist das alles abgelehnt worden.

Was meinen Sie, was in Familien gedacht wird, in denen niemand zur Arbeit gehen kann, weil die Zeit für die Betreuung gebraucht wird? Was denkt eine Alleinerziehende, die vielleicht sogar pendeln müsste, um zur Arbeit zu kommen? Sie möchte arbeiten gehen, aber in dieser Zeit muss das Kind betreut werden. Wer nicht arbeiten gehen kann, hat Angst, wenig Rente zu bekommen, weil vorher wenig verdient wurde. Auch der Aspekt der Lebensqualität darf nicht außer Acht gelassen werden. Denken Sie einmal darüber nach: Wir sind in der Bundesrepublik das Land mit der höchsten Armutssteigerung.

Wir, die SPD, haben beantragt, die Ganztagsbetreuung zu erweitern, damit auch die Rand- und Ferienzeiten umfasst sind. Was sage ich Eltern, die früh um halb sieben zur Arbeit fahren müssen und erst abends um halb sieben wieder heimkommen? Wer soll die Kinder betreuen, wenn die Oma nicht da ist? Diesen Eltern ist das Familiengeld überhaupt keine Hilfe. Diese Eltern brauchen ein Betreuungsgeld. Das Problem setzt sich übrigens fort, wenn die Kinder die Kindertagesstätte verlassen und in die Grundschule gehen. Wir sind in der Bundesrepublik Schlusslicht bei der Ganztagsbetreuung.

Auch die Qualität in den Kitas lässt zu wünschen übrig. Wir haben Anträge gestellt, um zu Verbesserungen beim Personal zu kommen. Dazu gehört auch eine entsprechende finanzielle Ausstattung der Kommunen. Ich muss auch sagen, dass es unsere gemeinsame Aufgabe ist – Kollege Winter ist leider nicht im Saal –, darauf hinzuwirken, dass die Menschen draußen eine hohe Lebensqualität haben. Dazu trägt bei, dass sie so leben können, wie sie es brauchen. Die Eltern müssen für die Kinder alles machen können, aber es kann nicht sein, dass sie den Großteil ihres Einkommens für die Kinderbetreuung ausgeben müssen und den Rest für die Wohnung usw.

Wir müssen auch dazu kommen, dass die Arbeit derjenigen, die sich um die Kinder kümmern – zu dieser Arbeit gehören auch die Leitungsaufgaben in einer Kindertagesstätte, der Umgang mit behinderten Kindern und mit Kindern, die aus anderen Grün-

den besonderer Fürsorge bedürfen –, besser anerkannt wird. Entsprechende Anträge hat die CSU bisher abgelehnt.

Da hier schon häufig von der Regierungserklärung von Herrn Söder die Rede war, stelle ich fest: In dem 10-Punkte-Programm findet sich kein Wort zu behinderten oder zu aus anderen Gründen benachteiligten Menschen in unserem Land. Kein Wort! Es tut mir leid, dass ich das so sagen muss.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Redezeit geht zu Ende. Aber eines muss ich noch sagen: Liebe Freunde von der CSU, wir sind froh darüber, dass in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften für die Menschen, die an Maschinen arbeiten – dazu gehört auch der IT-Spezialist –, manches erreicht worden ist.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Günther Knoblauch (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Wir müssen aber auch an diejenigen denken, die bei ihrer Arbeit mit Menschen umgehen. Dazu gehören unter anderem Lehrer und diejenigen, die in der Kinderbetreuung und der Pflege tätig sind. Auch diese Menschen müssen für ihre Leistungen entsprechend bezahlt werden. Sie müssen in unserer Gesellschaft, auch in unserer Politik, wieder höhere Wertschätzung erhalten. Dazu müssen wir zurückkommen.

In diesem Sinne werden wir dem Haushalt nicht zustimmen, weil unsere Anträge von der CSU immer abgelehnt worden sind.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Mütze.

Thomas Mütze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Da die Emotionen etwas zurückgegangen sind und ich noch etwas Redezeit habe, möchte ich noch zwei Anmerkungen machen.

Warum kommt die Opposition zu dem Urteil, die Staatsregierung und die sie tragende CSU gebe das Geld als Kosmetik aus? "Verballert" hat der Kollege gesagt. Das kann man sagen; man muss es nicht so sagen. Ich will zwei Beispiele nennen. Das erste Beispiel betrifft den Hebammenbonus. Sie geben den Hebammen 1.000 Euro pro Jahr. Das ist eine schöne Geste, die die Hebamme erfreut. Das löst aber nicht das Problem.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben zu wenige Hebammen. Hebammen müssen ihren Job aufgeben, weil sie es sich nicht mehr leisten können, freiberuflich tätig zu sein. Der Versicherungsbeitrag, den freiberufliche Hebammen zu entrichten haben, beträgt inzwischen über 6.000 Euro pro Jahr. Dieses Problem wird durch den Hebammenbonus nicht gelöst; es bleibt bei der Geste. Man kann das machen; man muss es nicht machen.

(Zuruf von der CSU: Sollen wir die 1.000 Euro nicht zahlen?)

– Sie könnten auch versuchen, das Problem zu lösen, statt nur einen Scheck herüberzuschieben. Ein Scheck ist immer schön. Das Problem bleibt jedoch bestehen.

Das zweite Beispiel betrifft das Pflegegeld für pflegende Angehörige. Auch schön – 1.000 Euro für jeden pflegenden Angehörigen. Ein Dankeschön für die Arbeit dieser Menschen! Ich saß bei der Verleihung

(Peter Winter (CSU): Verdienstordens!)

– des Bayerischen Verdienstordens, genau – neben einer Frau Müller aus der Oberpfalz. Diese Frau Müller hat vier Angehörige insgesamt 70 Jahre lang gepflegt. Das hat sie nicht deshalb gemacht, um dafür 1.000 Euro zu erhalten. Das hat sie gemacht,

weil, wie sie gesagt hat, Blut dicker als Wasser ist. Die 1.000 Euro sind natürlich ein schöner Ausdruck des Dankes. Damit werden aber die eigentlichen Probleme nicht gelöst: Wir haben zu wenige Menschen in der Pflege, die dort Tätigen verdienen zu wenig, der Beruf ist nicht attraktiv. All diese Probleme werden durch diese 1.000 Euro nicht gelöst, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Deswegen sagen wir: Das ist Kosmetik, das ist das Rausschmeißen von Geld, damit werden die Probleme nicht gelöst. Deswegen lehnen wir diesen Haushalt ab. Das ist das eine.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Zweite: Das ist meine letzte Haushaltsrede. Da ich es in meiner Rede vorhin vergessen habe, möchte ich mich an dieser Stelle herzlich bei allen Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss für das gute Klima, das wir hatten – nicht immer, aber meistens –, bedanken. Besonders bedanken darf ich mich bei demjenigen, der auch für das gute Klima zuständig war, dem Kollegen Peter Winter. Er hat dafür gesorgt, dass wir gut zusammengearbeitet haben. Vielen Dank, Peter Winter! Alles Gute für die Zukunft!

(Beifall bei den GRÜNEN und der CSU – Peter Winter (CSU): Ebenfalls! Danke!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Herr Herold hat noch einmal um das Wort gebeten.

Hans Herold (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch zwei Punkte ansprechen, die mir während der Rede des Kollegen Knoblauch aufgefallen sind. Lieber Kollege Knoblauch, du hast auch das Familiengeld angesprochen. Es ist doch bekannt – das sollte man deutlich hervorheben –, dass das Familiengeld natürlich auch für die Deckung der Kitagebühren verwendet werden darf. Das ist ein entscheidender Hinweis, wenn es um das Familiengeld geht.

Als nächsten Punkt hast du die Unterstützung der Kommunen erwähnt. Man muss doch endlich anerkennen, dass die Kommunen im Freistaat Bayern über den kommunalen Finanzausgleich in den letzten Jahren so viel Geld bekommen haben wie bis dahin noch nie, nämlich 9,51 Milliarden Euro.

Abschließend zu einem Punkt, der mir auch persönlich sehr wichtig ist: Du hast in Bezug auf die Würdigung der Leistungen, die für Menschen mit Behinderung erbracht werden, Kritik geübt. Dazu kann ich aus Erfahrung sprechen. Ich bin Vorsitzender der Lebenshilfe in meinem Landkreis Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim. Wir betreuen circa 1.000 Menschen mit Behinderung. Ich sehe, welche Leistungen für diese Menschen erbracht werden, auch von der öffentlichen Hand, insbesondere vom Freistaat Bayern. Dafür möchte ich mich bei unserer ehemaligen Sozialministerin Emilia Müller, aber auch bei der Nachfolgerin, Ministerin Schreyer, sehr herzlich bedanken. Es wird sehr viel gemacht. In meinem Landkreis gibt es eine Schule für geistig behinderte Kinder. Auch in Bezug darauf gewährt uns der Staat immer wieder große Unterstützung. Wir haben für Menschen mit Behinderung nach dem Erwerbsleben eine Tagesstruktur geschaffen. Für diese wunderbare Einrichtung haben wir extrem hohe Fördermittel bekommen. Erwähnen möchte ich auch die Unterstützung bei der Errichtung von Wohnheimen für Menschen mit Behinderung und für die Einrichtung von Förderstätten. Auch dafür bin ich sehr dankbar.

Ich möchte abschließend deutlich hervorheben, dass gerade der Freistaat Bayern, auch die Staatsregierung, für Menschen mit Behinderung sehr viel tut.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nun hat Herr Staatsminister Füracker das Wort.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen, Landesentwicklung und Heimat): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin in einer wirklich guten Situation; denn ich dachte zunächst, es werde nicht notwendig sein, 48 Minuten

zu reden. Jetzt, da es erforderlich wäre, zwei Stunden zu reden, bin ich wiederum froh, dass ich noch 48 Minuten habe. Ich freue mich auf Ihre höchste Aufmerksamkeit.

Ich möchte all das, was uns heute geraten wurde, verstehen und für unseren Haushalt nachvollziehen. Wir wurden aufgefordert, viel zu bauen. Wir wurden aufgefordert, dafür keine Flächen zu verbrauchen. Wir wurden aufgefordert, keine neuen Schulden zu machen. Wir wurden aufgefordert, Schulden zu machen. Wir wurden aufgefordert, für eine hohe Investitionsquote zu sorgen. Gleichzeitig wurden wir aufgefordert – wenn ich das sagen darf: von demjenigen, der sich offensichtlich als Chefvolkswirt in diesem Hause sieht –, rentierliche Schulden zu machen. So sollen wir Geld aufnehmen, um Lehrer zu bezahlen. Ich habe genau mitgeschrieben.

Das Allerbeste war, dass mein lieber Kollege Knoblauch, den ich sehr schätze, heute ein Betreuungsgeld gefordert hat. Ich habe mitgeschrieben. Das Betreuungsgeld ist von dieser Seite des Hauses jahrelang als "Herdprämie" diffamiert worden. Beschimpft sind wir worden! Die Menschen, die sich entschieden haben, ihre Kinder zu Hause zu betreuen, sind für verrückt erklärt worden. Heute fordert der Herr Knoblauch – ich habe mitgeschrieben – ein Betreuungsgeld statt eines Familiengeldes. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei der CSU)

Ich muss ehrlich sagen, ich bin begeistert angesichts all dessen, was mir geraten wurde.

Ich habe einen Vorschlag zu machen. Ich bin froh, dass ihr euch so engagiert; insbesondere die SPD ist insoweit sehr engagiert.

Eure Konzepte führen momentan dazu, dass ihr in allen belastbaren Umfragen, die im Freistaat Bayern durchgeführt werden, noch auf sagenhafte 12 % kommt. Das ging nach der letzten Wahl bei 20 % los; jetzt ist man bei 12 %. Man glaubt, die 12 % dadurch zu verbessern, indem man hier im Plenum vor allem eines macht: Die CSU zu

beschimpfen, der Staatsregierung Unfähigkeit zu unterstellen und vor allen Dingen zu negieren, wie es diesem Land wirklich geht. Ich gehöre zu den Menschen, die sich dazu bekennen, dass der Freistaat Bayern nicht das Paradies selbst oder das Himmelreich auf Erden ist. Eines müsst ihr mir aber schon einmal sagen: Habt ihr in Jahrzehnten noch nicht verstanden, dass das ständige Schlechtreden, das ständige Herunterreden dieses wunderbaren Landes die Menschen nicht von eurer politischen Leistungsfähigkeit und Kraft überzeugt? Versteht das doch einfach einmal!

(Beifall bei der CSU)

Ihr redet Bayern nur schlecht; alles wird schlechtgeredet.

Ich habe euch zweieinhalb Stunden lang zugehört und habe mit depressiver Stimmung kämpfen müssen. Ich musste mir schon überlegen: Soll ich dieses Land verlassen; wahrscheinlich ist es anderswo viel besser? – Ich rate Ihnen: Wenn die SPD nicht mehr mit 20 %, sondern mit 12 % der Stimmen gewählt wird, haben viele Kollegen die Chance, nicht mehr dem Bayerischen Landtag angehören zu müssen. Sie haben freie Wahl des Landes. Gehen Sie nach Nordrhein-Westfalen, wenn Sie glauben, dass dort die Lebensverhältnisse besser sind. Gehen Sie dort hin, und erklären Sie den Menschen in Nordrhein-Westfalen, wie man richtig Politik macht, aber doch nicht dauernd uns.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, dieses wunderbare Land ist nicht zerstört. Dieses wunderbare Land erfreut sich höchster Zuwachsraten im Tourismus. Das spricht dafür, dass wir im Bereich von Umweltschutz und Landschaft nicht alles verkehrt machen konnten. Dieses schöne Land, meine Damen und Herren, hat ein Niveau erreicht, um das uns alle anderen auf dieser Welt beneiden. Ich fordere Sie auf: Nennen Sie mir fünf Länder auf der Welt, in denen es dem Durchschnittsbürger besser geht als den Menschen in Bayern.

(Zuruf von der SPD: Liechtenstein, Schweiz!)

– Gehen Sie in der Schweiz essen. Ich möchte wissen, was der Durchschnittsbürger dazu sagt.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Der verdient auch das Doppelte!)

Meine lieben Freunde, wir sind beim Niveau angekommen. Ich freue mich.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN – Harald Güller (SPD): Wie es der Finanzminister vorgibt! Wir passen uns Ihrem Niveau an! – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte doch um etwas Ruhe.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen, Landesentwicklung und Heimat): – Und der Rentenbeitrag um 4 %. Aber das ist immer das Gleiche.

(Zuruf von der SPD – Unruhe)

– Ich habe 48 Minuten. Ich habe kein Problem. Ich kann warten.

(Margit Wild (SPD): Ich würde jetzt gerne einmal etwas Inhaltliches hören!)

– Ich habe schon etwas Inhaltliches gesagt, liebe Margit Wild. Die Forderung des Kollegen Knoblauch, ein Betreuungsgeld einzuführen, war der interessanteste Punkt des ganzen Tages.

(Margit Wild (SPD): Ja, okay!)

Bayern wird heruntergeredet. Nach Bayern kommen die Menschen. Nicht jedes Problem, das hier geschildert wird, hat der Freistaat Bayern verursacht. Sie lehnen heute bei diesem Haushalt aus Ihrer Wut und aus Ihrer Wahlkampfstimmung ab, dass wir ein Pflegegeld einführen. Sie lehnen ab, dass wir im Bereich des Bauens signifikante Verbesserungen beschließen, um zum Beispiel jungen Menschen die Bildung von Wohn-

eigentum zu erleichtern. Sie lehnen ab, dass wir in der inneren Sicherheit mehr tun können. Sie haben eine bestimmte Wortwahl an den Tag gelegt. Es ist geradezu eine Unverschämtheit, mir vorzuwerfen, ich würde ein bestimmtes Niveau anschlagen.

(Harald Güller (SPD): Das ist allerdings tatsächlich wahr!)

Da wird davon gesprochen, mit Geld zu sch... Wahrscheinlich muss man ein neues Wort finden; es heißt dann, mit Fäkalien überziehen oder sonst etwas, Herr Mütze. Ich hätte euch hören wollen, wenn das jemand von uns gesagt hätte.

(Harald Güller (SPD): Das hat der Kollege Reiß gesagt!)

– Herr Mütze hat dies hier am Rednerpult ausgesprochen. Dass der Chefvolkswirt allen, die keine volkswirtschaftliche Ausbildung haben, erklärt, dass sie nichts von der Welt verstehen und dann geht, spricht auch für sich. Dass man hier erfährt, dass die FREIEN WÄHLER bei den Haushaltsberatungen gar nicht im Ausschuss waren, ist interessant und kein Schmarrn. Das werden wir entsprechend verbreiten, Herr Pohl; da brauchen Sie sich nichts zu denken.

(Beifall bei der CSU – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Habt ihr sonst nichts?)

Sie stellen sich als der große Populist dieser Welt hier her. Sie retten den Länderfinanzausgleich. Sie retten alles, was es gibt.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ich habe nur den Ministerpräsidenten zitiert! Ist das verboten?)

Schreiben Sie bitte einmal alles, was Sie heute hier von sich gegeben haben, auf eine Seite eines Blattes Papier. Schreiben Sie dann auf die andere Seite des Blattes Papier, was das kostet und wer dafür zuständig ist. Dann können wir wieder seriös miteinander reden.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Viele Milliarden im Jahr nach Belieben!)

Gehen Sie dann in die Sitzungen, in denen die Dinge beschlossen werden. Hier reden Sie gescheit daher; im Haushaltsausschuss haben Sie sich gedrückt.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Schmarrn! Das ist falsch!)

Ich sage Ihnen noch etwas. – Falsch? – Dann ist hier eine Lüge erzählt worden? Fakt ist: Ich bin mir ganz sicher, dass Sie, wenn Sie auf Bundesebene über den Länderfinanzausgleich verhandeln müssten, in den vier Länder einzahlen und bei dem zwölf Länder kassieren, auf demokratischem Wege 100-prozentig erreicht hätten, dass die vier Länder, die bezahlen, am Schluss höchstens noch einen Bruchteil dessen bezahlen, was sie bisher einzahlen, und die zwölf Länder, die kassieren, praktisch nichts mehr bekommen. Sie wären auf jeden Fall der einzige Verhandlungsführer, der das erreicht hätte.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Demokratie hat eben auch mit Mehrheitsfindung zu tun. Wenn zwölf Länder kassieren und vier einzahlen, haben wir das Problem, in anderer Weise eine demokratische Mehrheit zu erreichen. Wir zahlen nun 1,3 Milliarden Euro weniger. Das ist schon ein großer Erfolg.

(Beifall bei der CSU)

Wir führen nun ein Regierungsprogramm nach dem Motto durch: Nicht nur reden, sondern auch handeln. Das ist ambitioniert, aber es ist, wie der Name schon sagt, das Beste für Bayern. Warum können wir das machen? – Wir können das nur deswegen machen, weil wir in den letzten Jahren nicht auf Sie gehört haben. Hätten wir auf Sie gehört, hätten wir keine 6,5 Milliarden Euro Rücklagen. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall bei der CSU – Harald Güller (SPD): Was ist mit Kindertagesstätten?)

Was höre ich heute? – Von dem einen höre ich "zu wenig", von dem anderen höre ich "zu viel", von dem einen höre ich "zu spät", von dem anderen höre ich, dass es gar

nicht notwendig wäre. Jeder rät uns etwas anderes. Immerhin ist uns aber heute geraten worden, ein Betreuungsgeld einzuführen. Das ist schon eine große neue Erkenntnis bei der SPD. Darüber freue ich mich sehr.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht um die großen gesellschaftlichen Herausforderungen. Von 6,5 Milliarden Euro Rücklagen verwenden wir 984 Millionen Euro für diesen Nachtragshaushalt. Hier wird darüber gesprochen, dass 10.000 Wohnungen zu wenige wären. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist immer alles zu wenig. Ich will aber sagen: Machen wir einen realistischen Beschrieb dessen, was der Staat zu tun hat. Wir regen den Wohnungsbau mit vielen anderen Initiativen an. Die 10.000 Wohnungen sind doch nicht das Einzige, was passiert. Dann wird immer erzählt, dass Wohnungen verkauft worden wären. – Stehen denn diese Wohnungen leer? Wäre es Ihnen denn lieber gewesen, wir hätten diese Wohnungen gekauft und würden jetzt keine neuen Wohnungen mehr bauen? Man muss schon auch noch die Wahrheit ein wenig in den Vordergrund rücken dürfen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: Bezahlbare Wohnungen!)

In Bayern wird der Wohnungsbau wie noch nie unterstützt. Sie sagen aber, dass das wie mit einer Gießkanne geschieht. Ich werde das den jungen Familien sagen, die jetzt das Baukindergeld bekommen, die jetzt die Eigenheimzulage des Freistaates Bayern erhalten. Ihnen sage ich, dass Sie im Landtag gesagt haben, dass das eine Förderung wie mit der Gießkanne sei, wenn man in den nächsten zehn Jahren, wenn man zwei oder drei Kinder hat, 30.000 oder 40.000 Euro bekommt. Die Opposition im Landtag hat gesagt: Man braucht das nicht, das sei nur ein Tropfen auf den heißen Stein. – Wenn 30.000 Euro oder 40.000 Euro, je nach Anzahl der Kinder, für Sie ein Tropfen auf den heißen Stein sind, frage ich mich, wie Sie überhaupt finanzpolitisch in den nächsten Jahren klarkommen wollen.

(Beifall bei der CSU)

Dann kommen die Rechenkünstler. Herr Pohl erklärt uns hier, wie viele Überstunden die bayerische Polizei hat.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Nein, ich habe kein Wort dazu gesagt!)

– Wer hat es dann gesagt?

(Zuruf von der SPD)

– Es war Herr Güller. Dann nehme ich das in aller Form zurück und entschuldige mich bei Herrn Pohl. Herr Güller, teilen Sie bitte 2,1 Millionen Überstunden durch 40.000 Menschen. Haben Sie das schon ausgerechnet? Wenn man 2,1 Millionen Überstunden durch 40.000 Menschen teilt – bei der Polizei haben wir immerhin 42.000 Menschen; ich teile es durch 40.000 Menschen –, ergibt dies im Durchschnitt 52,5 Überstunden.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): 32.000 Polizeibeamte!)

In der Tat kann man angesichts von 52 Überstunden fragen, ob das sein muss oder nicht. Sie sprechen aber davon, dass durchschnittlich 52 Überstunden bei der Polizei der größte innenpolitische Skandal wären. Dazu muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen: Das ist Wahlkampfpolemik pur, und sonst ist nichts dahinter.

(Beifall bei der CSU – Harald Güller (SPD): Ich habe auch nicht vom größten Skandal gesprochen! Ich habe gesagt, dass 10 % der Stellen fehlen!)

Wir hatten in Bayern noch nie so viele Polizeibeamte wie jetzt. Wir haben 42.400 Stellen. Das ist die höchste Zahl an Stellen bei der Polizei seit dem Zweiten Weltkrieg.

(Harald Güller (SPD): Und der Bevölkerungszahl!)

– Schreien Sie so weiter, Herr Güller.

Das wird vielleicht dazu führen, dass Sie von 12 auf 13 % kommen. Ich habe knapp drei Stunden lang zugehört. Jetzt darf ich ein paar Worte sagen. Aber der Herr Güller

hat vor allen Dingen eine Motivation: Durch Stören dem Finanzminister zu erklären, dass er nichts versteht.

(Harald Güller (SPD): Das muss ich nicht erklären!)

– Mein Gott, wenn das Ihre Motivation ist, dann machen Sie so weiter! Aber ich werde meine Rede fertig halten. Dann rede ich halt 52 Minuten, wenn Sie das möchten, kein Problem.

(Beifall bei der CSU – Harald Güller (SPD): Gern! Davon wird der Inhalt aber auch nicht besser!)

Die Tatsache, dass wir im Bereich der Bildung ebenso wie im Bereich der inneren Sicherheit ein Niveau erreicht haben, das es in dieser Weise noch nicht gab, ist eine Wahrheit, die ständig verschleiert und bewusst hintertrieben wird.

Wir haben in Bayern zurzeit auch bei den Lehrern Rekordzahlen. Wir haben in den letzten Jahren 14.000 Stellen – 7.500 Stellen neu geschaffen, 6.500 Stellen demografische Rendite – im System gelassen. Wie kann man dann dauernd sagen, wir würden bei den Lehrerstellen nicht anerkennen, dass wir mehr Bedarfe haben? Wir haben getan, was in den letzten Jahren möglich war. Weitere Lehrerstellen sind in dem neuen Haushalt wiederum angekündigt.

(Margit Wild (SPD): Das ist ja auch nötig!)

Insofern haben wir hier überhaupt keinen Dissens. Aber daraus immer zu schließen, dass die Bildung in Bayern darunter leide, dass wir die Lehrerzahlen nicht im Griff hätten – meine Damen und Herren, schauen Sie sich doch mal die Bildungsvergleiche an!

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Finnland!)

Schauen Sie sich all die bundesdeutschen Bildungsvergleiche an, und dann sagen Sie mir mal, ob es in Bayern, in Berlin oder sonst wo die beste Bildung gibt! Seien wir stolz

darauf, dass unsere Kinder in Bayern Bildung erfahren und nicht dort, wo die SPD regiert!

(Beifall bei der CSU – Dr. Ludwig Spaenle (CSU): So ist es! – Margit Wild (SPD): Das ist eine sehr undifferenzierte Aussage!)

Im Kindergarten schaffen wir Stellen für 2.000 neue Tagesmütter. Dann wird aber hier gesagt, es werde gar nichts für die Kinderbetreuung getan. Das stimmt doch schlicht nicht. Es wird halt nicht zur Kenntnis genommen, wenn es im Haushalt steht. Da muss man hundert Mal das Gleiche erklären, und dann wird es wieder bestritten.

Das Gleiche gilt für die Gesamtsituation im Land beim Thema Bildung, meine Damen und Herren. Ich jedenfalls kenne kein einziges Kind im ländlichen Raum, das nicht die Chance hätte, in zumutbarer Entfernung jegliche Schule zu erreichen, die für die Bildung notwendig ist. Keines! Sie haben nur eine falsche Auffassung von Bildung.

(Lachen bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Sie glauben und behaupten immer, der Mensch beginne erst mit einer akademischen Ausbildung. Das ist Ihre Debatte.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Ihr habt über 60 Jahre das Bildungssystem in Bayern geprägt!)

Wir haben in Bayern ein Bildungssystem, bei dem es nicht darauf ankommt, welchen Beruf der Vater hat und in welchem Dorf das Kind lebt.

(Margit Wild (SPD): Man sollte sich nie auf ein Themenfeld begeben, von dem man nichts versteht! – Weitere Zurufe)

Bei uns in Bayern – –

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Meine Damen und Herren, bitte beruhigen Sie sich etwas! Der Herr Minister hat das Wort.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen, Landesentwicklung und Heimat): Bei uns in Bayern – –

(Weitere Zurufe)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Minister, warten Sie ein bisschen ab, bis Ruhe einkehrt. Sie können sowieso so lange reden, wie Sie wollen.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen, Landesentwicklung und Heimat): – Die geben die ganze Sitzung keine Ruhe. – Bei uns in Bayern wird jedes Kind in jedem Dorf jeden Tag zur Schule abgeholt, in die Schule der Wahl und des Wunsches gebracht und am Nachmittag oder abends wieder zurückgebracht, und das bis zur 11. Klasse kostenlos. Wenn ein Kind nach einer Grundschulausbildung nicht auf ein Gymnasium geht, sondern an eine Mittelschule, erfährt es dort eine hervorragende Bildung. Wenn ein Kind keinen mittleren Schulabschluss hat, sondern eine Lehre im Handwerk macht, kann es als Handwerksmeister, wenn es das möchte, akademische Bildung erreichen.

(Beifall bei der CSU – Hans Herold (CSU): So ist es!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, 42 % der Menschen, die in Bayern studieren, haben kein Abitur am Gymnasium gemacht. 42 %! Und da wird uns dauernd erklärt, die Bildungschancen in Bayern seien so verheerend. Alle Vergleiche mit allen anderen Bundesländern beweisen, dass Bildung in Bayern besser funktioniert als anderswo. Reden Sie den Leuten doch nicht immer ein, sie seien benachteiligt! Reden Sie den Menschen doch nicht immer ein, das Schicksal eines Kindes entscheide sich in der vierten Klasse! Die Chancen bestehen, solange man lebt,

(Margit Wild (SPD): Nicht für alle gleich!)

und wir in Bayern sind stolz darauf, dass wir Gott sei Dank berufliche Bildung in allen Teilen unseres Landes neben akademischer Bildung gut unterbringen.

Dazu gehört auch Forschung. Da sagt doch jemand – das war wirklich der Herr Pohl –, wir hätten in den letzten zehn Jahren – "wir" hat er gesagt! Der Herr Pohl war da praktisch mit dabei – die Hochschullandschaft dezentralisiert. Die OTH Amberg-Weiden ist 1994 gegründet worden. Ich weiß nicht mehr – Erwin, vielleicht liege ich auch falsch –, aber heute ist wieder gesagt worden, Stoiber habe nur in München investiert.

(Erwin Huber (CSU): Ich glaube nicht!)

Die Entwicklung der Technischen Hochschulen und der Fachhochschulen war eine der größten und wichtigsten strukturpolitischen Entscheidungen in Bayern in den letzten 30 Jahren.

(Beifall bei der CSU)

Das hat Stoiber in seiner Zeit gemacht, und Sie behaupten heute, es sei in den letzten zehn Jahren durch Ihr Zutun entstanden.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

In den letzten zehn Jahren ist durch Ihr Zutun wenig entstanden, Herr Pohl, weil die Opposition alles, was wir in Bayern im Bereich Hochschuldezentralisierung gemacht haben, abgelehnt hat.

(Hans Herold (CSU): Abgelehnt! So ist es!)

Das ist doch die Wahrheit! Wir haben es gemacht!

(Beifall bei der CSU – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ist doch nicht wahr! Das sind alternative Fakten!)

Dann haben wir die Landespflegegelddebatte. Wie soll ich einer Familie eigentlich erklären, dass es im Bereich der Pflege das Angebot gibt, vom Freistaat Bayern tausend Euro im Jahr zur Unterstützung der Aufwendungen, wo auch immer, zu bekommen,

und die Opposition im Bayerischen Landtag sagt: Das wollen wir nicht, weil das zu wenig ist

(Hans Herold (CSU): Hört, hört!)

und weil man ganz woanders ansetzen muss? – Dann sage ich der Familie: Mir wäre es auch recht, wenn Pflegekräfte in diesem Land mehr verdienen würden. Aber ich kann das im Bayerischen Landtag nicht regeln.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie sind in Berlin auch dabei! Sie haben schon einen Gesundheitsminister gehabt! Bundesgesundheitsminister habt ihr gehabt!)

Das macht bestimmt der Herr Pohl.

(Weitere Zurufe des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

– Herr Aiwanger, dass Sie nie zuhören, wissen wir schon lange. Herr Aiwanger, Ihre Spezialität im Landtag ist, dazwischenzuschreien. Das machen Sie zwar laut, aber nicht perfekt. Das muss ich Ihnen ehrlich sagen.

(Beifall bei der CSU)

Seid doch mal ehrlich! Derjenige, der im Pflegeheim arbeitet, sagt: Ich müsste für die harte Arbeit eigentlich viel mehr verdienen. Derjenige, der einen Angehörigen in ein Pflegeheim geben muss, sagt: Das kann sich niemand leisten. Das ist die Diskrepanz. – Die lösen Sie niemals durch Geschrei im Bayerischen Landtag und mit Verweise auf Bundesgesundheitsminister auf. Das ist eine gesellschaftliche Situation, dass sich in den letzten 30 Jahren die Arbeit an der Maschine für Arbeitnehmer im tariflichen Bereich besser bezahlt gemacht hat als der Dienst am Menschen. Ich habe keine Tarifverträge ausgehandelt, Sie wahrscheinlich auch nicht; aber wenn, dann hätte es der Aiwanger perfekt gemacht.

Und das geht weiter. Wir werden in den nächsten Jahren eine Entwicklung haben, bei der wir uns noch weit über das hinaus, was wir jetzt diskutieren, unterhalten werden, wie wir das überhaupt leisten können. 1964 hat es in Deutschland 1,4 Millionen Kinder gegeben, voriges Jahr 700.000. Diese 700.000 sollen die Pflege von 1,4 Millionen organisieren. Dafür wünsche ich uns viel Glück. Und da diskutieren wir heute darüber, ob es ein schlechter Ansatz ist, wenn der Freistaat Bayern bereit ist, das zu tun, was er tun kann, nämlich denjenigen, die pflegebedürftig sind, 1.000 Euro anzubieten. Wir machen das gerne. Wir haben nach zwei Monaten 100.000 Anträge gehabt. 100.000 Familien haben das schon beantragt. Ich prognostiziere, dass mindestens 200.000 weitere dazukommen werden. Dazu sagt die Opposition in Bayern, das sei nach dem Gießkannenprinzip, das diene den Menschen nicht. – Das dient den Menschen sehr wohl, und zwar ausschließlich den Menschen. Wir führen dieses Landespflegegeld aus voller Überzeugung ein, auch wenn Sie dagegenstimmen.

(Beifall bei der CSU)

Das Niveau kommentiere ich hier nicht. Abgesehen davon haben Sie, Herr Mütze, die Auszahlungsmodalitäten, die vollkommen korrekt sind, hier am Rednerpult des Bayerischen Landtags in die Nähe einer Bananenrepublik gerückt. Da muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen: Da möchte ich von euch noch etwas zum Niveau hören. Sie legen hier eine solche Wortwahl an den Tag, weil wir in völliger Transparenz angekündigt haben, dass wir bis zu 360.000 Antragsberechtigte haben, dass das Geld ausbezahlt wird, dass man das in irgendeiner Weise machen muss und dass die zuständige Behörde erst im nächsten Jahr installiert ist. Dann kritisieren Sie, dass wir zwei Euro pro Antrag für die Auszahlung bei Menschen ausgeben, die diese zusätzliche Leistung freiwillig erbringen.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Weil es wahr ist!)

Da muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen: Da fehlen mir die Worte.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Mütze (GRÜNE))

– Sie sagen hier als Redner der GRÜNEN, das sei wie in einer Bananenrepublik, und kritisieren gleichzeitig die Einführung eines Bürgerbeauftragten. Darauf sage ich Ihnen: Wir brauchen viele Bürgerbeauftragte, die Ihre Wortwahl hier im Bayerischen Landtag untersuchen. Das ist eine Unverschämtheit!

(Beifall bei der CSU)

Genauso das Familiengeld: Natürlich ist es diskriminierungsfrei. Jahrelang haben wir hier die Debatte geführt, ob ein Betreuungsgeld, eine "Herdprämie", etwas ganz Furchtbares ist, weil sich jemand entscheidet, das Kind nicht in die Kita zu geben. Jahrelang wurde hier behauptet, Betreuungsgeld gebe es nur dann, wenn man seinen Beruf unterbricht. Das hat nie gestimmt, sondern die einzige Voraussetzung war, die Kita nicht in Anspruch zu nehmen. Da hat man die jungen Eltern diskriminiert und gesagt, das sei eine "Herdprämie". Beim Elterngeld, das es seit Langem gibt, war man der Meinung, das sei eine gute Familienleistung. Um Elterngeld zu bekommen, musste man den Beruf unterbrechen. Da habe ich nie gehört, das sei eine "Herdprämie".

Jetzt haben wir das Betreuungsgeld und das Landeserziehungsgeld zusammengeführt und geben es als Familiengeld an die Familien, die dann selbst entscheiden können, was sie damit tun, ob sie eine Tagesmutter oder eine Kita bezahlen oder ob sie sich in eigener familiärer Betreuung um das Kind kümmern wollen. Das wird jetzt wieder kritisiert, abgesehen davon, dass ich heute erstmals gehört habe, dass ein Betreuungsgeld besser wäre. Ich weiß langsam nicht mehr, wo wir Ihren Ratschlägen folgen sollten.

Wenn ich dann noch die Ratschläge höre, die wir zur Finanzierung der Kommunen bekommen, bin ich ganz froh, dass wir in den letzten Jahren nicht auf Sie gehört haben, sondern einen Weg gegangen sind, mit dem wir die Kommunen optimal unterstützt haben. Nie haben bayerische Kommunen so viel Geld vom Freistaat Bayern bekommen. Wir setzen auf kommunale Selbstverwaltung. Auch das möchte ich sagen. Hier wird darüber diskutiert, dass man auf der einen Seite Wohnungen bauen soll, auf der

anderen Seite aber keine Flächen verbrauchen darf. Hier wird darüber diskutiert, dass sich im ländlichen Raum Unternehmen ansiedeln sollen, wir aber keine Flächen verbrauchen dürfen. Hier wird darüber diskutiert, das niemand besser weiß als der Staat, was die Kommunen brauchen. Soll ich vielleicht eine Landesbehörde für die Buchführung darüber einrichten, wer wie viele Quadratmeter Fläche wo verbrauchen darf? Die kommunale Selbstverwaltung ist das Gebot der Stunde, meine Damen und Herren. Die kommunale Selbstverwaltung wird in Bayern ermöglicht und unterstützt.

(Beifall bei der CSU – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): An wen richtet sich das? Wen meinen Sie damit?)

Deswegen fasse ich alle diese Maßnahmen folgendermaßen zusammen: Ja, wir geben Antworten auf die großen, gesellschaftlich konzentrierten Herausforderungen. Niemand will bei allen diesen Maßnahmen in Abrede stellen, dass wir für diese Fragen auch Lösungen brauchen. Da hilft jetzt kein Sammelsurium von Wünschen und kein Erklären, was man alles machen könnte, müsste oder sollte. Machen Sie einmal einen Plan, in dem steht, was Sie vorhaben, und halten Sie dann Ihren Plan neben unseren Plan. Dann möchte ich wissen, ob Sie dann auch noch sagen, wir würden zu viel Geld ausgeben.

Deswegen danke ich dir, lieber Peter Winter, und deinem Ausschuss ganz herzlich. Auch ich danke ganz herzlich, persönlich, aber auch im Namen des Finanz- und Heimatministeriums und der Bayerischen Staatsregierung für deine Arbeit als Ausschussvorsitzender. Ich danke allen Mitgliedern des Haushaltsausschusses. Wir wissen, dass Peter Winter dem nächsten Landtag nicht mehr angehören wird. Peter, du warst jederzeit ein über die Parteigrenzen hinaus geschätzter Vorsitzender des Haushaltsausschusses. Du warst ein hervorragender Ratgeber und ein hervorragender Kontrolleur; dafür ganz herzlichen Dank im Namen aller Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Zum Schluss möchte ich Sie herzlich bitten: Nehmen Sie doch wenigstens die Realität wahr. Wo leben wir denn eigentlich? Leben wir wirklich in einem Land, das kurz davor steht, alle Zukunftschancen zu verspielen, wie es heute von der Opposition beschrieben wurde? Leben wir wirklich in einem Land, dessen Haushalt total geplündert wird? Leben wir wirklich in einem Land, in dem wir seit Jahren dafür gesorgt haben, dass der Staat sich nichts mehr leisten kann? Haben wir in Bayern wirklich schlechtere Bildungschancen als anderswo in Deutschland? Sind in dem Land, in dem wir leben dürfen, die wirtschaftliche Situation und die Arbeitslosigkeit schlechter als anderswo? Geht es der Landwirtschaft in Bayern schlechter als der in Nordrhein-Westfalen? Geht es in Bayern den Polizisten schlechter? Ist die innere Sicherheit in Bayern schlechter als anderswo? Haben wir im Vergleich zu anderen Bundesländern zu wenige Lehrer? Selbst unsere Landesbank gibt es noch. Dort, wo Sie, meine Damen und Herren von der SPD, regiert haben, wurden Landesbanken mit riesigen Milliardenschäden abgewickelt.

(Beifall bei der CSU)

Gäbe es Bayern nicht, würde Deutschland nicht funktionieren. Das sind die Fakten. Wir wollen, dass Bayern stark bleibt. Wir werden weiter an unseren Grundkonzepten festhalten. Wir investieren. Unsere Investitionsquote ist seit langer Zeit die höchste. Wir investieren nicht nur, sondern wir geben Antworten auf die großen gesellschaftlichen Herausforderungen, im sozialen Bereich ebenso wie in der Infrastruktur. Natürlich bleiben wir auch finanzpolitisch auf unserem Kurs. Wir tilgen in den Jahren 2017 und 2018 zwei Milliarden Euro. Wir haben bis jetzt 5,6 Milliarden Euro Schulden getilgt. Nennen Sie mir doch eine westliche Demokratie, die investiert hat, die für das Personal entscheidende Weichen gestellt hat und die gleichzeitig Schulden in diesem Ausmaß abgebaut hat! Das geschieht nur in Bayern. Sie können uns schlechtreden, wie Sie wollen, aber Bayern ist auch in dieser Hinsicht spitze.

(Beifall bei der CSU)

Der Zustand eines Landes ist die Antwort auf die Art und Weise, wie Politik gemacht wird. Das Land steht hervorragend da. Nennen sie mir ein Land, in dem Sie lieber leben möchten; nennen Sie mir eine Zeit, in der es den Menschen in diesem Land besser ging als jetzt! – Das heißt noch lange nicht, dass alle Probleme gelöst sind. Das ist für uns Auftrag, dafür zu sorgen, dass es weiterhin so gut bleibt, dass die Menschen, die nicht auf der Sonnenseite stehen, sich genauso unterstützt fühlen. Wir können mit einer kräftigen und dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung und mit unserer Infrastruktur dafür sorgen, dass in unserem Land auch Sozialpolitik gemacht werden kann. Wenn andere davon hören, dass wir von 6,5 Milliarden Rücklagen 984 Millionen nehmen können, um diesen Aufgaben auch im Jahr 2018 gerecht zu werden, beneiden sie uns um diese Möglichkeit. Wir haben ordentlich gewirtschaftet, und deswegen können wir jetzt auch den Menschen wieder etwas zurückgeben. – In diesem Sinne bedanke ich mich und bitte natürlich um Zustimmung zum 2. Nachtragshaushalt 2018.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Wir haben zwei Zwischenbemerkungen; zunächst spricht der Kollege Knoblauch, dann der Kollege Pohl.

Günther Knoblauch (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Staatsminister, Sie haben in Ihrer Rede viermal ausgeführt, dass ich das Betreuungsgeld gefordert habe. Das enttäuscht mich schon ein bisschen. Brauchen sie denn das überhaupt? Wenn Sie nachverfolgen, was ich gesagt habe, wüssten Sie, dass die Familien nicht das Familiengeld, sondern Betreuungszeit brauchen. Weil Sie diesen Versprecher viermal wiederholt haben, möchte ich das richtigstellen. Wenn Sie das nachvollziehen, werden Sie merken, dass ich das auch nicht so gemeint habe. Das Betreuungsgeld lehne ich ab. Das ist für mich der Eintritt in die Altersarmut der Frauen.

(Beifall bei der SPD – Tobias Reiß (CSU): Das hat doch mit Arbeit nichts zu tun!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Minister, Sie sind dran.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen, Landesentwicklung und Heimat): Das war eine Richtigstellung.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Dann der Kollege Pohl. Bitte.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Schauen wir einmal, ob der Minister bei mir kommunikativer ist. – Dass Bayern nicht zukunftsfähig ist und der Haushalt total ausgeplündert wird, habe ich von keinem Redner hier in diesem Hohen Haus gehört. Ich habe solche Worte jedenfalls nicht in den Mund genommen. Sie wären auch Blödsinn. Das wissen wir alle.

Dass Sie, Herr Staatsminister, Kritik für unerwünscht halten, ist das eine. Dass Sie aber auch kein Lob haben wollen, überrascht mich schon. Ich habe ausdrücklich anerkannt, dass wir, der Bayerische Landtag, alle Fraktionen, und die Staatsregierung gemeinsam mit der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den letzten zehn Jahren vorangekommen sind. Als Beispiel habe ich den Ausbau der Hochschullandschaft genannt. Ich erwähne nur Cham in der Oberpfalz.

Zum Zweiten habe ich die Behördenverlagerung gelobt, die Sie jetzt bitte auch fortführen sollen.

Meine dritte Bemerkung, und darauf sind Sie uns eine Auskunft schuldig geblieben:

Sie waren Staatssekretär, und Herr Söder war Finanzminister, als wir vor wenigen Monaten den ersten Nachtragshaushalt verabschiedet haben. Was bewegt Sie dazu, jetzt hektisch einen zweiten Nachtragshaushalt in Höhe von einer Milliarde Euro hinterherzuschieben? Warum braucht es das?

(Ingrid Heckner (CSU): Wegen einer Regierungserklärung!)

Haben Sie damals schlampig gearbeitet? Was ist der Grund?

Meine letzte Frage: Warum lösen Sie in diesem zweiten Nachtragshaushalt nicht wenigstens die drängenden Probleme der Straßenausbaubeiträge und der Kommunalfinanzierung? – Sie hätten alle Möglichkeiten gehabt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Reinhold Bocklet (CSU): Das habt ihr verursacht!)

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen, Landesentwicklung und Heimat): Wahrscheinlich ist die Frage im Haushaltsausschuss schon behandelt worden. Ich habe gehört, dass Sie dort nicht anwesend waren.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Wenn eine neue Regierung startet und eine neue Regierungserklärung vorgelegt wird, muss diese mit einem entsprechenden Haushalt hinterlegt werden. Ich hätte Sie gerne gehört, wenn wir eine Regierungserklärung gemacht hätten, ohne einen Haushalt vorzulegen. Dann hätte ich den Herrn Pohl einmal hören wollen.

(Beifall bei der CSU)

Herr Pohl, ich rate Ihnen, im Haushaltsausschuss immer anwesend zu sein. Das bildet.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Mehr fällt Ihnen wohl nicht ein!)

Habt ihr im Haushaltsausschuss nicht über die Straßenausbaubeiträge gesprochen? War der Herr Pohl nicht da? – Im Gegensatz zu Ihnen haben wir etwas im Hinblick auf die Straßenausbaubeiträge getan. Wir haben ein Vorgehen gewählt, das sich seit Jahren bewährt hat. Alle Fragen, die die Kommunen betreffen, haben wir mit den kommunalen Spitzenverbänden besprochen. Das haben wir nicht einmal, sondern x-mal gemacht. Das Vorgehen bei der Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzungen ist von Anfang an mit den Kommunen besprochen worden. Als Erstes haben wir Klarheit

über die Abschaffung geschaffen. Viele wollten das wissen. Die Frage der Erstattungen wird im Rahmen des Doppelhaushalts 2019/2020 geklärt.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das wollten die kommunalen Spitzenverbände?)

– Das war mit den Kommunen besprochen. Die kommunalen Spitzenverbände haben zugestimmt. Im Hinblick auf die Debatte, wie das entschädigt werden soll, haben die kommunalen Spitzenverbände überhaupt keinen Zeitdruck aufgebaut. Stattdessen haben sie sich mit uns darauf verständigt, das bis zum Doppelhaushalt 2019/2020 zu regeln. Wenn Sie uns kritisieren, kritisieren Sie auch die kommunalen Spitzenverbände.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das wird die Bürgermeister freuen, wenn sie solche Vertreter haben!)

– Hat der Herr Pohl wieder das Wort? – Das ist auch richtig, weil die Erstattung wesentlich komplizierter ist, als Sie, Herr Pohl, immer wieder breit in die Öffentlichkeit posaunen. Sie glauben, es wäre gerechter, wenn das nicht vor Ort gezahlt würde. Es gibt jedoch auch Menschen, die sagen: In Zukunft zahlen die großen Kaufhauskonzerne in der Innenstadt meiner Stadt nichts mehr. Das zahlt jetzt der Steuerzahler mit seinen 3.000 Euro brutto.

(Beifall bei der CSU)

Die finden das nicht gerecht.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Warum haben Sie das dann beschlossen?)

Herr Pohl, deshalb braucht es mehr Gehirnschmalz, als der Bevölkerung zu sagen: Wir schaffen ab, und die Gemeinden bekommen einen Ausgleich. Mit den Gemeinden ist vereinbart, ihnen in Zukunft 100 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. In den letzten acht Jahren haben die Gemeinden im Durchschnitt 65 Millionen Euro erhoben.

Was sagen die FREIEN WÄHLER in der Öffentlichkeit? – 100 Millionen Euro seien viel zu wenig.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): 150 Millionen Euro!)

Wo bisher 65 Millionen Euro reichten, sollen 100 Millionen Euro in Zukunft zu wenig sein? – Das ist Haushaltspolitik à la Herr Pohl von den FREIEN WÄHLERN.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo! – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Weil Sie die Kommunen im Regen stehen lassen!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Bevor ich mit den Abstimmungen beginne, möchte ich Ihnen einen Überblick über den Ablauf der Abstimmungen geben. Zunächst möchte ich darauf hinweisen, dass die CSU-Fraktion für die Schlussabstimmung namentliche Abstimmung beantragt hat. Nach diesem Abstimmungsmarathon, der auch von Sitzungsunterbrechungen betroffen ist, werden wir den Tagesordnungspunkt 28 von gestern aufrufen und eine namentliche Abstimmung durchführen. Im Anschluss daran wird die Richterwahl in schriftlicher Form stattfinden. Nach der Mittagspause geht es mit dem Bericht der Enquete-Kommission weiter. Die Redner sollten dann parat stehen.

Zuerst folgt die namentliche Abstimmung zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Unruhe)

Ich bitte jetzt um etwas Ruhe; das dauert etwas länger. Bis zum Vorliegen des Abstimmungsergebnisses muss die Sitzung gegebenenfalls kurz unterbrochen werden. Danach folgt die Abstimmung zum 2. Nachtragshaushaltsplan mit den dazu einschlägigen Änderungsanträgen. Daran anschließend folgen die Abstimmungen über die Änderungsanträge zum 2. Nachtragshaushaltsgesetz sowie die Abstimmung und Schlussabstimmung zum 2. Nachtragshaushaltsgesetz.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Zuerst erfolgt die Abstimmung über den dem Gesetz als Anlage beigefügten 2. Nachtragshaushaltsplan 2018. Der Abstimmung liegen der Entwurf des 2. Nachtragshaushaltsplans 2018, die dazu einschlägigen Änderungsanträge und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/22777 sowie die zur Zweiten Lesung eingereichten Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf den Drucksachen 17/23034 und 17/23035 zugrunde.

Vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde zum Änderungsantrag betreffend "Personalausstattung der unteren Naturschutzbehörden" auf Drucksache 17/22560 Einzelabstimmung in namentlicher Form beantragt. Wir führen somit nun diese namentliche Abstimmung durch. Der federführende Ausschuss empfiehlt die Ablehnung des Änderungsantrags. Wir beginnen mit der Abstimmung. Die Urnen stehen auf beiden Seiten des Saals bereit. Die Abstimmungszeit beträgt fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 12.16 bis 12.21 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte Sie, wieder Platz zu nehmen. Jetzt folgen Abstimmungen in einfacher Form. Bitte nehmen Sie wieder Platz.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaales ermittelt. Wir fahren in der Zwischenzeit in der Tagesordnung fort. Bevor ich über den 2. Nachtragshaushaltsplan abstimmen lassen kann, ist zuerst über die zur Zweiten Lesung eingereichten Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf den Drucksachen 17/23034 und 17/23035 abzustimmen.

Mit dem Änderungsantrag der GRÜNEN auf Drucksache 17/23034 sollen die im Einzelplan 03 A für das Landesamt für Asyl und Rückführungen veranschlagten Mittel gestrichen werden. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FREIEN WÄHLER, die GRÜNEN und die Kollegen Muthmann

(fraktionslos), Felbinger (fraktionslos) und Claudia Stamm (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU und der SPD. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Dann ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Es folgt nun die Abstimmung über den Änderungsantrag der GRÜNEN auf Drucksache 17/23035. Mit dem Antrag sollen Mittel für Zuschüsse an Schulen für Angebote zur Demokratieförderung bereitgestellt werden. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN und die Kollegin Claudia Stamm (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das ist die CSU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Kollegen Muthmann (fraktionslos) und Felbinger (fraktionslos). Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Die Sitzung wird jetzt bis zum Vorliegen des Ergebnisses der namentlichen Abstimmung unterbrochen. Bitte bleiben Sie auf Ihren Plätzen, da das nicht lange dauern kann.

(Unterbrechung von 12.23 bis 12.24 Uhr)

Ich nehme die Sitzung wieder auf und gebe das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag betreffend "Personalausstattung der unteren Naturschutzbehörden", Drucksache 17/22560, bekannt: Mit Ja haben 18 gestimmt, mit Nein 89, Stimmenthaltungen: 52. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Es folgen nun die Abstimmungen über den 2. Nachtragshaushaltsplan und das 2. Nachtragshaushaltsgesetz.

(Unruhe)

Ich bitte um etwas Ruhe. Zum 2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018 empfiehlt der federführende Ausschuss die Annahme mit der Maßgabe von Änderungen, die sich aufgrund des Änderungsantrags von Abgeordneten der CSU-Fraktion ergeben. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 17/22777.

Wer dem 2. Nachtragshaushaltsplan 2018 unter Berücksichtigung der vom federführenden Ausschuss vorgeschlagenen Änderungen zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen! – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN und die Kollegen Muthmann (fraktionslos), Felbinger (fraktionslos) und Claudia Stamm (fraktionslos). Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Der 2. Nachtragshaushaltsplan 2018 ist damit in der Fassung des federführenden Ausschusses angenommen.

Die sich auf den 2. Nachtragshaushaltsplan beziehenden, vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die wir nicht einzeln abgestimmt haben, sind gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung als erledigt zu betrachten. Insoweit verweise ich auf Teil I der Ihnen vorliegenden Mitteilung.

(Siehe Anlage 1, Teil I)

Zum 2. Nachtragshaushaltsplan 2018 soll außerdem noch folgender Beschluss gefasst werden:

> Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des 2. Nachtragshaushaltsplans 2018 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und die Kollegen Muthmann (fraktionslos) und Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Kollegin Claudia Stamm (fraktionslos). Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Dann ist das so beschlossen.

Mit der Annahme des 2. Nachtragshaushaltsplans 2018 in der Fassung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen hat der in Teil II der aufgelegten Liste enthaltene Änderungsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/22573 seine Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon zustimmend Kenntnis.

(Siehe Anlage 1, Teil II)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über das 2. Nachtragshaushaltsgesetz 2018. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 17/22033, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/22574 mit 17/22578 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des endberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen auf Drucksache 17/23063 sowie die zur Zweiten Lesung eingereichten Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf den Drucksachen 17/23036 und 17/23037 und der Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/23219 zugrunde.

Ich lasse vorab über die vom endberatenden Ausschuss zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/22575 mit 17/22578 abstimmen. Die Ausschüsse empfehlen für alle Änderungsanträge die Ablehnung. Die Fraktionen sind übereingekommen, dass über die Änderungsanträge unter Zugrundelegung des Votums des endberatenden Ausschusses insgesamt abgestimmt werden soll. Unterschiedliche Voten innerhalb der Fraktionen liegen nicht vor. Daher lasse ich so abstimmen.

Wer hinsichtlich der Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/22575 mit 17/22578 mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Abstimmungsverhaltens

seiner Fraktion im jeweils endberatenden Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimme. Gibt es Stimmenthaltungen? – Bei Enthaltung der Kollegen Muthmann (fraktionslos), Felbinger (fraktionslos) und Kollegin Claudia Stamm (fraktionslos).

Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Die Änderungsanträge sind damit abgelehnt.

Jetzt ist über die zur Zweiten Lesung eingereichten Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und von Abgeordneten der CSU-Fraktion abzustimmen.

Mit dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/23036 sollen die neuen Stellen für das vorgesehene Landesamt für Asyl und Rückführungen gestrichen werden. Wer dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN und Kollege Muthmann (fraktionslos) und Kollegin Claudia Stamm (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU und der SPD. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Es folgt die Abstimmung über den Änderungsantrag auf Drucksache 17/23037, ebenfalls von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Mit dem Antrag sollen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass das Bayerische Familiengeld auch für Pflegekinder gewährt werden kann. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN und die Kollegen Muthmann (fraktionslos), Felbinger (fraktionslos) und Kollegin Claudia Stamm (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das ist die CSU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Es folgt nun noch die Abstimmung über den Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/23219. Mit dem Antrag soll die ausdrückliche Zweckbestimmung des Bayerischen Landespflegegeldgesetzes eingefügt werden. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion, die FREIEN WÄHLER, das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kollege Muthmann (fraktionslos), Kollege Felbinger (fraktionslos) und Frau Kollegin Claudia Stamm (fraktionslos). Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Dann ist diesem Änderungsantrag zugestimmt worden.

Es folgt nun die Abstimmung über den Gesetzentwurf. Zum Gesetzentwurf selbst empfiehlt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen Zustimmung mit der Maßgabe von Änderungen hinsichtlich der Kapitalausstattung der staatlichen Wohnungsbaugesellschaft BayernHeim und hinsichtlich der Förderung von Kindertageseinrichtungen. Diesen Änderungen stimmt der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen ebenfalls zu. In § 14 Absatz 2 werden die verschiedenen Daten des Inkrafttretens entsprechend den vorgenannten Änderungen angepasst bzw. festgestellt. Ich verweise auf Drucksache 17/23063. Wer dem Gesetzentwurf mit den empfohlenen Änderungen zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die SPD-Fraktion, die FREIEN WÄHLER, das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Kollege Muthmann (fraktionslos), Kollege Felbinger (fraktionslos) und Kollegin Claudia Stamm (fraktionslos). Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Die CSU hat bereits namentliche Abstimmung beantragt.

Die Abstimmung soll also gemäß § 127 Absatz 2 Satz 1 der Geschäftsordnung in namentlicher Form erfolgen. Ich lese noch einmal vor: Der Abstimmung wird der Gesetz-

entwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen gemäß Drucksache 17/23063 mit den beschlossenen Änderungen aufgrund des Antrags der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/23219 zugrunde gelegt. Die Urnen sind bereitgestellt. Wir beginnen mit der Stimmabgabe. Drei Minuten!

(Namentliche Abstimmung von 12.33 bis 12.36 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Wir zählen außerhalb des Sitzungssaales aus. Ich unterbreche die Sitzung kurz, bis das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt gegeben wird. Ich mache darauf aufmerksam: Es folgt jetzt eine weitere namentliche Abstimmung, dann die Richterwahl und dann noch Tagesordnungspunkt 8. Erst dann ist Mittagspause.

(Unterbrechung von 12.36 bis 12.38 Uhr)

Bitte nehmen Sie wieder Platz. Wir treten jetzt wieder in die Tagesordnung ein.

(Allgemeine Unruhe)

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Schlussabstimmung zum 2. Nachtragshaushaltsgesetz 2018, Regierungsentwurf auf Drucksache 17/22033, bekannt. Mit Ja haben 93 gestimmt, mit Nein haben 71 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3 – Allgemeine Unruhe)

Bitte seien Sie etwas leiser! – Damit ist der Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen und mit den beschlossenen Änderungen aufgrund des Änderungsantrags auf Drucksache 17/23219 angenommen. Das Gesetz hat den Titel: "Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2017/2018 (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2018)".

Mit der Annahme des Gesetzentwurfes in der soeben beschlossenen Fassung haben der Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/22574 und der eben beschlossene Änderungsantrag auf Drucksache 17/23219 ihre Erledi-

gung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis. Damit sind die Beratungen zum 2. Nachtragshaushalt 2018 abgeschlossen.

Mitteilung

zum Tagesordnungspunkt 9

Teil I

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum 2. Nachtragshaushaltsplan 2018

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Susann Biedefeld u.a. SPD
   2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
   hier: Streichung der Mittel für den Beauftragten für Bürgeranliegen der Staatsregierung
   (Kap. 02 01 Tit. 422 01, Tit. 428 01, Kap. 02 03 Tit. 536 04)
   Drs. 17/22401

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Paul Wengert, Susann Biedefeld u.a. SPD
   2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
   hier: Streichung der Mittel für die Durchführung eines Volksentscheids zur Begrenzung der Amtszeit des Ministerpräsidenten auf zehn Jahre
   (Kap. 03 03 TG 71)
   Drs. 17/22402

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
   2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
   hier: Aufhebung Landesamt für Asyl und Rückführungen und Umwidmung der Mittel
   (Kap. 03 11, Kap. 03 08)
   Drs. 17/22403

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
   2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
   hier: Streichung der Mittel für die Errichtung einer Bayerischen Grenzpolizei und weiterer Reiterstaffeln und teilweise Umwidmung der Mittel für die Landespolizei und die Bereitschaftspolizei
   (Kap. 03 18 Tit. 422 01, 428 01, 511 01, 511 24, 514 01, 514 11, 517 05, 518 01, 519 01, 710 00, 811 01, 812 01, 812 99, Kap. 03 20 Tit. 422 01, 710 00)
   Drs. 17/22404

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Volkmar Halbleib u.a. SPD
   2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
   hier: Wohnraumförderung – Bezahlbarer Wohnraum durch längere Sozialbindungen
   (Kap. 03 64 Tit. 893 03)
   Drs. 17/22405

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Bernhard Roos, Reinhold Strobl u.a. SPD
   2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
   hier: Verbesserte öffentliche Verkehrsangebote für die Menschen in ganz Bayern
   (Kap. 03 66 Tit. 633 58)
   Drs. 17/22406

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
   2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
   hier: 20 neue Planstellen für Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen in den Justizvollzugsanstalten
   (Kap. 04 05 Tit. 422 01)
   Drs. 17/22407

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Susann Biedefeld u.a. SPD
   2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
   hier: Streichung der Mittel für den Beauftragten der Staatsregierung für staatliche Beteiligungen
   (Kap. 06 01 Tit. 422 01, Tit. 428 01, Tit. 514 01, Tit. 518 18, Tit. 536 01)
   Drs. 17/22408

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Günther Knoblauch u.a. SPD

2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Initiative Mobilfunk – Startpaket für neues Mobilfunkförderprogramm
(Kap. 07 04 Tit. 883 73)
Drs. 17/22409

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Entgelte für landespflegerische und landeskulturelle Leistungen: Den Artenschwund stoppen – mehr Mittel für Agrarumweltmaßnahmen
(Kap. 08 03 Tit. 683 67)
Drs. 17/22410

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Günther Knoblauch u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Umsetzungsgutachten für ein Sonderprogramm „Gut leben im Alter – Teilhabe ermöglichen“
(Kap. 10 07 TG 70)
Drs. 17/22411

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Förderungen von Maßnahmen zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder
(Kap. 10 07 TG 82)
Drs. 17/22412

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Günther Knoblauch u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Kita-Qualitätsoffensive jetzt!
(Kap. 10 07 TG 88 – 93)
Drs. 17/22413

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Doris Rauscher, Günther Knoblauch u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Beste Startchancen für alle Kinder durch gebührenfreie Kitas!
(Kap. 10 07 TG 88 – 93)
Drs. 17/22414

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Tasdelen, Angelika Weikert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Sonderprogramm „Miteinander statt gegeneinander: Integration vor Ort stärken“
(Kap. 10 50 TG 54 – 56 und TG 58)
Drs. 17/22415

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Herbert Woerlein, Florian von Brunn u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Zusätzliche Finanzmittel für die Verwaltungskosten von Umweltstationen
(Kap. 12 02 TG 74)
Drs. 17/22416

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Verbesserung der Beratung pflegebedürftiger Menschen durch flächendeckenden Ausbau von Pflegestützpunkten
(Kap. 14 04 TG 70 neuer Tit.)
Drs. 17/22417

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Psychiatrische Krisendienste
(Kap. 14 05 TG 62)
Drs. 17/22418

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Zuschüsse an die Bayerischen Studentenwerke
(Kap. 15 06 Tit. 686 05)
Drs. 17/22419

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martin Güll, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Investitionen in gute Schulhäuser
(Kap. 13 10 Tit. 883 11)
Drs. 17/22420

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Zuwendungen und sonstige Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit des Freistaates Bayern mit ausländischen Staaten und Regionen
(Kap. 02 03 Tit. 685 53)
Drs. 17/22443

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Bayerische Militärtradition erhalten: Förderung des Bayerischen Soldatenbunds
(Kap. 02 03 neuer Tit.)
Drs. 17/22444

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Erhöhung der Vereinspauschale
(Kap. 03 03 TG 91 Tit. 685 91)
Drs. 17/22445

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Zusätzliche Stellen für Verwaltungsrichter schaffen
(Kap. 03 06 Tit. 422 01)
Drs. 17/22446

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Mehr IT-Spezialisten für die Bayerische Polizei
(Kap. 03 17 Tit. 422 01)
Drs. 17/22447

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Stellenhebungen für Beamtinnen und Beamte sowie Tarifbeschäftigte bei der Polizei
(Kap. 03 17, 03 18, 03 20, 03 21 Tit. 422 01 und 428 01)
Drs. 17/22448

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Schaffung einer echten Mobilen Reserve für die Polizei
(Kap. 03 18 Tit. 422 01)
Drs. 17/22449

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Zusätzliche Stellen für die Radverkehrsförderung schaffen
(Kap. 03 61 Tit. 422 01)
Drs. 17/22450

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Erhöhung der Mittel für energetische Sanierungen staatlicher Gebäude aller Einzelpläne
(Kap. 03 63 Tit. 701 48)
Drs. 17/22451

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Bauunterhalt
(Kap. 03 63 neuer Tit.)
Drs. 17/22452

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Erhöhung der Zuschüsse zur Förderung der Schaffung und größeren baulichen Instandsetzung von Studentenwohnraum
(Kap. 03 64 Tit. 893 68)
Drs. 17/22453

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Wohnraumfördermittel
(Kap. 03 64 Tit. 863 69)
Drs. 17/22454

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Haltepunkte für den Regionalverkehr
(Kap. 03 66 TG 75 – 76 neuer Tit.)
Drs. 17/22455

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Barrierefreiheit an Bahnhöfen
(Kap. 03 66 TG 75 – 76 neuer Tit.)
Drs. 17/22456

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Planungsmaßnahmen für barrierefreie Bahnhöfe
(Kap. 03 66 Tit. 892 76)
Drs. 17/22457

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Elektrifizierung von Bahnstrecken
(Kap. 03 67 neuer Tit.)
Drs. 17/22458

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Vergabe von Ingenieurleistungen u. ä. sowie sonstige Baunebenkosten an Bundesautobahnen
(Kap. 03 75 Tit. 771 70)
Drs. 17/22459

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Aus- und Umbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen
(Kap. 03 80 Tit. 750 00)
Drs. 17/22460

39. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Förderoffensive für Fahrradabstellanlagen
(Kap. 03 80 neuer Tit.)
Drs. 17/22461

40. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Richter und Staatsanwälte
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/22462

41. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Rechtspfleger
(Kap. 04 04 Tit. 422 21)
Drs. 17/22463

42. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Bewährungshelfer
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/22464

43. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Justizfachwirte
(Kap. 04 04 Tit. 422 01 und 422 21)
Drs. 17/22465

44. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Justizwachtmeister
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/22466

45. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Servicekräfte für Gerichte und Staatsanwaltschaften
(Kap. 04 04 Tit. 428 01)
Drs. 17/22467

46. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Justizvollzug
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/22468

47. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Sozialpädagogen
(Kap. 04 05 Tit. 428 01)
Drs. 17/22469

48. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: „Schule & Wir“ in Papierform einstellen und nur noch als digitales Angebot bereitstellen
(Kap. 05 02 Tit. 531 11)
Drs. 17/22470

49. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Mittel für den Ausbau von Ganztagsklassen
(Kap. 05 04 TG 68 – 69)
Drs. 17/22471

50. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: IT-Systemtechniker zur Betreuung der IT-Ausstattung an Schulen
(Kap. 05 04 TG 77 neuer Tit.)
Drs. 17/22472

51. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Bereitstellung mobiler Endgeräte an weiterführenden Schulen
(Kap. 05 04 Tit. 883 77)
Drs. 17/22473

52. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Auf- und Ausbau der Integrierten Lehrerreserve
(Kap. 05 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/22474

53. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Schulsozialarbeit
(Kap. 05 04 neue TG)
Drs. 17/22475

54. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Aufbau von multiprofessionellen Teams
(Kap. 05 04 neuer Tit.)
Drs. 17/22476

55. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Entlastung der Schulleitungen an Grund- und Mittelschulen durch mehr Leitungszeit
(Kap. 05 12 Tit. 422 01)
Drs. 17/22477

56. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Schulische Inklusion
(Kap. 05 12, Kap. 05 13 Tit. 422 01)
Drs. 17/22478

57. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Stellen zur Beschulung von Flüchtlingen
(Kap. 05 12 – 05 19 Tit. 422 01)
Drs. 17/22479

58. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Umsetzung der dritten Sportstunde in der 1. Jahrgangsstufe der Grundschule
(Kap. 05 12 Tit. 422 01)
Drs. 17/22480

59. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Sicherstellung des Pflichtunterrichts an beruflichen Schulen
(Kap. 05 13 – 05 17 Tit. 422 01)
Drs. 17/22481

60. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Ausbau der erweiterten Schulleitung (Kap. 05 15 – 05 19 Tit. 422 01)
Drs. 17/22482

61. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Stärkung und Optimierung der Realschule (Kap. 05 18 Tit. 422 01)
Drs. 17/22483

62. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Kürzung der Ausgaben für Veröffentlichungen (Kap. 06 02 Tit. 531 21)
Drs. 17/22484

63. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Schnelles Internet in Bayerns Regionalverkehrszügen (Kap. 07 03 neue TG)
Drs. 17/22485

64. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Jutta Widmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Sonderprogramm Dorfwirtschaften (Kap. 07 04 TG 72 neuer Tit.)
Drs. 17/22486

65. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Initiative Mobilfunkausbau (Kap. 07 04 TG 73 neuer Tit.)
Drs. 17/22487

66. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Förderung des Tourismus: Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände (Kap. 07 04 Tit. 883 78)
Drs. 17/22488

67. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Maßnahmen zur Förderung des Tourismus: Zuschüsse an private Unternehmen (Kap. 07 04 Tit. 892 78)
Drs. 17/22489

68. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Bayerisches Förderprogramm für dezentrale Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen (Kap. 07 05 TG 75 – 78 neuer Tit.)
Drs. 17/22490

69. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Erhöhung der finanziellen Mittel für das Landeskuratorium der Erzeugerringe für tierische Veredelung in Bayern e. V. (Kap. 08 03 Tit. 671 03)
Drs. 17/22491

70. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Erhöhung der Zuschüsse zur Bekämpfung von Tierseuchen und Maßnahmen zur Förderung der Tiergesundheit (Kap. 08 03 Tit. 683 12)
Drs. 17/22492

71. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Erhöhung der finanziellen Mittel für das Agrarmarketing (Kap. 08 03 Tit. 683 39)
Drs. 17/22493

72. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Erhöhung der finanziellen Mittel für das Bayerische Kulturlandschaftsprogramm (Kap. 08 03 Tit. 683 67)
Drs. 17/22494

73. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Erhöhung der Mittel „Bergwaldoffensive“ (Kap. 08 03 Tit. 892 86)
Drs. 17/22495

74. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Wohnungslosenhilfe in Bayern (Kap. 10 03 Tit. 684 72)
Drs. 17/22496

75. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Zusammenführung von Insolvenz- und Schuldnerberatung finanziell ermöglichen (Kap. 10 03 TG 73)
Drs. 17/22497

76. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Förderung der Teilzeitberufsausbildung (Kap. 10 05 Tit. 684 74)
Drs. 17/22498

77. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Förderung von Verbänden und kulturellen Einrichtungen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge im Sinne des § 96 Bundesvertriebenengesetzes (Kap. 10 06 Tit. 686 01)
Drs. 17/22499

78. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Förderung von Verbänden und kulturellen Einrichtungen der deutschen Minderheit in der Tschechischen Republik (Kap. 10 06 neuer Tit.)
Drs. 17/22500

79. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für generationsübergreifende Einrichtungen – Förderung der bayerischen Mehrgenerationenhäuser (Kap. 10 07 Tit. 633 01)
Drs. 17/22501

80. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Fortführung der Bayerischen Ehrenamtskarte (Kap. 10 07 Tit. 633 85)
Drs. 17/22502

81. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Qualitätsverbesserung in Kindertageseinrichtungen (Kap. 10 07 Tit. 633 89)
Drs. 17/22503

82. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für ältere Menschen (Kap. 10 07 TG 70)
Drs. 17/22504

83. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Haushaltstitel für die LandesSeniorenVertretung Bayern e. V. schaffen (Kap. 10 07 TG 70 neuer Tit. und Tit. 684 70)
Drs. 17/22505

84. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Hilfe für Opfer von Gewalt gegen Frauen und Kinder
(Kap. 10 07 TG 82)
Drs. 17/22506

85. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Erhöhung der Mittel für das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
(Kap. 10 07 TG 85)
Drs. 17/22507

86. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Kostenfreie Kinderbetreuung
(Kap. 10 07 TG 88 – 93 neuer Tit.)
Drs. 17/22508

87. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Einführung einer staatlichen Sockelfinanzierung für Kindertageseinrichtungen
(Kap. 10 07 TG 88 – 93 neuer Tit.)
Drs. 17/22509

88. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Erstattungen an die Bezirke für Kosten der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer unbegleiteter Volljähriger
(Kap. 10 53 neuer Tit.)
Drs. 17/22510

89. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Freiwilliges Ökologisches Jahr in Bayern
(Kap. 12 02 Tit. 684 01)
Drs. 17/22511

90. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Zuschüsse für die Errichtung und den Betrieb von Umweltstationen
(Kap. 12 02 Tit. 684 74)
Drs. 17/22512

91. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Zuschüsse für sonstige Umweltbildungsmaßnahmen
(Kap. 12 02 Tit. 686 74)
Drs. 17/22513

92. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Verbraucherberatung ausbauen
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/22514

93. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Verbraucherberatung im Finanzbereich stärken
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/22515

94. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Erhöhung der Mittel für den Ausgleich von Biberschäden
(Kap. 12 04 Tit. 547 72)
Drs. 17/22516

95. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Erhöhung der Mittel für das Landschaftspflegeprogramm
(Kap. 12 04 Tit. 685 72)
Drs. 17/22517

96. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Zuschuss für Planung und Errichtung eines Neubaus für die Auffangstation für Reptilien
(Kap. 12 08 Tit. 893 01)
Drs. 17/22518

97. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Investitionskostenzuschüsse für bayerische Tierschutzvereine
(Kap. 12 08 neuer Tit.)
Drs. 17/22519

98. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Illegale Tiertransporte und Animal Hoarding: Härtefallbudget für Kommunen
(Kap. 12 08 neuer Tit.)
Drs. 17/22520

99. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Einmaliger Investitionskostenzuschuss für die Auffangstation „Raubtier- und Exotenasyl e. V." in Ansbach
(Kap. 12 08 neuer Tit.)
Drs. 17/22521

100. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Betrieb des lufthygienischen Landesüberwachungssystems
(Kap. 12 09 Tit. 547 03)
Drs. 17/22522

101. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Förderprogramm zur Erprobung und Optimierung fischverträglicherer Kleinwasserkraftanlagen
(Kap. 12 77 neuer Tit.)
Drs. 17/22523

102. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Förderung für Hebammen
(Kap. 14 03 neuer Tit.)
Drs. 17/22524

103. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Förderung der Palliativ- und Hospizversorgung
(Kap. 14 04 Tit. 684 69)
Drs. 17/22525

104. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Förderung alternativer Wohn- und Lebensformen
(Kap. 14 04 Tit. 684 70)
Drs. 17/22526

105. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Förderung von Suchtprävention und Drogentherapie
(Kap. 14 05 Tit. 531 60)
Drs. 17/22527

106. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Förderung von Präventionsmaßnahmen Crystal Meth
(Kap. 14 05 Tit. 531 60)
Drs. 17/22528

107. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: aviso: Zeitschrift für Wissenschaft & Kunst in Bayern einstellen
(Kap. 15 02 Tit. 531 11)
Drs. 17/22529

108. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018,
hier: Sing- und Musikschulen fördern
(Kap. 15 05 Tit 633 80)
Drs. 17/22530

109. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Förderung von Jugendkunstschulen
(Kap. 15 05 Tit. 684 95)
Drs. 17/22531

110. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Erhöhung der Mittel für private Musikinstitute und freiberufliche Musikpädagogen
(Kap. 15 05 Tit. 686 05)
Drs. 17/22532

111. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Erhöhung der Zuschüsse für das Richard-Strauss-Festival
(Kap. 15 05 Tit. 686 75)
Drs. 17/22533

112. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Erhöhung der Förderung der Laien- und Volksmusik für den Bayerischen Trachtenverband
(Kap. 15 05 Tit. 686 80)
Drs. 17/22534

113. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Trachten- und Heimatpflege Zuschüsse für Investitionen
(Kap. 15 05 Tit. 893 81)
Drs. 17/22535

114. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Zuschüsse an die Bayerischen Studentenwerke für die psychologische Betreuung
(Kap. 15 06 Tit. 686 05)
Drs. 17/22536

115. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Aufstockung der Mittel für Personalausgaben und personalbezogene Sachausgaben der Studierendenvertretungen
(Kap. 15 06 TG 77)
Drs. 17/22537

116. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Erhöhung der Professorenstellen: Stärkung der akademischen Lehre an bayerischen Hochschulen
(Kap. 15 06 neuer Tit.)
Drs. 17/22538

117. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Stärkung der Lehrbeauftragten: Ausgaben für Zwecke der Lehre im Fachbereich Musik an bayerischen Hochschulen
(Kap. 15 06 neuer Tit.)
Drs. 17/22539

118. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Förderprogramm Studieren in Bayern Landeseigene Ergänzung zum BAföG
(Kap. 15 06 neuer Tit.)
Drs. 17/22540

119. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Stärkung des wissenschaftlichen Mittelbaus an Universitäten
(Kap. 15 28 TG 73 neuer Tit.)
Drs. 17/22541

120. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Technikum und Medienkompetenzzentrum Ansbach
(Kap. 15 34 Anlage S neuer Tit.)
Drs. 17/22542

121. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Grundfinanzierung für bayerische Technologietransferzentren
(Kap. 15 49 Tit. 547 78)
Drs. 17/22543

122. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Stärkung des wissenschaftlichen Mittelbaus an Hochschulen für angewandte Wissenschaften bzw. Technischen Hochschulen
(Kap. 15 49 TG 73 neuer Tit.)
Drs. 17/22544

123. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Gebäudekosten für Technologietransferzentren
(Kap. 15 49 TG 78 neuer Tit.)
Drs. 17/22545

124. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude
(Kap. 13 03 neue TG)
Drs. 17/22546

125. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Investitionskosten Krankenhäuser
(Kap. 13 10 TG 71 und TG 72)
Drs. 17/22547

126. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Sonderinvestitionsprogramm für den Erhalt und gegebenenfalls Neubau kommunaler Schwimmbäder
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/22548

127. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Sanierung von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/22549

128. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Sonderfonds Straßenausbaubeiträge I Kompensation der Beitragsausfälle
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/22550

129. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Sonderfonds Straßenausbaubeiträge II Rückerstattung von Beiträgen
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/22551

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

130. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Regieren statt repräsentieren
(Kap. 02 02 Tit. 535 01)
Drs. 17/22559

131. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Personalausstattung der unteren Naturschutzbehörden
(Kap. 03 09 Tit. 422 01)
Drs. 17/22560

132. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Stärkung der Landespolizei – keine Zusatzbelastung durch neue Grenzpolizeidirektion
(Kap. 03 18 Tit. 422 01, 428 01, 511 01, 514 01, 517 05, 518 01, 519 01, 811 01, 812 01 u. 812 99)
Drs. 17/22561

133. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: keine zusätzlichen Reiterstaffeln für die Landespolizei
(Kap. 03 18 Tit. 511 01, 511 24, 514 11, 518 01, 811 01, 812 01 u. 812 99)
Drs. 17/22562

134. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Wohnraumförderung statt Kaufzulagen
(Kap. 03 64 Tit. 893 04, 893 05 u. 863 69)
Drs. 17/22563

135. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Bau von Radschnellwegen
(Kap. 03 80 Tit. 750 00 u. neuer Tit.)
Drs. 17/22564

136. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: IT-Fachkräfte an Schulen
(Kap. 05 04 neuer Tit.)
Drs. 17/22565

137. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Qualitätsoffensive für Kindertageseinrichtungen
(Kap. 10 07 Tit. 633 88, 633 89 und neuer Tit.)
Drs. 17/22566

138. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Förderung von Maßnahmen zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder: Frauenhäuser, Notrufe und Fachberatungsstellen besser fördern
(Kap. 10 07 Tit. 684 82)
Drs. 17/22567

139. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Naturschutz stärken, Biodiversitätsstrategie umsetzen
(Kap. 12 04 Tit. 685 72)
Drs. 17/22568

140. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Umsetzung von Natura 2000-Managementplänen
(Kap. 12 04 TG 71 – 72 neuer Tit.)
Drs. 17/22569

141. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Klimaschutz konkret: Moorrenaturierung
(Kap. 12 04 Tit. 883 72)
Drs. 17/22570

142. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Investitionsprogramm Klimaschutz in den Kommunen
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/22571

143. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan 2018;
hier: Energetische Sanierung kommunaler Gebäude
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/22572

Teil II

Erledigt erklärt wurde:

Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter u.a. CSU

2. Nachtragshaushaltsplan 2018;

hier: Zuschuss zur Vorbereitung, Durchführung und Abwicklung der Konferenz der Weltreligionen 2019 in Lindau

(Kap. 13 03 Tit. 684 05)

Drs. 17/22573

Teil III

Aufstellung der in den Ausschüssen für Staatshaushalt und Finanzfragen und Verfassung, Recht und Parlamentsfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum 2. Nachtragshaushaltsgesetz 2018

(Drs. 17/22033)

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Franz Schindler, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2017/2018
   (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2018)
   (Drs. 17/22033)
   hier: Neue Stellen für die Zentralen Ausländerbehörden bei den Regierungen;
   kein Landesamt für Asyl und Rückführungen;
   keine Errichtung der Bayerischen Grenzpolizei;
   neue Stellen für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen bei der Landespolizei und neue Stellen für die mobile Reserve der Bereitschaftspolizei;
   20 neue Planstellen für Sozialpädagoginnen, Sozialpädagogen für die Justizvollzugsanstalten
   Drs. 17/22575

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Volkmar Halbleib u.a. SPD
   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2017/2018
   (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2018)
   (Drs. 17/22033)
   hier: Änderung der Bayerischen Haushaltsordnung
   Drs. 17/22576

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Volkmar Halbleib u.a. SPD
   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2017/2018
   (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2018)
   (Drs. 17/22033)
   hier: Änderung der Landkreisordnung
   Drs. 17/22577

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2017/2018
   (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2018)
   (Drs. 17/22033)
   Drs. 17/22578

Teil IV

Erledigt erklärt wurde:

Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Ingrid Heckner u.a. CSU

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2017/2018

(2. Nachtragshaushaltsgesetz 2018)

(Drs. 17/22033)

hier: Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes

Drs. 17/22574

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.07.2018 zu Tagesordnungspunkt 9: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; 2. Nachtragshaushaltsplan 2018; hier: Personalausstattung der unteren Naturschutzbehörden (Kap. 03 09 Tit. 422 01) (Drucksache 17/22560)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			X
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			X
Arnold Horst			X
Aures Inge			X
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter			X
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Beißwenger Eric		X	
Dr. **Bernhard** Otmar		X	
Biedefeld Susann			X
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun			
von **Brunn** Florian			X
Brunner Helmut		X	
Celina Kerstin	X		
Deckwerth Ilona			X
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. **Dürr** Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Fahn** Hans Jürgen			X
Fehlner Martina			X
Felbinger Günther			X
Flierl Alexander		X	
Freller Karl		X	
Fröschl Markus		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul			X
Gehring Thomas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			X
Dr. **Goppel** Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin			X
Güller Harald			X
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine			
Häusler Johann			X
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim			X
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. **Herz** Leopold			X
Hiersemann Alexandra			X
Hintersberger Johannes		X	
Hölzl Florian		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette			X
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther			X
König Alexander		X	
Kohnen Natascha			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. **Kränzlein** Herbert			X
Kraus Nikolaus			
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald			X
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. **Magerl** Christian	X		
Dr. **Merk** Beate		X	
Meyer Peter			X
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth			X
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			X
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi			X
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			X
Pohl Bernhard			X
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. **Rabenstein** Christoph			X
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris			X
Dr. **Reichhart** Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus			X
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			X
Roos Bernhard			X
Rosenthal Georg			X
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry			
Schindler Franz			X
Schmidt Gabi			X
Schmitt-Bussinger Helga			X
Schöffel Martin		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja			X
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			X
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. **Söder** Markus			
Sonnenholzner Kathrin			X
Dr. **Spaenle** Ludwig		X	
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold			X
Ströbel Jürgen		X	
Dr. **Strohmayr** Simone			
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. **Vetter** Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth			X
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. **Wengert** Paul			X
Werner-Muggendorfer Johanna			X
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			X
Wild Margit			X
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert			X
Zacharias Isabell			X
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			X
Gesamtsumme	18	89	52

Abstimmungsliste

zur namentlichen Schlussabstimmung am 11.07.2018 zu Tagesordnungspunkt 9: Gesetzentwurf der Staatsregierung; Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2017/2018 (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2018 - 2. NHG 2018) (Drucksache 17/22033)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. **Bausback** Winfried	X		
Beißwenger Eric	X		
Dr. **Bernhard** Otmar	X		
Biedefeld Susann		X	
Blume Markus			
Bocklet Reinhold	X		
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
von **Brunn** Florian		X	
Brunner Helmut	X		
Celina Kerstin		X	
Deckwerth Ilona		X	
Dettenhöfer Petra	X		
Dorow Alex	X		
Dünkel Norbert	X		
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard	X		
Dr. **Eiling-Hütig** Ute	X		
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang	X		
Dr. **Fahn** Hans Jürgen			
Fehlner Martina		X	
Felbinger Günther		X	
Flierl Alexander	X		
Freller Karl	X		
Fröschl Markus	X		
Füracker Albert	X		
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul		X	
Gehring Thomas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith	X		
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten		X	
Dr. **Goppel** Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva		X	
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Haderthauer Christine			
Häusler Johann		X	
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. **Herrmann** Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. **Herz** Leopold		X	
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes	X		
Hölzl Florian	X		
Hofmann Michael	X		
Holetschek Klaus	X		
Dr. **Hopp** Gerhard	X		
Huber Erwin	X		
Dr. **Huber** Marcel	X		
Dr. **Huber** Martin	X		
Huber Thomas	X		
Dr. **Hünnerkopf** Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Kamm Christine		X	
Kaniber Michaela			
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro	X		
Knoblauch Günther		X	
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd	X		
Dr. **Kränzlein** Herbert		X	
Kraus Nikolaus			
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. **Magerl** Christian		X	
Dr. **Merk** Beate	X		
Meyer Peter		X	
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia	X		
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. **Piazolo** Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. **Rabenstein** Christoph		X	
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. **Reichhart** Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. **Rieger** Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold	X		
Dr. **Runge** Martin		X	
Sauter Alfred	X		
Schalk Andreas	X		
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry			
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika	X		
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. **Schwartz** Harald	X		
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd	X		
Dr. **Söder** Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. **Spaenle** Ludwig	X		
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen	X		
Dr. **Strohmayr** Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim	X		
Dr. **Vetter** Karl			
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika		X	
Dr. **Wengert** Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta		X	
Wild Margit		X	
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	93	71	0

Gesetz- und Verordnungsblatt vom 31.07.2018

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier